

Geschäftsbericht 2013

Wichtige Kennzahlen

Einzelabschluss HGB

Aus der Bilanz in Mrd. €	2013	2012
Bilanzsumme	78,3	79,2
Forderungen an Kreditinstitute	50,0	51,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20,3	22,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6,3	3,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	61,4	62,2
Eigenmittel	4,1	4,0
Aus der GuV in Mio. €	2013	2012
Zinsüberschuss	312,7	352,9
Verwaltungsaufwendungen	53,2	44,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	248,7	303,7
Risikovorsorge/Bewertung	195,7	252,7
Jahresüberschuss	53,0	51,0
Bilanzgewinn	13,3	12,8
Ausgewählte Kennziffern in %	2013	2012
Cost Income Ratio	21,2	14,8
Gesamtkapitalquote	31,3	27,5
Kernkapitalquote	25,6	21,3
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	257	256

Konzernabschluss IFRS

Aus der Bilanz in Mrd. €	2013	2012
Bilanzsumme	81,9	88,4
Forderungen an Kreditinstitute	49,8	51,2
Finanzanlagen	20,9	22,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5,5	2,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	60,9	66,6
Bilanzielles Eigenkapital	3,2	2,5
Aus der Gesamtergebnisrechnung in Mio. €	2013	2012
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Förderbeitrag	333,7	365,9
Risikovorsorge/Förderbeitrag	34,5	20,7
Verwaltungsaufwendungen	55,2	48,9
Betriebsergebnis vor Fair Value- und Hedge-Bewertung	238,8	299,5
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	221,2	-55,7
Veränderung der Neubewertungsrücklage	244,6	565,8
Konzerngesamtergebnis	704,6	809,6
Konzernbilanzgewinn	13,3	12,8

Rating

	Langfrist-Rating	Kurzfrist-Rating
Moody's Investors Service	Aaa	P-1
Standard & Poor's	AAA	A-1+
Fitch Ratings	AAA	F1+

Geschäftsbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank	4
Vorwort des Vorstands	5
Hochproduktiv und gleichzeitig nachhaltig:	
Die Landwirtschaft heute und morgen	10
Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2013	30
Informationen zum Geschäftsjahr 2013	
Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft	38
Förderungsfonds und Rehwinkel-Stiftung	44
Refinanzierung der Rentenbank	50
Aktiv-Passiv-Steuerung	53
Weitere Aktivitäten	55
Nachhaltigkeit	57
Corporate Governance	59
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	63
Zusammengefasster Lagebericht	69
Konzernabschluss	
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	106
Konzernbilanz	107
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	108
Konzern-Kapitalflussrechnung	109
Konzernanhang	111
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	152
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	153
Organe	154
Bericht des Verwaltungsrats	158
Glossar	159

Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank

Der permanente Strukturwandel in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie im ländlichen Raum entwickelt sich zu einer ständigen Herausforderung für die handelnden Akteure. In der Folge ergeben sich für sie ein spezieller Finanzierungsbedarf und hohe Anforderungen an ihr Liquiditäts- und Risikomanagement.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank zinsgünstige Kredite für vielfältige agrarbezogene Investitionen einschließlich erneuerbarer Energien bereit. Unser Angebot richtet sich sowohl an Produktionsbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus als auch an Hersteller landwirtschaftlicher Produktionsmittel sowie Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die in enger Verbindung zur Landwirtschaft stehen. Wir finanzieren darüber hinaus Vorhaben der Ernährungswirtschaft sowie sonstiger Unternehmen der vor- und nachgelagerten Produktionsstufen. Außerdem fördern wir Investitionen von Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts im ländlichen Raum sowie privates Engagement für die ländliche Entwicklung. Unsere Kredite vergeben wir wettbewerbsneutral über andere Banken.

Die Refinanzierung unseres Kreditgeschäfts erfolgt an den nationalen und internationalen Kapital- bzw. Interbankenmärkten überwiegend durch die Emission von Wertpapieren und die Aufnahme von Darlehen. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Bank werden von den Rating-Agenturen mit den jeweils höchsten Bonitätseinstufungen AAA bzw. Aaa bewertet.

Die Rentenbank wurde 1949 durch Gesetz als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft mit Sitz in Frankfurt am Main errichtet. Die Bank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit einem gesetzlichen Förderauftrag. Unsere Geschäftstätigkeit unterliegt der laufenden Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) trifft. Die Rentenbank ist Mitglied des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands e.V., Berlin (VÖB).

Der Grundstock des Eigenkapitals ist in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht worden. Deshalb verwenden wir auch unseren Bilanzgewinn für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums.

Vorwort des Vorstands

Das Thema „Innovationen“ hat viele Facetten. Der Begriff wird heutzutage gerne und häufig verwendet, denn wer will sich nicht als innovativ und damit als fortschrittlich, dynamisch und zukunftsorientiert präsentieren? Dennoch, nicht alles was neu ist, ist auch innovativ und nicht jede Innovation ist ein echter Fortschritt.

Ein Wirtschaftszweig, den die breite Öffentlichkeit mit dem Thema Innovationen bisher nur wenig in Verbindung bringt, ist die Agrarwirtschaft. Es gibt wohl kaum eine Branche, die in der Vorstellung vieler Menschen noch immer mit Produktionsmethoden arbeitet, wie sie vielleicht zu Zeiten unserer Großeltern üblich waren. Dies wird nicht zuletzt durch eine Lebensmittelwerbung gefördert, die uns hinsichtlich der Herstellung und Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln häufig „die gute alte Zeit“ vorspielt.

Doch mit den Methoden von damals lassen sich heute weder eine steigende Weltbevölkerung ernähren noch die veränderten und individuell sehr unterschiedlichen Konsumentenwünsche nach vielfältigen und gesunden Lebensmitteln erfüllen.

Vor diesem Hintergrund hat die Agrarwirtschaft – in der Bevölkerung vielfach unbemerkt – enorme Produktivitätsfortschritte gemacht und gehört inzwischen zu den am meisten technisierten und kapitalintensivsten Branchen in Deutschland. Dies ist das Ergebnis zahlreicher Innovationen, z. B. in der Landtechnik oder in der Tier- und Pflanzenzucht, die gleichzeitig zu einer verbesserten Bodennutzung und einer deutlichen Senkung des Ressourcenverbrauchs führen. Es spricht alles dafür, dass sich diese Trends auch zukünftig fortsetzen werden.

Im Sonderthema dieses Geschäftsberichts beschäftigen wir uns damit, auf welche Weise Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft nicht nur zu höheren Erträgen führen, sondern auch einen erheblichen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten. Dabei beleuchten wir auch den Beitrag von Innovationen zum Produktivitätsfortschritt.

Mit dem Einsatz neuer Technologien in der Landwirtschaft wächst auch der Kapitalbedarf. Wie die Geschäftsentwicklung der Landwirtschaftlichen Rentenbank im abgelaufenen Jahr zeigt, ist es uns wieder gelungen, als verlässlicher Partner der Agrarwirtschaft flexibel auf die Finanzierungsbedürfnisse unserer Kunden einzugehen – die Finanzierung von Innovationen selbstverständlich eingeschlossen.

Über unsere Förderfinanzierungen hinaus unterstützen wir Innovationen in der Landwirtschaft auf vielfältige Weise auch direkt – und das schon seit 1952! Wie wir das tun – auch das erfahren Sie in diesem Geschäftsbericht.

Wir freuen uns über Ihr Interesse.

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt

Das Bildkonzept „Moderne Zeiten“

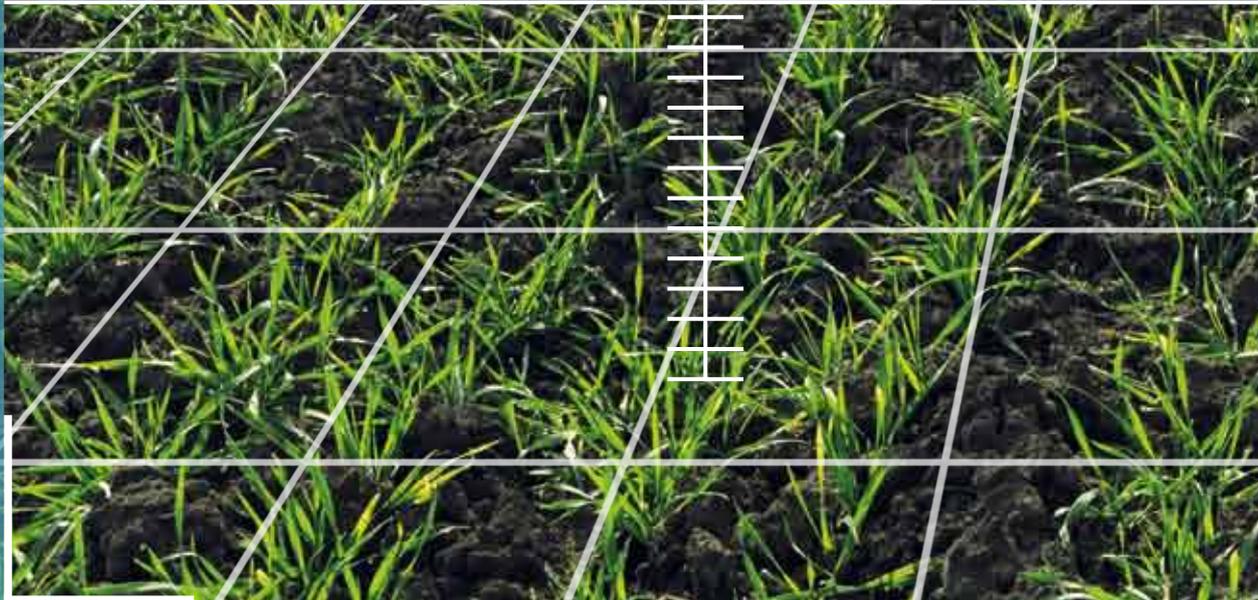
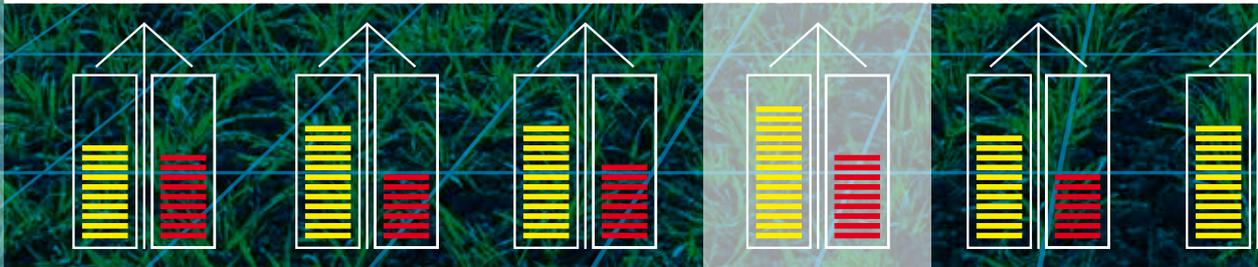
Der technologische Fortschritt ist nicht aufzuhalten. Maschinen, Roboter und Automaten sorgen in der Agrarwirtschaft für effizientes und umweltschonendes Arbeiten. Diese Thematik ist einer der inhaltlichen Schwerpunkte dieses Geschäftsberichts – und findet sich dementsprechend auch im Bildkonzept wieder. Wir fragen: Was „sieht“ beispielsweise ein Düngerroboter in Aktion? Welche Bilder und Informationen übermittelt eine Drohne bei der Schädlingskontrolle?

Was nimmt die Ernteroboter auf? diese Fragen geben wir



Sensorik eines Die Antwort auf in den einzelnen Motiven.

Sie zeigen landwirtschaftliche Sujets, wie sie von Maschinen „wahrgenommen“ werden oder „wahrgenommen“ werden könnten. Denn wir schauen dabei manchmal auch ein klein wenig in die Zukunft.

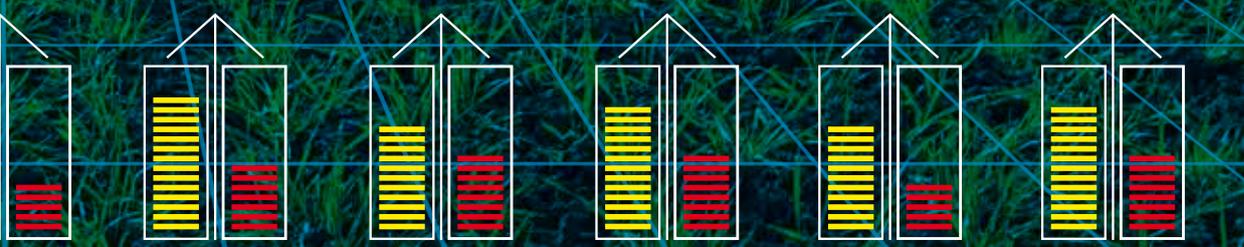
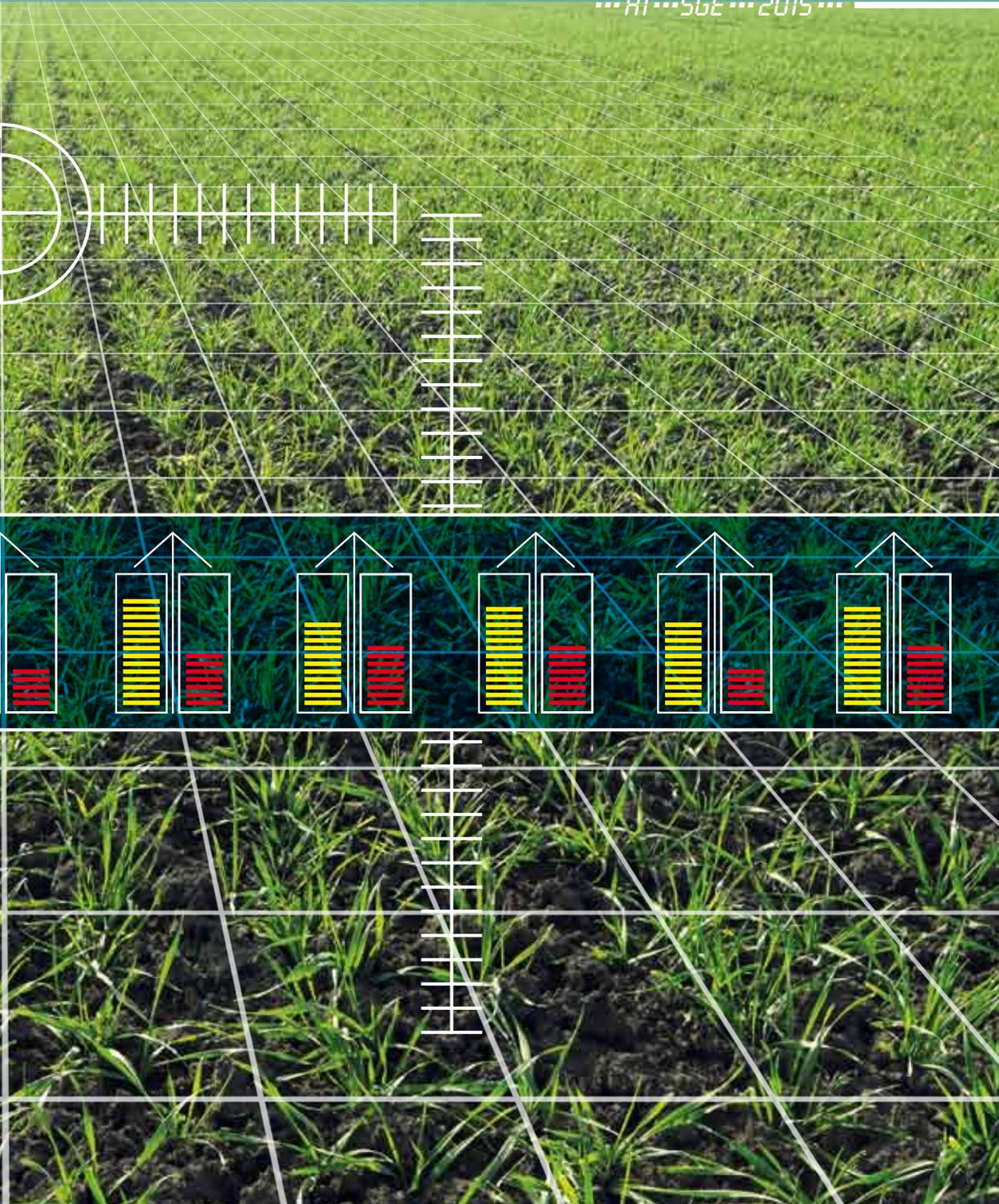



 DATE 17-03-2015 TIME 09:15:23 TEMP AIR 15 °C TEMP GROUND 10 °C WIND 12 KM/H HUMIDITY 55%


 CROP PRIMUS SOWING 20-10-2014 PHASE 01 FERTILISATION N-MIN 40 KG/HA MAX 100 KG/HA

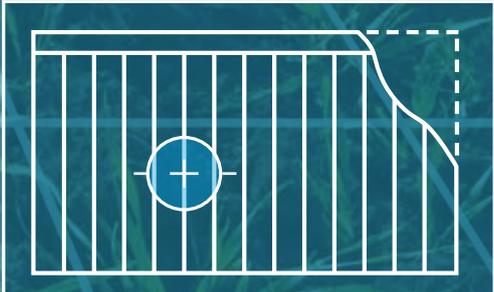

 TANK FERTILISER 290L TANK TRACTOR 75L SPEED 12,6 KM/H TEMP ENGINE 75 °C POWER-ON-TIME 1:22 H

...A1...SGE...2015...



INDEX 150317-01-A1

PLACE RHSTEDT
FIELD A1.0-3.27 HA
LAT 52.20285°N
LON 10.09137°E



Weizenanbau in der Hildesheimer Börde: Frühjahrsdüngung

Hochproduktiv und gleichzeitig nachhaltig: Die Landwirtschaft heute und morgen

Von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, ist die deutsche Landwirtschaft eine der Branchen mit den höchsten Produktivitätssteigerungen der letzten 20 Jahre. Gemessen an der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen konnte der Agrarsektor in Deutschland seine Produktivität zwischen 1991 und 2011 mehr als verdoppeln (+123%). Zum Vergleich: Die Arbeitsproduktivität in der deutschen Wirtschaft insgesamt stieg lediglich um 59%. Hinsichtlich des absoluten Niveaus gibt es im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen aber immer noch einiges aufzuholen. Der langfristig beobachtbare Trend der Produktivitätssteigerung im Agrarsektor scheint sich offensichtlich weiterhin fortzusetzen. Die stärksten Treiber dürften zukünftig der technische und der züchterische Fortschritt sowie der damit einhergehende Strukturwandel bleiben.

In Anbetracht der immer weiter wachsenden Weltbevölkerung ist die nachhaltige Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft von besonderer Bedeutung. Die Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) schätzt, dass bis zum Jahr 2050 ein Anstieg der Nahrungsmittelproduktion um bis zu 70 % notwendig ist. Gleichzeitig sind die verfügbaren Flächen als wichtigste Ressource begrenzt.

Die gute Nachricht: Trotz stark steigender Nachfrage ist es in der Vergangenheit immer gelungen, die Produktion hinreichend zu steigern. Optimisten gehen davon aus, dass dies auch zukünftig gelingen wird. Voraussetzungen sind jedoch stabile Rahmenbedingungen und langfristige Investitionen. Die für Landwirte positive Preisentwicklung für Agrarprodukte setzte in den letzten Jahren bereits wichtige Produktions- und Investitionsanreize.

Ertragreichen Hochleistungsstandorten wie Deutschland kommt bei der Sicherung der Welternährung eine Schlüsselrolle zu. Diese stellen effizient und verlässlich Lebensmittel zur Verfügung. Die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen beim Tier- und Umweltschutz in Deutschland sind dabei allerdings eine zusätzliche Herausforderung. Der deutschen Landwirtschaft gelingt es schon jetzt, durch den verringerten Einsatz endlicher Ressourcen wie mineralischen Düngemitteln und fossilen Energien die Umwelt zu schonen. Gleichzeitig steigert sie nachhaltig die Produktion sowohl für Nahrungsmittel als auch für Bioenergie.

Mehr Output mit weniger Input

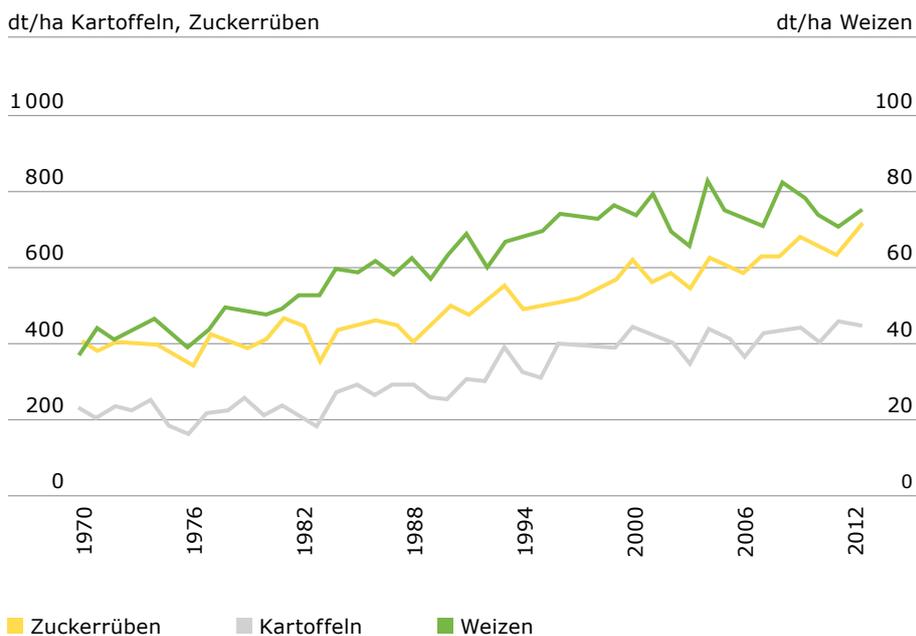
Unter Produktivität versteht man das Verhältnis zwischen dem, was produziert wird (Output) und dem, was dafür eingesetzt wird (Input). Übertragen auf die deutsche Landwirtschaft kennzeichnet einen Fortschritt in der Produktivitätsentwicklung ein mit weniger Arbeit bzw. weniger Fläche erzielter höherer Ertrag. Eine Besonderheit ist, dass Landwirte in der freien Natur wirtschaften. Entsprechend groß sind die Auswirkungen auf und damit auch die Verantwortung für die Umwelt. Ökonomen sprechen von externen Effekten.

In Deutschland gelang es, bei steigenden Erträgen den Düngerüberschuss zu verringern, den Energieverbrauch zu senken und zusätzliche Flächen für Agrarumweltmaßnahmen bereitzustellen. Dadurch fielen die negativen

externen Effekte geringer aus und gleichzeitig stieg die Produktivität. Damit schreibt die deutsche Landwirtschaft eine Erfolgsgeschichte, die in der breiten Öffentlichkeit noch wenig bekannt ist.

Das Bild vom körperlich hart arbeitenden Bauern wandelt sich. Ein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft ist heute vielfältig und zunehmend technisiert. Präzisionslandwirtschaft, computergesteuerte Produktionsprozesse, integrierte Nahrungsmittelketten und Melkroboter u. a. kennzeichnen die moderne Landwirtschaft von heute. Der Einsatz dieser kapital- und wissensintensiven Produktionsmittel erleichtert den Landwirten die Arbeit. Besonders gut zu beobachten ist dies auf der weltgrößten Agrarmesse „Agritechnica“ in Hannover. Dort wird regelmäßig gezeigt, was technisch möglich ist und zukünftig noch möglich sein wird. Der dort zu besichtigende Fortschritt ermöglicht, immer mehr Menschen von einem Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zu ernähren. So lag der Hektarertrag für Weizen in Deutschland vor gut 100 Jahren durchschnittlich bei 18,5 Dezitonnen (dt). Heute ist er mit 75,1 dt viermal so hoch. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch bei anderen Kulturen wie der Zuckerrübe und der Kartoffel zeigen.

Hektarerträge in Deutschland



Quellen: Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), Deutscher Bauernverband (DBV)

Die Voraussetzungen für diese Ertragssteigerungen liegen unter anderem in den natürlichen Standortfaktoren in Deutschland. Mitteleuropa ist gekennzeichnet von gleichmäßig über das Jahr verteilten Niederschlägen, die stabile und hohe Erträge ermöglichen. Außerdem gibt es Regionen mit sehr fruchtbaren Böden. Die Erträge in den USA sind bei Weizen mit 30 dt/ha nicht einmal halb so hoch. Weitere Voraussetzungen, um das hohe Ertragspotenzial in Deutschland auszuschöpfen, sind der kombinierte Einsatz leistungsstarker Maschinen, eine bedarfsgerechte Düngung und Pflanzenschutz. Hierzu bedarf es leistungsfähiger vor- und nachgelagerter Bereiche.

Ein anschauliches Beispiel ist die Pflanzenzüchtung. In diesem Bereich sehen die im Rahmen des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ befragten Landwirte das mit Abstand größte Potenzial zukünftiger Ertragssteigerung. Die Züchtung leistet einen wichtigen Beitrag mit optimal angepassten, leistungsfähigen Sorten, die auch unter veränderten klimatischen Bedingungen einen stabilen Ertrag liefern. Gleichzeitig erbringen sie hohe Qualität und verfügen über Resistenzen, die einen minimierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zulassen. Hierfür sind langfristige Investitionen in die Züchtung notwendig. Das Sorten- und Saatgutrecht in Europa sorgt dafür, dass die Forschung über Lizenzeinnahmen entlohnt wird und nur hoch qualitatives Saatgut in Umlauf kommt. Besonders groß sind die Fortschritte in der Hybridzüchtung. Im Unterschied zur Linienzüchtung wird hier das Erbgut genetisch unterschiedlicher Elternpflanzen in jeder Generation neu kombiniert. Dadurch wird der Heterosiseffekt, eine Leistungssteigerung, die sich bei genetisch stark verschiedenen Eltern ergibt, ausgenutzt und gleichzeitig der Züchtungsfortschritt beschleunigt. Der Erfolg der Hybridzüchtung zeigt sich in den Leistungssteigerungen der modernen Sorten. Hybridsorten kommen bei Mais, Zuckerrüben, Raps und zunehmend auch bei Getreide zur Anwendung. Allerdings muss das Hybridsaatgut vor dem Anbau jeweils neu gekreuzt und vom Landwirt beim Züchter erworben werden. Hier wird beispielhaft die enge Verzahnung der modernen Landwirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Bereichen deutlich.

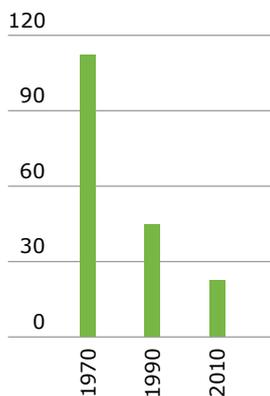
Mehr „Leistung aus dem Stall“

Der Produktivitätsfortschritt geht über die Pflanzenproduktion hinaus. Auch die „Leistungen aus dem Stall“ sind immer besser geworden. Hier wird immerhin die Hälfte des Produktionswerts der deutschen Landwirtschaft erwirtschaftet. Besonders anschaulich ist die Entwicklung in der Milchwirtschaft. Die Milchleistung pro Kuh steigt kontinuierlich. Während eine Milchkuh 1990 im Durchschnitt noch 4700 kg Milch pro Jahr gab, waren es 2012 bereits 7323 kg pro Jahr. Bei Milchleistungsprüfungen werden in den ostdeutschen Bundesländern inzwischen durchschnittlich 9000 kg pro Jahr ermittelt – bei intensiven Spitzenbetrieben noch deutlich mehr. Die züchterischen Erfolge und hochwertiges Futter sind Grundlage dieses Erfolgs. Moderne Laufställe helfen, das biologische Potenzial zu nutzen und verbessern gleichzeitig das Tierwohl.

Die Milchleistungssteigerung hat mehrere positive Effekte. Sie führt zu einer geringeren Klima- und Umweltbelastung. Eine Milchkuh produziert täglich 200 bis 400 g Methan. Mit steigender Leistung sinkt entsprechend die Methanbildung pro Kilogramm erzeugter Milch. Eine laufend nährstoffoptimierte Fütterung trägt gleichzeitig zur besseren Futterverwertung und damit zu geringeren Umweltbelastungen bei. Dank moderner Laufställe und Melkanlagen hat sich auch die Arbeitseffizienz enorm verbessert. Die gestiegene Produktivität ist daran abzulesen, dass im Jahr 1950 pro 100 ha etwa 29,2 Arbeitskräfte tätig waren und heute nur noch 3,3.

Durch den technischen Fortschritt können Landwirte ihre Betriebe weiterentwickeln. In der Schweine- und Geflügelhaltung steigt die Anzahl der gehaltenen Tiere pro Betrieb kontinuierlich. Da die Produktion im Gegensatz zur Rinderhaltung in geringerem Maße flächengebunden ist, sind hier stärkere Konzentrationen möglich. Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an das Güllemanagement. Gesetzliche Bestimmungen sorgen da-

Arbeitszeitbedarf in der Milchviehhaltung in Deutschland
(Stunden pro Tier und Jahr)



Quelle: Deutscher Bauernverband (DBV)

für, dass Nährstoffe zweckmäßig eingesetzt, Umweltbelastungen vermindert und falls notwendig, die Gülle überbetrieblich ausgebracht wird.

Ein anschaulicher Indikator für die Produktivitätssteigerung in der deutschen Landwirtschaft ist die Anzahl der Menschen, die ein Landwirt ernähren kann. Vor 100 Jahren waren das nur etwa vier und im Jahr 1950 bereits zehn Menschen. Heute ernährt ein einziger Landwirt – auch wenn man importierte Futtermittel herausrechnet – 129 Menschen. Voraussetzung für diesen Erfolg ist eine zunehmende Spezialisierung und ein Wachstum der Betriebe. Dies ermöglicht, den technischen Fortschritt effizient zu nutzen. Nicht zuletzt wird auch das Management verbessert. Der Landwirt kann sich auf die Optimierung eines Produktionsverfahrens konzentrieren. Erfahrungsgemäß steigen daher mit zunehmender Spezialisierung auch bei vergleichbarer Produktionstechnik die biologischen Leistungen.

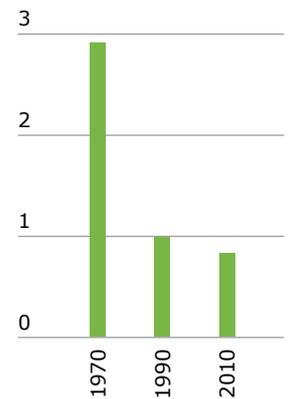
Auch die Agrarpolitik hat Einfluss auf die Produktivitätsentwicklung. Um das Einkommen der Landwirte und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, stützte sie jahrzehntelang die Erzeugerpreise und schirmte den europäischen Binnenmarkt ab. Das im Verhältnis zum Weltmarkt hohe Preisniveau führte zu starken Produktionsanreizen. Die Landwirte reagierten mit einer Ausweitung und Intensivierung ihrer Produktion. Die Folge war allerdings ein Nahrungsmittelüberschuss auf dem Binnenmarkt, der wiederum mit Exportsubventionen auf dem Weltmarkt abgesetzt werden musste. Die EU-Agrarpolitik reagierte Anfang der 1990er Jahre mit einer schrittweisen Liberalisierung der Agrarmärkte. Dies verminderte sowohl die Überschüsse als auch die wirtschaftlichen Anreize für den Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln.

Düngung: Verbesserte Bilanz

Neben der Einkommens- und Versorgungssicherheit rückt der Umweltschutz politisch und gesellschaftlich immer weiter in den Vordergrund. Die Direktzahlungen der EU, welche ursprünglich nur der Einkommenssicherung dienen, werden nun zunehmend mit Umweltleistungen verknüpft. In der aktuellen Agrarreform werden die Landwirte durch das sogenannte „Greening“ verpflichtet, u. a. ökologische Vorrangflächen bereitzustellen. Damit setzt die EU-Agrarpolitik ihren Weg hin zu mehr Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz fort. Ein Meilenstein war die Verknüpfung von Prämienzahlungen mit der Verpflichtung zu im internationalen Vergleich als hoch anzusehende Standards. Seit 2005 müssen Landwirte für den Erhalt von Direktzahlungen die Cross Compliance Regelungen (übersetzt so viel wie „Überkreuzeinhaltung von Verpflichtungen“) einhalten. Diese EU-weiten Regelungen schreiben die Mindestanforderungen an die Betriebsführung unter anderem in Bezug auf Umweltstandards fest. Flächen sind in einem „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ zu halten. Beispielsweise sind die Bodenfruchtbarkeit zu schützen und Erosionen weitestgehend zu verhindern. Landwirte sind verpflichtet, regelmäßig Bodenproben zu ziehen sowie eine Humus- und Düngebilanz zu führen. Damit schaffen sie die Grundlage für eine bedarfsgerechte Düngung.

Ökologische und ökonomische Gründe sprechen für eine besonders effiziente Nutzung der Nährstoffe. Bei dem wichtigsten Pflanzennährstoff Stickstoff führen neben der Düngung weitere Quellen (z. B. Tierproduktion, Verkehr, Haushalte, biologische Stickstofffixierung) über den Luftpfad zum

Arbeitszeitbedarf in der Schweinehaltung in Deutschland
(Stunden pro Mastplatz und Jahr)



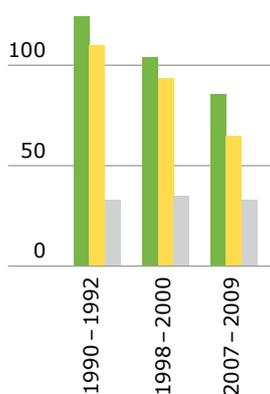
Quelle: Deutscher Bauernverband (DBV)

Eintrag in die Flächen. In der Umwelt im Übermaß gebundener Stickstoff hat weitreichende Probleme zur Folge: Verunreinigung des Grundwassers mit Nitrat, Überdüngung (Eutrophierung) von Binnengewässern, Meeren, Landökosystemen und Entstehung von klimarelevantem Lachgas (N_2O).

Stickstoffbilanz-überschuss

Differenz zwischen Ausbringung und Abfuhr (Mittelwert über 3 Jahre)

150 kg/ha



■ Deutschland
■ EU-15
■ USA

Quelle: Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)

Seit 1996 regelt die Düngeverordnung unter anderem den Einsatz von Stickstoffdüngern. Sie setzt die EU-Nitratrictlinie in Deutschland um. Die hauptsächlich durch die Viehhaltung verursachte Verunreinigung der Gewässer mit Nitrat ist in den vergangenen 20 Jahren EU-weit zurückgegangen. Insbesondere die Qualität des Oberflächensüßwassers hat sich verbessert. Der aktuelle Jahresverbrauch von etwa 11 Mio. t Stickstoffdüngern liegt nach den Berechnungen der EU-Kommission annähernd 30 % unter dem Höchstwert von vor 25 Jahren. Es bedarf jedoch weiterer Anstrengungen, den Einsatz zu verringern. Aktuell plant Frankreich den bisher ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Düngemittel von derzeit 7 % auf 20 % und damit auf ein mit Deutschland vergleichbares Niveau anzuheben. Deutschland schneidet zusammen mit Malta allerdings laut einer Studie der EU bei der Nitratbelastung des Grundwassers am schlechtesten ab. Die Ergebnisse sind aufgrund von Unterschieden bei der Messung und den natürlichen Bedingungen nicht unmittelbar vergleichbar, zeigen aber dennoch die Problematik auf.

Eine aktuelle Studie der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) zu den Agrarumweltindikatoren zeigt, welche Fortschritte Deutschland im internationalen Vergleich bereits gemacht hat. Das lässt sich an den Stickstoffbilanzen, dem Saldo zwischen Stickstoffausbringung und -abfuhr, ablesen. So betragen die Stickstoffüberhänge 2007 bis 2009 in der Flächenbilanz 85 kg pro ha und sind damit seit 1990 bis 1992 um ca. 30 % gesunken. Im gleichen Zeitraum stiegen die Getreideerträge hingegen um 25 %. Die Ressourceneffizienz hat sich also erheblich verbessert. Der deutliche Rückgang zu Beginn der Zeitreihe resultiert aus einem reduzierten Düngemittelabsatz und abnehmenden Tierbeständen in den ostdeutschen Bundesländern. Die Abnahme seitdem beruht auf einem leichten Rückgang des mineralischen Düngereinsatzes und der gleichzeitigen Erhöhung der Erntemengen. Durch die gestiegenen Erträge wird mehr Stickstoffdünger, gebunden in Form von pflanzlichem Protein, von der Fläche abgefahren.

Ein weiterer wichtiger Pflanzennährstoff ist Phosphor. Die effiziente Nutzung ist hier von besonderer Bedeutung, da Phosphor im Gegensatz zu Stickstoff und Kali eine begrenzte Reichweite hat und als eine der knappsten Ressourcen weltweit gilt. Im Gegensatz zu anderen Ressourcen wie z. B. fossilen Energieträgern sind Phosphate in der Pflanzenernährung nicht ersetzbar und entscheidend für hohe Erträge. Die Preisentwicklung bei Phosphaten spiegelt deutlich die Knappheit wider. Für Rohphosphat galt lange Zeit ein stabiler Preis von rund 40 US-Dollar pro Tonne. Ab 2006 kam es im Rahmen des allgemeinen Rohstoffbooms zu einem explosionsartigen Anstieg mit einer Verzehnfachung der Preise. 2013 lagen die Rohphosphatpreise immer noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau von rund 150 US-Dollar pro Tonne. Die Preiserhöhungen waren mit ein Grund für die geringen Phosphorüberschüsse. Die Landwirte beschränkten den Einsatz auf das unbedingt notwendige und drosselten so den Verbrauch kurzfristig.

Das Problem der Überdüngung besteht regional aufgrund hoher Viehdichte nach wie vor. Auf Druck der EU wird die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ab 2014 strenger und zwar auf 170 kg Stickstoff pro ha begrenzt. Niedersachsen, ein Bundesland mit regional hoher Viehdichte, plant zudem die Einführung eines flächendeckenden Düngerkatasters, um die Transparenz zu erhöhen und die Verteilung der Nährstoffe zu optimieren.

Effizienter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Energie

Ein weiteres Thema für die Agrarwirtschaft sind Umweltbelastungen durch Pflanzenschutzmittel. In der Öffentlichkeit werden diese pauschal kritisch beurteilt. Pflanzenschutzmittel helfen, die Kulturen vor Pilzkrankheiten (Fungizide) und Fraßfeinden (Insektizide) zu schützen. Herbizide verhindern zudem die Konkurrenz durch Unkräuter. Der Einsatz dieser Mittel sichert stabile und hohe Erträge. Ein Verzicht wie im Ökolandbau hat einen höheren Arbeits- und Kapitaleinsatz und geringere Hektarerträge zur Folge. Dennoch sollte der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wohlüberlegt erfolgen. In Europa gelten im internationalen Vergleich strenge Zulassungs- und Anwendungsregeln. Durch regelmäßige Kontrollen wird deren Einhaltung sichergestellt. Belastungen der Umwelt werden somit auf ein Minimum reduziert und solche in Lebensmitteln sind bei ordnungsgemäßer Anwendung nicht zu erwarten.

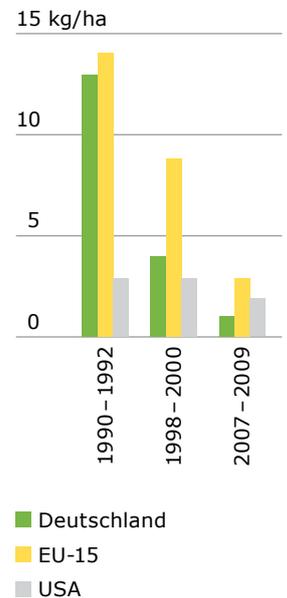
Es besteht in Deutschland ein gesellschaftlicher Konsens darüber, den Verbrauch fossiler Energieträger zu reduzieren. Auch hier nimmt die deutsche Landwirtschaft laut OECD im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Während in den USA der direkte Energieverbrauch in der Landwirtschaft seit 1990 sogar leicht gestiegen ist, konnte er in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren nach Berechnungen der OECD um 72 % reduziert werden.

Nachhaltigkeit ist mehr als Effizienz

„Nicht mehr zu ernten als nachwächst“, ist die Grundregel der Nachhaltigkeit. 300 Jahre nach der ersten Erwähnung (1713) in der Forstwirtschaft wird der Begriff Nachhaltigkeit vielfältig verwendet. International wird nicht zuletzt seit der Konferenz „Rio plus 20“ im Jahr 2012 Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft als gesteigerte Ressourceneffizienz und Produktivität für eine sichere Welternährung verstanden. Nachhaltigkeit nur mit ökologischer Verträglichkeit gleichzusetzen, greift aber zu kurz. Das Thema muss umfassender und ganzheitlicher betrachtet werden. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit fordern ökologisch tragfähig, ökonomisch existenzfähig und sozial verträglich zu wirtschaften. Generationsübergreifendes Denken ist in der Landwirtschaft seit jeher tief verwurzelt. Ein Betrieb kann langfristig nur überleben, wenn er wirtschaftlich erfolgreich ist, die natürlichen Ressourcen schonend nutzt und sozial verantwortlich handelt. Das Denken in Generationen und die Eigenverantwortung gut ausgebildeter Landwirte werden so zum Motor für eine nachhaltige Entwicklung.

Ebenso wenig wie es einen direkten Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg eines landwirtschaftlichen Betriebs und der Betriebsgröße gibt, gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Betriebsgröße. Entscheidend ist das Management des Betriebsleiters

Phosphorbilanz-überschuss
Differenz zwischen Ausbringung und Abfuhr
(Mittelwert über 3 Jahre)



Quelle: Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)

einschließlich seines Verantwortungsbewusstseins für Mensch, Tier und Umwelt. Der Grundsatz, der sich immer wieder bei Befragungen von Verbrauchern ergibt, „small is beautiful“, greift auch hier zu kurz.

Tierwohl: Ein Thema aus der Mitte der Gesellschaft

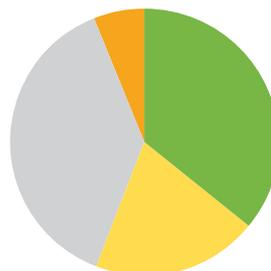
Seit fast zehn Jahren steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz und ist damit eine wichtige verfassungsrechtliche Wertentscheidung. Der Staat hat mit dem umfangreichen Fachrecht einen ordnungspolitischen Rahmen gesteckt, der die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung schafft. Die deutsche Landwirtschaft befindet sich jedoch im weltweiten Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen, für die geringere soziale und ökologische Standards gelten. Nicht zuletzt deshalb steht auch der Verbraucher in der Verantwortung, durch sein Kaufverhalten nachhaltig erzeugte Lebensmittel besonders zu honorieren. Ein Trend in diese Richtung ist in Deutschland durchaus feststellbar. Vor allem der Tierschutz genießt schon lange einen hohen Stellenwert. Die Agrarwirtschaft reagiert darauf und rief im Sommer 2012 eine freiwillige, stufenübergreifende „Initiative Tierwohl“ ins Leben. Landwirte sollen durch finanzielle Anreize – einen Kostenausgleich des Mehraufwands – in die Lage versetzt werden, Tierwohl über gesetzliche Vorgaben hinaus zu leisten. Der andere Weg ist, über ein Tierschutzlabel den Verbraucher direkt anzusprechen. Das neu eingeführte zweistufige Label des Deutschen Tierschutzbunds geht diesen Weg und schafft mehr Transparenz und Wahlfreiheit. Der langfristige Erfolg dieser beiden neuen Initiativen muss sich allerdings noch zeigen.

Die Bereitschaft der Landwirte, über gesetzliche Mindeststandards hinaus in Tierwohl zu investieren, ist hoch: 36 % der befragten Tierhalter führen bereits entsprechende Maßnahmen durch und 20 % planen sie in den nächsten zwei bis drei Jahren umzusetzen. Während bei den Milchvieh- und Rinderhaltern ein großer Teil bereits Maßnahmen durchführt, sind diese bei vielen Schweine- und Geflügelhaltern noch in Planung.

Die Zukunftsfähigkeit der Veredlungswirtschaft in Deutschland hängt unter anderem von ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung ab, die nur über einen verbesserten Dialog erreicht werden kann. Es bedarf einer ehrlichen und realitätsnahen Kommunikation, um die Glaubwürdigkeit der Branche in der Gesellschaft zu erhalten. Das Beispiel der Käfighaltung bei Legehennen hat gezeigt, dass der Verbraucher bereit ist, für eine verbesserte Tierhaltung auch mehr Geld auszugeben. Voraussetzung ist jedoch eine klar verständliche Kennzeichnung.

Tierwohl:

Sind Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus auf Ihrem Betrieb geplant?



- bereits durchgeführt 36 %
- in nächsten 2 bis 3 Jahren geplant 20 %
- nicht geplant 38 %
- betrifft mich nicht/ keine Angabe 6 %

Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2013

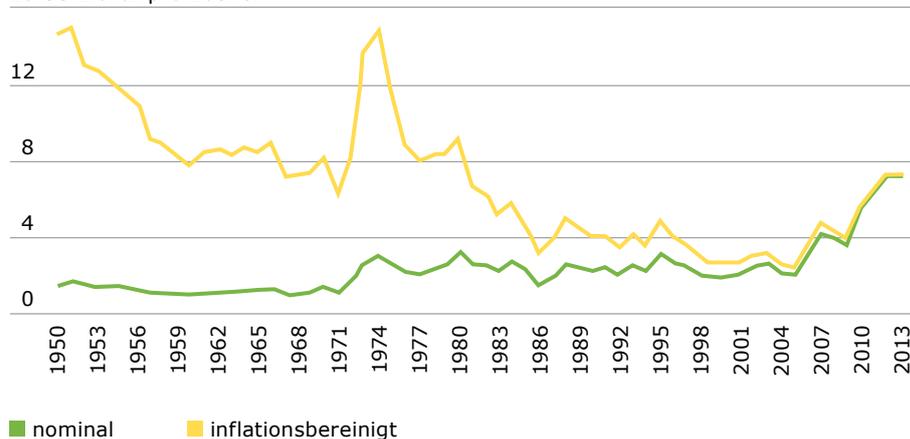
Bei der Diskussion über Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Tierschutz darf man nicht außer Acht lassen, dass auch die deutsche Agrarwirtschaft auf einem zunehmend globalisierten Markt agiert. Kürzlich haben sich fast 160 Staaten in Bali im Rahmen der WTO-Verhandlungen auf ein Abkommen zum Welthandel geeinigt. Der geplante Abbau von Agrarsubventionen, der verbesserte Marktzugang für Entwicklungsländer und das weitgehende Verbot von Exportsubventionen wird voraussichtlich zu einem weiteren Schub der Globalisierung auf den Agrarmärkten führen. Nationale Entscheidungen können demnach auch stärkere weltweite Auswirkungen haben.

Krisenherd Welternährung?

Das Recht auf Nahrung ist global eines der am meisten verletzten Menschenrechte. Nach Zahlen der FAO hungern derzeit fast eine Milliarde Menschen. Mehr als zwei Milliarden Menschen leiden an einer Unterversorgung mit Mikronährstoffen. Gegenwärtig werden weltweit ausreichend Nahrungsmittel produziert, sodass bei einer ausgeglichenen Verteilung niemand Hunger leiden müsste. Auch das heutige Niveau der Bioenergienutzung führt noch nicht zu einer akuten Knappheitssituation. Es gibt also ein gravierendes Armuts- und Verteilungsproblem. Vor dem Hintergrund einer stark steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen droht künftig aber auch ein zunehmendes Mengenproblem. Ein global ausreichendes Nahrungsangebot ist keine hinreichende, aber dennoch eine notwendige Bedingung für Ernährungssicherheit. Die verbreitete Sichtweise, der Hunger sei allein ein Verteilungsproblem, greift zu kurz.

Preisentwicklung US-Mais (Basis: 2012)

16 US-Dollar pro Bushel



Quellen: US Department of Agriculture (USDA), US Department of Labor

Während im Laufe des 20. Jahrhunderts die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel deutlich gesunken sind, hat sich der Trend in den letzten zehn Jahren umgekehrt. Gut ablesen lässt sich dies an der Entwicklung der US-Maispreise. Während sich der nominale Preis momentan auf einem historisch hohen Niveau befindet, sind die realen (inflationbereinigten) Preise von den 1950er Jahren bis 2005 kontinuierlich gefallen. Ausnahme ist die Preisspitze in den 1970er Jahren zur Zeit der Ölkrise. Der jüngste Anstieg ist

Ausdruck dafür, dass der globale Angebotszuwachs derzeit kaum mit der Nachfrageentwicklung Schritt halten kann. Der Zusammenhang zwischen Preisentwicklungen und Ernährungssituation ist jedoch komplex. Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte profitieren von hohen Preisen, während Verbraucher belastet werden.

Viele Entwicklungsländer haben komparative Vorteile im landwirtschaftlichen Bereich und sind Nettoexporteure landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Vor diesem Hintergrund wurde insbesondere von vielen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die landwirtschaftliche Protektionspolitik der reichen Länder zum einen wegen des beschränkten Marktzugangs zu deren heimischen Binnenmärkten und zum anderen wegen der Exportsubventionen zu Lasten von Kleinbauern als schädlich für die Entwicklungsländer eingestuft. Inzwischen sind die Entwicklungsländer als Gruppe allerdings Nettoimporteure von Getreide. Vor allem die am wenigsten entwickelten Länder sind stark auf Getreideimporte angewiesen. Hohe Weltmarktpreise schaden diesen Ländern tendenziell.

Die Handelsbilanz allein reicht allerdings nicht aus, die Folgen der Preissteigerung für die Betroffenen innerhalb der Länder abzuschätzen. Hierfür ist es wichtig zu wissen, wer innerhalb dieser Länder Nettoverkäufer und Nettozukauf von Nahrungsmitteln ist. Für städtische Haushalte ist die Situation eindeutig. Sie leiden unter steigenden Preisen. Die zunehmende Urbanisierung in Entwicklungsländern führt zu einem Wachstum dieser Gruppe. Aber immer noch 50 % aller Hungernden sind Kleinbauern. Die Mehrheit dieser hungernden Menschen sind trotz eigener landwirtschaftlicher Produktion Nettozukauf von Grundnahrungsmitteln, sodass sich auch für sie steigende Preise nachteilig auswirken. Steigende Agrarpreise stellen aber auch eine Chance für landwirtschaftliches Wachstum und ländliche Entwicklung dar. Die Ärmsten der Armen werden davon jedoch kaum profitieren, weil sie keinen gesicherten Zugang zu Ackerland und Know-how haben.

Wachsende Preisvolatilitäten erweisen sich als eine zusätzliche Problematik für die Entwicklungsländer. Einerseits wirken sie sich unmittelbar negativ auf die Ernährungssituation der armen Bevölkerungsgruppen aus, andererseits aber setzen sie keine langfristigen Produktionsanreize. Für die zukünftige Nahrungsmittelversorgung wären jedoch gerade Produktionsanreize wichtig, um ungenutzte Potenziale zu mobilisieren.

Nahrungsmittel: Wie viel brauchen wir morgen?

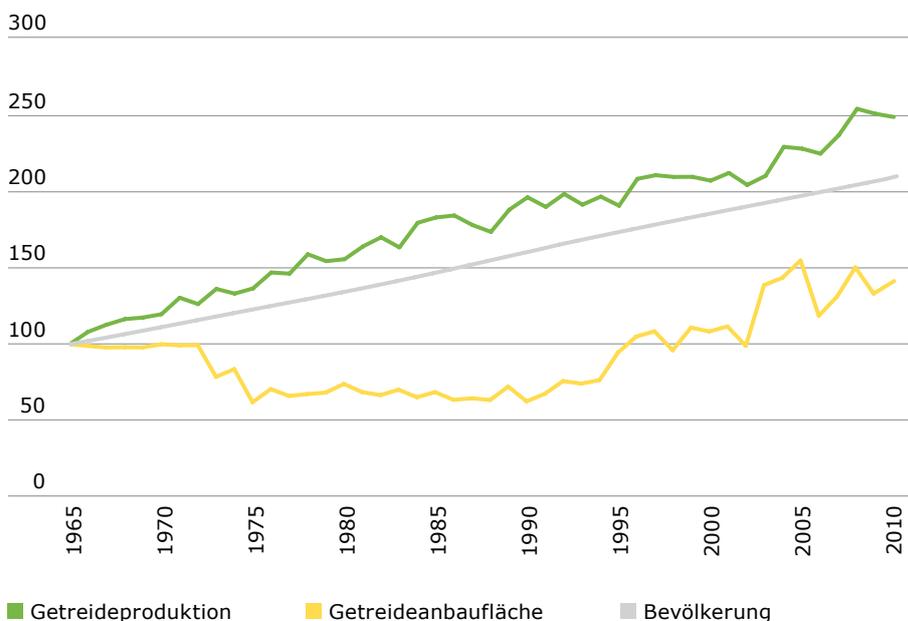
Die Weltbevölkerung wird bis 2050 voraussichtlich auf über 9 Mrd. und bis 2100 auf rund 10 Mrd. Menschen anwachsen. Das Bevölkerungswachstum hat sich zwar im Verlauf der letzten Jahrzehnte weltweit deutlich abgeschwächt. Es beträgt aber derzeit immer noch etwa 1 % pro Jahr. Allerdings müssen nicht nur die zusätzlichen Menschen ernährt werden, auch die zunehmende Nachfrage pro Kopf ist zu decken. Durch wirtschaftliches Wachstum in den Entwicklungsländern steigen die Einkommen. Das führt zu einer wünschenswerten Verringerung der Unterversorgung mit Lebensmitteln und gleichzeitig zu einem Anstieg des Verbrauchs. Der andere Effekt ist die Veränderung der Konsumpräferenzen durch die wirtschaftliche Entwicklung, die Globalisierung und die Urbanisierung. In den meisten Schwel-

Industrieländern steigt vor allem die Nachfrage nach tierischen Produkten. So hat sich z. B. in China in den vergangenen 15 Jahren der Fleischkonsum pro Kopf mehr als verdoppelt.

Ein Großteil der tierischen Veredlung findet heutzutage auf Basis von Getreide und Soja mit großen Energie- und Nährstoffverlusten statt. Bis 2050 wird vermutlich die Hälfte der weltweiten Getreideproduktion als Tierfutter verbraucht werden. Aus gesundheitlichen und ökologischen Gründen wird häufig eine Reduktion des Fleischkonsums in Industrieländern empfohlen. In vielen Entwicklungsländern sieht die Situation hingegen anders aus. Fleisch enthält essenzielle Aminosäuren und Mikronährstoffe, wie Eisen und Zink, an deren Mangel weite Teile der dortigen Bevölkerung leiden. Eine pauschale Kritik am steigenden Fleischkonsum in den Entwicklungs- und Schwellenländern ist also nicht angebracht.

Die Nachfrage nach Agrarprodukten lässt sich über verschiedene Ansatzpunkte beeinflussen: Reduzierter Fleischkonsum in den Industrieländern, eine veränderte Bioenergiepolitik und weniger verschwendete Lebensmittel – im Schnitt wirft jeder Deutsche immerhin pro Jahr 81,6 kg Lebensmittel im Wert von 235 € weg. All diese Maßnahmen sind aber nur schwer steuerbar und werden den Trend auf globaler Ebene in den nächsten Jahrzehnten bestenfalls bremsen, nicht aber umkehren. Insgesamt könnten die Entwicklungen in den Bereichen Nahrungsmittel sowie energetische und stoffliche Verwertung von Biomasse bis 2050 ohne weiteres zu einer Verdopplung der Nachfrage nach Agrarprodukten führen. Dies würde einen Nachfrageanstieg von jährlich rund 1,8 % bedeuten.

Weltweite Entwicklung der Getreideproduktion, -anbaufläche und Bevölkerung
Index (1965 = 100)



Quelle: Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)

Potenziale für eine verbesserte Welternährung

In den letzten 50 Jahren hat sich die globale Nahrungsmittelproduktion etwa verdreifacht. Wie die Grafik auf S. 19 zeigt, ist die Getreideproduktion stärker gewachsen als die Weltbevölkerung und die Anbaufläche. Insgesamt konnte in diesem Zeitraum das Angebot an Nahrungsmitteln zu relativ niedrigen Kosten gesteigert werden, sodass die realen Preise auf dem Weltmarkt im Zeitablauf gesunken sind. Eine zeitlich differenzierte Sicht auf die Entwicklungen zeigt jedoch, dass sich die Situation seit den 1990er Jahren verändert hat und das Wachstum der Produktion hinter dem weiterhin rasanten Wachstum der Nachfrage zurückzubleiben droht. Während der Maisertrag im weltweiten Durchschnitt nach wie vor mit etwa 1,5 % pro Jahr wächst, haben die Weizen- und Reiserträge in den letzten zwei Jahrzehnten um jährlich weniger als 1 % zugelegt. Wenn man diese Entwicklung fort-schreibt, steuert die Welt eindeutig auf eine Ernährungskrise zu.

Erschwerend hinzu kommt der Klimawandel. Während sich steigende Temperaturen in einigen Teilen der Nordhalbkugel möglicherweise positiv auf die Landwirtschaft auswirken, könnten andere Regionen, vor allem Entwicklungsländer, stark negativ betroffen sein. Der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sieht nach Modellrechnungen die Summe dieser Effekte als negativ an. Umso wichtiger ist es, dafür zu sorgen, dass ein größerer Teil der jetzt schon produzierten Nahrungsmittelmenge überhaupt bis zu den Verbrauchern gelangt. Um die erheblichen Nachernteverluste insbesondere in den Entwicklungsländern zu reduzieren, ist eine Verbesserung der lokalen Infrastruktur für Lagerung, Transport und Verarbeitung sowie eine stärkere Förderung von Nachernte-technologien erforderlich.

Aber auch die Agrarproduktion selbst muss gesteigert werden. Die Möglichkeit, zusätzliches Land zu kultivieren, wird unterschiedlich bewertet. In einigen Regionen ist dies grundsätzlich möglich, könnte aber teilweise mit erheblichen ökologischen Kosten verbunden sein. In den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und teilweise auch in Afrika könnte brachliegendes Ackerland in beträchtlicher Größenordnung relativ leicht wieder bewirtschaftet werden. In Afrika und Lateinamerika gibt es darüber hinaus große Flächen an Gras- und Savannenland, welches unter Umständen für den Ackerbau genutzt werden könnte.

Politische Unsicherheiten, fehlende Landnutzungsrechte sowie der schlechte Marktzugang zu Faktor- und Produktmärkten wirken dabei oft erschwerend. Bei der Betrachtung der Flächenentwicklung muss beachtet werden, dass der Pflanzenproduktion weltweit jährlich ca. 5 Mio. ha durch Boden-erosion und -versalzung verloren gehen. Hinzu kommen Ackerlandverluste durch die Ausdehnung von Siedlungs- und Verkehrsflächen. Allein in Deutschland gehen hierfür 74 ha/Tag (2009 bis 2012) verloren. Trotz des rückläufigen Trends erscheint das Ziel der Bundesregierung von 30 ha/Tag bis 2020 fraglich. Die benötigte Produktionssteigerung wird auch weltweit allein über Flächenausdehnung zu ökologisch vertretbaren Kosten kaum zu erreichen sein. Deswegen muss die nachhaltige Produktivitätssteigerung auf den bestehenden Flächen zentrales Ziel der Landwirtschaft sein.

Neue Erkenntnisse auf diesem Gebiet liefern die Wissenschaftler des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) und der Humboldt-Uni-

versität Berlin. Sie erstellten eine Weltkarte, die zwölf globale Landnutzungsmuster – sog. Archetypen – identifiziert. Die Archetypen basieren auf vielen verschiedenen Indikatoren zu Klima, Umwelt und Landwirtschaft sowie zur sozio-ökonomischen Situation. Durch die einzigartige Kombination von Daten wird sichtbar, wo Regionen liegen, in denen sich die Landwirtschaft noch intensivieren lässt, oder wo schon maximaler Anbau betrieben wird. Deutschland beispielsweise befindet sich gemeinsam mit weiten Teilen Westeuropas, dem Osten der USA und Ost-Australien im Nutzungstyp „Intensivanbau“, der weltweit rund 5 % der Fläche ausmacht. Es wird auch sichtbar, dass in einigen Gebieten Chinas die Situation der Landnutzung mit der in Westeuropa oder den USA vergleichbar ist. Diese neuen Erkenntnisse sind nützlich, um negative Folgen der Landnutzung oder die Neuerschließung von Flächen besser bewerten zu können. Möglichkeiten zur Ertragssteigerung gibt es vor allem bei den Archetypen „Extensive Anbausysteme“ und „Bewässerte Anbausysteme“. Hier besteht erhebliches Potenzial, selbst wenn die tatsächlichen Erträge auf nur 50 % der möglichen Erträge gesteigert werden könnten.

Weltkarte der globalen Archetypen zur Landnutzung (Stand 2005)



- | | |
|--|--------------------------|
| ■ tropische Wälder | ■ extensive Anbausysteme |
| ■ abgeholzter Wald/Ackerland in den Tropen | ■ Weidewirtschaft |
| ■ boreale Nadelwälder der westlichen Welt | ■ Bewässerungsanbau |
| ■ boreale Nadelwälder der östlichen Welt | ■ intensive Anbausysteme |
| ■ verdichtete Ballungsräume | ■ Grenzertragsstandorte |
| ■ Bewässerungsanbau bei Ertragslücken bei Reis | ■ Ödland |

Quelle: Tomáš Václavík/Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)

Mit Blick auf geeignete Ansätze zur nachhaltigen Produktivitätssteigerung gibt es keine global gültigen Patentrezepte. Vielmehr müssen auf den Standort bezogene angepasste Produktionssysteme entwickelt und umgesetzt werden. Insbesondere im Kleinbauernsektor der Entwicklungsländer sind die tatsächlich erzielten Erträge erheblich niedriger als sie mit vorhandenen Techniken potenziell erreichbar sind. In Afrika betragen die Ertragslücken häufig mehr als 60 %. Deutschland hingegen befindet sich wesentlich näher am Ertragsoptimum, obwohl Deutschland im weltweiten Vergleich Nachteile hat: Die Fläche ist knapp und die Arbeitskraft ist teuer. Zum Aus-

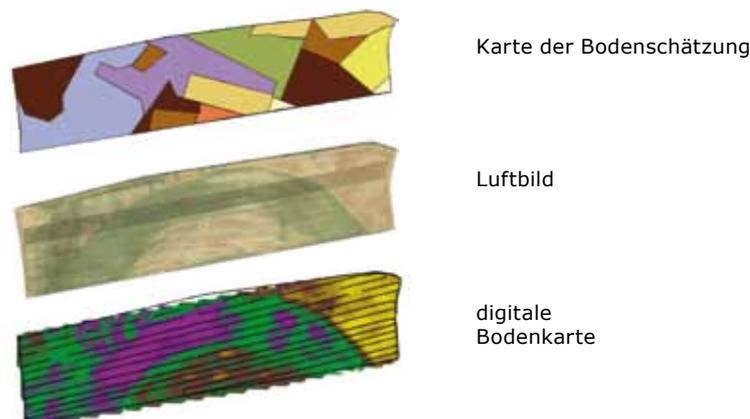
gleich setzen Landwirte daher hochproduktive Technologien zur Ertragssteigerung ein. Einige Beispiele zeigen jedoch, dass durch Innovationen auch in der hiesigen Landwirtschaft noch weitere nachhaltige Produktivitätssteigerungen möglich sind.

Innovationen in der Landwirtschaft

Traktoren, Maschinen und Geräte werden nicht einfach nur größer, breiter und schneller, sondern auch intelligenter. Die Landtechnik befindet sich in einer Phase enormer Entwicklungsschübe bei Sensortechnologie, Maschinensteuerung und Datenmanagement. Vor allem zwei Trends sind bestimmend in der Branche: Steuerung über GPS (Global Positioning System) – häufig ergänzt durch eine bodengestützte Referenzstation – und eine Automatisierung des Datenstroms zwischen dem Hof-PC und den Landmaschinen.

Der Einsatz dieser Technologien bietet enorme Vorteile. Ein zentraler Begriff ist in diesem Zusammenhang „Precision Farming“ (Präzisionslandwirtschaft). Darunter versteht man ein Verfahren der ortsdifferenzierten und zielgerichteten Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Ziel ist es dabei, die Unterschiede des Bodens und der Ertragsfähigkeit innerhalb eines Feldes zu berücksichtigen. Durch diese Technologie können Betriebsmittel und Energie eingespart, der Fahrer entlastet und Bodenbelastungen verringert werden. Beispielsweise kann bei bedarfsgerechter Stickstoffdüngung die Pflanze den Nährstoff nahezu komplett aufnehmen und daraus einen hohen Ertrag generieren. Dadurch werden Auswaschungen minimiert und Energie eingespart.

Bodenkarten für Precision Farming



Quelle: Korn, Marina und Rühlmann, Jörg; Forschungsreport 2/2012, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Maschinen für das Precision Farming verwenden zur Positionsbestimmung innerhalb eines Feldes zentimetergenaue GPS-Empfänger. Speziell ausgerüstete Anbaugeräte können auf Basis der Positionsdaten Dünge- und Pflanzenschutzmittel automatisch teilflächenspezifisch ausbringen. Als Herausforderung gilt, die optimalen Bedarfsmengen zu ermitteln. Dazu wird eine Bodenkarte benötigt, welche die natürlichen Bedingungen abbildet und damit Rückschlüsse auf die jeweiligen Ertragspotenziale der Teil-

flächen ermöglicht. Die Grundlage liefern z. B. Ertragsmessungen beim Mähdrusch, Bodenproben oder auch Luftaufnahmen der Schläge. All diese Informationen werden in einem sogenannten Geografischen Informationssystem (GIS) gebündelt.

Außerdem lässt sich während der Überfahrt der Bestand durch Sensoren erfassen. Beispielsweise erfassen optische Sensoren die Grünfärbung der Pflanzen und ziehen in Kombination mit den GIS-Daten Rückschlüsse auf den Stickstoffbedarf. Diese hoch komplexe Technologie befindet sich laufend in der Weiterentwicklung. Die technische Herausforderung liegt in der Vernetzung der Maschinen und dem Datenmanagement. Grundlage für die Ausbringungsmenge sind Annahmen zur Produktionsfunktion – also der Ertragswirkung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. Die besondere Schwierigkeit ist jedoch, eine exakte Produktionsfunktion im wetterabhängigen Ackerbau zu ermitteln. Aktuell arbeiten rund 10 % der Landwirte mit teilflächenspezifischer Ertragserfassung, 13 % haben bereits ein GPS-gesteuertes Lenksystem als ersten Schritt in Richtung Precision Farming, und 10 % planen dessen Einführung in den nächsten zwei bis drei Jahren („Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar“, Dezember 2013).

Innovationen finden sich auch außerhalb des Ackerbaus. Der technische Fortschritt ist auch in der Tierhaltung beachtlich. In der Milchviehhaltung gibt es Melkroboter. Dadurch muss der Landwirt nicht mehr jeden Morgen und Abend pünktlich im Stall stehen. Die Kühe können flexibel entsprechend ihren Bedürfnissen zum Melken gehen. Damit steigt in der Regel die Milchleistung. Aber nicht nur die Haltung, sondern auch die Züchtung leistet ihren Beitrag zur Verbesserung des Tierschutzes. Zunehmend werden hornlose Rinder gezüchtet. Die aufgrund des Arbeitsschutzes notwendige schmerzhaftes Enthornung der Kälber kann hier entfallen. Um die genetische Varianz der Population nicht einzuschränken und die Fitness nicht zu gefährden, ist eine Umstellung allerdings erst nach langfristiger moderner Zucht möglich.

Ein weiteres tierschutzrelevantes Thema ist die Kastration von männlichen Ferkeln in der Schweinemast. Ab Januar 2019 dürfen Schweine nur noch unter Betäubung kastriert werden. Eine Alternative ist die Ebermast. Sie bietet Vorteile, wie zum Beispiel eine bessere Futtermittelverwertung. Aber einem Teil des Fleisches haftet ein unangenehmer Ebergeruch an. Dem kann durch eine koordinierte Doppelstrategie begegnet werden. Einerseits kann der Anteil der Schweine mit Ebergeruch durch Züchtung minimiert werden. Andererseits muss eine sichere technisch gestützte Geruchserkennung im Schlachthaus entwickelt werden, um eventuell verbleibende Tiere zu selektieren.

Vielfach gelingt es, ökonomische, ökologische und Tierschutzanforderungen zu verknüpfen. In der Schweinehaltung dagegen müssen aus Umweltschutzgründen verstärkt Luftfilteranlagen eingebaut werden. Diese mindern den Ausstoß von Geruch, Ammoniak und Staub. Ziel ist es, die Belastung für die Anwohner und Umwelt zu minimieren sowie die Akzeptanz für den Bau neuer Ställe zu verbessern. Es gibt unterschiedliche Verfahren für Abluftfilter: die rein physikalische Reinigung (Abscheidung von Partikeln), die biologische Reinigung (über organisches Material wie Hackschnitzel) und die chemische Reinigung (mit Säure). Noch kein Verfahren hat sich endgültig durchgesetzt. Bei Abluftfiltern gilt es einen Mittelweg zwischen Kosten für den Landwirt und Interessen der Anwohner zu finden. Einen Abluftfilter

haben bisher nur 4 % der Landwirte mit einem Schwerpunkt in der Schweine- und Geflügelhaltung installiert. Bereits 15 % planen jedoch die Anschaffung in den nächsten zwei bis drei Jahren („Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar“, Dezember 2013).

Innovationsförderung durch die Rentenbank

Die Rentenbank engagiert sich bereits seit 1952 für Innovationen in der Agrarwirtschaft. Ziel ist es, den gesamten Innovationsprozess von der Entwicklung über die Markteinführung bis hin zur flächendeckenden Anwendung in der Praxis zu fördern.

Eine besondere Herausforderung im Innovationsprozess ist der Übergang in die Praxis. Hierfür werden von der Rentenbank aus dem Zweckvermögen des Bundes Zuschüsse für die experimentelle Entwicklung sowie Kredite zur Markt- und Praxiseinführung von Innovationen zu sehr günstigen Konditionen bereitgestellt. Die Rentenbank verwaltet das Zweckvermögen treuhänderisch für den Bund und führt ihm jährlich die Hälfte des Bilanzgewinns des Vorjahres zu. Die Bewilligung erfolgt in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL).

Im Bereich Markt- und Praxiseinführung werden Modellvorhaben gefördert, die einen Beitrag zur Verbesserung der Tierhaltung und zur Steigerung der Verbraucherakzeptanz moderner Tierhaltung leisten. Förderschwerpunkte liegen außerdem in der verbesserten Integration erneuerbarer Energieträger, der ressourcenschonenden und emissionsarmen Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Erschließung neuer Einkommensquellen.

Im Bereich experimenteller Entwicklung unterstützt die Rentenbank z. B. die Ausschreibung des BMEL zum Thema „Innovationen zur Verbesserung der Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren“ sowie diverse Projekte der Deutschen Innovationspartnerschaft Agrar (DIP). Fachlich unterstützt wird die Rentenbank dabei von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Gestärkt wird der Bereich experimentelle Entwicklung durch das Anfang 2014 startende Rentenbank-Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“. Diese zusätzlichen Mittel dienen der Entwicklung von neuen oder weiterentwickelten Produkten, Verfahren und Dienstleistungen. Die Finanzierung wissenschaftlicher Untersuchungen, die den Einsatz von Innovationen in Praxisbetrieben begleiten, ist hier ebenfalls möglich.

Ergänzend dazu unterstützt die Rentenbank im Programm „Nachhaltigkeit“ die Verbreitung besonders nachhaltiger Produktionsverfahren mit ihren besonders günstigen Top-Konditionen.

Technischer Fortschritt definiert die Grenzen des Wachstums ständig neu

Die modernen Wachstumsskeptiker können sich auf eine lange Tradition berufen. Schon im 19. Jahrhundert argumentierten Denker wie der Brite Thomas Malthus, dass die Endlichkeit der Ressourcen das Bevölkerungswachstum beschränkt. Er postulierte, dass die Bevölkerung exponentiell (geometrisch) wächst, während die Produktion an Nahrungsmitteln nur

linear (arithmetisch) zunimmt. Malthus zog hieraus den Schluss, dass das Wachstum der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht mit dem der Menschheit Schritt halten kann. Im Jahr 1972 veröffentlichte der Club of Rome seine viel zitierte Studie, wonach die Rohstoffvorräte noch vor dem Jahr 2100 erschöpft seien. Als dann Mitte der 1970er Jahre die Preise für Agrarprodukte stark anstiegen, wurde vielfach eine langfristige Verknappung prophezeit.

Die Skeptiker irrten, die Preise fielen wieder. Derartige Prognosen unterschätzen häufig den technischen Fortschritt. Die Grafik zeigt anschaulich, dass der Produktionszuwachs im Gegensatz zur Vergangenheit immer weniger durch Input-Intensivierung (z. B. Dünger und Pflanzenschutzmittel) zustande kommt. Vielmehr gelingen die Ertragssteigerungen heute ohne den Einsatz zusätzlicher Produktionsfaktoren. Man spricht dann auch von einer Steigerung der totalen Faktorproduktivität. Diese lässt sich als technischer Fortschritt interpretieren.

Angetrieben durch sich verändernde Marktbedingungen gibt es einen ständigen Anpassungsprozess in Richtung einer höheren Produktivität. Es stellt sich die Frage, ob bzw. wo auch zukünftig noch Verbesserungen möglich sind. Neben den Innovationen in der Praxiseinführung gibt es Technologien, die sich in der Entwicklung befinden bzw. in Europa (noch) nicht eingesetzt werden. An erster Stelle ist hier die Biotechnologie zu nennen. Experten sehen in ihr auch zukünftig großes Potenzial. Zum einen kann der züchterische Fortschritt beispielsweise durch die Analyse des Genoms beschleunigt werden. Zum anderen können in der Grünen Gentechnik durch das gezielte Einfügen einzelner Gene in das Erbgut von Pflanzen genetisch veränderte Organismen (GVO) mit gewünschten Eigenschaften erzeugt werden.

Die Grüne Gentechnik wird in der europäischen Öffentlichkeit äußerst kritisch gesehen, im Gegensatz zu der in der Humanmedizin genutzten Roten Gentechnik. Kritiker argumentieren, dass in der Grünen Gentechnik Artgrenzen überwunden werden und sich die so entstandenen Mutationen über Auskreuzung unkontrolliert in der Umwelt verbreiten könnten. Einmal verbreitet, könnten sie in einem komplexen System wie der Natur unvorhersehbare Folgen haben. Eine Rückholung nach der Verbreitung sei nicht mehr möglich.

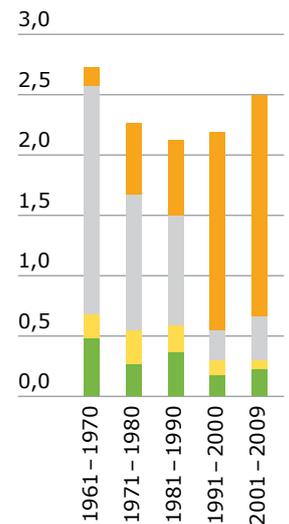
Bislang wurden vor allem herbizid- und insektenresistente GVO-Pflanzen vermarktet. Diese Eigenschaften führen zu Kostenersparnissen und Produktivitätssteigerungen, bringen aber für den europäischen Verbraucher abgesehen von geringfügigen Preisveränderungen keine bedeutenden Vorteile. Beobachter gehen davon aus, dass, solange sich dies nicht ändert, die Gesellschaft kein (noch so kleines) Restrisiko tragen will. Dementsprechend schränkt die Politik deren Anbau stark ein.

Wie komplex und umstritten die Fragestellung der Zulassung von GVO politisch ist, zeigt der aktuelle Fall des GVO-Mais' 1507. Ob es im Fall einer Zulassung auf EU-Ebene zu einem Anbau in Deutschland kommt, ist noch nicht abschließend geklärt.

In anderen Regionen der Welt sieht die Situation anders aus. Über 90 % der angebauten Sorten bei Mais, Soja und Raps sind in den USA gentechnisch verändert. In Südamerika sind die Größenordnungen ähnlich. Für das angestrebte Freihandelsabkommen der EU mit den USA, in dem neben dem Ab-

Quellen des Wachstums der Weltagrarpromission

Wachstumsrate in % pro Jahr



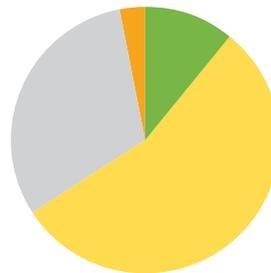
- Totale Faktorproduktivität (technischer Fortschritt)
- Inputintensivierung
- Bewässerung
- Größere Anbaufläche

Quelle: Fuglie, Keith O. und Sun Ling Wang (2012)

bau von Zöllen auch die unterschiedlichen Normen und Standards der Länder, z. B. hinsichtlich der Gentechnik oder des Einsatzes von Hormonen in der Rindermast angeglichen werden sollen, stellt dies eine große Herausforderung dar.

Ertragssteigerung:

Wie schätzen die Landwirte die Möglichkeiten zur Ertragssteigerung auf ihrem Betrieb ein?



- zunehmend positiv 11 %
- unverändert positiv 55 %
- stagnierend 31 %
- keine Angaben 3 %

Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2013

Unproblematischer sind die Entwicklungen im technischen Bereich. Erste Prototypen von führerlosen Traktoren oder Robotern, die mechanisch und ohne Chemie Unkraut entfernen, gibt es bereits. Ein weiteres Gebiet ist die automatische Überwachung. Im Ackerbau könnte es zukünftig möglich sein, Drohnen zur Kontrolle und Erfassung der Bestände einzusetzen. In der Tierhaltung können Sensoren dabei helfen, das Verhalten der Tiere und die biologischen Parameter laufend zu überwachen und damit die Gesundheit, die Leistung und das Wohlbefinden der Tiere zu kontrollieren. Dadurch wird es möglich, Medikamente zielgerichteter einzusetzen und den Tierschutz zu verbessern. Diese Beispiele zeigen, dass viel für einen sich weiter fortsetzenden technischen Fortschritt auch in naher Zukunft spricht. Die Landwirte sehen dies mehrheitlich ähnlich: Bei einer Befragung im Rahmen des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ im Dezember 2013 gaben 55 % der Landwirte an, dass sich der positive Trend der Ertragssteigerung der letzten 20 Jahre auf ihrem Betrieb unverändert fortsetzen wird. 11 % erwarten zukünftig sogar eine höhere Steigerung. Dagegen sehen 31 % keine weiteren Möglichkeiten. Größere Betriebe über 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche beurteilen die Potenziale zur Ertragssteigerung deutlich positiver als der Durchschnitt.

Technischer Fortschritt verbindet Ökonomie, Ökologie und Soziales

Notwendige Voraussetzung für technische Innovationen und Produktivitätssteigerungen ist die Bereitschaft zu langfristigen Investitionen in die Landwirtschaft. Diese setzen auch einen wirtschaftlichen Anreiz voraus. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass die Ertragssteigerungsraten bei wichtigen Kulturen wie Reis und Weizen zuletzt rückläufig waren. So waren die Getreidepreise für längere Zeit niedrig. Im Vordergrund standen deshalb vor allem Kostensenkungsaspekte. Die Züchtung etwa konzentrierte sich eher auf die Entwicklung von Resistenzen und weniger auf eine Ertragssteigerung. Die heutigen Investitionen in Forschung und Entwicklung werden erst mit einiger Verzögerung ertragswirksam.

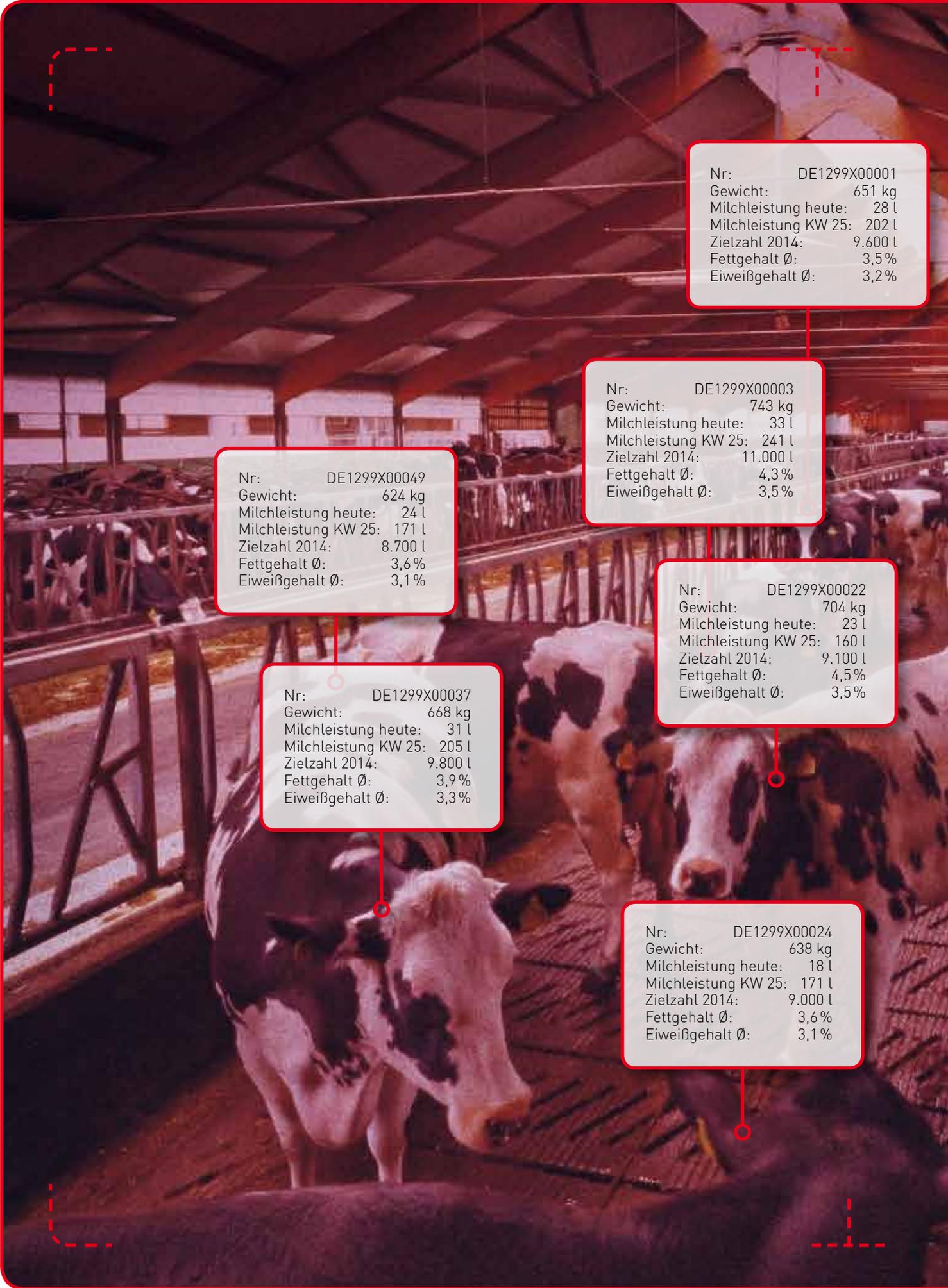
Der technische Fortschritt hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Entwicklung der Erträge, sondern auch auf die Entwicklung der Betriebe. Die er-

höhte Schlagkraft der Maschinen hat zur Folge, dass ein Landwirt, der seine Maschinen und seine Arbeitskraft optimal ausnutzen möchte, mehr Fläche bewirtschaften sollte. Der Ökonom spricht auch von „Economies of scale“ (Kostendegression durch Größenvorteile). Dies begünstigt den Trend hin zu größeren spezialisierteren Betrieben, der sich auch im anhaltenden Strukturwandel widerspiegelt. 1950 gab es in Westdeutschland 1,34 Mio. landwirtschaftliche Betriebe, heute sind es in West- und Ostdeutschland zusammen 288 200. Bedenkt man, dass die Landwirtschaft ein Sektor ist, der den begrenzten Produktionsfaktor Boden benötigt, wird klar, dass bei Flächenausdehnung in Wachstumsbetrieben an anderer Stelle Betriebe ausscheiden müssen. Das Ausscheiden ist dabei keineswegs gleichzusetzen mit wirtschaftlichem Scheitern. Die Betriebsaufgabe erfolgt ganz überwiegend im Rahmen des Generationswechsels. In den meisten Fällen wird das Vermögen erhalten. Die Produktionsfaktoren wandern zu den effizientesten Unternehmen.

Globale Knappheiten und regional sehr unterschiedliche Ressourcenausstattung legen es nahe, diesen marktwirtschaftlichen Grundsatz nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit zur Geltung zu bringen. Agrarprodukte werden idealerweise in den Betrieben und Regionen produziert, wo die jeweils knappen Ressourcen am effizientesten genutzt werden, unter Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kosten (Internalisierung externer Effekte). Unter diesen Voraussetzungen kann es sinnvoll sein, Soja in Südamerika zu produzieren und als Futtermittel zu importieren und auf europäischen Hohertragsstandorten Weizen anzubauen.

Die Präferenzen der Verbraucher sind neben der rein ökonomischen Optimierung im Blick zu behalten. Zum Beispiel steigt die Nachfrage nach GVO-freiem Soja aus Deutschland stetig und eröffnet so hiesigen Anbauern und Verarbeitern Chancen. Die zahlungskräftigen und umweltbewussten Verbraucher in Deutschland begünstigen vielfältige Möglichkeiten zur Differenzierung. Dies bedeutet für den einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmer, dass es auch Alternativen zum Weg des „Wachsens oder Weichens“ gibt. Der Unternehmer muss abwägen, welche Innovationen für seinen Betrieb langfristig sinnvoll sind. Er kann sich qualitativ und nicht nur quantitativ entwickeln – Nischen erschließen, seine Produkte regional vermarkten oder zukünftig erhöhte Tierwohlstandards umsetzen.

Losgelöst von der Strategie, die ein Landwirt verfolgen möchte, ist der Kapitalbedarf meist enorm. Der technische Fortschritt beschleunigt sich und die Abstände zwischen großen Investitionsschritten werden tendenziell geringer. So ist die Landwirtschaft heute eine der kapitalintensivsten Branchen. Je Erwerbstätigen werden in der deutschen Landwirtschaft durchschnittlich 439 000 € eingesetzt, im produzierenden Gewerbe (Industrie) sind es 187 000 €. Der im internationalen Vergleich zinsgünstige Zugang zu Kapital ist für die deutsche Landwirtschaft ein erheblicher Standortvorteil. Momentan ist das Investitionsklima positiv. Die Landwirte investieren kräftig in die Modernisierung ihrer Betriebe. Das verbessert die Arbeitsbedingungen für die Landwirte, macht sie zu attraktiven Kunden für die Banken und ermöglicht eine nachhaltige und umweltschonende Entwicklung der Agrarwirtschaft. Die Umsetzung von technischen Innovationen und die damit verbundenen Produktivitätsfortschritte bieten die Chance, Ökonomie, Ökologie und Soziales zu vereinen. Sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus humanitärer Sicht lohnt es sich also, in die Landwirtschaft zu investieren.



Nr: DE1299X00001
Gewicht: 651 kg
Milchleistung heute: 28 l
Milchleistung KW 25: 202 l
Zielzahl 2014: 9.600 l
Fettgehalt Ø: 3,5%
Eiweißgehalt Ø: 3,2%

Nr: DE1299X00003
Gewicht: 743 kg
Milchleistung heute: 33 l
Milchleistung KW 25: 241 l
Zielzahl 2014: 11.000 l
Fettgehalt Ø: 4,3%
Eiweißgehalt Ø: 3,5%

Nr: DE1299X00049
Gewicht: 624 kg
Milchleistung heute: 24 l
Milchleistung KW 25: 171 l
Zielzahl 2014: 8.700 l
Fettgehalt Ø: 3,6%
Eiweißgehalt Ø: 3,1%

Nr: DE1299X00022
Gewicht: 704 kg
Milchleistung heute: 23 l
Milchleistung KW 25: 160 l
Zielzahl 2014: 9.100 l
Fettgehalt Ø: 4,5%
Eiweißgehalt Ø: 3,5%

Nr: DE1299X00037
Gewicht: 668 kg
Milchleistung heute: 31 l
Milchleistung KW 25: 205 l
Zielzahl 2014: 9.800 l
Fettgehalt Ø: 3,9%
Eiweißgehalt Ø: 3,3%

Nr: DE1299X00024
Gewicht: 638 kg
Milchleistung heute: 18 l
Milchleistung KW 25: 171 l
Zielzahl 2014: 9.000 l
Fettgehalt Ø: 3,6%
Eiweißgehalt Ø: 3,1%



Nr: DE1299X00009
 Gewicht: 710 kg
 Milchleistung heute: 31 l
 Milchleistung KW 25: 215 l
 Zielzahl 2014: 10.700 l
 Fettgehalt Ø: 3,8%
 Eiweißgehalt Ø: 3,4%

Nr: DE1299X00011
 Gewicht: 691 kg
 Milchleistung heute: 36 l
 Milchleistung KW 25: 253 l
 Zielzahl 2014: 11.500 l
 Fettgehalt Ø: 4,1%
 Eiweißgehalt Ø: 3,5%

ON OFF



Gruberhof
 Stall 1
 22 / 06 / 2014
 18:25:30
 18 C°
 Kennzahl 1 -14 - 20 - 2 - D

Tiere: 140

Melkungen

Heute: 266
 KW 25: 1.946
 Gesamt 2014: 48.433

Milch

Heute: 3.988 l
 Gestern: 4.193 l
 KW 25: 27.322 l
 Gesamt 2014: 744.821 l

Zeit pro Melkung

Ø Heute: 6,21 min
 Ø KW 25: 7,33 min
 Ø 2014: 6,88 min

Reinigungszeit: < 5 %

Stillstand: < 15 %

Fehlversuche: gering

Abweisungen: 3

Milch-Inhaltsstoffe

Ø Heute

Trockensubstanz	13,1 %
Gesamteiweiß	3,6 %
Albumin / Globulin	0,5 %
Fett	4,0 %
Laktose	4,8 %
Calcium	0,12 %
Phosphor	0,1 %

Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2013

Landwirtschaft: Preise auf hohem Niveau

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2012/13 war von hohen Preisen für die wichtigsten Agrarprodukte geprägt. Der von der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) errechnete Agrarrohstoffindex für die 13 wichtigsten deutschen Agrarprodukte lag Ende 2012 um 50 % über dem Wert des Jahres 2005 und erreichte damit einen Rekordstand. Für die Landwirtschaft war die Marktentwicklung auch im Laufe des Jahres 2013 bei Milch, Obst, Geflügel sowie Speisekartoffeln erfreulich. Insbesondere die Milcherzeugerpreise sind stark gestiegen. Im Gegensatz dazu lagen die Erzeugerpreise für Getreide und Ölsaaten in der Ernte 2013 deutlich niedriger als ein Jahr zuvor. Trotz der jüngsten Preissenkungen sind die Agrarpreise im Langfristvergleich nach wie vor hoch. Nach Analysen der Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) werden die internationalen Agrarrohstoffpreise insgesamt ihre feste Tendenz beibehalten.

Einkommenssteigerungen bei Ackerbau- und Veredlungsbetrieben, sinkende Einkommen bei Milchviehbetrieben

Gewinn je Haupterwerbsbetrieb

70 Tsd. €



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Ausschlaggebend für die Ertragslage des Wirtschaftsjahres 2012/13 waren die Preise für die Ernte 2012 und für tierische Produkte bis zum 30.06.2013 bzw. 30.04.2013 für spezialisierte Futterbaubetriebe. Zur insgesamt positiven Ertragsentwicklung trugen in diesem Zeitraum vor allem höhere Erlöse für Druschfrüchte, Schweine und Rinder bei. Negativ wirkten sich hauptsächlich die gestiegenen Aufwendungen für Futtermittel und Tierzukaufe sowie die im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres geringeren Milcherlöse aus.

Der durchschnittliche Gewinn der Haupterwerbsbetriebe ist im vergangenen Wirtschaftsjahr um 9,0 % auf 62 893 € gestiegen. Den Angaben zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft liegt der Situationsbericht des Deutschen Bauernverbands (DBV) zugrunde. Die Berechnungen basieren auf 15 360 Jahresabschlüssen von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben. Die Ergebnisse decken sich mit den Auswertungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zur wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Auch auf der Datengrundlage der Testbetriebsstatistik 2012/13 ergaben sich Gewinnsteigerungen in vergleichbarer Höhe. Im Rückblick der letzten Jahre liegen die aktuellen Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe damit über dem Niveau des bisherigen Spitzenjahres 2007/08.

Haupterwerbsbetriebe mit dem Schwerpunkt Ackerbau konnten im Wirtschaftsjahr 2012/13 gegenüber dem Vorjahr ihr Betriebsergebnis am deutlichsten um 52 % auf 97 520 € steigern. Die betrieblichen Erträge sind vor allem preisbedingt um 12 % gestiegen, während die Aufwendungen dagegen nur um 3 % zunahmen.

Die Veredlungsbetriebe, also Betriebe mit Schweine- und Geflügelhaltung, steigerten ihren Gewinn um 15 % auf 63 975 € und lagen damit leicht über dem Durchschnitt aller Betriebe. Bei dem Vergleich der Zahlen mit anderen Betriebsformen ist aber zu berücksichtigen, dass es aufgrund baurechtlicher Bestimmungen vielfach zu Betriebsteilungen kam. Die gestiegenen Ausgaben, insbesondere für Futtermittel und für die Umstellung der Haltungsbedin-

gungen bei Sauen, konnten durch höhere Erzeugerpreise bei Mastschweinen und Ferkeln mehr als ausgeglichen werden.

Rückläufig waren dagegen mit 52279 € je Haupterwerbsbetrieb die Gewinne in der Milchviehhaltung (-14 %). Dies lag an dem mit 29,1 ct/kg Milch vergleichsweise niedrigem Milcherzeugerpreis im Sommer 2012. Gleichzeitig nahmen auch die betrieblichen Aufwendungen um 5 % zu. Aufgrund der hohen Nachfrage auf dem Weltmarkt stieg der Milchpreis seitdem kontinuierlich an. So wurden Ende 2013 39,7 ct/kg Milch erreicht. Dies lässt für das laufende Wirtschaftsjahr 2013/14 auf eine deutliche Erholung der Gewinne in der Milchviehhaltung hoffen.

Die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland werden im Nebenerwerb bewirtschaftet. Diese bearbeiten rd. 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Der überwiegende Teil davon sind Ackerbaubetriebe (61 %). Entsprechend profitierten sie von den guten Preisen für Getreide und Ölsaaten im vergangenen Wirtschaftsjahr. Ein Nebenerwerbsbetrieb erwirtschaftete im Wirtschaftsjahr 2012/13 durchschnittlich 19689 € und damit 8,3 % mehr als im Vorjahr.

Neben der großen Bandbreite in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Einzelbetrieben gibt es struktur- und schwerpunktbedingt auch regionale Unterschiede. Den stärksten Gewinnanstieg mit 69 % auf 120076 € pro Betrieb gab es in den neuen Bundesländern, gefolgt von Niedersachsen (+11 % auf 70118 €) und Schleswig-Holstein (+9 % auf 63084 €). Der Gewinnanstieg in den nördlichen Bundesländern ist auf die witterungsbedingt schlechtere Ernte im Vergleichswirtschaftsjahr 2011/12 zurückzuführen. In Bayern (-0,7 % auf 54407 €), Baden-Württemberg (+1,6 % auf 47365 €) und Nordrhein-Westfalen (+1,9 % auf 60928 €) stagnierten dagegen 2012/13 die durchschnittlichen Gewinne der Haupterwerbsbetriebe gegenüber dem Vorjahr.

Leicht steigende Gewinne bei ökologisch wirtschaftenden Betrieben

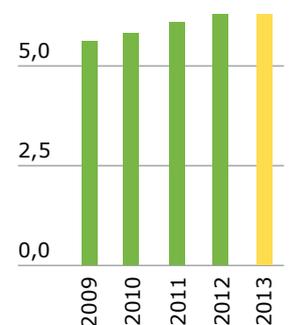
Im Wirtschaftsjahr 2012/13 erwirtschaften Ökobetriebe im Durchschnitt einen Gewinn von 66147 €. Auf Erträge und Aufwendungen wirkten in diesem Bereich ähnliche Einflussfaktoren wie bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben. Trotz des hohen Anteils an Milchviehbetrieben (69 %) stiegen die Gewinne bei den Ökobetrieben um 7,1 %. Grund war die im Vergleich zur konventionell produzierten Milch stabilere Preisentwicklung bei Biomilch.

Hohe Eigenkapitalbildung

Die Eigenkapitalbildung ist eine wichtige Stabilitätskennziffer und Grundlage für die Finanzierung von Nettoinvestitionen. Im Durchschnitt erhöhte sich das Eigenkapital im Wirtschaftsjahr 2012/13 um 14051 € auf 557971 € pro Betrieb. Die rechnerische Erhöhung des Eigenkapitals durch den Anstieg der Flächenpreise wird in der Bilanz nicht erfasst. Der durchschnittliche Fremdkapitaleinsatz je Haupterwerbsbetrieb stieg im Wirtschaftsjahr um knapp 4 % auf 174180 €, dies entspricht 2200 €/ha. Die Zinsaufwendungen lagen dagegen mit 6100 € je Betrieb im Durchschnitt knapp 2 % unter dem Vorjahr.

Ökologischer Landbau
Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland

7,5 %



Quelle: Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)

Deutsche Landwirtschaft sehr kapitalintensiv – Fremdkapitalbestand auf Rekordniveau

Mit 439 000 € Kapital pro Erwerbstätigen (2011) gehört die Landwirtschaft zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbranchen in Deutschland. Der Kapitaleinsatz pro Erwerbstätigen ist von 1991 bis 2011 um 131 % gestiegen. Der Fremdkapitalbestand in der deutschen Landwirtschaft stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,1 % und erreichte im dritten Quartal 2013 mit 46,2 Mrd. € einen neuen Rekordstand. Davon sind 83 % langfristige Kredite.

Landwirtschaft weiterhin optimistisch

Die optimistische Stimmungslage in der deutschen Landwirtschaft, ermittelt in der Dezemberbefragung des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“, spiegelt sich in einer regen Investitionstätigkeit wider. Die wirtschaftliche Stimmung der Landwirte ist seit Ende 2010 ausgesprochen positiv. In der relativ guten Beurteilung der wirtschaftlichen Situation unterscheiden sich die Betriebsformen aktuell kaum. Nicht ganz so gut sind die Erwartungen für die nächsten zwei bis drei Jahre. Bei dieser Einschätzung spielen die prognostizierte Steigerung der Produktionskosten und die volatilen Agrarpreise eine zentrale Rolle. Auch die politischen Rahmenbedingungen werden als Grund für pessimistische Zukunftserwartungen genannt. Insgesamt beabsichtigen die deutschen Landwirte im ersten Halbjahr 2014 mit 6,3 Mrd. € zurückhaltender als im Vorjahr (6,7 Mrd. €) zu investieren. Die prognostizierten Investitionen in Maschinen erreichen den Vorjahresstand, während für Gebäude und erneuerbare Energien etwas niedrigere Investitionen geplant sind.

Ernährungswirtschaft: Export bleibt wichtige Ertragsstütze

Die deutsche Ernährungswirtschaft steigerte auch 2013 ihre Umsätze und dies angesichts eines insgesamt verhaltenen konjunkturellen Umfelds. Dabei wuchs das Auslandsgeschäft erneut stärker als die Nachfrage im Inland. Während der Inlandsabsatz um 2,4 % auf 124,3 Mrd. € zulegte, stieg der Umsatz mit dem Ausland um 3,5 % auf 31,9 Mrd. €. Mittlerweile erlösen die Unternehmen der deutschen Ernährungswirtschaft mehr als jeden fünften Euro im Ausland. Insgesamt lag der Umsatz 2013 bei 156,2 Mrd. €, 2,7 % mehr als im Vorjahr. Der Anstieg war allerdings zum größten Teil höheren Preisen geschuldet.

Die Anzahl der Betriebe im Ernährungsgewerbe mit mehr als 50 Beschäftigten blieb 2013 mit 2 653 nahezu unverändert. Gleichzeitig stieg die Zahl der dort Angestellten um 0,5 % auf rd. 452 000. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) schätzt die Gesamtzahl aller Betriebe auf 5 950 und die Zahl der Beschäftigten auf 556 000. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland ist ähnlich wie die Landwirtschaft stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Sie ist ebenfalls einem gewissen Strukturwandel und Konzentrationsdruck ausgesetzt.

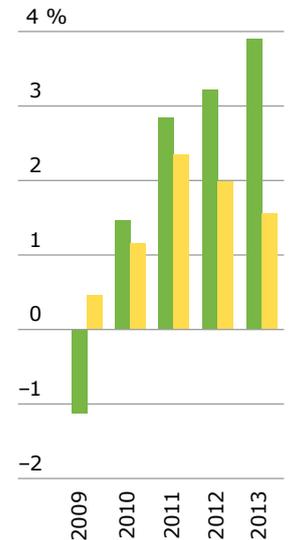
Das Ernährungsgewerbe umfasst die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie von Getränken. Die Branche ist gemessen am Umsatz die drittgrößte innerhalb der deutschen Industrie nach dem Fahrzeugbau und dem Maschinenbau.

Nahrungsmittelpreise überdurchschnittlich gestiegen

In Folge einer international gestiegenen Nachfrage nach Agrargütern erhöhten sich 2013 auch in Deutschland die Preise für Lebensmittel. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Durchschnitt 3,9 % über denen des Vorjahrs. Überdurchschnittlich verteuerten sich Obst um 7,2 %, Gemüse um 6,1 % und Fleisch um 4,5 %. Der Anstieg des allgemeinen Preisindex für die Lebenshaltung lag dagegen lediglich bei 1,5 %. Auch im mehrjährigen Vergleich ist festzustellen, dass sich die Nahrungsmittelpreise preistreibend auf die Lebenshaltung auswirkten. So stiegen in den letzten fünf Jahren die Lebensmittelpreise mit 2 % im jährlichen Durchschnitt stärker als die allgemeinen Verbraucherpreise mit 1,5 %.

Insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen im deutschen Ernährungsgewerbe stellen höhere Kosten für Rohstoffe, Energie, Transport und Verpackungen eine große Herausforderung dar. Die Konzentration in der Ernährungsbranche ist sehr gering im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel. Da vielen Unternehmen die Marktmacht fehlt, können sie höhere Kosten nicht vollständig auf die Verkaufspreise überwälzen.

Preisindex für die Lebenshaltung
Veränderung zum Vorjahr



■ Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke
■ Lebenshaltung insgesamt

Quelle: Statistisches Bundesamt

Umsatz der Betriebe* des Ernährungsgewerbes nach ausgewählten Branchen im Jahr 2013

	in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr in %	Exportquote in %
Ernährungsgewerbe insgesamt	156,2	2,7	20,4
davon:			
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	138,1	3,0	21,7
darunter:			
Schlachten und Fleischverarbeitung	36,1	-1,7	18,0
Milchverarbeitung	26,8	11,5	25,0
Teig- und Backwaren	15,4	1,1	9,5
Süßwaren	10,6	8,1	31,3
Obst- und Gemüseverarbeitung	9,4	3,1	20,9
Getränkeherstellung	18,1	0,1	10,9
darunter:			
Erfrischungsgetränke, Mineralwasser	7,4	4,3	8,3
Bier	7,1	-4,0	10,0

* Erfasst sind Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (vorläufige Zahlen); eigene Berechnungen

Deutsche Lebensmittel im Ausland sehr gefragt

Angesichts gesättigter Märkte und eines hohen Wettbewerbsdrucks bestehen im Inland nur wenig Spielräume, die realen Umsätze zu steigern. Die deutsche Ernährungswirtschaft kann daher Wachstum fast ausschließlich durch höhere Exporte generieren. Im Jahr 2013 kamen Wachstumsimpulse hauptsächlich aus den kaufkräftigen und konsumfreudigen Märkten außerhalb der Europäischen Union. Dennoch hat insbesondere der Euroraum nach wie vor eine überragende Bedeutung für die deutsche Ernährungswirtschaft. Knapp 70 % der Exporte wurden 2013 dorthin geliefert. Dadurch

halten sich die direkten Auswirkungen von Wechselkursschwankungen für die Branche in Grenzen.

Fleisch- und Milchprodukte sowie Süßwaren sind im Ausland besonders gefragt. Sehr erfolgreiche Exporteure sind dabei die Milchunternehmen. Mit 6,7 Mrd. € und 10,4 % mehr als im Vorjahr erlösten sie 2013 bereits jeden vierten Euro im Ausland. Aufgrund höherer Preise konnten sie aber auch ihren Inlandsumsatz kräftig um 11,8 % steigern. Die Erlöse der fleischverarbeitenden Industrie, der größten Einzelbranche, gingen dagegen aufgrund des rückläufigen Fleischkonsums um 2,7 % im Inland zurück. Der um 2,6 % höhere Export konnte die fehlende Inlandsnachfrage nur teilweise kompensieren, sodass sich für die Fleischindustrie insgesamt ein Umsatzrückgang um 1,7 % ergab.

Wachstum in inländischen Nischenmärkten

Einzelne Segmente der Ernährungswirtschaft erzielten auch im Inland weitere Zuwächse. Dazu gehörten erneut Bioprodukte. Nach Schätzungen des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) stieg der Umsatz mit Biolebensmitteln 2013 in Deutschland um 7,2 % auf 7,6 Mrd. €. Nach wie vor wächst der Markt für Bioprodukte in Deutschland schneller als die heimische Produktion, sodass der Anteil der importierten Biolebensmittel weiter gestiegen ist. Gründe dafür sind die inzwischen wieder höhere Attraktivität der konventionellen Landwirtschaft in Deutschland – einschließlich der Biogaserzeugung – und die gestiegenen Bodenpreise.

Auch Lebensmittel aus den Regionen der Verbraucher gewinnen weiter an Bedeutung. Kunden bevorzugen beim Einkauf zunehmend wohnortnahe Erzeuger und berücksichtigen das saisonale Angebot von Obst und Gemüse.

Sich wandelnde Konsumgewohnheiten zeigen sich weiterhin auch im Außer-Haus-Verzehr. Catering-Unternehmen erzielten 2013 ein Umsatzplus von 3,7 % und waren damit bestimmend für die um 1,4 % höheren Erlöse der Gastronomie insgesamt. Verpflegungsdienstleistungen weisen bereits seit mehreren Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten auf. Der Umsatzanstieg war allerdings auch hier zum Teil eine Folge höherer Preise.

Ausblick: Stabiles Konsumklima und langfristig gute Exportchancen

Die Perspektiven der deutschen Ernährungswirtschaft sollten sich im laufenden Jahr weiter aufhellen. Die gute Arbeitsmarktlage und die erwartete niedrige Inflationsrate könnten das Konsumklima im Inland positiv beeinflussen. Auch die fortschreitende weltweite konjunkturelle Erholung dürfte die Exporttätigkeit begünstigen. Mittel- und langfristig besitzt der Export von Lebensmitteln weiteres Wachstumspotenzial, denn global steigende Bevölkerungszahlen und höhere Einkommen in Schwellenländern dürften die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus Deutschland beflügeln.

Gewächshaus 3 Nord

>>>

Reihe: 27

>>>

Strauchtomaten

Luftfeuchtigkeit: 80 %

>>>

Reifegas: C2 H4

>>>

Beleucht

Data

01 X
-314,710
01 Y
- 61,235
01 Z
284,016

02 X
-314,005
02 Y
- 60,644
02 Z
286,001

03 X
-315,825
03 Y
- 61,668
03 Z
284,895

04 X -
315,964
04 Y
- 59,699
04 Z
285,613

05 X
-314,425
05 Y
- 62,778
05 Z
281,819

06 X
-317,771
06 Y
- 63,337
06 Z
283,128



G-3-N-27A

Datum: 27.11.2016

Kunde: 237-5499-6366

Lieferung: 344 6468

Menge: 0350,00 kg

Ist: 0057,85 kg

>>> 27.11.2016 >>> 11:53 MEZ >>> Temperatur: 17,0
ung: 25.500 lux >>> Wässerung: aus >>> Düngung: aus

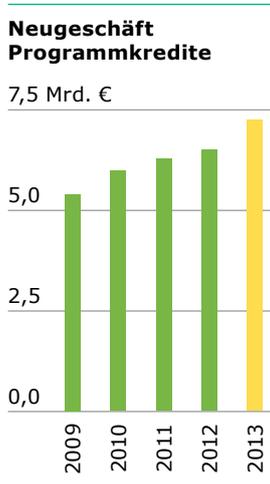


Gemüseanbau am Niederrhein: Tomatenernte

Informationen zum Geschäftsjahr 2013

Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft

Programmkredite: Neugeschäft in allen Fördersparten gestiegen



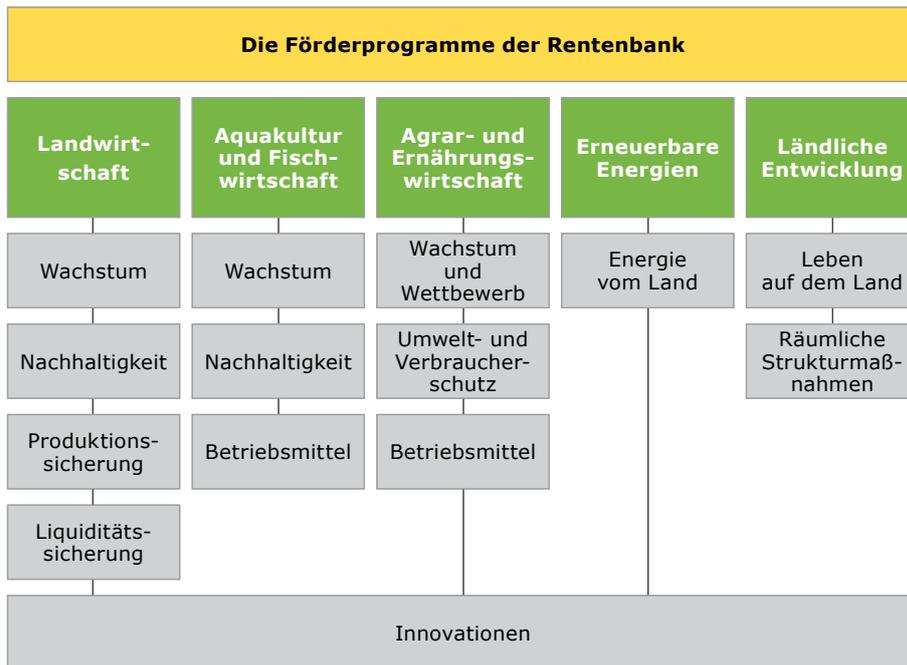
Im Zentrum unserer Förderstrategie stehen Programmkredite für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum. Unser Neugeschäft übertraf 2013 mit 7,2 Mrd. € das Vorjahr (6,5 Mrd. €) um 11,9%. Bereits in den vergangenen Jahren war das Zusagevolumen kontinuierlich gestiegen. Die anhaltend guten Rahmenbedingungen auf den Agrarmärkten und das niedrige Zinsniveau trugen zur kräftigen Kreditnachfrage bei. Verstärkt wird dieser Effekt auch durch die im Rahmen der Finanzkrise gestiegenen regulatorischen Liquiditätsanforderungen für Kreditinstitute (Basel III). Dadurch werden unsere Refinanzierungen für Hausbanken attraktiver.

Das Wachstum des Neugeschäfts wurde vor allem durch den höheren Kreditbedarf der landwirtschaftlichen Unternehmen in der Fördersparte „Landwirtschaft“ getragen. Gestützt durch die weltweit positiven Marktbedingungen im Milchsektor nutzten insbesondere Milchviehhalter die günstigen Finanzierungsmittel der Rentenbank. Aber auch die anderen Fördersparten wiesen zum Teil beachtliche Steigerungsraten auf.

Neugeschäft Programmkredite in Mio. €	2013	2012
Landwirtschaft	2 842	2 438
darunter zu Top-Konditionen	1 221	1 035
Aquakultur und Fischwirtschaft	6	5
Agrar- und Ernährungswirtschaft	637	480
Erneuerbare Energien	1 599	1 410
Ländliche Entwicklung	2 143	2 130
Zweckvermögen	10	7
Insgesamt	7 236	6 469

Anzahl der Kreditabschlüsse nahezu unverändert

Die Anzahl der zugesagten Programmkredite blieb 2013 anders als das Kreditvolumen mit 26 449 (26 324) nahezu konstant. In der Fördersparte „Landwirtschaft“ erhöhte sich die Anzahl um 12,9% auf 18 413. Die nochmalige Zunahme der Maschinenfinanzierungen um 27,2% war hier die Ursache. Dagegen gab es in der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ einen Rückgang. Die Zusagen für Fotovoltaikkredite gingen von 5 083 (2012) auf 1 882 (2013) kräftig zurück. Diesen standen verhältnismäßig wenige, aber großvolumige Windkraftfinanzierungen gegenüber.



Fördersparte „Landwirtschaft“: Kräftige Zuwächse bei allen Verwendungszwecken

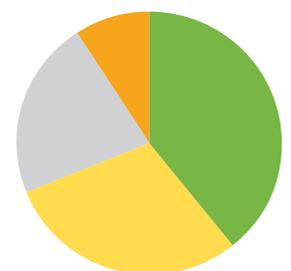
Mit unseren Förderkrediten finanzierten wir im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig klassische landwirtschaftliche Investitionen. Insgesamt sagten wir 2013 in der Fördersparte „Landwirtschaft“ 2,8 Mrd. € (2,4 Mrd. €) zu. Davon entfielen 1,2 Mrd. € (1,0 Mrd. €) auf Programmkredite zu Top-Konditionen. Die steigenden Investitionen zeigen den zuversichtlichen Blick der Landwirte in die Zukunft und ihr Interesse an der Modernisierung ihrer Betriebe.

Für Gebäude, insbesondere Stallbauten, stellten wir 1 525,8 Mio. € (1 306,7 Mio. €) an Förderkrediten bereit. Für Flächenkäufe vergaben wir 571,4 Mio. € (517,5 Mio. €) und für Maschineninvestitionen 577,0 Mio. € (451,1 Mio. €).

Anhaltend dynamisch entwickelte sich die Nachfrage nach Finanzierungen für Rind- und Milchviehställe. Hierfür stellten wir 610,4 Mio. € (515,1 Mio. €) bereit. Landwirte investieren nach wie vor in moderne Ställe und bereiten sich damit auf den Ausstieg aus der Milchquotenregelung 2015 vor. Investitionsschwerpunkte waren Niedersachsen mit 183,0 Mio. € und Bayern mit 96,9 Mio. €. Die Zusagen für Schweineställe mit 299,1 Mio. € (268,0 Mio. €) und Geflügelställe mit 145,1 Mio. € (138,5 Mio. €) lagen ebenfalls über dem Vorjahresniveau.

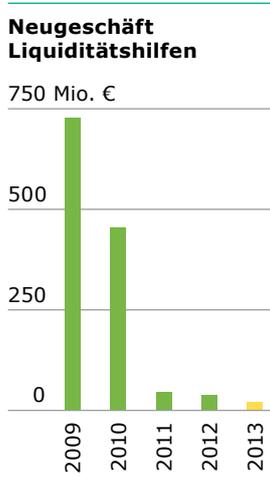
Die wachsenden Finanzierungen von Flächenkäufen gehen einher mit gestiegenen Bodenpreisen. Die Zusagen für den Kauf von Flächen stiegen in den alten Bundesländern daher kräftig um 27 %. Dagegen gingen die Finanzierungen in den ostdeutschen Bundesländern leicht von 260,4 Mio. € auf 244,5 Mio. € zurück. Der Rückgang dort könnte die Folge eines sinkenden Flächenangebots sein, welches wiederum den weiteren Anstieg der Preise begünstigt. In diesen Zahlen ist der Flächenerwerb durch den Kauf bestehender Betriebe nicht enthalten.

**Neugeschäft
Programmkredite 2013**
(insgesamt 7,2 Mrd. €)



- Landwirtschaft 39,3 %
- Ländliche Entwicklung 29,6 %
- Erneuerbare Energien 22,1 %
- Übrige 9,0 %

Wirtschaftliche Erholung 2013: Rückläufige Nachfrage nach Liquiditätshilfen



Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahr 2013 für die meisten landwirtschaftlichen Unternehmen positiv entwickelt. Die Liquiditätslage der deutschen Landwirtschaft hat sich nach den Auswertungen des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ weiter verbessert. Unsere Liquiditätssicherungsdarlehen wurden daher erfreulicherweise wenig beansprucht. Insgesamt sagten wir 21,6 Mio. € (38,0 Mio. €) zu. Aufgrund der langen Kälteperiode im Frühjahr gab es Absatzprobleme im Gartenbau. Dafür stellten wir Liquiditätshilfen in Höhe von 11,3 Mio. € bereit. Für Schäden durch das Hochwasser im Frühsommer vergaben wir 8,2 Mio. € als Liquiditätshilfen. Davon gewährten wir im Auftrag des Freistaats Bayern 0,6 Mio. € als zusätzlich bezuschusste Liquiditätshilfe für Hochwasserschäden in Bayern.

Aquakultur und Fischwirtschaft: Nische mit Potenzial

Seit 2010 fördern wir auch die Aquakultur und Fischwirtschaft. Im Berichtsjahr sagten wir in dieser Sparte Förderkredite in Höhe von 5,8 Mio. € (5,2 Mio. €) zu. Für Aquakulturen gibt es weltweit ein hohes Wachstumspotenzial, da die Nachfrage nach Fisch steigt, während gleichzeitig die natürlichen Fischbestände zurückgehen. In Deutschland ist die Investitionstätigkeit allerdings noch gering.

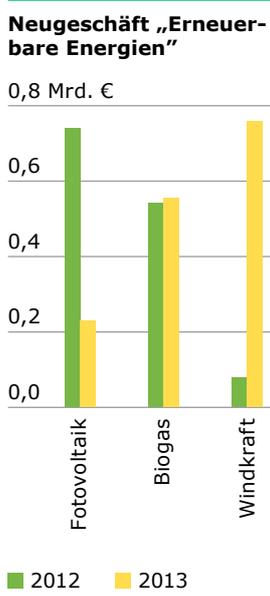
Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ ausgebaut

Über unser Förderangebot für den Kernbereich Landwirtschaft hinaus fördern wir Unternehmen entlang der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette vom Lohnunternehmen als Dienstleister der Landwirtschaft bis zum Verarbeiter von Lebensmitteln. Auch hier zeigte sich, wie dynamisch sich die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen entwickelt hat. Im Berichtsjahr sagten wir in der Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ 636,5 Mio. € (480,2 Mio. €) zu. Schwerpunktmäßig finanzierten wir Maschinen in Höhe von 416,6 Mio. €, 42 % mehr als im Vorjahr. Für Gebäude stellten wir 144,1 Mio. € bereit (135,4 Mio. €).

Fördersparte „Erneuerbare Energien“: Windkraft stark gewachsen, Biogas stabil und Fotovoltaik eingebrochen

Das Neugeschäft in unserer Fördersparte „Erneuerbare Energien“ hat im Vergleich zum Vorjahr zugelegt. Mit 1,6 Mrd. € (1,4 Mrd. €) sagten wir 13,5 % mehr zu.

Neuer Schwerpunkt in dieser Sparte war die Finanzierung von Windkraftanlagen mit einer Steigerung von 83,4 Mio. € (2012) auf 767,9 Mio. € (2013). Darin sind Zusagen in Höhe 331,3 Mio. € (6,0 Mio. €) im Rahmen des Förderprogramms „Bürger- und Bauernwindparks“ enthalten, das wir 2012 neu aufgelegt haben. In diesem Programm finanzieren wir über unsere klassische landwirtschaftliche Zielgruppe hinaus auch Windparks, an denen sich ortsansässige Bürger und Landwirte beteiligen. Dadurch bleibt die Wertschöpfung in der Region und die Akzeptanz der Projekte kann steigen, da Anwohner, die durch die Windräder beeinträchtigt werden, davon auch



profitieren können. Ein weiterer Vorteil ist die Einbindung lokaler Banken und Sparkassen in die Finanzierung.

Die Investitionstätigkeit in erneuerbare Energien wird stark von politischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Folglich spiegeln sich die Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der letzten Jahre in unserem Fördergeschäft wider. Erwartungsgemäß ist daher 2013 die Finanzierung von Fotovoltaikanlagen eingebrochen, und zwar um 68,3 % auf 237,9 Mio. € (750,0 Mio. €).

Das Neugeschäft bei Biogasanlagen lag mit 563,2 Mio. € im Berichtszeitraum etwa auf dem Niveau des Vorjahrs (554,0 Mio. €). Ein Großteil der finanzierten Investitionen diente der Modernisierung bestehender Anlagen, zum Beispiel Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und zur Flexibilisierung der Strom einspeisung. Der Bau neuer Anlagen kam dagegen weitgehend zum Erliegen.

Wir finanzieren auch Investitionen im Zusammenhang mit nachwachsenden Rohstoffen, die energetisch verwertet werden, z. B. Holzhackschnitzelheizungen für Wärmenetze. Im Programm „Energie vom Land“ stieg hier das Förderneugeschäft auf 23,1 Mio. € (18,9 Mio. €).

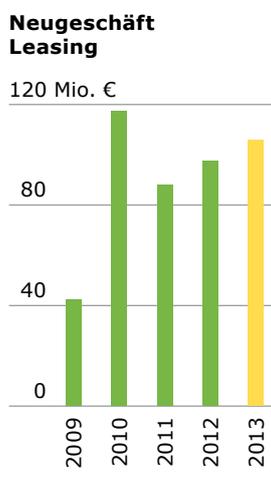
Nachhaltige Vorhaben mit 2,0 Mrd. € gefördert

Zentraler Bestandteil unserer Förderpolitik ist es, umwelt- und tiergerechte Wirtschaftsweisen der deutschen Agrarwirtschaft mit besonders zinsgünstigen Krediten zu unterstützen. Wir förderten 2013 mit unseren Programmen „Nachhaltigkeit“ sowie „Umwelt- und Verbraucherschutz“ Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Minderung von Emissionen sowie zur Förderung des Verbraucherschutzes und des ökologischen Landbaus. Insbesondere die Förderung im Bereich der Tierhaltung steigerten wir auf 247,4 Mio. € (176,6 Mio. €). Hier besteht besonderer Handlungsbedarf, gesellschaftliche Anforderungen und wirtschaftliche Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Wir orientieren uns dabei an den Kriterien für besonders tiergerechte Haltungsverfahren und fördern diese durch unsere günstigen Top-Konditionen. Wir unterstützten 2013 Investitionen in den Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz mit insgesamt 401,3 Mio. € (276,3 Mio. €). Einschließlich der Förderung von erneuerbaren Energien finanzierten wir so besonders nachhaltige Vorhaben mit insgesamt 2,0 Mrd. € (1,7 Mrd. €).

Fördersparte „Ländliche Entwicklung“ stabil

Die ländliche Entwicklung fördern wir über unser Programm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ bzw. über Globalrefinanzierungsvereinbarungen mit den Förderbanken der Bundesländer. Im Berichtsjahr sagten wir insgesamt 2,1 Mrd. € (2,1 Mrd. €) zu, hauptsächlich für kommunale Infrastrukturmaßnahmen. Damit fördern wir Gemeinden und Zweckverbände im ländlichen Raum und ergänzen so die Förderung der Agrarwirtschaft.

Unser Förderprogramm „Leben auf dem Land“ richtet sich auch an Privatpersonen, die z. B. in ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude investieren wollen. Hier stieg das Zusagevolumen auf 35,3 Mio. € (19,8 Mio. €).



Leasinggeschäft mit Maschinen nimmt zu

Unsere Leasingangebote werden sowohl zur Finanzierung von Investitionen in erneuerbare Energien als auch in Maschinen eingesetzt. Das Neugeschäft betrug 2013 insgesamt 105,3 Mio. € (96,5 Mio. €). Das Leasinggeschäft mit erneuerbaren Energien war mit 13,0 Mio. € (52,4 Mio. €) stark rückläufig. Dagegen nahm die Leasingrefinanzierung von Maschinen mit 92,3 Mio. € (44,1 Mio. €) deutlich zu.

Regionale Verteilung der Programmkredite

Die regionale Verteilung des Neugeschäfts unserer Programmkredite hatte bisher Schwerpunkte in den Bundesländern Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen, da die Agrarwirtschaft in diesen Ländern eine große Bedeutung hat. Durch die hohe Nachfrage nach Windkraftfinanzierungen ist 2013 allerdings Schleswig-Holstein auf den zweiten Platz hinter Niedersachsen vorgerückt. In Schleswig-Holstein wurden Windkraftanlagen im Umfang von 477 Mio. € finanziert. Davon entfielen 275 Mio. € auf das Programm „Bürger- und Bauernwindparks“.

In unserem Neugeschäft spiegelt sich auch die hohe Bedeutung der Veredlungswirtschaft bzw. der Milchviehhaltung wider. Insbesondere die anhaltende Dynamik in Niedersachsen ist bemerkenswert. Hier gibt es Regionen mit einer sehr wettbewerbsfähigen landwirtschaftlichen Produktion, die aufgrund der hohen Konzentration und guten Verflechtung mit der vor- und nachgelagerten Wirtschaft hervorragend positioniert sind. In Nordrhein-Westfalen – dem anderen traditionellen Zentrum der Tierhaltung – ist dagegen ein leichter Rückgang der Investitionstätigkeit im Stallbau zu beobachten. Hier zeigen sich erste Auswirkungen der verschärften Baugesetze und Emissionsbestimmungen. Dadurch ist es schwieriger geworden, Baugenehmigungen in den Veredlungsregionen zu erhalten.

Programmkredite nach Bundesländern 2013

(ohne „Ländliche Entwicklung“)

	Anteil in %	Betrag in Mio. €	zum Vorjahr in %
Niedersachsen	24,2	1 232,2	2,6
Schleswig-Holstein	15,9	810,4	98,6
Bayern	14,9	758,5	19,8
Nordrhein-Westfalen	11,5	584,3	-9,1
Mecklenburg-Vorpommern	6,7	339,1	28,7
Baden-Württemberg	5,6	284,5	8,3
Sachsen-Anhalt	5,5	281,3	10,8
Brandenburg	4,5	227,9	28,3
Thüringen	3,0	155,2	32,9
Sachsen	2,8	143,9	2,5
Hessen	2,6	132,2	39,1
Rheinland-Pfalz	2,1	107,3	-13,6
Hamburg	0,4	18,9	277,5
Berlin	0,2	12,0	234,3
Saarland	0,1	4,3	-36,1
Bremen	0,0	1,3	-74,3
Summe	100,0	5 093,4	17,4

In Bayern überkompensierte das starke Wachstum in der Fördersparte „Landwirtschaft“ die um 115,6 Mio. € rückläufigen Fotovoltaikfinanzierungen. Mit einem Zuwachs von 26 % entwickelte sich 2013 die Nachfrage nach Förderkrediten der Sparte „Landwirtschaft“ in den ostdeutschen Bundesländern besonders dynamisch.

Zukunftssicherung durch Innovationsförderung

Wir engagieren uns in besonderem Maße für die Förderung von Innovationen in der Agrarwirtschaft. Hierfür stellen wir aus dem Zweckvermögen des Bundes Kredite zu sehr günstigen Konditionen bereit. Im Berichtsjahr lagen die Zinssätze bei 1,5 % (nominal) p. a. Die Laufzeit und Zinsbindung der Darlehen beträgt maximal 20 Jahre. Nach Genehmigung durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft bewilligten wir im vergangenen Jahr 13 (18) Darlehen über insgesamt 11,4 Mio. € (7,4 Mio. €).

Wir förderten im Jahr 2013 Modellvorhaben, die einen Beitrag zur Verbesserung der Tierhaltung und zur Steigerung der Verbraucherakzeptanz moderner Tierhaltung leisten. Ein weiterer Schwerpunkt lag in neuen Verfahren zur Einbindung erneuerbarer Energieträger in die Landwirtschaft. Beispielsweise wurde ein modellhaftes Wärmekonzept beim Unterglasanbau von Tomaten gefördert. Wir förderten zudem Biogasanlagen, die mit einem hohen Anteil an Gülle und Mist ökonomisch sinnvoll betrieben werden können und weniger Gärsubstrate von landwirtschaftlichen Flächen benötigen.

Dass Stroh nicht nur Brennstoff, sondern auch Baustoff sein kann, belegt das geförderte Bildungszentrum für nachhaltiges Bauen. Das mehrgeschossige Gebäude wurde in strohballengedämmter Holzrahmenbauweise errichtet. Ein weiteres Projekt realisierte ein Winzer. Durch Windrotoren werden Luftverwirbelungen in den Weinbergen erzeugt und so Frostschäden in besonders gefährdeten Lagen verhindert. Wir förderten 2013 die Installation entsprechender Anlagen.

Darüber hinaus erhielten ausgewählte Forschungsprojekte Zuschüsse in Höhe von insgesamt 1,7 Mio. € (0,9 Mio. €) aus Mitteln des Zweckvermögens.

Rentenbank ist Mitglied der „Deutschen Innovationspartnerschaft Agrar“

Die „Deutsche Innovationspartnerschaft Agrar“ (DIP) wurde im Jahr 2012 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft initiiert. Die DIP hat sich zum Ziel gesetzt, innovative Vorhaben in der Agrarwirtschaft zu identifizieren und deren Markteinführung zu beschleunigen. Die Projektpartner begleiten dabei zusammen mit Akteuren der gesamten Wertschöpfungskette neue Ideen von der Forschung und Entwicklung über die Marktreife bis zur Einführung in landwirtschaftlichen Betrieben. Die Rentenbank ist Gründungsmitglied der DIP. Weitere Mitglieder sind neben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), die geeignete Projekte fachlich bewertet, die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) und der Verband der Landwirtschaftskammern (VLK). Außerdem vertreten sind der Deutsche Bauernverband (DBV), der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) und der Zentralverband Gartenbau (ZVG) sowie die Arbeitsgemeinschaft der Agrarforschungsreferenten der Länder und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). 2013 wurden aus den Mitteln des



Zweckvermögens erste Vorhaben im Rahmen der DIP gefördert. Ein Beispiel ist ein Verbundprojekt zur Entwicklung eines speziellen Regensensors, der Prognosen des Pilzbefalls im Apfelanbau (Schorfprognose) verbessern soll. Dadurch kann der Einsatz von Fungiziden optimiert werden.

Allgemeine Förderkredite über Vorjahr

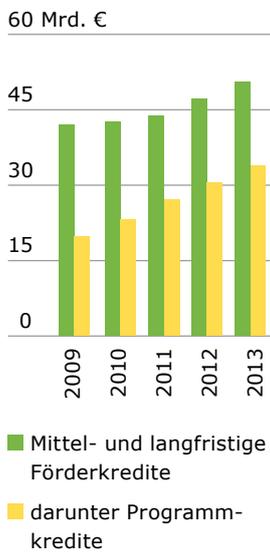
Neben unseren Programmkrediten für spezielle Verwendungszwecke vergeben wir allgemeine Förderkredite zumeist an Banken, aber auch an öffentliche Kreditnehmer, die im ländlichen Raum tätig sind. In dieser Sparte sagten wir im Berichtsjahr 2,5 Mrd. € (2,0 Mrd. €) zu. Das Neugeschäft im verbrieften Fördergeschäft war im Berichtsjahr mit 1,9 Mrd. € (1,9 Mrd. €) stabil. Unser Förderneugeschäft betrug 2013 insgesamt 11,6 Mrd. € (10,4 Mrd. €).

Förderneugeschäft in Mrd. €	2013	2012
Programmkredite	7,2	6,5
Allgemeine Förderkredite	2,5	2,0
Verbrieftes Fördergeschäft	1,9	1,9
Insgesamt	11,6	10,4

Bilanz (HGB): Fördervolumen gestiegen

Der Kreditbestand ist aufgrund der lebhaften Nachfrage nach Programmkrediten kräftig gewachsen. Am 31.12.2013 valutierten die Programmkredite in der Bilanz mit 33,8 Mrd. € (30,2 Mrd. €) und übertrafen damit den Vorjahreswert um 11,9 %. Ihr Anteil am Fördervolumen stieg auf 48,6 % (45 %). Der Bestand an Förderkrediten wuchs in Summe um 7,2 % auf 50,3 Mrd. € (46,9 Mrd. €). Das verbrieftes Fördergeschäft, das in der Bilanz unter der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen wird, ging auf 19,2 Mrd. € (20,2 Mrd. €) zurück. Das gesamte Fördervolumen erreichte 69,5 Mrd. € (67,1 Mrd. €) und lag damit um 3,6 % über dem Vorjahr.

Bestand mittel- und langfristige Förderkredite (HGB)



Förderungsfonds und Rehwinkel-Stiftung

Der Förderungsfonds: Forschung und Weiterbildung im Fokus

Der Bilanzgewinn der Landwirtschaftlichen Rentenbank wird für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet und je zur Hälfte dem Zweckvermögen des Bundes und dem Förderungsfonds der Rentenbank zugeführt.

Dem Förderungsfonds standen im Berichtsjahr 6,5 Mio. € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln unterstützten wir sowohl Einzelprojekte als auch Institutionen, die für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume tätig sind. Neben agrarbezogenen Forschungsvorhaben gehören dazu praxisorientierte Modellprojekte, Fortbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen. Seit vielen

Jahren werden auch die Landjugendarbeit, die Landseniorenarbeit und der LandFrauenverband mit Mitteln aus dem Förderungsfonds unterstützt.

Die Förderung agrarbezogener Forschung bildete auch 2013 einen Schwerpunkt des Förderungsfonds. Fördermittel erhielten z. B. neben dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und anderen Einrichtungen zur Wissenschaftsförderung auch das Institut für ländliche Strukturforchung der Universität Frankfurt am Main, das Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung und das Institut für Landwirtschaftsrecht der Universität Göttingen, das Internationale Institut für Wald und Holz an der Universität Münster und das Geographische Institut der Universität Bonn. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Zuschüsse für die Weiterbildung des landwirtschaftlichen Berufsstands. In nennenswertem Umfang erhielt z. B. die Andreas Hermes Akademie für den Unterrichts- und Lehrbetrieb Mittel aus dem Förderungsfonds. Ebenso wurden Seminare und Fortbildungsveranstaltungen der Bildungsstätte des deutschen Gartenbaus, der Bundeslehranstalt Burg Warberg und des Vereins zur Förderung der Land- und Forstarbeiter (VLF) unterstützt. Wir förderten ferner das DLG Trainee-Programm für den Management-Nachwuchs in der Agrarwirtschaft. Projekte der Ernährungsbildung für Kinder und Jugendliche wurden ebenfalls unterstützt, z. B. das Schulgartenprojekt „Kids an die Knolle“.

Auch im abgelaufenen Jahr förderten wir zahlreiche Projekte und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Image-Werbung verschiedener landwirtschaftlicher Institutionen. Dazu zählten u. a. der ErlebnisBauernhof auf der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin sowie die Kampagne „Das ist unsere Landwirtschaft“, die Verbrauchern auf zahlreichen Veranstaltungen ein Bild der modernen Landwirtschaft vermittelt. Aus dem Förderungsfonds wurden ferner Mittel für die Ausrichtung der „Geschmackstage 2013“ und des „Tags der Regionen“ bereitgestellt. Die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und der Verband der Landwirtschaftskammern erhielten finanzielle Zuwendungen zur Fortsetzung des gemeinsamen Projekts „bio-offensive“, das den Landwirten die Umstellung auf den Ökolandbau erleichtern soll. Weiterhin wird die vierteljährliche Erhebung des Geschäftsklimas in der Landwirtschaft im Rahmen des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ zu rund 40 % aus Mitteln des Förderungsfonds finanziert.

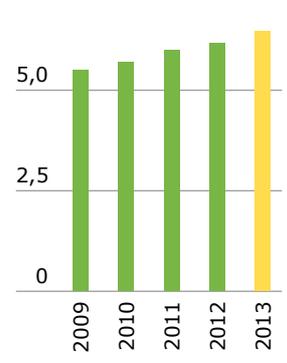
Edmund Rehwinkel-Stiftung: Förderung von Wissenschaft und Forschung

Im Sinne ihres Namensgebers verfolgt die Edmund Rehwinkel-Stiftung das Ziel, agrarwissenschaftliche Forschungstätigkeit und Forschungsprojekte mit hohem praktischen Nutzen für die Landwirtschaft zu fördern. Die Stiftung wurde 1974 von der Rentenbank zu Ehren des langjährigen Vorsitzenden ihres Verwaltungsrats gegründet. Seit Dezember 2007 ist die Edmund Rehwinkel-Stiftung eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Stiftungsarbeit stockte die Rentenbank das Stiftungskapital im Jahr 2013 um 3 Mio. € auf nunmehr 15 Mio. € auf.

Die Edmund Rehwinkel-Stiftung verfolgt ihr Stiftungsziel unter anderem dadurch, dass sie jährlich Forschungsprojekte zu aktuellen Themen ausschreibt. Sie regt damit den wissenschaftlichen Diskurs zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen an. Einmal im Jahr werden die Ergebnisse im Rahmen eines Symposiums vorgestellt. Das Symposium der 2012 geförderten Studien zum Thema „Sicherung der Welternährung bei knappen Res-

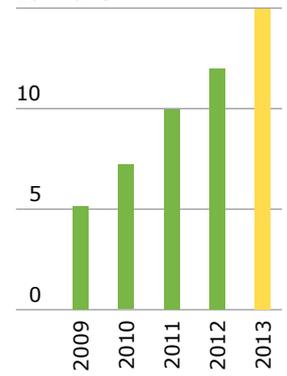
Mittelzufluss an den Förderungsfonds

7,5 Mio. €



Rehwinkel-Stiftung: Stiftungskapital zum 31.12.

15 Mio. €



sources“ fand im Mai 2013 in Berlin statt. Die fünf wissenschaftlichen Studien beleuchten dieses wichtige und aktuelle Thema aus ökonomischer, politischer und produktionstechnischer Sicht. Die Ergebnisse sind im Band 29 der Rentenbank-Schriftenreihe veröffentlicht.

Im Jahr 2013 förderte die Stiftung wissenschaftliche Arbeiten zum Thema „Die Zukunft der Bioenergie“. Die Ergebnisse werden Anfang Mai 2014 auf dem gleichnamigen Symposium in Berlin vorgestellt. 2014 fördert die Stiftung Studien zum Thema „Die Landwirtschaft im Spiegel von Verbrauchern und Gesellschaft“.

Seit mehreren Jahren widmet sich die Edmund Rehwinkel-Stiftung auch dem Thema Risikomanagement in der Landwirtschaft. Neben den beiden Praxisleitfäden für Landwirte sowie für Pferdehalter ist ein weiteres wichtiges Ergebnis dieses Engagements der „Risikomanager“. Mit dem Online-Tool können Nutzer die Risikosituation ihres Betriebs und ihr bisheriges Risikomanagement besser beurteilen und Maßnahmen zur Absicherung einleiten. Im Sinne eines kontinuierlichen Risikomanagements können die Nutzer die Ergebnisse auf ihren eigenen Rechnern speichern, jederzeit wieder aufrufen und bearbeiten. Dadurch bleiben die Daten vor unbefugten Zugriffen geschützt.

Zusammen mit Projektpartnern entwickelt die Stiftung seit 2013 zusätzlich ein Konzept zur Abbildung der Risikotragfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe. Ergänzt wird das Konzept um ausgewählte Beispielrechnungen für verschiedene Betriebszweige und -typen. Landwirten wird auf diese Weise der Einstieg in eine erste Analyse der Risikotragfähigkeit ihrer Betriebe ermöglicht. Wir planen, das Konzept und die Beispiele in den „Risikomanager“ zu integrieren.

Ein wesentlicher Teil der Stiftungsarbeit ist die Förderung zukünftiger Fach- und Führungskräfte. Unter dem Motto „Haben Sie mehr vor als andere?“ vergibt die Stiftung jährlich Stipendien an herausragende Studierende der Agrar- und Ernährungswissenschaften. Das Stipendium wird für zwei Jahre gewährt und umfasst neben einer monatlichen finanziellen Unterstützung auch die Möglichkeit zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen durch Seminare. Das Angebot richtet sich an Studierende, die ihren Masterabschluss an einer deutschen Hochschule anstreben. Im Berichtsjahr nahmen wir zwei Studierende neu in das Stipendienprogramm auf.

Ergänzend zum Rehwinkel-Stipendium engagierte sich die Stiftung auch beim „Deutschland-Stipendium“. Derzeit werden an der Universität Göttingen zwei Studierende mit den Studienschwerpunkten Agrarrecht bzw. Agrarwissenschaften gefördert. Das „Deutschland-Stipendium“ ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Stipendien werden zur Hälfte vom Bund und zur anderen Hälfte von privaten Geldgebern finanziert. Vergeben werden die Stipendien durch die am „Deutschland-Stipendium“ teilnehmenden Hochschulen.



01: 130° 48 528 093° N
0 355 162° E

02: 132° 48 528 166° N
0 355 205° E

03: 133° 48 528 233° N
0 355 116° E

04: 138° 48 528 301° N
0 355 132° E

05: 139° 48 528 397° N
0 355 215° E

06: 145 48 528 538° N
0 355 143° E

07: 154° 48 528 996° N
0 355 108° E

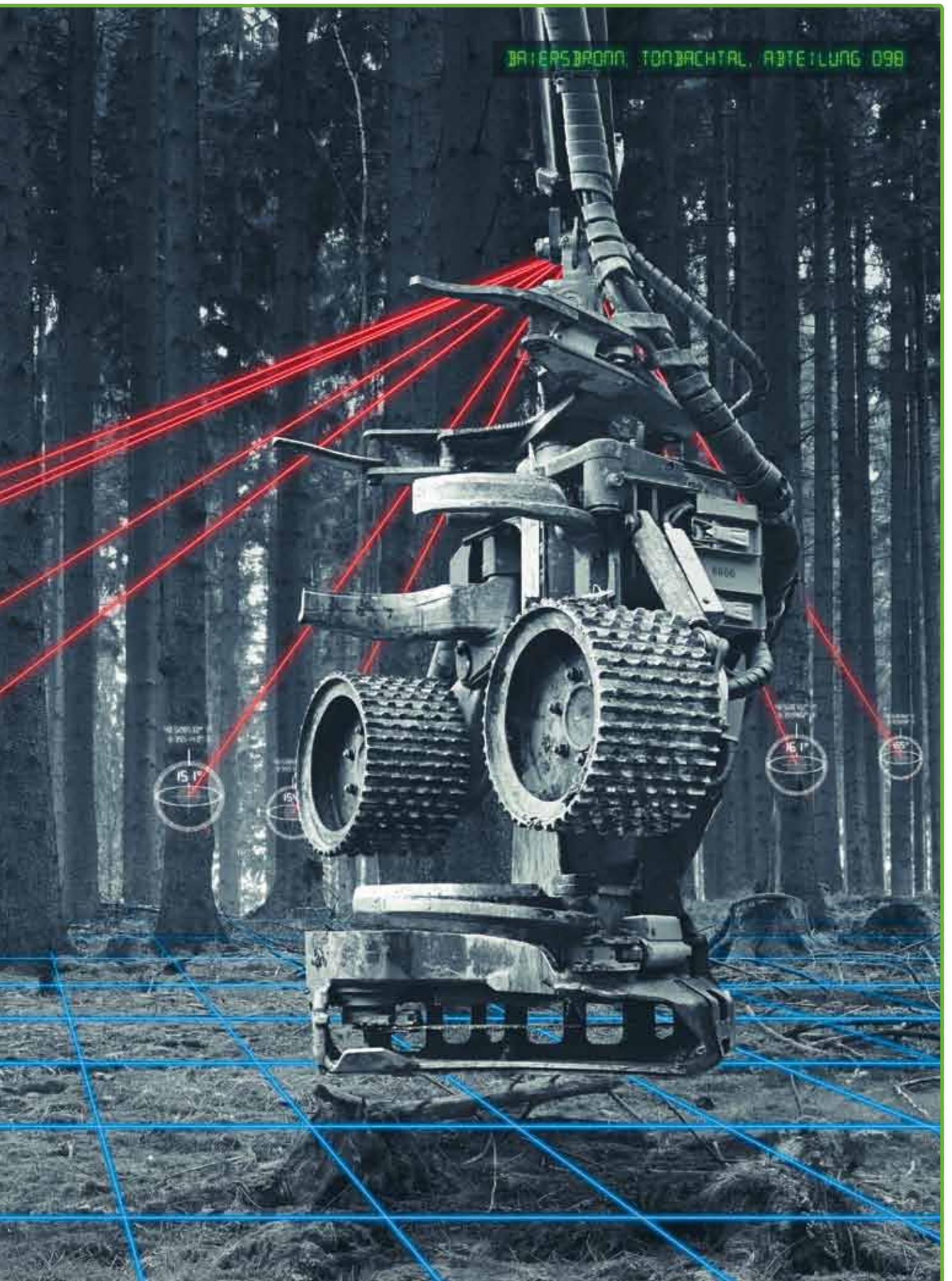
08: 161° 48 528 722° N
0 355 982° E

09: 165° 48 528 786° N
0 355 038° E

48 528 166° N
0 355 205° E



48 528 397° N
0 355 215° E



Forstwirtschaft im Schwarzwald: Holzgewinnung

Refinanzierung der Rentenbank

Starke Nachfrage sicherheits- und liquiditätsorientierter Anleger

Aufgrund der Nachfrage sicherheitsorientierter Anleger hatten wir als Förderbank des finanzstärksten Staates der EU 2013 weiterhin einen exzellenten Marktzugang. Die Ankündigung der Aufnahme der ausdrücklichen Garantie des Bundes für unsere Verbindlichkeiten in das Rentenbank-Gesetz ab dem 1. Januar 2014 stärkte unsere Position zusätzlich. Unsere Refinanzierungskosten sanken deshalb nochmals gegenüber dem Vorjahr. Auch im kurzen Laufzeitenbereich konnten wir uns über unser Euro Commercial Paper (ECP)-Programm zu sehr attraktiven Sätzen refinanzieren.

Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen über Vorjahr

An den in- und ausländischen Kapitalmärkten nahmen wir 10,2 Mrd. € (9,6 Mrd. €) mit Laufzeiten von mehr als zwei Jahren auf. Dieses Volumen lag leicht über dem Plan von 10 Mrd. €. Nach Refinanzierungsinstrumenten verteilte sich die Mittelaufnahme wie folgt:

Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen (über 2 Jahre)

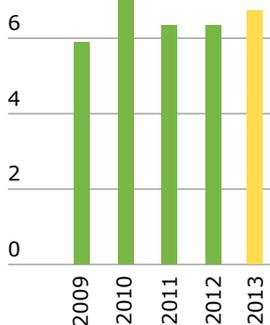
	Mrd. €		Anteil in %	
	2013	2012	2013	2012
EMTN	6,7	6,3	65,7	65,6
AUD-MTN	2,1	1,1	20,6	11,5
Globalanleihen	1,4	2,2	13,7	22,9
Summe	10,2	9,6	100,0	100,0

EMTN-Programm bleibt führend

Mit einem Programmvolumen von 60 Mrd. € ist unser Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm unser wichtigstes Refinanzierungsinstrument. Die Programmauslastung betrug am Jahresende 38,8 Mrd. € (38,2 Mrd. €). Unter einer standardisierten Dokumentation können wir aus dem EMTN-Programm Emissionen in zahlreichen Währungen mit unterschiedlichen Beträgen, Laufzeiten und Strukturen begeben. Im Berichtsjahr nutzten wir das Programm für die Aufnahme von Refinanzierungsmitteln ausschließlich im mittel- und langfristigen Bereich. Das Emissionsvolumen mit Laufzeiten über zwei Jahren erreichte 6,7 Mrd. € (6,3 Mrd. €), einschließlich zweier Benchmark-Emissionen über jeweils 1,0 Mrd. € mit dreijähriger und siebenjähriger Laufzeit. Über variabel verzinsliche Euro-Emissionen nahmen wir 1,1 Mrd. € auf. Transaktionen in US-Dollar (USD) trugen 1,5 Mrd. € zur Refinanzierung bei. Über das EMTN-Programm refinanzierten wir uns in sieben weiteren Währungen.

EMTN-Emissionen

8 Mrd. €



Erfolgreiche US-Dollar-Globalanleihe

Seit 2001 nutzen wir bei der amerikanischen Börsenaufsicht SEC registrierte sogenannte Globalanleihen als Refinanzierungsinstrument. Diese ermöglichen uns den Zugang zum US-Markt und unterstreichen unsere Positionierung als „Agency“ auf dem internationalen Kapitalmarkt. Auf Globalanleihen entfielen im Berichtsjahr 1,4 Mrd. € (2,2 Mrd. €) bzw. 13,7 % (22,9 %) des mittel- und langfristigen Kapitalaufkommens. Im März emittierten wir eine fünfjährige Globalanleihe über 1,75 Mrd. USD. Sie wurde zu über fünfzig Prozent bei Zentralbanken und anderen offiziellen Stellen platziert.

„Kangaroo“-Markt dritte Refinanzierungssäule

Im Berichtsjahr platzierten wir über unser AUD-MTN-Programm Anleihen in Höhe von 2,85 Mrd. Australischen Dollar (AUD) im Gegenwert von 2,1 Mrd. € (1,1 Mrd. €). Mit einem ausstehenden Volumen von 10,6 Mrd. AUD war die Rentenbank wie in den Vorjahren die drittgrößte ausländische Emittentin in diesem Marktsegment. Der „Kangaroo“-Markt bleibt damit eine wichtige Säule unserer Refinanzierung.

Höhere durchschnittliche Auslastung des ECP-Programms

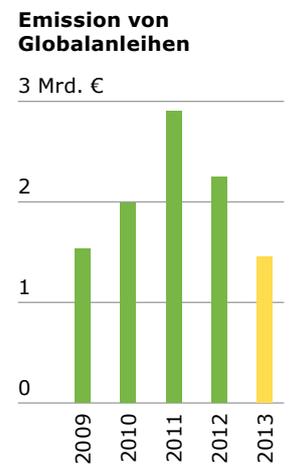
Innerhalb der kurzfristigen Refinanzierung sind Emissionen aus dem 20 Mrd. € ECP-Programm unverändert von großer Bedeutung. Dies sind Inhaberschuldverschreibungen mit unterjährigen Laufzeiten, die in abgezinsten, aufgezinsten oder indexierter Form begeben werden und auf einer entsprechenden Rahmendokumentation basieren. Die Präferenz für Schuldner mit höchster Bonität ermöglichte uns auch im Berichtsjahr den Absatz unserer ECP-Emissionen wiederum zu besonders günstigen Konditionen. Im Jahresdurchschnitt war das Programm mit 6,4 Mrd. € (4,7 Mrd. €) ausgelastet. Am Jahresende betrug die Auslastung 4,1 Mrd. € (5,3 Mrd. €).

Nullgewichtung für Rentenbank-Anleihen

Seit 1. Januar 2007 waren Forderungen gegen die Rentenbank gemäß § 28 der Solvabilitätsverordnung (SolvV) hinsichtlich der Risikogewichtung den Emissionen der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Im Kreditrisiko-Standardansatz mussten Kreditinstitute in Deutschland und anderen EU-Staaten diese nicht mit Eigenkapital unterlegen. Aufgrund der Refinanzierungsgarantie des Bundes gilt diese Regelung auch mit Einführung der Capital Requirements Regulation (CRR) zum 1. Januar 2014 über das Berichtsjahr hinaus. Gerade in Zeiten der Finanzmarktkrise und im Zusammenhang mit den sich entwickelnden neuen regulatorischen Vorgaben für Banken erweist sich die Nullgewichtung für unsere Emissionstätigkeit als besonders nützlich. Sie erschließt uns zusätzliche Absatzmöglichkeiten bei nationalen und internationalen Investoren.

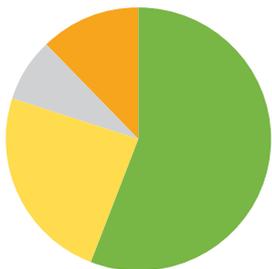
Banken erneut wichtigste Investorengruppe

Im Berichtsjahr erreichte der bei Banken platzierte Anteil am mittel- und langfristigen Emissionsvolumen 46 % (53 %). Diese Käufergruppe suchte nullgewichtete Papiere bester Bonität mit attraktiven Spreads, um damit Kapital- bzw. Risikokosten zu minimieren. Auch die verschärften Liquiditätsanforderungen im Rahmen der weltweiten Umsetzung von „Basel III“



führen tendenziell zu Nachfrage von Banken, um künftig einen Bestand an hochwertigen Aktiva als Liquiditätspuffer zu halten. Daneben spielen Zentralbanken und andere offizielle Stellen eine wichtige Rolle in unserer Refinanzierung. Ihr Anteil hat sich von 26 % auf 33 % erhöht. Nur leicht verändert haben sich die Anteile von Asset Managern mit 12 % (14 %) sowie von Versicherungen, Unternehmen und Pensionsfonds mit 9 % (7 %).

Mittel- und langfristige Emissionen 2013 nach Regionen



■ Europa 56 %
 ■ Asien 24 %
 ■ Amerika 8 %
 ■ Sonstige 12 %

Die geografische Verteilung unserer Investoren wies ein besonders breites Spektrum auf. Dabei stieg der Auslandsanteil deutlich an. In Deutschland platzierten wir nur noch 11 % (27 %) unserer Anleihen. Der Anteil anderer europäischer Investoren stieg hingegen deutlich von 31 % auf 45 %. Die Nachfrage asiatischer Käufer lag mit 24 % nahezu auf dem Vorjahresniveau (23 %). Der Anteil amerikanischer Investoren stieg hingegen leicht auf 8 % (6 %). Weitere 7 % (7 %) unserer Emissionen setzten wir in Neuseeland und Australien sowie 5 % (6 %) im Mittleren Osten und Afrika ab.

Euro wie im Vorjahr wichtigste Emissionswährung

Unser mittel- und langfristiges Emissionsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr auf neun Währungen. Der Euro war die wichtigste Emissionswährung und lag mit einem Anteil von 34 % (47 %) vor dem US-Dollar mit 28 % (30 %). Den dritten Rang nahm mit 24 % (12 %) erneut der Australische Dollar ein, dessen Anteil zulasten des Euro auf ein Rekordniveau stieg. Die übrigen 14 % des Mittelaufkommens verteilten sich auf Anleihen in Britischen Pfund, Neuseeländischen Dollar, Norwegischen Kronen, Brasilianischen Real, Türkischen Lira und Südafrikanischen Rand.

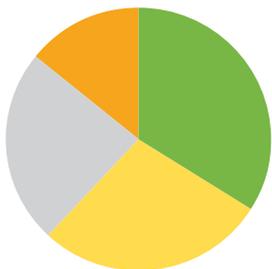
Rentenbank-Emissionen als „liquide Aktiva“ ...

Anleihen von Förderbanken werden im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen nach der CRR als „liquide Aktiva“ anerkannt. Unsere Anleihen sind vom Bund ausdrücklich garantiert und erfüllen die operationalen Anforderungen nach Artikel 416 CRR. Die finalen Regelungen muss die EU-Kommission jedoch noch bis zum 30. Juni 2014 festlegen. Wir gehen davon aus, dass unsere Anleihen generell ohne Beschränkung als „liquide Aktiva“ anerkannt werden.

... und als refinanzierungsfähige Sicherheiten anerkannt

Unsere auf Euro lautenden börsennotierten Emissionen erfüllen die Anforderungen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) an refinanzierungsfähige Kategorie-1-Sicherheiten. Unsere Anleihen sind in die Liquiditätskategorie II eingestuft. Nur die Anleihen von Zentralbanken und Zentralstaaten werden der höheren Kategorie I zugeordnet. Die Liquiditätskategorie II beinhaltet u. a. Anleihen supranationaler Institutionen und Emissionen von Instituten mit öffentlichem Förderauftrag. Ferner erkennen die Reserve Bank of Australia unsere „Kangaroo“-Bonds und die Reserve Bank of New Zealand unsere „Kauri“-Bonds als refinanzierungsfähige Sicherheiten an. Auch in privaten Repo-Märkten genießen unsere Emissionen eine bevorzugte Stellung. So akzeptiert z. B. die Eurex unsere Titel als Sicherheiten für den „GC Pooling ECB Basket“.

Mittel- und langfristige Emissionen 2013 nach Währungen



■ EUR 34 %
 ■ USD 28 %
 ■ AUD 24 %
 ■ Sonstige 14 %

Rentenbank in den wichtigsten Bond-Indizes

Unsere großvolumigen Euro- und Dollar-Anleihen sind in den wichtigsten Rentenindizes enthalten, u. a. im „Markit iBoxx Euro Index“, im „Barclays Euro Aggregate Bond Index“ bzw. „Barclays U.S. Aggregate Bond Index“ sowie im „BofA Merrill Lynch US Broad Market Index“. Indizes messen die Performance nationaler oder internationaler Marktsegmente. Die Aufnahme in einen Index verbessert die Absatzmöglichkeiten einer Anleihe, weil viele institutionelle Investoren an deren Wertentwicklung gemessen werden und folglich auch danach steuern und damit investieren.

Bestand mittel- und langfristiger Fremdmittel in der Bilanz (HGB)

Insgesamt beliefen sich unsere zur Refinanzierung eingesetzten mittel- und langfristigen Fremdmittel am Bilanzstichtag auf 63,3 Mrd. € (63,6 Mrd. €). Der Umlauf von Schuldverschreibungen betrug 60,8 Mrd. € (61,0 Mrd. €). Das Volumen der platzierten Schuldscheine belief sich auf 1,2 Mrd. € (1,3 Mrd. €). Die sonstigen Kapitalmarktmittel betrugen unverändert 1,3 Mrd. € (1,3 Mrd. €).

Geldgeschäft

Zur Refinanzierung des kurzfristigen Kreditgeschäfts, zur Liquiditätssteuerung und zur Sicherung des kurzfristigen Zinsänderungsrisikos setzen wir eine Vielzahl von Instrumenten ein. Die Mittelaufnahme erfolgt über das ECP- und das EMTN-Programm, über Tages- und Termingelder im Interbankenmarkt, Repo-Geschäfte mit der Eurex sowie über Refinanzierungsfazilitäten bei der EZB. Das Zinsänderungsrisiko steuern wir darüber hinaus mit Derivaten. Das Einlagengeschäft mit Nichtbanken betreiben wir in geringem Umfang und nur im Rahmen unserer öffentlichen Förderaufgaben.

Aktienhandel

Mit Aktien handeln wir grundsätzlich nicht. Unsere Aktienbestände betreffen daher nur unsere Beteiligungen.

Aktiv-Passiv-Steuerung

Unverändert konservatives Liquiditätsrisiko-Management

Verschärfte Liquiditätsanforderungen sind ein wesentliches Element der Bankenregulierung im Rahmen von „Basel III“. Wir haben der Steuerung dieser Risiken schon immer eine hohe Bedeutung beigemessen. Entsprechend sind die Liquiditätsrisiken der Bank transparent und vom Vorstand limitiert. Liquiditätsrisiken in Fremdwährungen schließen wir durch Sicherungsgeschäfte aus. Unsere Risikomessung beschränkt sich deshalb auf Euro-Zahlungen. In der kurzfristigen Liquidität werden alle planmäßigen Euro-Ein- und -Auszahlungen der nächsten zwei Jahre auf Tagesbasis saldiert. Negative Salden (Liquiditätsbedarf) müssen stets innerhalb unseres freien Refinanzierungspotenzials liegen. Hierdurch ist die Liquidität der

Bank jederzeit sichergestellt. Im Rahmen der strategischen Liquiditätssteuerung betrachten wir zusätzliche Risikoszenarien. Das mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko überwachen wir ebenfalls. In den Laufzeitenbereichen von 2 bis 15 Jahre werden die Kapitalzahlungsströme quartalsweise kumuliert. Der offene Liquiditätssaldo darf ein vom Vorstand festgelegtes Limit nicht überschreiten.

Im Geschäftsjahr 2013 hielten wir alle Liquiditätslimite ein. Die monatlich berechneten Liquiditätsszenarien haben zu keinem Zeitpunkt weder einzeln noch aggregiert Engpässe signalisiert. Die neuen Liquiditätskennziffern Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) werden nach derzeitigem Kenntnisstand berechnet. Proberechnungen signalisieren, dass die Mindestwerte eingehalten werden. Die Anforderungen der vierten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) setzten wir im Berichtsjahr um.

Steuerung des Marktpreisrisikos

Unser Festsatzaktivgeschäft sowie die auf Euro lautenden Emissionen werden vorwiegend durch Zinsswaps in variable Positionen getauscht. Zahlungsströme aus Fremdwährungsaktiva und -passiva tauschen wir ebenfalls nahezu ausschließlich über Zins-Währungsswaps (Cross-Currency-Swaps) oder Währungsbasisswaps in zinsvariable Euro-Positionen. Auch die mit der Emission von strukturierten Anleihen verbundenen Marktpreisrisiken wie Währungs-, Aktien- und Optionsrisiken sichern wir durch derivative Instrumente ab. Die auf Festzinsbasis abgeschlossenen Programmkredite werden ebenfalls generell über Zinsswaps in variable Zinsrisiken getauscht.

Die kurzfristigen Zinsänderungsrisiken aus variablen Aktiv- und Passivgeschäften steuern wir im Geldgeschäft. Mit diesem Ansatz können wir Marktpreisrisiken getrennt von der Gesamtbankliquidität flexibel und marktorientiert steuern.

Die Überwachung der Risikoposition aus dem Geldgeschäft und dem Kreditgeschäft erfolgt auf der Basis eines täglichen Risikoreportings, mit dem u. a. das Marktpreisrisiko mittels einer Verschiebung der Zinskurve ermittelt wird. Die Bewertung von Marktpreisrisiken erfolgt unter Beachtung der MaRisk.

Derivate sichern Marktpreisrisiken ab

Zur Zins- und Währungssicherung haben wir im Berichtsjahr Swaps in Höhe von 21,5 Mrd. € (21,6 Mrd. €) abgeschlossen. Davon entfielen 13,4 Mrd. € (15,9 Mrd. €) auf Zinsswaps sowie 8,1 Mrd. € (5,7 Mrd. €) auf Zins-Währungsswaps und Währungsbasisswaps. Außerdem setzten wir Währungsswaps (FX-Swaps) zur Sicherung der Fremdwährungspositionen aus unseren ECP-Emissionen und den kurzfristigen Fremdwährungskrediten ein.

Derivate nutzen wir ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken auf Basis von Mikro- oder Makro-Hedges. Bei Mikro-Hedges ist jeder Swap mit einem konkreten Bilanzgeschäft verknüpft. Dabei setzen wir auch Swap-Optionen zur Absicherung von Marktpreisrisiken ein. Marktpreisrisiken aus unseren Programmkrediten sichern wir hingegen mit Makro-Swaps auf Portfolioebene ab.

Das Adressenausfallrisiko der von uns eingesetzten Derivate begrenzen wir durch Besicherungsvereinbarungen mit unseren Swap-Partnern. Diese Risikominderungstechnik deckt unser gesamtes Derivateportfolio ab.

Rentenbank bleibt Nichthandelsbuchinstitut

Die Rentenbank führt kein Handelsbuch im Sinne des KWG bzw. des Artikel 4 Absatz 1 Nummer 86 CRR. Wir haben uns deshalb bereits 1998 als Nichthandelsbuchinstitut eingestuft und dies der BaFin und der Deutschen Bundesbank angezeigt. Somit gehen wir weiterhin keine Positionen ein, die gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nummer 85 CRR mit Handelsabsicht gehalten werden. Auf Basis unserer Buy-and-Hold Strategie ordnen wir sämtliche Geschäfte dem Anlagebuch zu.

Weitere Aktivitäten

Informations- und Fortbildungsaktivitäten wieder sehr gefragt

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft wächst seit einigen Jahren beständig. Vor allem die Landwirtschaft hat einen hohen Investitionsbedarf und ist mittlerweile eine der kapitalintensivsten Branchen in Deutschland. Für Banken und Sparkassen ist daher Fachkompetenz bei der Betreuung ihrer Agrarkunden wichtig. Denn nur mit branchenspezifischem Wissen lassen sich gemeinsam mit den Unternehmen maßgeschneiderte Finanzierungslösungen entwickeln. Deshalb engagieren wir uns seit Jahren in der Aus- und Fortbildung von Bankspezialisten mit dem Betreuungsschwerpunkt „Agrar“.

Schwerpunkte unserer Fortbildungsaktivitäten 2013 waren Bankseminare und Lehrgänge zu finanzwirtschaftlichen Themen. Referenten der Rentenbank waren z. B. an den Lehrgängen „Zertifizierter Fördermittelberater VÖB“ des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands und dem „Zertifizierten Agrarfinanzberater ADG“ der Akademie Deutscher Genossenschaften beteiligt.

Darüber hinaus initiieren wir Bankentagungen, die in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen und Meinungen zu aktuellen Entwicklungen in der Landwirtschaft und deren Finanzierung dienen. Die jährlich gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband durchgeführte Agrarfinanztagung zum Thema „Hält der Wachstumskurs der Landwirtschaft an? – Perspektiven für den Agrarkredit“ fand im März 2013 großen Anklang.

Verstärkte Förderung des agrarwirtschaftlichen Nachwuchses

Unsere Fortbildungsaktivitäten erstrecken sich auch auf die Förderung agrarwirtschaftlicher Nachwuchskräfte. Mitarbeiter der Rentenbank hielten auch im vergangenen Jahr Gastvorlesungen an Hochschulen zur landwirtschaftlichen Unternehmensfinanzierung.

Außerdem veranstaltete die Rentenbank ihren dritten Hochschultag in Hannover. Auf der landwirtschaftlichen Messe „Agritechnica“ informierten

sich Studierende über Berufschancen im Agrarbanking. Aufgrund der guten Resonanz werden wir auch 2014 wieder einen Hochschultag auf der „EuroTier“ ausrichten.

Rentenbank erfolgreich präsent auf Messen und bei Veranstaltungen

Im Jahr 2013 präsentierten wir unser Leistungsangebot erneut auf zahlreichen überregionalen Fachmessen. Die Rentenbank war auf der „BIOFACH“ in Nürnberg, den „Agrarunternehmertagen“ in Münster, der „New Energy Husum“, der „BREKO Breitbandmesse“ in Frankfurt am Main und auf der „Agritechnica“ in Hannover vertreten. Zusätzlich informierten wir auf verschiedenen Veranstaltungen über unser Förderangebot. Mit einem Infostand war die Rentenbank auf dem Fachforum „Schwein und Geflügel“ der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Cloppenburg, dem „Berliner Milchforum“, dem „Biogas-Innovationskongress“ in Osnabrück, dem Bauerntag in Hamburg und auf der Agrarkredittagung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands in Berlin vertreten.

Die vielfältigen thematischen Schwerpunkte der Messen und Veranstaltungen spiegeln das breite Förderspektrum der Rentenbank wider. Mit unserer Präsenz auf Messen und Veranstaltungen verfolgen wir die Ziele, die Bank und ihr Förderangebot weiter bekannt zu machen, im direkten Dialog mit unseren Kunden und Multiplikatoren wichtige Anregungen zu erhalten sowie Kontakte zu knüpfen und zu pflegen.

Rentenbank veröffentlichte Finanzierungsleitfaden

Auf der Messe „Agritechnica“ in Hannover veröffentlichten wir erstmals einen Finanzierungsleitfaden mit detaillierten Informationen und Tipps rund um die Finanzierung landwirtschaftlicher Unternehmen. Der Leitfaden beleuchtet die Rahmenbedingungen des Kreditgeschäfts und gibt Informationen zu den Themen Rating und Sicherheiten. Tipps zur optimalen Gestaltung von Finanzierungen und zur Vorbereitung auf das Kreditgespräch runden den Ratgeber ab. Wir richten uns damit in erster Linie an Landwirte. Der Leitfaden soll dazu beitragen, dass sich Banken und Landwirte besser verstehen und ihre Geschäftsbeziehung gemeinsam erfolgreich gestalten. Landwirte sind für Banken unverändert solide und attraktive Kunden, die sich allerdings mitunter deutlich von anderen mittelständischen Unternehmen unterscheiden. Daher ist auf Bankenseite fundiertes Fachwissen für die Beurteilung landwirtschaftlicher Geschäftsmodelle Voraussetzung für eine nachhaltig positive Kreditbeziehung.

Kulturelles und soziales Engagement

Als Anstalt des öffentlichen Rechts sehen wir uns auch über unseren Förderauftrag hinaus verpflichtet, uns engagiert und verantwortungsbewusst für das Gemeinwohl einzusetzen. Als in Frankfurt ansässiges Institut unterstützen wir als „guter Unternehmensbürger“ vor allem lokale Kulturinstitutionen und ausgewählte Projekte. Regelmäßig werden u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum, das English Theatre und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städtelschule unterstützt. In der Städtelschule fördern wir junge Talente durch die Stiftung eines Grup-

penpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Über diese regelmäßige Förderung hinaus waren wir im Berichtsjahr z. B. wiederum Sponsor der Operngala der Oper Frankfurt.

Unsere traditionelle Weihnachtsspende ging im Berichtsjahr an die in der Kinder- und Jugendarbeit tätige „Arche Frankfurt“, an die „Malteser Migranten Medizin Frankfurt“, an die „Sankt Katharinenkirche Frankfurt“ für die Unterstützung der Obdachlosenarbeit und an „Herzen für eine neue Welt“ in Königstein. Darüber hinaus haben wir u. a. im Rahmen des ErlebnisBauernhofs auf der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin an die „Deutsche Welthungerhilfe“ gespendet.

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist Bestandteil des Förderauftrags

Als Anstalt des öffentlichen Rechts mit gesetzlichem Förderauftrag kommt der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Bereich Nachhaltigkeit eine besondere Verantwortung zu. Dies gilt umso mehr, als der Begriff Nachhaltigkeit ursprünglich der Forstwirtschaft entstammt. Denn in der Land- und Forstwirtschaft ist durch das Denken in Generationen und durch die Besonderheiten des elementaren nicht reproduzierbaren Produktionsfaktors Boden nachhaltiges unternehmerisches Handeln tief verwurzelt. Die Tätigkeit der Agrarwirtschaft bietet zudem zahlreiche Ansatzpunkte für die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen. So kann sie insbesondere auch zum globalen Klimaschutz beitragen.

Für die Rentenbank haben gesellschaftlich verantwortliches Handeln und der Schutz der Umwelt daher schon lange einen hohen Stellenwert. Unser Geschäftsmodell ist auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaut. Es ist damit auch die Grundlage unseres Engagements für eine wirtschaftlich stabile und ökologische Gesellschaft. Mit dem Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank am 1. August 2002 wurden wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns explizit in den Förderauftrag der Bank aufgenommen.

Auch in unserem Leitbild bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für die nachhaltige Verbesserung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Lebensbedingungen. Sowohl der Nachhaltigkeitsgedanke unserer Förderpolitik als auch Nachhaltigkeitsaspekte unseres internen Bankbetriebs sind im Leitbild der Rentenbank maßgeblich verankert.

Besonders günstige Konditionen für nachhaltige Investitionen

Seit vielen Jahren bietet die Bank zinsgünstige Förderkredite für nachhaltige Investitionen an. 2005 konzentrierten wir die Förderung von Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe in erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe sowie agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz in einem eigenständigen Programm. Diese Förderkredite bieten wir zu besonders günstigen Konditionen an.

Mit der Neustrukturierung des Förderangebots im Jahr 2008 führten wir entsprechende Förderprogramme auch für die Ernährungswirtschaft und die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche ein. Investitionen in Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, zum Tier- und Verbraucherschutz, ökologischen Landbau und zur regionalen Vermarktung stehen hier im Mittelpunkt. Auch diese Investitionen fördern wir mit besonders günstigen Konditionen. Das ebenfalls 2008 neu aufgelegte Programm „Energie vom Land“ richtet den Fokus darüber hinaus auf die Erzeugung erneuerbarer Energien. Hier hat die Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der klimapolitischen Ziele des Bundes und der EU übernommen. Die Rentenbank unterstützt die Branche dabei.

Seit März 2012 fördern wir mit unseren Programmkrediten auch Investitionen in „Bürger- und Bauernwindparks“. Wir finanzieren Windenergieunternehmen, die mehrheitlich Bürgern, Unternehmern und Grundstücksbesitzern am Standort des Windparks gehören und sorgen so dafür, dass ein Großteil der Erlöse direkt im ländlichen Raum verbleibt. Zudem erhöht sich hierdurch – und das wird immer entscheidender – auch die Akzeptanz für diese Anlagen.

Im Programm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ und über die Landesförderinstitute finanzieren wir u. a. Investitionen in den Aufbau einer Breitbandversorgung. Damit tragen wir zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum bei.

Mit unserer Fördersparte „Aquakultur und Fischwirtschaft“ unterstützen wir Investitionen, die dem Umwelt- und Ressourcenschutz zugute kommen, mit besonders günstigen Konditionen. Fische nachhaltig zu züchten, während die natürlichen Fischbestände zurückgehen und die Nachfrage gleichzeitig weltweit wächst, ist eine relativ neue Herausforderung für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft.

Im Geschäftsjahr 2013 stiegen die Zusagen für Investitionen aus unseren Förderprogrammen mit Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekten von 1,7 Mrd. € auf 2,0 Mrd. €. Insbesondere die starke Nachfrage nach Finanzierungen von Windkraftanlagen spiegelte sich hier wider. Mit der Ausgestaltung unserer Programme verfolgen wir auch in Zukunft das Ziel, Investitionen der Agrarwirtschaft in nachhaltige Projekte besonders zu unterstützen.

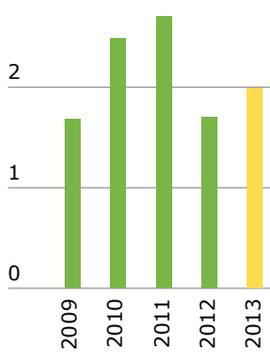
Nachhaltigkeit im Fokus der Innovationsförderung

Auch im Rahmen unserer Innovationsförderung setzen wir gezielte Impulse für die nachhaltige Entwicklung der Agrarwirtschaft. Aus dem Zweckvermögen werden bis 2017 18 Mio. € für eine Ausschreibung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zum Thema „Innovationen zur Verbesserung der Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren“ zur Verfügung gestellt. Mit den geförderten Projekten werden tiergerechtere Haltungsverfahren für die Praxis entwickelt.

Aufgrund der Bedeutung von Innovationen für die nachhaltige Entwicklung der Agrarwirtschaft stellen wir jährlich zusätzlich 3 Mio. € für entsprechende Forschungsvorhaben bereit.

Neuzusagen für nachhaltig wirksame Projekte

3 Mrd. €



Rentenbank begibt ersten SRI-Bond

Zur Förderung nachhaltiger Projekte haben wir im Berichtsjahr erstmals einen Renewable Energy Bond als Socially Responsible Investment (SRI)-Bond begeben. Den Emissionserlös in Höhe von 50 Mio. € verwendeten wir für unsere Fördersparte „Erneuerbare Energien“. Mit SRI-Bonds erweitern wir unsere Investorenbasis und verbessern die Laufzeitstruktur unserer Refinanzierung.

Nachhaltigkeit ist wichtiger Aspekt auch in der Personalpolitik

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die fachliche, methodische und persönliche Weiterbildung sind für die Rentenbank von besonderer Bedeutung. Die Bank stellt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu diesen Themen seit Jahren zahlreiche Angebote zur Verfügung. Seit Februar 2013 erhalten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber hinaus Unterstützung bei familiären, persönlichen und beruflichen Belastungen durch einen neutralen und professionellen Partner. Um die Qualität der Führung im Hause zu erhöhen, setzen wir verstärkt auf die Systematisierung der Führungskräfteentwicklung. Dafür wurden hierarchie- und bereichsübergreifende Orientierungscenter sowie eine Serie modular gestalteter Workshops etabliert.

Senkung des Ressourcenverbrauchs im internen Bankbetrieb

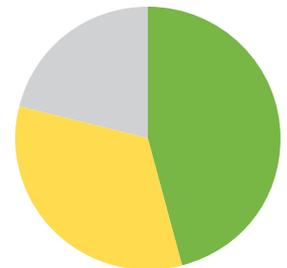
Als Dienstleistungsunternehmen tragen wir auch in unserem täglichen Bankbetrieb zur Schonung der Ressourcen bei und gehen sparsam mit Energie und Rohstoffen um. Wir prüfen außerdem, ob es weitere Möglichkeiten gibt, und beziehen ökologische Aspekte in unsere Entscheidungen und Verhaltensweisen mit ein. Im Rahmen des betrieblichen Umweltschutzes der Rentenbank steht seit 2010 die Sanierung der in den späten 50er und frühen 60er Jahren errichteten Mitarbeiterwohnungen im Vordergrund. Bis Ende 2012 sanierten wir insgesamt 31 Wohneinheiten energetisch. 2013 wurde die energetische Sanierung eines weiteren Mehrfamilienhauses mit 14 Wohneinheiten abgeschlossen. Im Berichtsjahr nahmen wir darüber hinaus kleinere Einzelmaßnahmen vor, die den Ressourcenverbrauch in den Mitarbeiterwohnungen weiter senken.

Corporate Governance

Rentenbank bekennt sich zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Wirkungsvolle Corporate Governance ist von zentraler Bedeutung für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung. Transparentes und verantwortliches Handeln soll dabei nachvollziehbar werden. Die Rentenbank hat daher den von der Bundesregierung beschlossenen Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK, Stand 30. Juni 2009) mit Beschluss des Verwaltungsrats vom 16. Juli 2009 übernommen. Der PCGK richtet sich zwar in erster Linie an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen

**SRI-Bond 2013:
Verwendung
der Erlöse**
(insgesamt 50 Mio. €)



■ Biogas 46 %
■ Fotovoltaik 33 %
■ Windkraft 21 %

Person des Privatrechts, jedoch wird dessen Anwendung Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, wie der Rentenbank als bundesunmittelbarer Anstalt des öffentlichen Rechts empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank) ihm nicht entgegenstehen.

Vorstand und Verwaltungsrat der Rentenbank identifizieren sich mit diesen Grundsätzen und erkennen diese an. Die Einhaltung der im Kodex enthaltenen international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung liegt ausdrücklich im allgemeinen Bundesinteresse an der Tätigkeit der Rentenbank.

Eventuelle Abweichungen von den Grundsätzen des PCGK werden in der Entsprechenserklärung jährlich offengelegt und erläutert.

Leitung und Kontrolle der Bank durch Vorstand und Verwaltungsrat

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohle der Bank eng zusammen und beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat regelmäßig, mindestens vierteljährlich über den Gang der Geschäfte unter Berücksichtigung aller relevanten Fragen der Planung, über die Risikolage, das Risikomanagement sowie die finanzielle Lage der Bank. Darüber hinaus hält der Vorstand mit dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats regelmäßig Kontakt und berät wichtige Fragen der Unternehmensführung und -strategie mit ihnen.

Im Berichtsjahr hat der Vorstand den Verwaltungsrat vollumfänglich über alle die Bank betreffenden Fragen bezüglich Planung, Risikolage, Risikomanagement, Geschäftsentwicklung und finanzieller Lage unterrichtet.

Der Vorstand leitet die Bank in eigener Verantwortung nach Maßgabe des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und der Satzung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und den gesetzlichen Förderauftrag gebunden.

Der Verwaltungsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung der Bank. Er bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand deren langfristige Nachfolge. Der Verwaltungsrat kann über die Regelungen in der Satzung hinaus bestimmte Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen. Er kann dem Vorstand allgemeine und besondere Weisungen erteilen.

Für den Vorstand, den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse bestehen jeweils Geschäftsordnungen.

Vermeidung von Interessenkonflikten

Die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Möglicherweise auftretende Interessenkonflikte im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit sind von den Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern des Verwaltungsrats gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dem Verwaltungsrat

offenzulegen. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstands und des Verwaltungsrats sind im Berichtsjahr nicht aufgetreten.

Vergütungsregelungen für Vorstand und Verwaltungsrat

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Verwaltungsrat auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung in angemessener Höhe festgelegt. Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder enthält keine Komponenten mit Anreizwirkung, bestimmte Geschäfte oder Risiken einzugehen.

Bei der Bemessungsgrundlage der variablen Vergütung, die für das vergangene Kalenderjahr gezahlt wird und jeweils in der Frühjahrssitzung des Verwaltungsrats festgelegt wird, orientiert sich der Verwaltungsrat an der individuellen Leistung eines Vorstandsmitglieds, der Leistung der Vorstandsmitglieder insgesamt, der wirtschaftlichen Lage sowie dem nachhaltigen Erfolg und den Zukunftsaussichten der Rentenbank. Zur Operationalisierung dieser Kriterien finden quantitative und qualitative Aspekte Berücksichtigung. Eine unmittelbare Verknüpfung der Höhe der variablen Vergütung der Mitglieder des Vorstands mit einem oder mehreren dieser Kriterien besteht nicht.

Die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder wird durch Beschluss der Anstaltsversammlung festgelegt. Dabei wird sowohl der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Verwaltungsratsmitglieder als auch der wirtschaftlichen Lage der Rentenbank Rechnung getragen.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und der Verwaltungsratsmitglieder ist im Konzernanhang auf der Seite 150 aufgeführt.

Transparenz und Information

Transparenz und Information sind für die Bank von besonderer Bedeutung. Die Rentenbank verfolgt bei der Informationsverbreitung den Grundsatz der Gleichbehandlung der Anleger bzw. weiterer Interessenten. Die Bank veröffentlicht alle wichtigen Informationen auch auf ihrer Internetseite (www.rentenbank.de).

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2013 ist nach IFRS erstellt worden. Ein Einzelabschluss nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften und den besonderen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute wird ebenfalls aufgestellt und berichtet. Der Verwaltungsrat wählt den Abschlussprüfer, erteilt den Prüfungsauftrag und trifft mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung. Der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanz- und Prüfungsausschuss achtet auf die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Abweichungen von den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodexes

Der PCGK richtet sich in erster Linie an Kapitalgesellschaften. Darüber hinaus sind auch andere juristische Personen des Privatrechts und des öffentli-

chen Rechts, deren Gegenstand ein gewerblicher oder sonstiger wirtschaftlicher Betrieb ist, oder einen solchen überwiegend umfasst, Adressaten des PCGK. Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts wird die Beachtung des PCGK empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. gesetzliche Vorgaben zur Ausgestaltung der Unternehmensorgane) nicht entgegenstehen.

Entsprechenserklärung des Vorstands und des Verwaltungsrats

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat im Geschäftsjahr 2013 den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit folgender Ausnahme entsprochen:

- Eine Nennung der Vergütung der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder wird im Corporate Governance Bericht nicht wiederholt, da die Vergütung unter Namensnennung in allgemein verständlicher Form im Geschäftsbericht der Rentenbank wiedergegeben wird (Konzernanhang, Seite 150).

Die Landwirtschaftliche Rentenbank beabsichtigt, dem PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit obiger Maßgabe auch in Zukunft zu entsprechen.

Landwirtschaftliche Rentenbank
Im März 2014

Der Vorstand
Der Verwaltungsrat

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dank des Vorstands

Im Jahr 2013 haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch unter nicht immer ganz einfachen Rahmenbedingungen alle sich ihnen stellenden Herausforderungen gemeistert. Neben ihrem Tagesgeschäft haben sie sich für zahlreiche zusätzliche Projekte engagiert. Dazu gehörten u.a. der Ausbau der Förderaktivitäten, der Umbau unserer IT-Landschaft, die Einführung einer neuen Handelssoftware, die Umsetzung regulatorischer Anforderungen, die Umstellung auf SEPA (Single Euro Payments Area) ebenso wie der Aufbau einer Prozesslandschaft.

Damit haben sich unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf vielerlei Art und Weise für die Rentenbank als Ganze, aber auch unmittelbar für unsere Kunden und Geschäftspartner engagiert. Für das hohe Maß an Einsatzbereitschaft und die gezeigte Flexibilität danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich.

Unser Dank gilt auch den Mitgliedern des Personalrats. Dem Einsatz der Arbeitnehmervertretung für die Anliegen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und als konstruktiver Gesprächs- und Verhandlungspartner für die Geschäftsleitung bekunden wir unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Personalstruktur

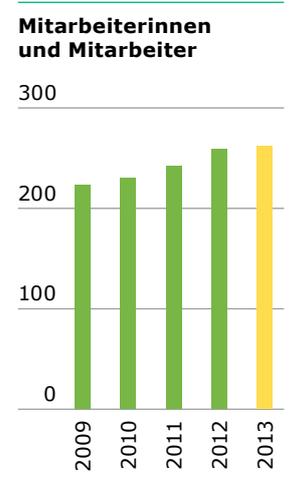
Der Personalstand blieb im abgelaufenen Jahr nahezu unverändert. Am Jahresende 2013 beschäftigte die Rentenbank 257 (256) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 214 (213) in Vollzeit. Darin sind abwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit sowie der Vorstand nicht enthalten. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei rd. 11,5 Jahren. Das Verhältnis von Männern und Frauen in der Bank betrug 53 % zu 47 %. Die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, nutzten weiterhin vorwiegend Frauen. Sie stellen 88 % der Teilzeitbeschäftigten.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Rentenbank hat die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den vergangenen Jahren verbessert und ausgebaut. Unser flexibles Arbeitszeitmodell erleichtert Müttern und Vätern ihr Zeitmanagement, ergänzt durch unsere Teilzeitangebote. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kehren inzwischen im Durchschnitt nach einem Jahr und damit deutlich früher aus der Elternzeit zurück. Vor zehn Jahren lag die Abwesenheit noch bei durchschnittlich drei Jahren.

Gesundheitsmanagement

Die Rentenbank bietet schon seit vielen Jahren verschiedene Maßnahmen an, um die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu fördern. Dazu gehören diverse Betriebssportgruppen, Zuschüsse für den Besuch von Fitnessstudios, Vorsorgeuntersuchungen, Gripeschutzimpfungen und die Durchführung von Gesundheitstagen in Zusammenarbeit mit Krankenkassen. Außerdem bietet unser hauseigenes Mitarbeiterkasino eine gesunde und ausgewogene Ernährung mit frischen und saisonalen Produkten.



Seit einem Jahr bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darüber hinaus Unterstützung bei familiären, persönlichen und beruflichen Belastungen. Mit einem neutralen und professionellen Partner können sie schnell, unkompliziert und diskret über Probleme und schwierige Lebenslagen sprechen.

Auch eine Sensibilisierung der Führungskräfte für das Thema Gesundheit ist uns wichtig. Deshalb stellt „gesunde Führung“ zukünftig einen zentralen Inhalt unserer Führungskräfteentwicklung dar.

Personal- und Führungskräfteentwicklung

Die fachliche, methodische und persönliche Weiterbildung ist für eine vergleichsweise kleine Bank wie die Rentenbank von besonderer Bedeutung. Die Rentenbank muss das gesamte für sie relevante Spektrum an Gesetzen, Regeln, Methoden und Fachwissen beherrschen, ohne jedoch auf große Stabsbereiche zurückgreifen zu können, wie es z. B. in Großbanken möglich ist. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen daher ein breit angelegtes, fundiertes und aktuelles Fachwissen, um den hohen und komplexen Anforderungen entsprechen zu können. Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen hat dementsprechend einen hohen Stellenwert in unserem Haus.

Die Qualität der Führung durch den direkten Vorgesetzten hat einen wesentlichen Einfluss auf die Motivation und die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb setzt die Personalarbeit verstärkt auf die Systematisierung der Führungskräfteentwicklung und die Verbesserung der Führungsleistung. Dafür wurden hierarchie- und bereichsübergreifende Orientierungscenter sowie eine Serie modular gestalteter Workshops etabliert, die wichtige Führungsthemen zum Inhalt haben. Die Teilnahme an diesen Maßnahmen ist für alle Führungskräfte verbindlich. Die neuen Instrumente fördern die Führungsergebnisse in unserer Bank und zeigen außerdem Handlungsfelder für die weitere Entwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch der Unternehmenskultur auf.

Personalaufwand (HGB)

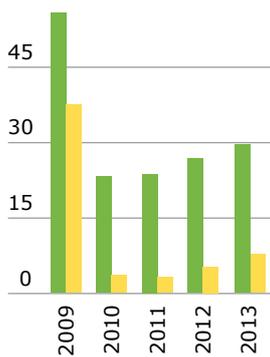
Der Personalaufwand ist 2013 auf 22,2 Mio. € (21,1 Mio. €) und damit um rd. 5 % gestiegen aufgrund von Tariferhöhungen und einer höheren durchschnittlichen Mitarbeiterzahl als im Vorjahr. Die „Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen“ erhöhten sich um 2,4 Mio. € auf 7,6 Mio. € aufgrund gestiegener Pensionsrückstellungen.

Ausblick

Basis für die tägliche Zusammenarbeit ist die gegenseitige Wertschätzung. Daran gilt es jeden Tag zu arbeiten. Frauenförderung, Kinderbetreuung, Mentoring und unsere Führungskultur sind weitere Themen, denen wir einen größeren Stellenwert geben werden.

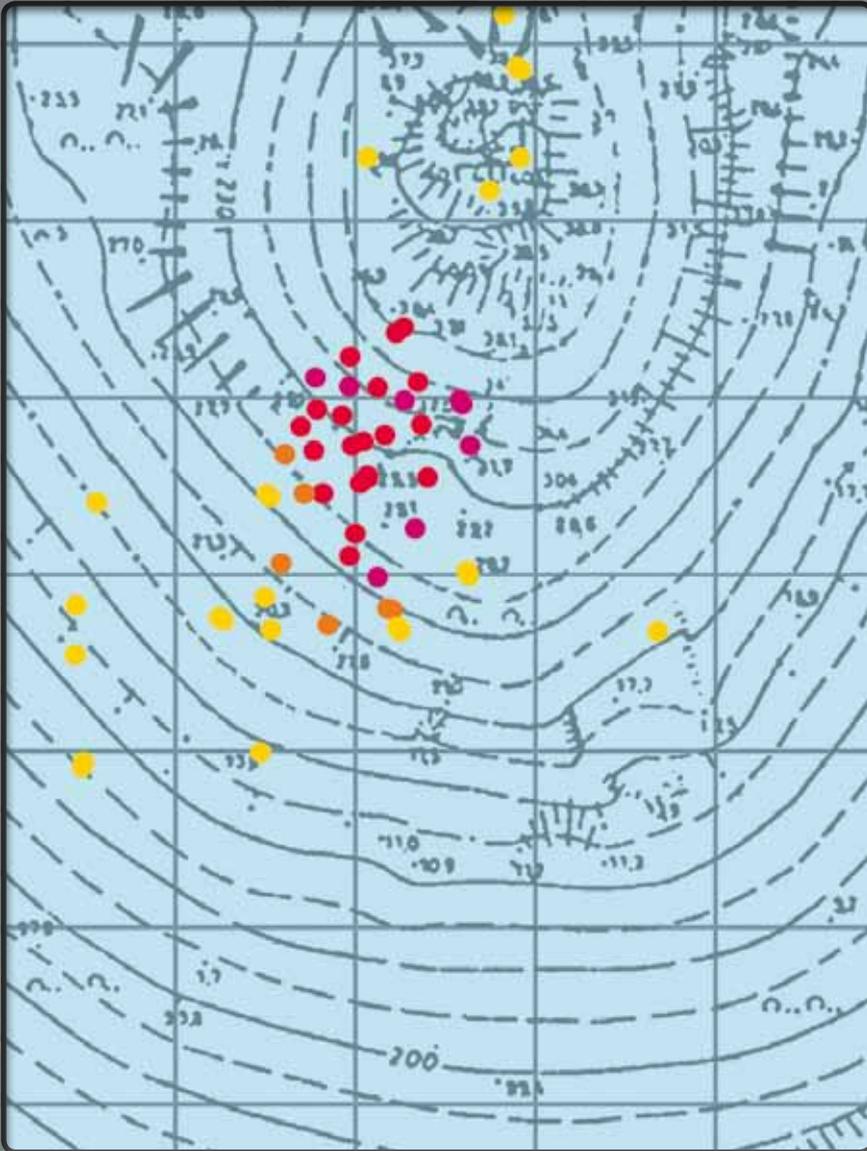
Personalaufwand (HGB)

60 Mio. €



■ insgesamt

■ darunter „Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“

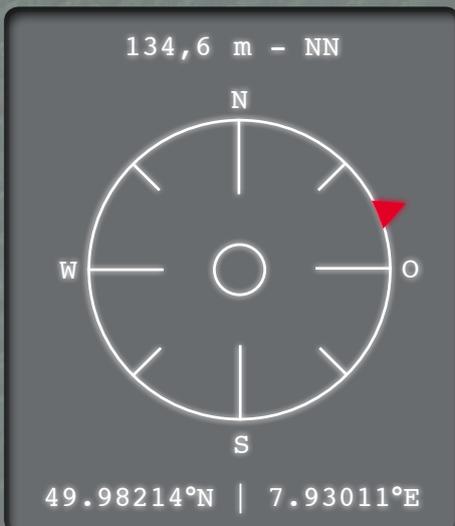


Auto | Manual

60,5 m

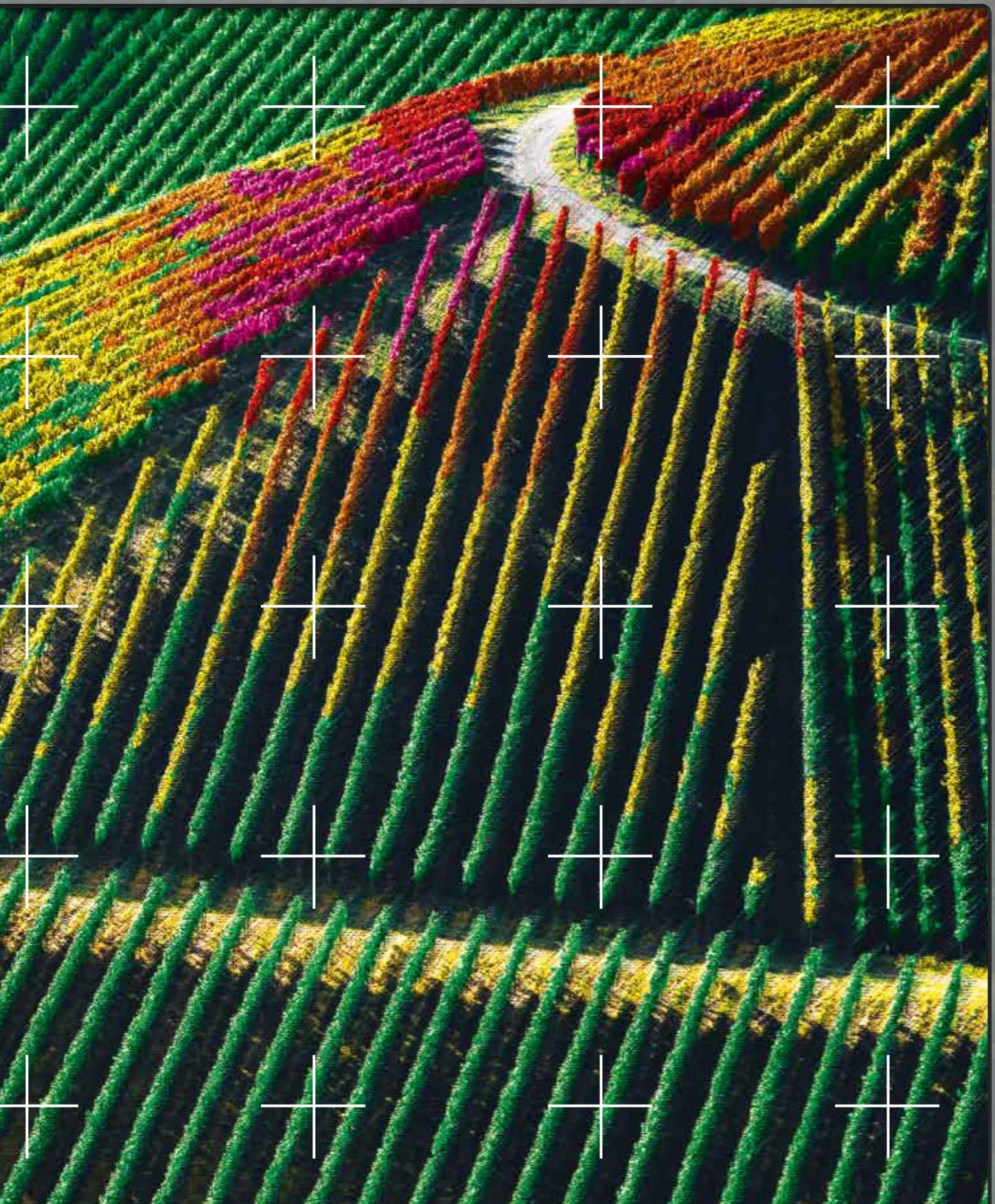
23 km/h

15.000 min⁻¹



Datum Uhrzeit Temp Luft Wind
 12.07.2014 ▶ 11:30:45 ▶ 26 °C ▶ 60% ▶ 2

Rüdesheim ▶ Klosterberg ▶



Parzellen 17-23 ▶ Riesling ▶ Vegetationsschaden-Einbindiger Traubenwickler

Zusammengefasster Lagebericht

Inhaltsverzeichnis

Grundlagen des Konzerns	71
Konzernstruktur.....	71
Förderauftrag.....	71
Steuerungssystem.....	71
Wirtschaftsbericht	72
Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen.....	72
Geschäftsverlauf.....	74
Lage.....	74
Ertragslage.....	74
Finanzlage.....	78
Vermögenslage.....	80
Sonstige Leistungsindikatoren.....	81
Nachtragsbericht	82
Prognose- und Chancenbericht	82
Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen.....	82
Prognose der Geschäftsentwicklung.....	83
Chancen und Risiken.....	84
Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr.....	84
Risikobericht	85
Organisation des Risikomanagements.....	85
Adressenausfallrisiken.....	86
Marktpreisrisiken.....	93
Liquiditätsrisiken.....	97
Operationelle Risiken.....	98
Regulierungs- und Reputationsrisiken.....	99
Risikotragfähigkeit – „Going Concern-Ansatz“.....	99
Risikodeckungspotenzial.....	100
Risikoszenarien.....	100
Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“.....	102
Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung.....	102
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel.....	102
Rechnungslegungsprozess	102

Der zusammengefasste Lagebericht besteht aus dem Konzernlagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Konzern nach IFRS) und dem Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Rentenbank nach HGB). Er wurde gemäß §§ 289 i. V. m. 315, 315a Handelsgesetzbuch (HGB) sowie erstmalig nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 erstellt.

Der Unterschied zwischen Konzern und Rentenbank ist aufgrund der untergeordneten Bedeutung der konsolidierten Tochtergesellschaften LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), Frankfurt am Main, und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV), Frankfurt am Main, gering. Die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht gelten daher grundsätzlich sowohl für den Konzern als auch für die Rentenbank. In der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind die spezifischen Angaben zur Rentenbank auf Basis der HGB-Rechnungslegung jeweils am Ende des entsprechenden Abschnitts dargestellt.

Grundlagen des Konzerns

Konzernstruktur

Die Rentenbank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie unterhält keine Zweigniederlassungen.

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Zum Konzern gehören neben der Rentenbank drei Tochtergesellschaften: LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV) und Getreide-Import Gesellschaft mbH (GIG). Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Für die LRB hat die Rentenbank eine Patronatserklärung abgegeben. Die Tochtergesellschaften refinanzieren sich ausschließlich konzernintern.

Förderauftrag

Abgeleitet aus dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank ist die Aufgabe des Konzerns die Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raums. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf diesen Förderauftrag ausgerichtet. Die Risikostruktur des Konzerns wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung der Bank vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank zweckgebundene Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Im

Rahmen der Programmkredite werden die Refinanzierungsdarlehen wettbewerbsneutral im sogenannten Hausbankverfahren für Vorhaben in Deutschland vergeben. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur bzw. der Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen, Investitionen in erneuerbare Energien sowie Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum.

Steuerungssystem

Die Rentenbank verfolgt die folgenden Ziele im Rahmen der Geschäftsstrategie:

- Optimale Umsetzung des Förderauftrags und kontinuierliche Weiterentwicklung des Fördergeschäfts
- Erbringung der Förderleistung aus eigenen Mitteln
- Erzielung eines angemessenen Betriebsergebnisses
- Geringe Risikotoleranz

Die strategischen Ziele werden segmentbezogen dargestellt. Die Segmente unterteilen sich in:

- „Fördergeschäft“

Das Segment „Fördergeschäft“ umfasst das Förderkreditgeschäft, das verbrieftes Fördergeschäft sowie die langfristige Refinanzierung des Konzerns. Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Die Geschäfte werden weitestgehend mit anderen Banken getätigt. Das verbrieftes Fördergeschäft umfasst vor allem Investitionen in Wertpapiere zur Sicherung der Liquidität der Bank. Sie dienen damit auch und insbesondere der Erfüllung bankregulatorischer Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Der Konzern hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken, wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

- „Kapitalstockanlage“

Das Segment „Kapitalstockanlage“ beinhaltet die Anlage des bilanziellen Eigenkapitals und der langfristigen Rückstellungen. Investiert wird im Wesentlichen in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen sowie Namenspapiere anderer Banken.

- „Treasury Management“

Im Segment „Treasury Management“ werden die kurzfristige Liquidität sowie das kurzfristige Zinsänderungsrisiko gesichert und gesteuert.

Bei den verwendeten wesentlichen Kennzahlen für die Messung der strategischen Ziele im Rahmen des Steuerungssystems wird zwischen finanziellen und nicht-finanziellen Leistungsindikatoren unterschieden.

Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen:

- Operatives Ergebnis

Die Tätigkeit der Rentenbank ist nicht primär auf Gewinnerzielung ausgerichtet, erfolgt aber unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Grundsätze. Dies schließt ertragsorientiertes Handeln zur langfristigen Sicherung der Förderfähigkeit im Konzern ein. Mit dem operativen Ergebnis wird eine solide Kapitalbasis geschaffen. Sie dient dazu, sowohl den steigenden regulatorischen Anforderungen zu entsprechen als auch die benötigten Mittel für die wachsende Nachfrage nach Programmkrediten bereitzustellen. Ertragsorientiertes Handeln und stabile Erträge sind außerdem eine Voraussetzung dafür, dass die Fördertätigkeit ohne öffentliche Zuschüsse erbracht werden kann. Die Rentenbank nutzt dabei ihre hohe Bonität als staatliches Förderinstitut, kombiniert mit einer entsprechenden Kapitalmarktstrategie, um sich günstig zu refinanzieren. Die Fördertätigkeit profitiert darüber hinaus auch von den Erträgen aus dem verbrieften und allgemeinen Fördergeschäft sowie von der hohen Kosteneffizienz der Prozesse innerhalb des Konzerns.

- Cost Income Ratio

Die Cost Income Ratio betrachtet als Leistungsindikator für die Kosten-/Ertragsrelation den effizienten Umgang mit den Ressourcen der Bank. Dieser Leistungsindikator wird sowohl durch Veränderungen des Aufwands (Zähler) als auch des Ertrags (Nenner) beeinflusst. Dadurch ist der Indikator naturgemäß anfällig gegenüber kurzfristigen Schwankungen der Erträge. Die Cost Income Ratio wird stets nachhaltig über einen längeren Zeitraum beobachtet und durch regelmäßige Analysen der Entwicklung des Aufwands ergänzt.

- Förderdividende

Der Leistungsindikator Förderdividende fasst die gesamte quantitative Förderleistung innerhalb eines Geschäftsjahres zusammen. Er beinhaltet die zur Verbilligung der vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn sowie die sonstigen Förderleistungen, wie z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung oder Mittel, die von der Bank für Zuschüsse im Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung gestellt werden.

Die drei genannten finanziellen Leistungsindikatoren bzw. deren wesentliche Komponenten werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung ermittelt

und Planwerten gegenübergestellt. In der Mehrjahresplanung werden sie ebenfalls separat ausgewiesen.

Zu den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren zählen das gesellschaftliche Engagement, die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern sowie die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Diese werden überwiegend qualitativ im Rahmen der Geschäftsstrategien gesteuert.

Weitere Informationen zu den finanziellen Leistungsindikatoren sind in den Abschnitten zur Ertragslage, Finanzlage und der Vermögenslage der Rentenbank sowie im Prognosebericht enthalten. Die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren werden in einem gesonderten Abschnitt näher erläutert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen

Internationale Zins- und Geldpolitik

Das Jahr 2013 war – wie schon das Vorjahr – international von einer sehr expansiven Zins- und Geldpolitik geprägt, die im Jahresverlauf insbesondere im Euroraum weiter gelockert wurde.

Die Europäische Zentralbank (EZB) veränderte in den ersten Monaten des Jahres ihren Zinssatz für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 0,75 % zunächst nicht. Vor dem Hintergrund niedriger Inflationserwartungen, eingetrübter Konjunkturaussichten und eines verhaltenen Geldmengen- und Kreditwachstums im Euroraum senkte die EZB diesen Satz im Mai auf 0,5 %, um die Wirtschaftserholung im weiteren Jahresverlauf zu unterstützen. Im Hinblick auf die anhaltende Unsicherheit im Finanzsektor und um stabile Geldmarktbedingungen zu schaffen, kündigte die EZB Anfang Juli außerdem an, die Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen („Forward Guidance“). Anfang November senkte die EZB den Leitzins überraschend auf 0,25 %, da sie auf mittlere Sicht einen abnehmenden Preisdruck im Euroraum erwartete. Die im Dezember 2011 und Februar 2012 begebenen Drei-Jahres-Tender der EZB sorgten auch 2013 für eine strukturelle Überliquidität im Bankensektor und damit für niedrige Zinsen für Tagesgeld. Durch zusätzliche Rückzahlungen des Bankensektors an die EZB verringerte sich die Überliquidität zum Jahresende 2013. Die Geldmarktsätze stiegen leicht an.

Im Gegensatz zur EZB beschloss die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) am Jahresende

2013, ihren expansiven geldpolitischen Kurs zurückzunehmen. Sie reduzierte ihr Ankaufprogramm von Staatsanleihen und Hypothekenpapieren zunächst von 85 Mrd. USD auf 75 Mrd. USD monatlich.

Entwicklung des langfristigen Zinsniveaus

Zu Beginn des Jahres 2013 zeichnete sich eine gewisse Beruhigung an den Kapitalmärkten ab. Aus diesem Grund stiegen die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen wie Bundesanleihen in den ersten Wochen des Jahres zunächst an.

Mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit Zyperns im März verschärfte sich die Finanzmarktkrise erneut. Entsprechend ging die Risikobereitschaft vieler Investoren zurück und die Renditen sicherer Anlagen sanken wieder. Die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen fiel im Mai auf ein Jahrestief von 1,17 %. Die Aussicht, dass die Fed schrittweise aus ihrer extrem expansiven Geldpolitik aussteigen könnte, sowie eine leichte Entspannung der Euroschuldenkrise ließen die Renditen jedoch wieder steigen. Infolge der Haushaltskrise in den USA im Oktober gingen sie allerdings vorübergehend zurück. Am Jahresende rentierten zehnjährige Bundesanleihen bei 1,94 %.

Entwicklung bei den Hausbanken und in der deutschen Landwirtschaft

Das anhaltend niedrige Zinsniveau trägt dazu bei, dass Banken die Rentenbank verstärkt als Refinanzierer insbesondere für mittel- und langfristige Kredite nutzen und somit Zinsänderungsrisiken vollständig eliminieren. Die Hausbanken fragten die Mittel der Rentenbank mit ihren niedrigen Abgabesätzen und den durch das RGZS (Risikogerechtes Zinssystem) festgelegten Margen sehr gut nach.

Dieser Effekt wird verstärkt durch die gestiegenen regulatorischen Anforderungen für Kreditinstitute, insbesondere die aus Basel III resultierenden Liquiditätskennziffern Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR). Ziel der Liquiditätskennziffern ist es, die kurzfristige (LCR) sowie die längerfristige Fristentransformation (NSFR) zu beschränken. Dadurch sollen Banken in die Lage versetzt werden, auch in Stressphasen liquide zu bleiben. Die LCR soll 2015 verbindlich eingeführt werden. Jedoch müssen erst 2019 – nach schrittweiser Erhöhung – 100 % der geforderten Liquiditätspolster erreicht werden. Über die Einführung der NSFR ab dem Jahr 2018 wird erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Bereits heute achten die Hausbanken aber darauf, ihre Bilanzen dahingehend anzupassen. Die Rentenbank wird somit durch die stabile Bereitstellung von lang-

fristigen Refinanzierungsmitteln zu einem immer wichtigeren Partner für die Banken.

Für die Nachfrage nach Förderkrediten ist jedoch nicht nur die Finanzmarktsituation relevant, sondern vor allem die Investitionstätigkeit in den für uns relevanten Geschäftsfeldern. Im Jahr 2013 sorgten hohe Agrarpreise für eine anhaltend positive wirtschaftliche Stimmung. Die 2013 verabschiedete Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik schafft zudem Planungssicherheit bis zum Jahr 2020. Die Einschnitte bei den Direktzahlungen und die Umweltauflagen fielen geringer aus als erwartet.

In allen Betriebsformen – Ackerbau, Milchviehhaltung und Veredlungswirtschaft – ist die Stimmungslage weiterhin gut. Insbesondere die Ackerbaubetriebe blicken auf ein erfolgreiches Wirtschaftsjahr zurück. Im Sommer 2013 sanken zwar die Preise für Getreide, dem wichtigsten Ackerbauprodukt; sie bewegen sich im langjährigen Vergleich aber immer noch auf einem hohen Niveau. Bei Gebäudeinvestitionen, dem größten Bereich in der Fördersparte „Landwirtschaft“, dominierte der Stallbau. Die wirtschaftliche Situation in der Tierhaltung war gut. Durch die Kombination aus steigenden Milchpreisen und wegfallenden Produktionsbeschränkungen war die Nachfrage nach Förderkrediten in der Milchviehhaltung besonders hoch. Auch die Veredlungswirtschaft blickt auf ein erfolgreiches Wirtschaftsjahr mit steigenden Unternehmensgewinnen zurück.

Die günstigen Rahmenbedingungen, die positive wirtschaftliche Situation und nicht zuletzt die niedrigen Zinsen führten dazu, dass Landwirte kräftig investierten und Förderkredite nachfragten.

Auch im vor- und nachgelagerten Bereich führt die gute Grundstimmung in der Landwirtschaft zu einer starken Investitionstätigkeit. Dies spiegelt sich in unserer Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ wider.

In der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ bestimmt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Investitionsdynamik. Das EEG wird regelmäßig angepasst. Nach der Novellierung Mitte 2012 kam der Anlagenneubau im Biogasbereich weitgehend zum Erliegen. Die Anreize zur Flexibilisierung der Stromeinspeisung und Möglichkeiten zu Anschlussinvestitionen bei bestehenden Anlagen sorgten dennoch für eine stabile Geschäftsentwicklung. Der Bereich Fotovoltaik musste im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Kürzung der Einspeisevergütung im ersten Halbjahr 2012 erwartungsgemäß besonders hohe Einbußen hinnehmen. Nun ist der Zubau über die Entwicklung der Einspeisevergütung gesetzlich gedeckelt. Vom gestiegenen Zubau im Bereich Windenergie (29 % über Vorjahr)

konnten wir aufgrund der attraktiven Konditionen und der zunehmenden Verbreitung des – von uns in einem speziellen Programm unterstützten – Finanzierungsmodells „Bürger- und Bauernwindpark“ überproportional profitieren.

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2013 durch eine weiterhin lebhaft Nachfrage nach Förderfinanzierungen gekennzeichnet. Programmkredite waren insbesondere wegen der regen Investitionstätigkeit aufgrund guter Rahmenbedingungen im Agrarsektor sehr gefragt. Wie im Prognosebericht für 2013 dargestellt ist die Nachfrage nach Förderkrediten im Bereich „Ländliche Entwicklung“ stabil geblieben sowie in den Bereichen „Landwirtschaft“ und „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ gestiegen. Abweichend von der Prognose ist die Nachfrage im Bereich „Erneuerbare Energien“ aufgrund eines unerwartet hohen Refinanzierungsbedarfs für Investitionen in Windenergie gestiegen. Das Fördervolumen, das sich aus Programmkrediten, allgemeinen Förderkrediten und verbrieften Fördergeschäften zusammensetzt,

erreichte in der Bilanz insgesamt 75,0 Mrd. € (78,6 Mrd. €, die Werte in den Klammern beziehen sich auf den 31.12.2012) und lag damit um 4,6 % unter dem Vorjahr. Während unsere Prognose für 2013 noch von einem gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Neugeschäftsvolumen ausgegangen war, konnte das Neugeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 11,6 Mrd. € (10,4 Mrd. €) insbesondere dank der günstigen Rahmenbedingungen bei den Programmkrediten sogar noch etwas gesteigert werden. Dadurch wuchs der Bestand an Programmkrediten um 3,6 Mrd. € bzw. 12 % auf 33,7 Mrd. € (30,1 Mrd. €). Das Volumen des verbrieften Fördergeschäfts ging dagegen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund höherer Fälligkeiten zurück.

Die benötigten Fremdmittel konnte sich die Rentenbank erneut zu günstigen Konditionen beschaffen, da Finanzinvestoren sichere Anlagen präferierten. Im Berichtsjahr nahm die Bank an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nominal 10,2 Mrd. € (9,6 Mrd. €) auf. Dies entsprach der Prognose für 2013.

Für die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt wurden dabei folgende Instrumente eingesetzt:

	2013		2012	
	Mrd. €	%	Mrd. €	%
Euro Medium Term Note (EMTN)	6,7	65,7	6,3	65,6
AUD-Medium Term Note (MTN)	2,1	20,6	1,1	11,5
Globalanleihen	1,4	13,7	2,2	22,9
Summe	10,2	100,0	9,6	100,0

Lage

Ertragslage

Ertragslage Konzern

	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
1) Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Förderbeitrag	333,7	365,9	-32,2
Risikovorsorge/Förderbeitrag	34,5	20,7	13,8
Verwaltungsaufwendungen	55,2	48,9	6,3
Übriges Ergebnis	-5,2	3,2	-8,4
Operatives Ergebnis	238,8	299,5	-60,7
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	221,2	-55,7	276,9
Konzernjahresüberschuss	460,0	243,8	216,2
2) Sonstiges Ergebnis			
Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	250,4	583,8	-333,4
Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste aus Pensionsverpflichtungen	-5,8	-18,0	12,2
3) Konzerngesamtergebnis	704,6	809,6	-105,0

Operatives Ergebnis

Das Operative Ergebnis für das Geschäftsjahr 2013 lag mit 238,8 Mio. € um 60,7 Mio. € oder 20,3 % erwartungsgemäß unter dem Vorjahr (299,5 Mio. €), jedoch historisch immer noch auf relativ hohem Niveau. Die Entwicklung entsprach der Vorjahresprognose, in der ein Rückgang von 20,0 % erwartet wurde. Die Zinserträge einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen addierten sich auf 3 678,3 Mio. € (3 959,5 Mio. €). Abzüglich der Zinsaufwendungen von 3 344,6 Mio. € (3 593,6 Mio. €) ergab sich ein Zinsüberschuss von 333,7 Mio. € (365,9 Mio. €). Fälligkeiten von Geschäften mit hohen Margen und Neugeschäftsabschlüsse mit geringeren Margen führten insgesamt zu rückläufigen Bestandsmargen. Der Rückgang im Zinsüberschuss von 32,2 Mio. € bzw. 8,8 % spiegelt vor allem die wie erwartet rückläufigen Bestandsmargen sowie die Folgen des anhaltenden Niedrigzinsumfelds wider.

Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich um 13,8 Mio. € bzw. 66,6 % im Wesentlichen durch die Erhöhung des Förderbeitrags in Höhe von 22,9 Mio. € (20,8 Mio. €) sowie die Zuführung zur Portfoliowertberichtigung in Höhe von 11,7 Mio. € (0,0 Mio. €). Der Förderbeitrag spiegelt im Wesentlichen die zukünftige Zinsunterdeckung der Rentenbank durch die gewährte Zinsverbilligung bei der Vergabe von Programmkrediten wider. Zum Zeitpunkt der Zusage entsteht ein Förderaufwand, der über die Restlaufzeit des Geschäfts zu einem entsprechenden Förderertrag führt. Der Aufwand für die Zuführung zum Förderbeitrag stieg um 6,7 Mio. € auf 81,6 Mio. € (74,9 Mio. €), die Erträge aus dem Verbrauch um 4,6 Mio. € auf 58,7 Mio. € (54,1 Mio. €).

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Da der Konzern Kredite nahezu ausschließlich über andere Banken auslegt, werden eventuelle Verluste zeitnah identifiziert. Für das grundsätzlich bestehende Restrisiko, bereits entstandene Verluste noch nicht erkannt zu haben, wird für zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete

Forderungen erstmalig zum Bilanzstichtag eine Portfoliowertberichtigung auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlustes bestimmt. Die gegenüber dem Vorjahr geänderte Schätzung noch nicht erkannter Verluste, führte zur Bildung einer Portfoliowertberichtigung von 11,7 Mio. € und damit entsprechend zu der erhöhten Risikovorsorge.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich entsprechend unserer Prognose für 2013 deutlich um 12,9 % auf 55,2 Mio. € (48,9 Mio. €). Die darin enthaltenen Personalaufwendungen lagen mit 32,0 Mio. € (31,1 Mio. €) um 0,9 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Löhne und Gehälter einschließlich Sonderzahlungen stiegen um 1,6 Mio. € auf 22,2 Mio. €. Dies ist vor allem auf die wie erwartet im Jahresdurchschnitt gestiegene Anzahl an Mitarbeitern (durchschnittlich 256 gegenüber 250 im Vorjahr) sowie die Tarifierhöhungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen stiegen auf 4,6 Mio. € (2,2 Mio. €). Grund hierfür waren insbesondere planmäßige Abschreibungen auf in den Vorjahren aktivierte Projektausgaben für die Einführung neuer IT-Systeme.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 3,0 Mio. € bzw. 19,2 % auf 18,6 Mio. €. Darin enthalten sind insbesondere IT-Aufwendungen, die sich deutlich um 2,1 Mio. € auf 9,9 Mio. € erhöhten. Ursache dafür waren vor allem die erforderlichen Investitionen zur Erfüllung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen sowie für notwendige Verbesserungen der Infrastruktur, insbesondere die Implementierung des neuen Handels- und Risikomanagementsystems. Die übrigen Sachaufwendungen veränderten sich dagegen kaum.

Das Übrige Ergebnis reduzierte sich insbesondere durch die Einführung des Programms zur Finanzierung von Forschungsvorhaben zur Förderung von Innovationen in der Landwirtschaft. Außerdem gab es im Vorjahr positive Einmaleffekte durch die Veräußerung eines Wertpapiers sowie durch aufgelöste Rückstellungen.

Operatives Ergebnis nach Segmenten

	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Summe	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
01.01. bis 31.12.								
Zinsüberschuss vor								
Risikovorsorge/Förderbeitrag	184,5	194,5	118,1	114,2	31,1	57,2	333,7	365,9
Risikovorsorge/Förderbeitrag	34,5	20,7	0,0	0,0	0,0	0,0	34,5	20,7
Verwaltungsaufwendungen	42,2	37,0	8,0	7,0	5,0	4,9	55,2	48,9
Übriges Ergebnis	-5,2	3,3	0,0	0,0	0,0	-0,1	-5,2	3,2
Operatives Ergebnis	102,6	140,1	110,1	107,2	26,1	52,2	238,8	299,5

Der Zinsüberschuss im Segment „Fördergeschäft“ reduzierte sich erwartungsgemäß aufgrund der gesunkenen Bestandsmargen, und zwar von 194,5 Mio. € im Vorjahr auf 184,5 Mio. €. Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich durch gestiegene Aufwendungen für die Zinsverbilligung der Programmkredite sowie durch die Zuführung zur Portfoliowertberichtigung insgesamt auf 34,5 Mio. € (20,7 Mio. €). Der Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibungen im „Fördergeschäft“ stieg um 5,2 Mio. € auf 42,2 Mio. €. Das Operative Ergebnis belief sich auf 102,6 Mio. € (140,1 Mio. €).

Die Zinserträge aus dem Segment „Kapitalstockanlage“ konnten entsprechend unserer Prognose für 2013 mit 118,1 Mio. € um 3,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden. Die gesunkenen Zinsen für Neuanlagen in langen Laufzeiten vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds sowie die höherverzinslichen fälligen Mittel wurden durch die Zinserträge der neu zugewiesenen Mittel aus der Thesaurierung des Vorjahresergebnisses überkompensiert. Insgesamt lag das Operative Ergebnis des Segments bei 110,1 Mio. € (107,2 Mio. €).

Das Ergebnis des Segments „Treasury Management“ war wie erwartet aufgrund niedrigerer Anlagevolumina und weiter sinkender Margen – als Folge der Geldmarktpolitik der EZB – deutlich rückläufig. Der Zinsüberschuss sank um 45,6 % auf 31,1 Mio. €. Das Operative Ergebnis des Segments betrug 26,1 Mio. € (52,3 Mio. €).

Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung

Sämtliche Derivate und bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen.

Für Grundgeschäfte in bilanziellen Sicherungsbeziehungen werden nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die aus Veränderungen der OIS-Kurven (Overnight-Interest-Rate-Swap) resultieren. Für die restlichen zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente werden im Rahmen der Bewertung die Veränderungen sämtlicher Marktparameter, wie z. B. auch der Credit-Spread, herangezogen.

Die Zins- und Wechselkursänderungen führen aufgrund der weitgehend fristenkongruenten Refinanzierung sowie der Absicherung durch derivative Geschäfte zu keinen wesentlichen Bewertungseffekten. Daher ist das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung insbesondere durch Wertaufholungen von

in Vorjahren erfassten Bewertungsverlusten aus Veränderungen der Credit-Spreads sowie aus dem Makro Hedge Accounting geprägt. Es erhöhte sich zum 31.12.2013 deutlich auf 221,2 Mio. € (-55,7 Mio. €).

Durch die Buy and Hold-Strategie des Konzerns mit dem Status eines Nichthandelsbuchinstituts stellen Bewertungsgewinne oder -verluste lediglich eine temporäre Größe dar, sofern kein Geschäftspartner ausfällt. Spätestens bei Fälligkeit der jeweiligen Geschäfte reduzieren sie sich auf null.

Konzernjahresüberschuss

Trotz des um 60,7 Mio. € gesunkenen Operativen Ergebnisses stieg der Konzernjahresüberschuss durch das um 276,9 Mio. € verbesserte Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung um 216,2 Mio. € auf 460,0 Mio. € (243,8 Mio. €).

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis gibt Veränderungen der Neubewertungsrücklage wieder. Es zeigt Ergebnisse aus der Bewertung von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ und die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

Für die Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ werden hier im Wesentlichen die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfasst. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere, die auf Schwankungen der OIS-Kurven basieren, werden im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Daneben ist die Amortisation der Bewertungsergebnisse von Wertpapieren, die im Jahr 2008 mit dem zu diesem Zeitpunkt ermittelten Marktwert in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmet wurden, enthalten.

Aufgrund einer gewissen Beruhigung an den Finanzmärkten verringerten sich die Credit-Spreads in 2013 weiter, jedoch nicht mehr in dem Umfang wie noch im Vorjahr. Dies galt vor allem für Emittenten aus den von der Krise besonders betroffenen Ländern. Aus den hieraus erhöhten Marktwerten der Wertpapiere ergaben sich Bewertungsgewinne von 248,3 Mio. € (575,3 Mio. €). Die Amortisation für die im Jahr 2008 umgewidmeten Wertpapiere führte zu Erträgen von 2,1 Mio. € (8,5 Mio. €).

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen resultieren zum einen aus Abweichungen zwischen erwarteten und tatsächlich eingetretenen versicherungsmathematischen Annahmen der Vorperiode und zum

anderen aus geänderten Annahmen für die Zukunft. In 2013 wurden versicherungsmathematische Verluste in Höhe von 5,8 Mio. € (-18,0 Mio. €) ausgewiesen.

Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis lag zum 31.12.2013 mit 704,6 Mio. € (809,6 Mio. €) um 105,0 Mio. € unter dem Vorjahr. Der Rückgang ist neben dem gesunkenen Operativen Ergebnis auf die um insgesamt 44,3 Mio. € niedrigeren Bewertungsgewinne zurückzuführen, die sich aus der Veränderung der Neubewertungsrücklage sowie dem Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ergeben.

Ertragslage Rentenbank

Die Ertragslage gemäß dem Jahresabschluss der Rentenbank nach den Regelungen des HGB entwickelte sich insgesamt zufriedenstellend und stellte sich wie folgt dar:

	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Zinsüberschuss	312,7	352,9	-40,2
<i>davon Aufwendungen für Zinszuschuss Programmkredite</i>	78,4	70,6	7,8
Provisionsüberschuss	-1,7	-2,1	0,4
Verwaltungsaufwendungen	53,2	44,7	8,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-9,1	-2,4	-6,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	248,7	303,7	-55,0
Risikovorsorge/Reserven	-195,7	-252,7	57,0
Jahresüberschuss	53,0	51,0	2,0

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge/Bewertung entspricht mit Ausnahme der nach IFRS im Rahmen der Risikovorsorge gebildeten Portfoliowertberichtigung in Höhe von 11,7 Mio. € strukturell der Entwicklung des Operativen Ergebnisses nach IFRS. Es wird daher auf die grundsätzlichen Darstellungen zur Ertragslage im Konzern verwiesen.

Die im Verwaltungsaufwand enthaltenen Personalaufwendungen lagen mit 29,8 Mio. € (25,6 Mio. €) um 4,2 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dabei erhöhten sich die Aufwendungen für Altersvorsorge im Wesentlichen aufgrund eines sich nach HGB ergebenden Einmaleffekts bei den Pensionsrückstellungen um 2,4 Mio. € auf 4,8 Mio. €. Im Konzernabschluss nach IFRS betrug der Anstieg der Personalaufwendungen dagegen lediglich 0,9 Mio. €.

Zum 31.12.2013 ergab sich ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung in Höhe von 248,7 Mio. €. Aufgrund der Bonitätsverbesserung

Überleitung zum Bilanzgewinn

Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Da deren Volumen zurückging, wurden entsprechend 48,5 Mio. € (21,8 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe für den Jahresabschluss nach HGB sollen 39,8 Mio. € (38,3 Mio. €) aus dem Konzernjahresüberschuss in die Hauptrücklage eingestellt werden. Weitere 406,9 Mio. € (192,7 Mio. €) sollen den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 13,3 Mio. € (12,8 Mio. €).

unseres Portfolios, insbesondere durch Fälligkeiten in den unteren Bonitätsklassen, konnten die gebildeten Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 16,6 Mio. € anteilig aufgelöst werden. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wurde um 218,1 Mio. € aufgestockt. In Summe ergab sich ein um 2,0 Mio. € auf 53,0 Mio. € (51,0 Mio. €) gesteigener Jahresüberschuss. Hieraus wurden 39,7 Mio. € (38,2 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 13,3 Mio. € (12,8 Mio. €), der zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet wird.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung (Operatives Ergebnis) belief sich auf 248,7 Mio. € (303,7 Mio. €) und entwickelte sich damit im Einklang mit unserem im Prognosebericht für 2013 geplanten operativen Ergebnis. Grund hierfür war, wie bereits

im Abschnitt zur Ertragslage des Konzerns beschrieben, vor allem das wie erwartet rückläufige Zinsergebnis bei gleichzeitig steigenden Verwaltungsaufwendungen.

Diese Tendenz hatte auch Auswirkungen auf den Leistungsindikator Cost Income Ratio. In Folge der auf insgesamt 66,7 Mio. € (52,6 Mio. €) gestiegenen Aufwendungen bei gleichzeitig rückläufigen Erträgen von 315,4 Mio. € (356,3 Mio. €) erhöhte sich diese Kennzahl von 14,8 % auf 21,2 %. Gleichwohl liegt die

Cost Income Ratio weiterhin auf einem auch im Wettbewerbsvergleich moderaten Niveau.

Die Förderdividende als Leistungsindikator enthält die Zinsverbilligung der Programmkredite, für die im Berichtsjahr nominal 77,0 Mio. € (75,9 Mio. €) aus eigenen Mitteln eingesetzt wurden. Ferner stellte die Rentenbank 3,0 Mio. € Zuschüsse zum Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung. Einschließlich des Bilanzgewinns in Höhe von 13,3 Mio. € und der von der Rentenbank vorgenommenen Kapitalerhöhung der Rehwinkel-Stiftung um 3,0 Mio. € erhöhte sich die Förderdividende 2013 im Einklang mit unserer Prognose auf 96,3 Mio. € (90,7 Mio. €).

Finanzlage

Kapitalstruktur

Kapitalstruktur Konzern

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Fremdkapital			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5 549,9	2 868,0	2 681,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5 148,8	5 802,6	-653,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	60 860,9	66 632,3	-5 771,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	686,8	924,4	-237,6
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	2 999,5	2 552,8	446,7
Neubewertungsrücklage	46,5	-198,1	244,6
Bilanzgewinn	13,3	12,8	0,5

Fremdkapital

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen um 2,6 Mrd. € auf 5,5 Mrd. € (2,9 Mrd. €) im Wesentlichen aufgrund höherer Positionen im kurzfristigen Geldgeschäft. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich durch fällige Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen um 0,7 Mrd. € auf 5,1 Mrd. € (5,8 Mrd. €).

Die Bestandsveränderungen bei den Verbrieften Verbindlichkeiten beliefen sich auf 0,8 Mrd. € bzw. 1,3 %. Insbesondere Wechselkursänderungen führten zum 31.12.2013 aber zu einem um 5,8 Mrd. € bzw. 8,7 % gesunkenen Buchwert der Verbrieften Verbindlichkeiten von 60,9 Mrd. € (66,6 Mrd. €). Die Medium-Term-Note-Programme (MTN) waren mit 46,3 Mrd. € (48,9 Mrd. €) weiterhin die wichtigsten Refinanzie-

rungsquellen. Der Buchwert der Globalanleihen lag am Jahresende bei 10,6 Mrd. € (12,4 Mrd. €). Der Bestand an ECP (Euro Commercial Paper) sank um 1,3 Mrd. € auf 3,9 Mrd. € (5,2 Mrd. €).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten reduzierten sich aufgrund von Fälligkeiten und Wechselkursänderungen um 0,2 Mrd. € auf 0,7 Mrd. € (0,9 Mrd. €).

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Aufgrund der margensorientierten Steuerung der Rentenbank ist der Credit-Spread ein maßgeblicher Faktor. Dieser entwickelte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Dadurch verbesserten sich unsere Refinanzierungskosten.

Die folgende Analyse gliedert die Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten, Währungen und Zinsstruktur:

	Fälligkeiten					
	bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		größer 5 Jahre	
	31. 12. 2013	31. 12. 2012	31. 12. 2013	31. 12. 2012	31. 12. 2013	31. 12. 2012
	Mio. €					
Fester Zins						
EUR	5 496,8	2 250,7	9 004,6	8 207,2	7 705,2	8 698,2
USD	2 439,6	4 774,6	11 791,4	12 792,7	948,0	2 229,4
AUD	1 050,0	1 039,9	3 978,3	4 862,9	2 748,7	2 443,8
JPY	470,4	1 000,7	86,5	673,9	408,7	562,3
CHF	83,0	256,4	1 343,0	1 340,4	93,4	241,3
NOK	0,0	298,9	1 158,5	911,3	183,9	472,6
GBP	0,0	320,1	1 147,9	437,8	13,3	14,3
Sonstige	435,0	486,8	1 491,2	1 901,0	169,5	85,6
Nullkupon						
EUR	1 266,9	0,0	96,1	79,9	819,1	836,7
USD	1 979,4	4 208,6	0,0	0,0	37,2	38,6
AUD	12,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
CHF	0,0	116,0	0,0	0,0	0,0	0,0
GBP	530,0	539,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	123,3	326,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Variabler Zins						
EUR	535,5	130,5	5 187,1	4 917,5	3 496,3	3 163,4
USD	1 735,8	417,1	2 482,5	2 857,2	0,0	0,0
AUD	0,0	554,4	670,3	492,0	0,0	0,0
JPY	20,9	19,8	49,0	67,5	345,5	515,1
NOK	0,0	0,0	156,4	138,0	0,0	40,8
Sonstige	0,0	0,0	455,3	419,8	0,0	45,5
Summe	16 179,5	16 740,6	39 098,1	40 099,1	16 968,8	19 387,6

Eigenkapital

Der Konzernjahresüberschuss von 460,0 Mio. € (243,8 Mio. €) erhöht das Eigenkapital. Zusätzlich stieg es durch Bewertungsgewinne, die in der Neubewertungsrücklage mit 244,6 Mio. € (565,8 Mio. €) ausgewiesen wurden.

Kapitalstruktur Rentenbank

Die Finanzlage auf Basis des Jahresabschlusses der Rentenbank nach den Regelungen des HGB stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Fremdkapital			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 272,1	3 598,5	2 673,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 730,3	5 249,1	-518,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	61 433,8	62 151,4	-717,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	597,7	717,5	-119,8
Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken)			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	925,5	885,8	39,7
Bilanzgewinn	13,3	12,8	0,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2 437,3	2 219,2	218,1

Das Fremdkapital nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Es weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen des Fremdkapitals in der Kapitalstruktur des Konzerns verwiesen.

Das Eigenkapital einschließlich des Fonds für allgemeine Bankrisiken erhöhte sich im Vergleich zu 2012 um 0,3 Mrd. €. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 0,2 Mrd. € auf 2,4 Mrd. € aufgestockt.

Investitionen

Die Rentenbank hat in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 insbesondere in die Implementierung eines neuen Handels- und Risikomanagementsystems, einer Meldewesensoftware und einer Rating Plattform sowie in die Umsetzung der SEPA- und EMIR-Anforderungen investiert. Für weitere Angaben wird auf die Erläuterungen zu den Verwaltungskosten unter der Ertragslage des Konzerns verwiesen.

Liquidität

Die Liquiditätsanalyse stellt die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge dar:

31.12.2013	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	3 238,4	565,7	1 327,0	370,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	429,4	268,5	907,5	3 976,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 523,9	3 678,4	35 153,1	12 269,3
Negative Marktwerte aus derivativen				
Finanzinstrumenten	154,0	158,0	1 166,0	627,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	5,9	16,0	45,0	560,9
Summe	12 351,6	4 686,6	38 598,6	17 803,7

31.12.2012	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	279,7	311,7	1 755,4	460,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	306,6	526,8	1 047,1	4 327,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	10 165,8	5 668,7	34 819,6	13 337,1
Negative Marktwerte aus derivativen				
Finanzinstrumenten	296,0	90,0	386,0	57,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	29,2	118,3	10,4	690,1
Summe	11 077,3	6 715,5	38 018,5	18 871,7

Vermögenslage

Vermögenslage Konzern

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	49 750,9	51 164,0	-1 413,1
Forderungen an Kunden	5 570,6	4 652,4	918,2
Finanzanlagen	20 894,4	22 588,7	-1 694,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3 236,1	7 486,4	-4 250,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5 796,6	5 832,2	-35,6

Die Rentenbank vergibt Kredite wettbewerbsneutral grundsätzlich über andere Banken. In der Vermögenslage spiegelt sich dies in den Forderungen an Kreditinstitute wider, deren Anteil 60,7 % (57,9 %) an der Bilanzsumme betrug. Dieser Posten valutierte zum Jahresultimo mit 49,8 Mrd. € (51,2 Mrd. €). Dem deutlich gestiegenen Programmkreditvolumen standen fällige Namenspapiere sowie reduzierte Termingelder und Offenmarktgeschäfte gegenüber.

Die Forderungen an Kunden stiegen durch das Neugeschäft mit deutschen Bundesländern um 0,9 Mrd. € auf 5,6 Mrd. € (4,7 Mrd. €).

Die Finanzanlagen enthalten im Wesentlichen Bankanleihen und -schuldverschreibungen. Sie verringerten sich um 1,7 Mrd. € auf 20,9 Mrd. € (22,6 Mrd. €),

da die Fälligkeiten das Neugeschäft überstiegen. Über das Engagement in den Peripherie-Staaten der Eurozone informiert der Risikobericht im Abschnitt Adressenausfallrisiken.

Die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sanken um 4,3 Mrd. € auf 3,2 Mrd. € (7,5 Mrd. €), während die negativen Marktwerte unverändert mit 5,8 Mrd. € (5,8 Mrd. €) valutierte. Die Entwicklung war insbesondere durch Wechselkursänderungen beeinflusst. Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, bestehen Besicherungsvereinbarungen. Die Bank schließt keine Credit Default Swaps (CDS) ab.

Vermögenslage Rentenbank

Die Vermögenslage gemäß dem Jahresabschluss der Rentenbank nach den Regelungen des HGB stellte sich wie folgt dar.

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	50 042,5	51 215,6	-1 173,1
Forderungen an Kunden	5 451,3	4 560,9	890,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20 301,9	22 026,3	-1 724,4

Die Vermögenslage nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Sie weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen zur Vermögenslage im Konzern verwiesen.

Der Wertpapierbestand setzte sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammen. Dieser Bilanzposten enthielt zum Jahresende Anleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 19,9 Mrd. € (21,8 Mrd. €). Schuldverschreibungen der Liquiditätsreserve befanden sich, wie im Vorjahr, zum Jahresende nicht im Bestand.

Der Vorstand beurteilt den Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage als zufriedenstellend.

Sonstige Leistungsindikatoren

Gesellschaftliches Engagement

Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Rentenbank auch über ihren Förderauftrag hinaus verpflichtet, sich engagiert und verantwortungsbewusst für das Gemeinwohl einzusetzen. In Frankfurt ansässig unterstützt die Rentenbank vor allem lokale Kulturinstitutionen und ausgewählte Projekte. Regelmäßig erhalten u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum, das English Theatre und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule Zuwendungen. In der Städelschule fördern wir dabei junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Die Rentenbank unterstützt mit einer regelmäßigen Weihnachtsspende verschiedene Projekte von Kirchen, Verbänden und Vereinen. Im Geschäftsjahr 2013 waren dies die Malteser Migranten Medizin, Frankfurt, die Winterpeisung für Obdachlose in der Katharinenkirche, Frankfurt, das Kinder- und Jugendwerk Die Arche e. V., Frankfurt, und der Verein Herzen für eine neue Welt, Königstein. Über diese regelmäßige Förderung hinaus waren wir im Berichtsjahr z. B. wiederum Sponsor der Operngala 2013 der Oper Frankfurt.

Der Personalstand blieb im abgelaufenen Jahr nahezu unverändert. Am Jahresende 2013 beschäftigte die Rentenbank 257 (256) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 214 (213) in Vollzeit. Darin sind abwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit sowie der Vorstand nicht enthalten. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei rund 11,5 Jahren. Das Verhältnis von Männern und Frauen in der Bank war mit 53 % zu 47 % nahezu ausgeglichen. Die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, nutzten weiterhin vorwiegend Frauen. Sie stellten 88 % der Teilzeitbeschäftigten.

Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen

Die Rentenbank erstellt die Konzern- und Einzelabschlüsse sowie den zusammengefassten Lagebericht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, den Standards der internationalen Rechnungslegung sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) und den hierzu unterstützenden Verlautbarungen. Für die aufgestellten Abschlüsse ist ein Testat des Wirtschaftsprüfers erforderlich. Dabei wird auf eine ordnungsgemäße Erstellung sowie auf die Einhaltung der Veröffentlichungsfristen geachtet. Die Erreichung dieses Zieles wird insbesondere durch ein wirksames Internes Kontrollsystem (IKS) gewährleistet.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen von strategischer Bedeutung sind die Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen. Die umfängliche Einhaltung aller bestehenden aufsichtsrechtlichen Regelungen hat höchste Priorität. Der Konzern trägt unter anderem durch den Arbeitskreis Regulatorische Themen, in dem auch das Referat Compliance vertreten ist, dafür Sorge, dass neue aufsichtsrechtliche Anforderungen frühzeitig konzernweit erkannt und gesteuert werden.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Prognose- und Chancenbericht

Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen an den Kredit- und Finanzmärkten ab. Diese werden durch die Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die wirtschaftliche Lage an den Agrarmärkten und das Refinanzierungsverhalten der Hausbanken eine wichtige Rolle.

Die Europäische Zentralbank hielt zu Jahresbeginn 2014 an ihrem geldpolitischen Kurs fest und ließ den Leitzins unverändert bei 0,25 %, obwohl die Inflationsrate im Euroraum im Januar auf 0,7 % überraschend zurückging.

Die Rentenbank erwartet einen unverändert niedrigen Preisdruck und eine moderate Wirtschaftserholung im Euroraum, so dass die EZB auf absehbare Zeit an ihrer expansiven Geldpolitik festhalten wird. Graduelle Änderungen in Form einer leichten Leitzinssenkung oder der Einsatz weiterer geldpolitischer Instrumente sind jedoch nicht ausgeschlossen, wenn es zu steigenden Geldmarktsätzen kommen sollte oder sich die Kreditvergabe der Banken insbesondere in den südlichen Euro-Staaten nicht erholt.

Auch im Hinblick auf das von der EZB gegebene Versprechen, den Leitzins auf absehbare Zeit niedrig zu halten („Forward Guidance“), gehen wir daher von weiter niedrigen Geldmarktsätzen im Jahresverlauf aus.

Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) setzte Ende Januar 2014 die am Ende des Vorjahres beschlossenen Maßnahmen zur Rücknahme ihres expansiven geldpolitischen Kurses fort und reduzierte ihr Ankaufprogramm von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren weiter. Die geänderte Notenbankpolitik der Fed trug mit zu Kapitalabzug und Währungsturbulenzen in einigen bedeutenden Schwellenländern bei. Als Folge stieg weltweit die Nachfrage nach sicheren Anlageformen, wie z. B. Bundesanleihen und Anleihen der Rentenbank. Entsprechend gingen die langfristigen Renditen zurück.

Vor dem Hintergrund der weltweiten wirtschaftlichen Erholung und des weniger expansiven geldpolitischen Kurses der US-Notenbank gehen wir davon aus, dass die langfristigen Zinsen im weiteren Jahresverlauf

leicht steigen werden. Der Anstieg dürfte jedoch durch die ausgesprochen expansive Geldpolitik der EZB und dem nur geringen Preisdruck begrenzt bleiben.

Die Landwirte planen nach Erhebungen des Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar für die erste Jahreshälfte 2014 insgesamt etwas geringere Investitionen als im Vorjahr, insbesondere bei Wirtschaftsgebäuden. Während sie ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als sehr gut einschätzen, sind sie für die Zukunft nur verhalten zuversichtlich. Da die Fördertätigkeit in der Sparte „Landwirtschaft“ unmittelbar von der Investitionstätigkeit abhängt, ist auch hier mit einer verhaltenen Entwicklung zu rechnen.

Die Fundamentaldaten deuten darauf hin, dass sich an der relativ knappen globalen Versorgungslage mit Agrarrohstoffen grundsätzlich wenig ändern wird. Die FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) geht davon aus, dass sich das internationale Agrarpreisniveau in den nächsten Jahren nominal weiter erhöht, sich unter Berücksichtigung der Inflation aber kaum verändern wird. In diesem Fall sollte das Fördergeschäft in der Sparte „Landwirtschaft“ stabil bleiben.

Die Öffentlichkeit diskutiert weiterhin kritisch das Thema Tierhaltung. Falls dies zu verschärften Tierchutzauflagen und einem veränderten Baurecht führen sollte, würden die Kosten für Tierhalter steigen. Möglich wäre auch, dass solche Gesetzesänderungen Investitionen auslösen: generell zum Wohl der Tiere bzw. in zusätzliche Einrichtungen, wie z. B. Abluftfilter oder Güllebehälter. Insbesondere in den Veredelungsregionen erwartet die Rentenbank, dass verschärfte Anforderungen an die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern und an Baugenehmigungen sich dämpfend auf die Bautätigkeit auswirken.

Die Entwicklung der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ hängt entscheidend vom EEG ab. Die Bundesregierung plant zur Mitte des Jahres eine grundlegende Reform des EEGs, die im August inkrafttreten soll. Somit dürfte sich die Nachfrage nach Programmkrediten im ersten Halbjahr nicht verändern. Vor dem Inkrafttreten kann es zu Vorzieheffekten kommen. Um die mittel- und längerfristigen Auswirkungen abschätzen zu können, müssen die Detailregelungen im neuen EEG analysiert werden. Da der politische Willensbildungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, sind noch keine verlässlichen Prognosen für die Fördersparte „Erneuerbare Energien“ möglich.

Unter diesen Rahmenbedingungen geht die Rentenbank aufgrund ihrer risikobewussten Geschäftspolitik und ihrer Triple-A-Ratings davon aus, ihren Förderauftrag erfolgreich erfüllen zu können.

Vor dem Hintergrund der bankregulatorischen Weiterentwicklung auf EU-Ebene, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung von Basel III in der Europäischen Union (EU) (CRD IV/CRR), wurde das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank im Rahmen des CRD IV-Umsetzungsgesetzes geändert. Ab 01.01.2014 besteht zur vorhandenen Anstaltslast eine Garantie des Bundes für die Verbindlichkeiten der Rentenbank (Refinanzierungsgarantie).

Die Anforderungen der zum 01.01.2014 inkrafttretenden EU-Bankenverordnung (CRR) und der EU-Bankenrichtlinie (CRD IV) wird der Konzern erfüllen. Insbesondere die Eigenkapitalquoten und die Liquiditätskennziffern LCR und NSFR werden nach den Proberechnungen eingehalten.

Prognose der Geschäftsentwicklung

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Mehrjahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Neugeschäfts-, Bestands-, Kapital-, Ertrags- und Kostenplanung sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Mehrjahresplanung. Im Folgenden beziehen sich die Prognosen jeweils auf die Planung für das Jahr 2014.

In der aktuellen Konzernplanung erwartet der Konzern im Segment „Fördergeschäft“ für das Geschäftsjahr 2014 ein Neugeschäftsvolumen leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Dieses Neugeschäft wird unverändert mittels der Emissionsprogramme der Rentenbank refinanziert werden. Aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Beruhigung an den Kapitalmärkten wird mit tendenziell etwas rückläufigen Margen aus dem Neugeschäft gerechnet.

Bei der Kreditvergabe erwarten wir, dass die Programmkredite weiterhin den Schwerpunkt bilden. Nachdem im vergangenen Jahr die guten Rahmenbedingungen auf den Agrarmärkten und das niedrige Zinsniveau für eine rege Nachfrage nach Programmkrediten sorgten, wird das Neugeschäft in 2014 wahrscheinlich etwas unter dem hohen Wert des Jahres 2013 liegen.

Der Bestand an Wertpapieren sowie allgemeinen Förderkrediten wird sich durch die absehbar hohen Fälligkeiten weiter leicht reduzieren. Dagegen dürfte sich der Anteil der Programmkredite am gesamten Fördervolumen entsprechend weiter leicht erhöhen. In Summe erwarten wir für das Segment „Fördergeschäft“ aufgrund der sinkenden Bestandsmargen und -volumina ein leicht rückläufiges Zinsergebnis.

Für das Segment „Kapitalstockanlage“ planen wir für 2014 Zinserträge geringfügig unter dem Vorjahres-

niveau. Dem höheren Anlagevolumen aus der Gewinnthesaurierung stehen hierbei negative Effekte aus der geringeren Verzinsung der Neuanlagen durch das Niedrigzinsumfeld sowie aus fälligen höherverzinslichen Mitteln gegenüber. Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird in 2014 voraussichtlich deutlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Wir erwarten für das Zinsergebnis der drei Segmente für 2014 einen leicht rückläufigen Wert.

Die Kostenplanung für das Jahr 2014 sowie die Folgejahre berücksichtigt insbesondere die erforderlichen Investitionen in die Infrastruktur der Bank sowie die notwendigen Anpassungen zur Erfüllung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Darin enthalten sind Investitionen für die Weiterentwicklung des neuen Handels- und Risikomanagementsystems, für die Einführung eines neuen Finanz-Systems sowie für die Erneuerung sonstiger im Einsatz befindlicher Hard- und Software. In der Mehrjahresplanung sind darüber hinaus Investitionen für die Sanierung des Bankgebäudes vorgesehen. Die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden – trotz eines strengen Kostenmanagements – weiterhin deutlich steigende Verwaltungsaufwendungen in 2014 sowie den darauf folgenden Jahren auslösen. Dies gilt insbesondere auch für die Personalkosten, da die Bank hier eine Notwendigkeit für die Schaffung neuer Stellen sieht.

Vor dem Hintergrund der Ertrags- und Kostenentwicklung wird im Konzern für 2014 insgesamt ein um ca. 15 bis 20 % rückläufiges Operatives Ergebnis erwartet. Dieser Leistungsindikator wird jedoch historisch immer noch auf relativ hohem Niveau liegen.

Durch die zufriedenstellenden Ertragsaussichten wird es möglich sein, die Förderdividende weiterhin auf einem hohen Niveau zu halten. Wir erwarten daher für den Leistungsindikator Förderdividende einen gegenüber 2013 in etwa gleich bleibenden Wert.

Bedingt durch die rückläufigen Erträge bei gleichzeitig investitionsbedingt höheren Verwaltungsaufwendungen erwarten wir für 2014 einen deutlichen Anstieg des Leistungsindikators Cost Income Ratio. Die Cost Income Ratio wird sich dennoch weiterhin auf einem auch im Wettbewerbsvergleich moderaten Niveau bewegen.

Chancen und Risiken

Auf Basis der prognostizierten Ergebnisse für 2014 könnten sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weitere Chancen und Risiken für die geschäftliche Entwicklung ergeben.

Durch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen kann es eventuell zu einer erneuten Verschärfung

der Finanzmarktkrise kommen, was sich auf die Neugeschäftsvolumina und -margen im Aktiv- und Passivgeschäft auswirkt. Ein verschlechtertes wirtschaftliches Umfeld könnte entsprechend zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen. Allerdings hat die Finanzmarktkrise gezeigt, dass sich für die Rentenbank aufgrund ihrer hervorragenden Ratings und ihrer soliden Kapitalausstattung in solchen schwierigen Situationen durchaus auch Chancen durch attraktive Refinanzierungsmöglichkeiten sowie hohe Margen im verbrieften Fördergeschäft und bei den allgemeinen Förderkrediten ergeben können.

Das derzeitige Niedrigzinsumfeld bietet einerseits Chancen für die geschäftlichen Aktivitäten, insbesondere aufgrund der hohen Nachfrage des landwirtschaftlichen Sektors nach Programmkrediten. Andererseits belastet das andauernd niedrige Zinsniveau jedoch auch das Ergebnis der Segmente „Kapitalstockanlage“ und „Treasury Management“. Eine Veränderung dieses Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, ist deshalb sowohl mit Risiken als auch mit Chancen für die Rentenbank verbunden. Wie sich die Situation konkret darstellen könnte, hängt von der Stärke der Zinsänderung sowie von der Betrachtung des Segments und dem gewählten Beobachtungszeitraum ab.

Für den Verwaltungsaufwand könnten sich weitere belastende Faktoren aus zusätzlichen, bisher noch nicht bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Dies kann sich auf IT- und Personalkosten (aufgrund der Schaffung zusätzlicher Stellen) auswirken. Zudem könnten über die bereits geplanten Investitionen hinaus weitere Verbesserungen der IT- und Gebäude-Infrastruktur notwendig werden.

Trotz der von der Rentenbank praktizierten, risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Jahresverlauf bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Geschäftspartnern bekannt werden. Dies kann Ratingverschlechterungen im Bestand nach sich ziehen und damit das Risikodeckungspotenzial im Rahmen der Risikotragfähigkeit belasten.

Die weitergehende Berichterstattung zu den Risiken enthält der Abschnitt Risikobericht.

Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

Das Operative Ergebnis aller Segmente lag im ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres leicht über Plan. Das Bewertungsergebnis war leicht rückläufig. Auf Basis der bisherigen Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahr ist der Vorstand zuversichtlich, das geplante Volumen im Fördergeschäft sowie die opera-

tiven Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2014 zu erreichen. Durch die hohe Volatilität der Marktparameter ist die weitere Entwicklung des Bewertungsergebnisses im Jahresverlauf nicht verlässlich prognostizierbar.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich gegebenenfalls als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

Risikobericht

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Die Darstellungen im Risikobericht beziehen sich grundsätzlich auf den Konzern. Wesentliche institutsspezifische Besonderheiten der Rentenbank werden gesondert dargestellt.

Organisation des Risikomanagements

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Vorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie des Konzerns fest. Sie wird insbesondere von dem Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die wesentlichen Geschäftsfelder Ziele und Maßnahmen zu deren Erreichung festgelegt.

Im Konzern wird im Rahmen einer Risikoinventur analysiert, welche Risiken die Vermögenslage, die Kapitalausstattung, die Ertragslage oder die Liquiditätssituation wesentlich beeinträchtigen können. Wesentliche Risiken des Konzerns werden in der Risikoinventur, in den Risikoindikatoren, in den Self Assessments, im „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP), in den IKS-Schlüsselkontrollen sowie in der täglichen

Überwachungstätigkeit identifiziert und auf Konzentrationseffekte hin untersucht.

Die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagementsystem (RMS) auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung identifiziert, limitiert und gesteuert. Der Vorstand hat dazu eine Risikostrategie und die daraus abgeleiteten Teilstrategien festgelegt. Diese werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls vom Vorstand angepasst.

Wesentlicher Bestandteil des RMS ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung von Limiten, die an der Risikotragfähigkeit ausgerichtet sind. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Es basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“.

Die Anforderungen der vierten MaRisk-Novelle (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) wurden bis zum Jahresende 2013 umgesetzt. Insbesondere implementierte bzw. verfeinerte der Konzern die Risikostrategien, die Kapitalplanungsprozesse, die Risikocontrolling-Funktion sowie das Liquiditätsverrechnungspreissystem. Der Compliance-Beauftragte wurde 2013 bestellt. Die Bank hat zudem in 2013 die Compliance-Funktion gemäß MaRisk eingerichtet.

Als Teil des Planungsprozesses werden für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechende potenzielle Risikoszenarien zugrunde gelegt. Soll-Ist-Abweichungen werden im Rahmen eines internen Monatsberichts analysiert. Die Kapitalplanung wird für die nächsten zehn Jahre erstellt. Die Risikotragfähigkeit wird in Form einer Drei-Jahres-Vorschau geplant.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert es, einen NPP durchzuführen. Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement.

Basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen vermittelt das Risikohandbuch des Vorstands einen umfassenden Überblick über alle Risiken im Konzern. Risikosteuerungsfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Für die Risikocontrolling-Funktion zeichnet das für den Marktfolge-Bereich zuständige Vorstandsmitglied verantwortlich. Ihm ist der Bereich Finanzen mit der Gruppe Risikocontrolling und der Bereich Banken mit dem Referat Adressrisiken unter-

stellt. Im Bereich Finanzen umfasst das Risikocontrolling die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken und die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Die für die Rentenbank relevanten Compliance-Risiken zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass bei einer Nichtbeachtung der wesentlichen (bankaufsichts-)rechtlichen Regelungen und Vorgaben vor allem (Geld-) Strafen/Bußgelder, Schadensersatzansprüche und/oder die Nichtigkeit von Verträgen drohen, die das Vermögen der Rentenbank gefährden könnten. Die Compliance-Funktion der Rentenbank wirkt dabei in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und als Teil des IKS darauf hin, dass die Mitarbeiter die Rechtmäßigkeit und Regelgerechtigkeit ihres eigenen Handelns überprüfen und sicherstellen können.

Sowohl der Vorstand als auch der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanz- und Prüfungsausschuss sowie der bis Ende 2013 aktive Kreditausschuss bzw. der ab 01.01.2014 aktive Risikoausschuss werden mindestens quartalsweise über die Risikosituation informiert. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der MaRisk müssen umgehend der Vorstand, die Interne Revision und gegebenenfalls die betroffenen Führungskräfte schriftlich informiert werden. Vom Vorstand werden Informationen über wesentliche Risikoaspekte unverzüglich an den Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Sie prüft und beurteilt die Ordnungsmäßigkeit der Aktivitäten und Prozesse, ergänzt um Sicherheits- und Zweckmäßigkeitsaspekte sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des RMS bzw. des IKS.

Die Konzernrevision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats und des Risikoausschusses sowie der Bilanz- und Prüfungsausschuss können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Konzernrevision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle

Aktivitäten und Prozesse des Konzerns einschließlich des RMS und des IKS.

Die Risiken werden grundsätzlich segmentübergreifend überwacht. Sofern sich die Überwachung nur auf einzelne Segmente beschränkt, ist dies in den Risikoarten dargestellt.

Adressenausfallrisiken

Definition

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko mit den Elementen Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Struktur-, Sicherheiten- und Beteiligungsrisiko sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das derivative Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Derivative Länderrisiken unterteilen sich in Ländertransferrisiken und Redenominierungsrisiken. Das Ländertransferrisiko bezeichnet die Gefahr, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund von wirtschaftlichen oder politischen Risiken seine Zins- und Tilgungszahlungen nicht fristgerecht erbringen kann. Redenominierungsrisiken bezeichnen das Risiko, dass der Nominalwert der Forderung auf eine andere Währung umgestellt wird. Bei Umstellung auf eine „weichere“ Währung unter Verwendung eines Fixkurses kann dies de facto einer Teilenteignung der Gläubiger entsprechen.

Strukturrisiken (beispielsweise Klumpen- bzw. Konzentrationsrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden Werthaltigkeit von Kreditsicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjekts resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines Verlusts aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen

Unternehmen, deren vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum tätigen. Darüber hinaus können allgemeine Fördergeschäfte auch mit deutschen Bundesländern abgeschlossen werden. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt grundsätzlich bei deren Hausbank.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können darüber hinaus alle Geschäfte getätigt werden, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet auch den Ankauf von Forderungen und Wertpapieren sowie Geschäfte im Rahmen des Treasury Managements und der Risikosteuerung des Konzerns.

Bei der Kreditvergabe an Unternehmen geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft und im Konsortialkreditgeschäft Risiken ein. Im Jahr 2013 wurden im Konsortialkreditgeschäft mit Unternehmen keine Abschlüsse getätigt.

Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft und Treasury verantwortlich. Der Bereich Fördergeschäft schließt sämtliche Programmkredite ab. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namenspapieren sowie für den Abschluss von Neugeschäften im Rahmen des Konsortialkreditgeschäfts mit Unternehmen und Direktkrediten im Rahmen des allgemeinen Fördergeschäfts zuständig. Auch ist der Bereich Treasury für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Derivate werden ausschließlich mit Geschäftspartnern abgeschlossen, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

Organisation

Der Bereich Treasury ist als Marktbereich maßgeblich in die Prozesskette des allgemeinen und verbrieften Fördergeschäfts eingebunden. Gemäß MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Die als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben werden von den Bereichen Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Diese Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab,

bearbeiten die Geschäftsabschlüsse und bewerten die Sicherheiten. Sie sind auch zuständig für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemerkrediten. In diesem Zusammenhang werden erforderliche Maßnahmen in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen. Die Prozessverantwortung liegt bei dem für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied.

Der Bereich Banken formuliert eine bankweite Kreditrisikostategie und ist für deren Umsetzung zuständig. Der Vorstand der Bank beschließt jährlich die Kreditrisikostategie und legt diese dem bis Ende 2013 aktiven Kreditausschuss bzw. dem ab 01.01.2014 aktiven Risikoausschuss des Verwaltungsrats zur Kenntnis vor. Darüber hinaus werden im Bereich Banken u. a. Kreditrisiken analysiert, Engagements Rentenbank-spezifische Bonitätsklassen zugeordnet, Beschlüsse für Kreditentscheidungen vorbereitet, das Marktfolge-Votum erstellt und das Kreditrisiko insgesamt laufend überwacht.

Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowie des Gesamtkreditportfolios und ist für die Risikoberichterstattung über die Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in seinen Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft ist eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und -überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftsbezogen auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit bzw. auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden und des Gesamtkreditportfolios. Im Rahmen der Gesamtkreditportfolio-steuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen in Produktgruppen zusammengefasst werden.

Bonitätsbeurteilung

Die mit dem bankinternen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten Bonitätseinstufungen sind ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken und die internen Limite.

Die Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken nach einem intern festgelegten Verfahren vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten in eine der 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind

Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente bzw. erhöhte latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätseinstufung unserer Geschäftspartner wird mindestens jährlich auf der Grundlage einer Auswertung von deren Jahresabschlüssen und der Analyse ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse überprüft. Hierbei fließen – neben betriebswirtschaftlichen Kennzahlen – auch qualitative Merkmale, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren, wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen, ein. Das Länderisiko als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko wird ebenfalls einbezogen. Bei bestimmten Produkten, wie z. B. Pfandbriefen, werden zudem die damit verbundenen Sicherheiten als weiteres Kriterium berücksichtigt. Die Bonitätseinstufung wird überprüft und die Limite gegebenenfalls angepasst, wenn dem Konzern aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners bekannt werden. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird laufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Das Bonitätsklassensystem der Rentenbank bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mithilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Ratingagenturen veröffentlichten historischen Ausfallraten herangezogen. Über eigene historische Daten verfügt der Konzern aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird im Standardszenario ein auf die Inanspruchnahmen bezogener jährlicher potenzieller Ausfall ermittelt. Das Standardszenario wird um Stressszenarien ergänzt, in deren Rahmen unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen, geringeren Wiedereinbringungsraten sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten ein auf die intern eingeräumten Limite bezogener jährlicher potenzieller Ausfall geschätzt wird.

Der Konzern fokussiert sich im Rahmen seines Geschäftsmodells, das weitestgehend von Gesetz und Satzung vorgegeben ist, auf das Interbankengeschäft. Dies führt zu einem wesentlichen Konzentrationsrisiko. Für diese sektoralen Konzentrationsrisiken wird ein pauschaler Risikobetrag (Risikopuffer) vorgehalten.

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept weist der Konzern den

Adressenausfallrisiken einen bestimmten Anteil des Risikodeckungspotenzials zu. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Stressszenarien berücksichtigen auch länderspezifische Einflüsse und stellen auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. In zusätzlichen Extremszenarien wird der Ausfall der beiden nach Risiko-Exposure – dem mit den produktspezifischen Verlustquoten gewichteten Engagement – größten Kreditnehmereinheiten bzw. Auslandsengagements sowie der Ausfall aller als erhöhte latente Risiken eingestuften Engagements unterstellt. Der in diesen Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall dient zur Messung von Risikokonzentrationen und ist im „Going Concern-Ansatz“ nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen. Im Vordergrund steht dabei, die Ergebnisse kritisch zu reflektieren und einen möglichen Handlungsbedarf abzuleiten. Entsprechende Maßnahmen können beispielsweise Limitreduzierungen oder eine verschärfte Risikoüberwachung umfassen. Zusätzlich können anlassbezogen im Rahmen weiterer Stressszenarien die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf das Risikodeckungspotenzial untersucht werden.

Limitierung und Reporting

Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten bzw. Gruppen verbundener Kunden als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil des Risikodeckungspotenzials wird eine Gesamtbergrenze für alle Adressenausfalllimite festgelegt. Daneben gelten einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoobergrenze sowie eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das Risikoklassifizierungsverfahren der Bank stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Daneben gibt es eine Gesamtbergrenze je Kreditnehmereinheit bzw. je Gruppe verbundener Kunden, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Der zuständige Marktfolge-Bereich überwacht täglich sämtliche Limite. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Beim verbrieften Fördergeschäft setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolios, gegebenenfalls unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für Marktpreisschwankungen. Dem für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransfer-

beträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken.

Jeweils zum Quartalsende erstellt der Bereich Banken (Marktfolge) für den Vorstand und für den vom Verwaltungsrat gebildeten bis Ende 2013 aktiven Kreditausschuss bzw. den ab 01.01.2014 aktiven Risikoausschuss nach den Vorgaben der MaRisk einen Kreditrisikobericht.

Aktuelle Risikosituation

Nach IFRS 7 ist das maximale Ausfallrisiko ohne Berücksichtigung von Sicherheiten anzugeben. Es entspricht somit den Buchwerten der betreffenden finanziellen Vermögenswerte bzw. den Nominalbeträgen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	49 750,9	51 164,0	-1 413,1
Forderungen an Kunden	5 570,6	4 652,4	918,2
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	677,3	1 210,7	-533,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3 236,1	7 486,4	-4 250,3
Finanzanlagen	20 894,4	22 588,7	-1 694,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen	115,2	496,2	-381,0
Gesamt	80 244,5	87 598,4	-7 353,9

Für einen Großteil der dargestellten Risikopositionen hat der Konzern Sicherheiten in Form von Forderungsabtretungen, Gewährträgerhaftung sowie Staatsgarantien erhalten. Bei den restlichen Risikopositionen handelt es sich im Wesentlichen um „gedeckte Papiere“, wie Pfandbriefe.

Für die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stellt das angegebene maximale Ausfallrisiko von 3 236,1 Mio. € (7 486,4 Mio. €) das bilanzielle Forderungsvolumen auf Einzelvertragebene dar.

Die risikorelevante wirtschaftliche Besicherung erfolgt demgegenüber auf Kontrahentenebene. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Finanzinstrumente abgeschlossen wurden, bestehen Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen. Unter Berücksichtigung der Nettingvereinbarungen und der Barsicherheiten errechnete sich zum 31.12.2013 ein maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7 für die derivativen Finanzinstrumente von 29,1 Mio. € (136 Mio. €).

Adressenausfallrisiko nach Bonitätsklassen:

31.12.2013

	AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	D
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	12 388,9	6 137,6	26 595,4	4 503,7	125,3	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	5 536,6	0,0	13,4	20,5	0,0	0,1	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	146,7	38,9	389,0	102,7	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus							
derivativen Finanzinstrumenten	1,6	1 058,5	1 797,2	376,6	2,2	0,0	0,0
Finanzanlagen	10 383,9	4 995,4	2 938,3	2 393,9	158,0	24,9	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	115,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	28 572,9	12 230,4	31 733,3	7 397,4	285,5	25,0	0,0

31.12.2012

	AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	D
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	11 509,6	21 861,5	13 725,3	3 760,3	260,7	46,6	0,0
Forderungen an Kunden	4 600,5	0,0	24,1	26,1	0,2	1,5	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	238,4	353,2	479,7	139,4	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus							
derivativen Finanzinstrumenten	0,0	2 031,3	5 172,0	192,0	91,1	0,0	0,0
Finanzanlagen	10 302,7	5 329,8	4 852,0	1 678,1	371,1	55,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	27 147,4	29 575,8	24 253,1	5 795,9	723,1	103,1	0,0

Die Aggregation der Buchwerte bei den beiden folgenden Analysen basiert auf dem Sitzland bzw. der Gruppenzugehörigkeit auf Ebene des Geschäftspartners ohne Berücksichtigung von Konzernzusammenhängen.

Risikokonzentration nach Ländergruppen:

31.12.2013

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	47 526,8	59,3	2 224,0	2,8	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	5 570,6	6,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	677,3	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus						
derivativen Finanzinstrumenten	831,4	1,0	2 134,8	2,7	269,9	0,3
Finanzanlagen	5 380,3	6,7	15 456,1	19,3	58,0	0,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	115,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	60 101,6	74,8	19 814,9	24,8	328,0	0,4

31.12.2012

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	48 412,7	55,3	2 751,2	3,1	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	4 652,4	5,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 210,7	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus						
derivativen Finanzinstrumenten	1 424,2	1,6	5 091,3	5,8	970,9	1,1
Finanzanlagen	5 707,3	6,5	16 843,9	19,3	37,5	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	61 903,5	70,7	24 686,4	28,2	1 008,5	1,1

Risikokonzentration nach Kontrahentengruppen:

31.12.2013

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken		Genossen- schaftsbanken		Zentralbanken		Nichtbanken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	7 261,2	9,0	2 223,4	2,7	30 179,9	37,6	10 086,4	12,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5 570,6	6,9
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	122,0	0,2	1,4	0,0	315,9	0,4	238,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	418,6	0,5	2 084,5	2,6	180,8	0,2	168,9	0,2	0,0	0,0	383,3	0,5
Finanzanlagen	1 686,8	2,1	14 667,0	18,4	2 943,0	3,7	164,3	0,2	0,0	0,0	1 433,3	1,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	115,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Gesamt	9 488,6	11,8	18 976,3	23,7	33 734,6	42,0	10 657,6	13,3	0,0	0,0	7 387,4	9,2

31.12.2012

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken		Genossen- schaftsbanken		Zentralbanken		Nichtbanken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	8 739,4	10,0	2 750,9	3,1	29 381,7	33,5	9 491,9	10,8	800,1	0,9	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4 652,4	5,3
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	216,3	0,2	1,2	0,0	561,5	0,6	431,7	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	840,2	1,0	5 302,7	6,1	260,4	0,3	234,7	0,3	0,0	0,0	848,4	1,0
Finanzanlagen	1 509,8	1,7	15 998,9	18,3	3 320,2	3,8	274,4	0,3	0,0	0,0	1 485,4	1,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	496,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Gesamt	11 305,7	12,9	24 053,7	27,5	34 019,8	38,8	10 432,7	11,9	800,1	0,9	6 986,4	8,0

Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten:

31.12.2013

	Italien Mio. €	Portugal Mio. €	Spanien Mio. €	Gesamt Mio. €
Staatsanleihen	314,4	126,8	94,7	535,9
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	924,0	413,0	2 279,7	3 616,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			2,2	2,2
Brutto-Engagement	1 238,4	539,8	2 376,6	4 154,8
Sicherheiten	577,1	286,6	2 259,2	3 122,9
Netto-Engagement	661,3	253,2	117,4	1 031,9

31.12.2012

	Italien Mio. €	Portugal Mio. €	Spanien Mio. €	Gesamt Mio. €
Staatsanleihen	345,6	125,6	95,3	566,5
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	1 273,2	451,3	2 620,9	4 345,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			0,0	0,0
Brutto-Engagement	1 618,8	576,9	2 716,2	4 911,9
Sicherheiten	676,1	278,6	2 491,4	3 446,1
Netto-Engagement	942,7	298,3	224,8	1 465,8

Die Euro-Peripherie-Staaten werden vor dem Hintergrund der angespannten volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung intensiv beobachtet. In Irland besteht ausschließlich Swapgeschäft mit dem Tochterinstitut einer US-Großbank, das zum Jahresende kein Adressenausfallrisiko aufwies.

Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-

Staaten bestehen nicht und wurden im Jahr 2013 auch nicht eingegangen. Bis auf weiteres dürfen lediglich durch Barsicherheiten besicherte Derivate abgeschlossen werden.

Den Staatsanleihen der Euro-Peripherie-Staaten sowie den Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken aus diesen Ländern waren folgende Bewertungskategorien nach IFRS zugeordnet:

	Staatsanleihen		Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	
	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €
Available for Sale	304,0	324,2	3 067,9	3 231,8
Held to Maturity	196,5	197,5	174,6	262,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	21,4	22,0
Designated as at Fair Value	35,4	44,8	352,8	829,6
Gesamt	535,9	566,5	3 616,7	4 345,4

Risikovorsorge

Eine Risikovorsorge auf Einzelebene wird bei ausfallgefährdeten Engagements gebildet. Dabei werden die Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Die Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme. Die Methode der Bildung wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs näher beschrieben. Im Berichtsjahr mussten keine Einzelwertberichtigungen auf Forderungen vorgenommen werden. Ein einzelwertberichtigtes Engagement wurde vertragsgemäß zurückgezahlt. Zum 31.12.2013 bestanden keine Einzelwertberichtigungen auf Ebene des Konzerns.

Auf Ebene des Jahresabschlusses der Rentenbank besteht eine Einzelwertberichtigung von 5 Mio. € (3,6 Mio. €). Diese ist im Konzern nicht gebildet worden, da das Engagement hier erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wird.

Für latente Kreditrisiken hat der Konzern eine Portfoliowertberichtigung von 11,7 Mio. € (0,0 Mio. €) auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlustes gebildet. Die Methode der Bildung wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs beschrieben. Die Rentenbank hat im Jahresabschluss eine Pauschalwertberichtigung von 15,0 Mio. € (31,6 Mio. €) bilanziert. Die Abweichung zum Konzern basiert auf Engagements, die im Konzernabschluss erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden und somit nicht in die Berechnung einfließen.

Standardszenarien

Basis für die Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario ist der unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelte potenzielle Ausfall, bezogen auf die Inanspruchnahme. Zum 31.12.2013 betrug der kumulierte potenzielle Ausfall einschließlich eines pauschalen Risikobetrags von 50,0 Mio. € für sektorale Konzentrationsrisiken 70,4 Mio. € (88,9 Mio. €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen sowie Bonitätsverbesserungen einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen. Der Durchschnittswert des monatlich ermittelten potenziellen Ausfalls belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf 76,1 Mio. € (60,2 Mio. €). Im Verhältnis zum allokierten Risiko-Deckungspotenzial für Adressenausfallrisiken zum Stichtag ergab sich ein durchschnittlicher potenzieller Ausfall von 29,3 % (23,2 %). Die maximale Inanspruchnahme belief sich auf 87,7 Mio. € (88,9 Mio. €) und lag somit innerhalb des vom Vorstand genehmigten Limits für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. €. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 69,2 Mio. € (36,2 Mio. €).

Stressszenarien

In einem ersten Stressszenario wird der potenzielle Ausfall bezogen auf eine volle Ausnutzung der intern eingeräumten Limite unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Zum 31.12.2013 belief sich der potenzielle Ausfall in diesem Stressszenario auf 83,3 Mio. € (102,3 Mio. €). In zwei

weiteren Szenarien werden zudem eine Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeiten um einen länderspezifischen Faktor – mindestens Verdopplung –, eine Verschlechterung der Bonität des Engagements um mindestens zwei Stufen sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte simuliert. Bei der Risikotragfähigkeitsberechnung wird das Stressszenario mit dem höchsten Risikowert zur Anrechnung herangezogen. Zum Stichtag errechnete sich aus den obigen Stressszenarien ein maximaler potenzieller Ausfall von 176,6 Mio. € (242,0 Mio. €). Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr ist maßgeblich auf die risikoaverse Neugeschäftsstrategie sowie Limitlöschungen in schlechteren Bonitätsklassen zurückzuführen.

Auch in den Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle in den Stressszenarien ist ein pauschaler Risikobetrag für Konzentrationsrisiken im Bankensektor von 50,0 Mio. € enthalten.

Neben den Stressszenarien wurden auch zusätzliche Extremszenarien zur Untersuchung von Risikokonzentrationen betrachtet. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Kreditnehmereinheiten mit dem größten Risiko-Exposure“ wurde zum 31.12.2013 ein potenzieller Ausfall von 1,3 Mrd. € (1,3 Mrd. €) ermittelt. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Länderengagements mit dem größten Risiko-Exposure“ (ohne Deutschland) betrug der potenzielle Ausfall 2,0 Mrd. € (2,3 Mrd. €). Für das Extremszenario „Ausfall aller Engagements mit latenten Risiken“ ergab sich ein potenzieller Ausfall von 156 Mio. € (85 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Verschärfung der Szenarioannahmen zurückzuführen. Die drei Extremszenarien stellen primär auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab und dienen der kritischen Reflektion der Ergebnisse und der Ableitung möglichen Handlungsbedarfs.

Marktpreisrisiken

Definition

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Den potenziellen Verlust ermittelt der Konzern auf Basis des Bestands und durch Veränderungen in den gegebenen Marktparametern.

Organisation

Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß § 1a Abs. 1 KWG (§ 1 Abs. 35 KWG n.F.i.V.m. Artikel 4 Abs. 1 Nr. 86 Verordnung(EU) Nr. 575/2013).

Aufgabe des Risikomanagements ist es, Marktpreisrisiken qualitativ und quantitativ zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen. Die Risikosteuerung wird vom Bereich Treasury wahrgenommen. Das Risikocontrolling quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko weitestgehend, indem er Bilanzgeschäfte mit derivativen Geschäften absichert. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen. Die Effektivität der Mikro-Beziehungen wird durch die Bildung von Bewertungseinheiten täglich überwacht.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft. Da Einzelpositionen im Förderkreditgeschäft aufgrund der geringen Volumina nicht zeitgleich abgesichert werden, entstehen Fristentransformationsergebnisse nur kurzfristig aus offenen Positionen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken ermittelt der Konzern täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten. Auf Gesamtbankenebene erfolgt diese Untersuchung quartalsweise für alle zinssensitiven Positionen des Konzerns mit einem barwertorientierten Modell.

Die quartalsweise durchgeführte Analyse nach den Vorgaben des Rundschreibens 11/2011 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) untersucht stichtagsbezogen die Auswirkungen von Zinsänderungen. Das Ergebnis stellt die geschätzte Änderung des Barwerts dar. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen segmentübergreifend auf alle Finanzinstrumente, ohne Berücksichtigung des Eigenkapitals, durchgeführt. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG besteht „unverzügliche“ Anzeigepflicht, falls die negative Veränderung des Barwerts 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Beschluss des Vorstands festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimiten sensitivitätsbasiert gemessen wird.

Nur zu Informationszwecken wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein Value at Risk (VaR) ermittelt. Prognostiziert wird der maximale, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % und einer Halbdauer von 10 Tagen. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einflussfaktoren bei der Bewertung des Portfolios konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankenkredite (Deposit/Swap-Kurve) und Derivate (EONIA-Swap-Kurve).

Spreadrisiken

Veränderungen von Marktparametern in Form von Ausweitungen des EONIA-Deposit-Spreads oder Veränderungen des Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads), Basiswap-Spreads sowie Credit-Spreads wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen das Risikodeckungspotenzial. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungspotenzial unterlegt.

Das Spreadrisiko würde sich erst realisieren, wenn die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird bzw. wenn ein Geschäftspartner ausfällt. Unabhängig davon werden aber auch diese Bewertungsergebnisse sowohl in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung als auch in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken aus Bilanzgeschäften werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte gesichert. Offene Währungspositionen entstehen nur durch Abrechnungsspitzen und in äußerst geringem Umfang.

Standardszenarien

Im Standardszenario werden bestimmte Marktpreisschwankungen angenommen. Für alle offenen zins-sensitiven Geschäfte der Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 95 % unter Verwendung einer positiven Parallelverschiebung der Zinskurven gerechnet und den jeweiligen Limiten gegenübergestellt.

Stressszenarien

Um Risiken außergewöhnlicher Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig und anlassbezogen weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ berechnet. Im monatlichen Stressszenario wird

eine parallele Verschiebung der Zinskurve analog zum Standardszenario untersucht.

Für die Ermittlung von Spreadrisiken werden mögliche Ausweitungen des EONIA-Deposit-Spreads für das „Geldgeschäft“ simuliert. Im „Kreditgeschäft“ werden eine Erhöhung der CCY-Basiswap-Spreads und der Basiswap-Spreads sowie eine Reduzierung der Credit-Spreads berechnet. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Es wird eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % unterstellt.

Limitierung und Reporting

Dem Marktpreisrisiko ist ein Risikodeckungspotenzial in Höhe des Risikolimits von 19 Mio. € (19 Mio. €) zugewiesen. Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet. Der Bilanz- und Prüfungsausschuss und ab 01.01.2014 der Risikoausschuss des Verwaltungsrats wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen durch den Risikobericht quartalsweise informiert.

Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrunde liegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ täglich überprüft.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Hier werden die entstandenen potenziellen Bewertungsgewinne und -verluste aus Markteffekten dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen werden quartalsweise mit dem barwertorientierten Modell zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankenbene validiert.

Aktuelle Risikosituation

Im Geschäftsjahr 2013 wurden die Annahmen und Marktparameter zur Berechnung der Standard- und Stressszenarien validiert und angepasst. Die Anpassungen sind in den folgenden Standard- und Stressszenarien dargestellt.

Standardszenarien

Zum 31.12.2013 ergab sich für das Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ bei einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Parallelverschiebung der Zinskurven um 40 Basispunkte (BP) eine Ausnutzung des Risikolimits von 5,2 Mio. € (6,7 Mio. €) bzw. 27,4 % (35,3 %). Die durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2013 betrug 3,2 Mio. € (5,9 Mio. €). Dies entsprach einer durchschnittlichen Auslastung von 16,8 % (14,3 %). Im Berichtsjahr betrug der maximale Risikowert 7,5 Mio. € (15,6 Mio. €), der minimale 0,04 Mio. € (0,1 Mio. €). In den Jahren 2013 und 2012 wurden die Limite eingehalten.

Stressszenarien

Die Risikoberechnung in den Stressszenarien für das Zinsänderungsrisiko erfolgt in den Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“. Für jedes Portfolio werden die Zinskurven parallel verschoben (im Vorjahr: differenzierte Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien). Zum Berichtsstichtag ergab sich bei der Parallelverschiebung der Zinskurven um 60 BP ein Risikowert von 7,7 Mio. €. Im Vorjahr betrug der Risikowert 8,1 Mio. € bei einer differenzierten Verschiebung der Zinskurven EONIA-Swap um 2 BP, Deposit/Swap um 60 BP für kurze Restlaufzeiten, EONIA-Swap von -2 BP und Deposit/Swap von -60 BP für lange Restlaufzeiten.

Die Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeit in gleicher Währung mittels Zinsswaps betragen bei dem parallelen Anstieg der Basisswap-Spreads um 11 BP (16 BP) 85,4 Mio. € (105,1 Mio. €).

Bei den Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen wird im Szenario eine Erhöhung des CCY-Basisswap-Spread von 116 BP (105 BP) unter-

stellt. Hieraus ergab sich ein Spreadrisiko von 989,1 Mio. € (1035,4 Mio. €).

Die Credit-Spreads basieren u. a. auf der Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), auf Sicherheiten sowie auf marktspezifischen Parametern (z. B. Liquidität, Staatsanleihspreeds, Arbitragemöglichkeiten). Für die Messung der Sensitivität wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallelverschiebung von 115 BP (125 BP) für Aktiv- und 120 BP (118 BP) für Passivgeschäfte im Stressszenario vorgenommen. Die Credit-Spread-Sensitivität betrug 803,0 Mio. € (791,0 Mio. €).

Für das Bewertungsrisiko von EONIA-Swap-Deposit-Spreads wird von einer Ausweitung um 56 BP ausgegangen. Der Risikowert betrug zum Berichtsstichtag 0,9 Mio. €. Im Vorjahr waren keine EONIA-Swaps im Bestand.

Value at Risk (VaR)

Der Value at Risk als der maximale Verlust aus Markteffekten im „Geldgeschäft“ bei 10-tägiger Haltedauer und einer Prognosegüte von 99 % betrug 1,1 Mio. € (0,8 Mio. €) zum 31.12.2013.

Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank

Entsprechend dem BaFin Rundschreiben wurden die plötzlichen und unerwarteten Zinsänderungen mit einem Parallelshift von +(-)200 BP simuliert. Das Zinsänderungsrisiko wird seit 30.09.2013 auf Gruppenebene ermittelt, da der Konzern den Gruppen-Waiver nach § 2a Abs. 6 KWG nutzt. Zum Berichtsstichtag ergab sich bei steigenden Zinsen ein Risikowert von 418,9 Mio. € (323,1 Mio. €). In Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln errechnete sich eine Quote von 10,6 % (8,6 %). Zu keinem Zeitpunkt lag die Quote in den Jahren 2013 und 2012 oberhalb der Meldegrenze von 20 %.

Fremdwährungsrisiken

In keiner Währung war 2013 und 2012 ein materielles Risiko festzustellen. Die Fremdwährungsnominalbestände gliederten sich wie folgt:

31. 12. 2013

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
Aktiva								
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	48,9	0,0	0,0	0,0	0,0	49,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	724,0	816,6	21,2	203,6	205,4	48,6	6,7	2 026,1
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	21 651,5	1 681,3	1 417,4	1 182,5	428,1	8 031,3	3 712,4	38 104,5
Summe Aktiva	22 375,6	2 497,9	1 487,5	1 386,1	633,5	8 079,9	3 719,1	40 179,6
Passiva								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	61,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	61,6
Verbindlichkeiten geg. Kunden	108,7	12,0	0,0	34,5	0,0	0,0	0,0	155,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 006,3	1 669,3	1 417,4	872,7	428,1	8 031,3	3 711,0	37 136,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	345,5	0,0	0,0	0,0	345,5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 198,9	816,6	70,1	133,4	205,4	48,6	8,1	2 481,1
Summe Passiva	22 375,5	2 497,9	1 487,5	1 386,1	633,5	8 079,9	3 719,1	40 179,5
Netto-Währungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1

31. 12. 2012

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
Aktiva								
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	49,7	0,0	0,0	0,0	0,0	49,8
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	984,1	331,3	0,0	223,8	221,1	59,0	0,0	1 819,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	27 203,8	1 255,5	1 805,8	2 582,5	729,1	8 686,4	4 242,0	46 505,1
Summe Aktiva	28 188,0	1 586,8	1 855,5	2 806,3	950,2	8 745,4	4 242,0	48 374,2
Passiva								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	64,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	64,4
Verbindlichkeiten geg. Kunden	136,4	12,3	0,0	44,0	0,0	0,0	0,0	192,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	26 427,8	1 243,2	1 723,0	2 168,8	729,1	8 686,4	4 242,0	45 220,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	22,7	0,0	82,8	457,7	0,0	0,0	0,0	563,2
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 536,6	331,3	49,7	135,8	221,1	59,0	0,0	2 333,5
Summe Passiva	28 187,9	1 586,8	1 855,5	2 806,3	950,2	8 745,4	4 242,0	48 374,1
Netto-Währungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1

Liquiditätsrisiken

Definition

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet insbesondere die Gefahr, dass Vermögensgegenstände nicht, nicht sofort oder nur mit Einbußen veräußert bzw. liquidiert werden können.

Steuerung und Überwachung

Die Liquiditätsrisiken aus den offenen Liquiditätsalden der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes und an den Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank orientiertes Limit begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und informiert den Vorstand und den Bereich Treasury über die Ergebnisse.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP Platzierungen und Offenermarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm, Loans, Globalanleihen bzw. inländische Kapitalmarktinstrumente aufgenommen werden.

Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren das frei verfügbare Refinanzierungspotenzial nicht überschreiten. Der Konzern hält gemäß den Regelungen der MaRisk ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vor, um den kurzfristigen Refinanzierungsbedarf von mindestens einer Woche zu überbrücken und einen zusätzlichen Refinanzierungsbedarf aus Stressszenarien zu decken.

In der mittel- und langfristigen Liquiditätsrechnung werden die Kapitalzu- und -abflüsse der kommenden fünfzehn Jahre quartalsweise kumuliert und fortgeschrieben. Die negativen kumulierten Zahlungsströme dürfen ein vom Vorstand festgelegtes Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrunde liegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

Die Liquiditätsrisiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept nicht mit Risikodeckungspotenzial unterlegt, da der Konzern über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite und Sicherungsabtretung nach KEV-Verfahren) beschaffen kann.

Stressszenarien

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditäts-szenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. eines Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolios. Mit dem Szenario-Mix wird das kumulierte Eintreten von Stressszenarien simuliert. Bei risikorelevanten Ereignissen werden Stresstests auch anlassbezogen durchgeführt.

Liquiditätskennziffern nach der Liquiditätsverordnung

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden die Zahlungsmittel und -verpflichtungen täglich für die verschiedenen zahlungswirksamen bilanziellen und außerbilanziellen Geschäftsarten ermittelt. Diese werden nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben gewichtet und ins Verhältnis gesetzt. Ferner werden im Rahmen einer Hochrechnung diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage berechnet. Im Berichtsjahr 2013 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,36 und 3,98 (2,70 und 4,82) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

Reporting

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die mittel- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Bilanz- und Prüfungsausschuss und ab 01.01.2014 der Risikoausschuss des Verwaltungsrats werden hierüber quartalsweise informiert.

Aktuelle Risikosituation

Aufgrund der Triple-A-Ratings stehen der Bank kurzfristig Refinanzierungsmöglichkeiten im Geld- und Kapitalmarkt zur Verfügung. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe des frei verfügbaren Refinanzierungspotenzials beschafft werden. Dieses deckte stets den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren ab. Das Limit für den mittel- und langfristigen Liquiditätsbedarf wurde in den Geschäftsjahren 2013 und 2012 stets eingehalten.

Stressszenarien

Auch in Bezug auf die Liquiditätsrisiken führt die Rentenbank Szenarioanalysen durch. Hierbei wird der aus allen Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf zu den bereits bekannten Zahlungsströmen hinzugerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen. Die Ergebnisse der Szenarioanalysen zeigten zum Berichtstag, ebenso wie im Vorjahr, dass der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt hätte nachkommen können.

Operationelle Risiken

Definition

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Personen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen Rechtsrisiken, Risiken aus Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

Organisation

Die operationellen Risiken des Konzerns werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, die an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (z. B. Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert der Konzern, indem soweit wie möglich standardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird hierbei frühzeitig in Entscheidungen einbezogen.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25c KWG werden Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbaren Handlungen, die das Vermögen des Konzerns in Gefahr bringen könnten, identifiziert und organisatorische Maßnahmen zur Optimierung der Organisation zur Prävention von Risiken aus diesen Bereichen abgeleitet. Der Konzern analysiert die Einhaltung genereller und institutsspezifischer Anforderungen an eine wirksame Organisation zur Prävention sonstiger strafbarer Handlungen.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen, d. h. für wesentliche Auslagerungen gelten besondere Anforderungen, insbesondere an den Auslagerungsvertrag, den Turnus der Risikoanalyse und die Berichterstattung.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Der Konzern hat einen IT-Sicherheitsbeauftragten benannt und ein IT-Sicherheitskonzept implementiert. Der IT-Sicherheitsbeauftragte überwacht die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von informationsverarbeitenden und -lagernden Systemen. Bei allen IT-Störfällen ist er eingebunden.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise hinsichtlich der Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Pläne integriert.

Quantifizierung der operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts mit einem an den aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden auf Basis des Geschäftsumfangs festgelegt.

Alle Schadensereignisse des Konzerns werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Alle laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfassen dezentral die Operational-Risk-Beauftragten. Das Risikocontrolling analysiert und aggregiert die Schadensfälle und entwickelt das Instrumentarium methodisch weiter.

Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden für die Self Assessments wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention innerhalb der bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert. Anschließend werden Risikoereignisse identifiziert, nach Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet und gegebenenfalls durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

Um frühzeitig auf Veränderungen im Risikoprofil des Konzerns reagieren zu können, wurden Risikoindikatoren für drohende Verluste für alle wesentlichen Risikoarten definiert. Auf dieser Basis können angemessene Maßnahmen zur Risikobewältigung ergriffen werden.

Limitierung und Reporting

Für die operationellen Risiken wird das Limit anhand des modifizierten aufsichtsrechtlichen Basisindikatorenansatzes ermittelt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Vorstand, den Bilanz- und Prüfungsausschuss sowie den ab 01.01.2014 aktiven Risikoausschuss des Verwaltungsrats und den Führungskreis I.

Aktuelle Risikosituation

Die Auslastung des operationellen Risikos im Standardszenario betrug am Stichtag 29,7 Mio. € (31,5 Mio. €). Im Stressszenario wurde zum Stichtag ein Risikowert von 59,4 Mio. € (63,1 Mio. €) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein bedeutendes Schadensereignis (ab 5 Tsd. €) in der Schadensfalldatenbank mit einem Verlust von 27 Tsd. € erfasst. Im Vorjahr gab es vier bedeutende Einzelverluste aus operationellen Risiken mit einem Nettoverlust von zunächst erwarteten 97 Tsd. €, der sich im Geschäftsjahr 2013 auf 4 Tsd. € verminderte.

Alle Risikoindikatoren blieben zum Berichtsstichtag unter den festgelegten Schwellenwerten.

Regulierungs- und Reputationsrisiken

Definition

Das Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt. Zusätzlich besteht das Risiko, dass regulatorische Anforderungen unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken. Sie können u. a. die Refinanzierungsfähigkeit der Rentenbank gefährden. Aufgrund der Triple-A-Ratings bestehen aber grundsätzlich entsprechende Refinanzierungsmöglichkeiten. Bei der Vergabe der Triple-A-Ratings stellen der gesetzliche Förderauftrag der Rentenbank und die damit verbundene besondere Haftung des Bundes maßgebliche Faktoren dar.

Steuerung und Überwachung

Regulierungs- und Reputationsrisiken können sich auf das Neugeschäft und damit auf die Marge negativ auswirken. Sie werden in den verschiedenen Szenarien der Ertragsplanung berücksichtigt. Die Überwachung erfolgt monatlich im Rahmen von Abweichungsanalysen der Gewinn- und Verlustrechnung. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus den durchgeführten Self Assessments und die Einträge in die Schadenfalldatenbank berücksichtigt.

Reporting

Der vom Verwaltungsrat gebildete Verwaltungsausschuss erörtert die Ertragsplanung der Bank. Der Vorstand sowie der Bilanz- und Prüfungsausschuss und ab 01.01.2014 der Risikoausschuss des Verwaltungsrats werden quartalsweise darüber informiert, ob bedeutende Schadensereignisse eingetreten sind bzw. wesentliche Risiken in den Self Assessments identifiziert wurden.

Aktuelle Risikosituation

Das Risiko wird, wie die Ertragsplanung zeigt, als beherrschbar eingeschätzt, da kein Szenario die Risikotragfähigkeit gefährdet.

Schadensereignisse aus Regulierungs- oder Reputationsrisiken traten im Berichtszeitraum nicht ein.

Risikotragfähigkeit – „Going Concern-Ansatz“

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken des Konzerns in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien einem Anteil des Risikodeckungspotenzials gegenübergestellt. Liquiditäts-, Reputations- und Regulierungsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept nicht angerechnet. Sie werden aufgrund ihrer Eigenart nicht einbezogen, da sie nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial begrenzt werden können. Stattdessen werden diese Risikoarten im Rahmen der

entsprechenden Risikosteuerungs- und -controllingprozesse berücksichtigt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Nach Abzug der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen von 4 % (Kernkapital) bzw. 8 % (Gesamtkapital) zum 31.12.2013 und aufsichtsrechtlichen Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial müssen noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die Risiken aus den konservativ festgesetzten Stress-

szenarien (Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 %) abdecken zu können.

Risikodeckungspotenzial

Mit dem Risikodeckungspotenzial werden erwartete und unerwartete Verluste unterlegt. Das Risikodeckungspotenzial leitet sich aus den Konzernzahlen nach IFRS ab. Das Risikodeckungspotenzial 1 unterlegt dabei die Risiken aus den Standardszenarien und das Risikodeckungspotenzial 2 unterlegt die Risiken aus den Stressszenarien.

Das Risikodeckungspotenzial stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €
Verfügbares Betriebsergebnis	240,0	240,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	74,0	74,0
Risikodeckungspotenzial 1	314,0	314,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	1 854,0	1 978,8
Eigenbonitätseffekt	0,0	-16,8
Neubewertungsrücklage	46,5	-179,6
Stille Lasten in Wertpapieren	-6,1	-8,1
Risikodeckungspotenzial 2	2 208,4	2 088,3
Gewinnrücklagen (anteilig)	1 071,5	500,0
Gezeichnetes Eigenkapital (Grundkapital)	135,0	135,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	924,4
Risikodeckungspotenzial 3	3 414,9	3 647,7

Das verfügbare Betriebsergebnis in Höhe von 240 Mio. € (240 Mio. €) leitet sich aus dem IFRS-Planergebnis ab. Nachrangige Verbindlichkeiten werden seit dem 31.12.2013 nicht mehr im Risikodeckungspotenzial angerechnet.

Die Allokation des Risikodeckungspotenzials 1 auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelles Risiko stellte sich wie folgt dar:

	31.12.2013		31.12.2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	260,0	82,8	260,0	82,8
Marktpreisrisiko	19,0	6,1	19,0	6,1
Operationelles Risiko	35,0	11,1	35,0	11,1
Gesamtrisiko	314,0	100,0	314,0	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	314,0	100,0	314,0	100,0

Das Risikodeckungspotenzial 2 fungiert als Globallimit und wird nicht auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt.

Risikoszenarien

Zur Berechnung der möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden Standard- und

Stressszenarien analysiert. Gemäß den vordefinierten Szenarien ermittelt der Konzern über Sensitivitätsanalysen Risikowerte für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken.

Standardszenarien

In den Standardszenarien werden mögliche Marktpreisschwankungen, Kreditausfälle und das Eintreten bedeutender operationeller Schadensfälle angenommen. Die dadurch bedingte Veränderung der Risikowerte wird dem Risikodeckungspotenzial 1 gegenübergestellt. Der mögliche Verlust aus den Standardszenarien soll das verfügbare Betriebsergebnis zusätzlich eines Anteils der Gewinnrücklagen nicht über-

steigen (Risikodeckungspotenzial 1). Die angenommene Eintrittswahrscheinlichkeit der Standardszenarien für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken beträgt 95 %. Die Risiken werden auf Tagesbasis überwacht.

Die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials zeigt folgende Tabelle:

	Standardszenarien			
	31.12.2013		31.12.2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	70,4	66,9	89,0	69,9
Marktpreisrisiko	5,2	4,9	6,7	5,3
Operationelles Risiko	29,7	28,2	31,5	24,8
Gesamtrisiko	105,3	100,0	127,2	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	314,0		314,0	
Auslastung		33,5		40,5

Für sektorale Konzentrationsrisiken ist ein pauschaler Risikobetrag in Höhe von 50 Mio. € in den Szenarien für Adressenausfallrisiken enthalten. Der Rückgang des Anrechnungsbetrags für Adressenausfallrisiken gegenüber dem Vorjahr ist auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen und die Bonitätsverbesserung einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen.

zahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung und eine Veränderung der Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen zwischen unterschiedlichen Währungen sowie eine Veränderung der Credit-Spreads.

Stressszenarien

Mit den Stressszenarien analysiert der Konzern die Auswirkungen außergewöhnlicher Parameteränderungen. Für das Adressenausfallrisiko werden hier eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Limite, Bonitätsverschlechterungen unserer Kontrahenten, eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt.

Für operationelle Risiken wird im Stressszenario gegenüber dem Standardszenario eine Verdopplung der Schadenshöhe unterstellt.

Die Stressszenarien der Marktpreisrisiken umfassen eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven, eine Ausweitung des EONIA-Deposit-Spreads, eine Veränderung der Kosten für den Tausch von Zins-

Es wird von einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % ausgegangen.

Die Risikowerte aus den einzelnen Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken) werden addiert und dem Risikodeckungspotenzial 2 gegenübergestellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken innerhalb des Marktpreisrisikos, insbesondere bei den Spreadrisiken, werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Die folgende Tabelle stellt die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die kalkulatorische Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials dar:

	Stressszenarien			
	31.12.2013		31.12.2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	176,6	34,2	242,0	36,5
Marktpreisrisiko	7,7	1,5	8,1	1,2
Marktpreisrisiko (Spreadrisiko)	272,4	52,8	349,5	52,8
Operationelles Risiko	59,4	11,5	63,1	9,5
Gesamtrisiko	516,1	100,0	662,7	100,0
Risikodeckungspotenzial 2	2 208,4		2 088,3	
Auslastung		23,4		31,7

„Going Concern-Ansatz“

Nach Abzug von aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial muss noch genügend Kapital vorhanden sein, um die Risiken aus den Stressszenarien abdecken zu können. Dieses Kapital entspricht dem Risikodeckungspotenzial 2.

Nach der Erfüllung der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Mindestkapitalquoten von derzeit 4 % für das Kernkapital und von 8 % für das Gesamtkapital stand zum Berichtsstichtag ausreichend Risikodeckungspotenzial 2 zur Verfügung, um die Risikowerte aus den Stressszenarien zu unterlegen. Dies gilt ebenso für die von der Bank gesetzte interne Warnmarke von 14 % für die Kernkapitalquote.

In der Dreijahresplanung vom 31.12.2013 wird nach Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ebenfalls noch genügend Kapital für die Unterlegung der Stressszenarien im „Going Concern-Ansatz“ bereitgestellt.

Risikotragfähigkeit - „Liquidationsansatz“

In einem weiteren Steuerungskreis wird die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ beobachtet.

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken. Liquidations- bzw. Extremszenarien mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99,99 % werden für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken simuliert. Die Szenarien werden mit strengen, auf seltene Verlustausprägungen abstellenden Risikomaßen und Parametern quantifiziert.

Die Extremszenarien für Adressenausfallrisiken beurteilen Risikokonzentrationen des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen. Die Marktpreisrisiken werden mit der höheren Eintrittswahrscheinlichkeit von 99,99 % unter den gleichen Prämissen wie bei den Stressszenarien ermittelt. Für operationelle Risiken wird im Liquidationsszenario gegenüber dem Standardszenario eine Vervielfachung der Schadensfälle unterstellt.

Um Risiken aus den Extrem- bzw. Liquidationsszenarien mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen, wird das maximal zur Risikoabdeckung eingesetzte Risikodeckungspotenzial bestimmt. Es werden keine geplanten und noch nicht erzielten Gewinne (verfügbares

Betriebsergebnis) berücksichtigt. Stille Reserven und stille Lasten fließen dagegen vollständig ein.

Der in den Liquidations- bzw. Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall soll das Risikodeckungspotenzial nicht überschreiten. Dieser Steuerungskreis dient vorrangig dazu, Ergebnisse zu beobachten und kritisch zu reflektieren.

Die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ war in den Jahren 2013 und 2012 gegeben.

Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung

Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken werden darüber hinaus inversen Stress-tests unterzogen. Ausgangspunkt ist ein maximal zu tragender Verlust, abgeleitet aus dem Risikodeckungspotenzial des Konzerns. Die angenommenen Szenarien haben eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

Außerdem werden die Auswirkungen eines konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwungs auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Auch in diesem Szenario war die Risikotragfähigkeit des Konzerns in den Jahren 2013 und 2012 nicht gefährdet.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Aufsichtsrechtlich erhöhten sich die Eigenmittel der Institutsgruppe zum 31.12.2013 vor Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses auf 3 962,5 Mio. € (3 758,4 Mio. €). Der Konzern hat der Deutschen Bundesbank und der BaFin die Befreiung von den Solvenz- und Großkreditmeldepflichten nach §§ 10, 13 und 13a KWG auf Einzelinstitutsebene – gemäß § 2a Abs. 6 KWG „Waiver-Regelung“ – ab dem 30.09.2013 angezeigt. Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung (SolvV) errechnete Gesamtkapitalquote von 29,3 % (28,2 %) und die Kernkapitalquote von 23,9 % (21,8 %) lagen am Bilanzstichtag weit über den relevanten gesetzlichen Mindestanforderungen.

Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung der erforderlichen Jahres- und Konzernabschlüsse.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist es, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Diese Regelungen werden in Handbüchern und Arbeitsanweisungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ stellt die rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses entspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) und ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Geldgeschäfts-, Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten der Nebenbücher werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Buchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automatisiert anhand von externen Marktkursen und anerkannten Bewertungsmodellen.

Die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS übergeleitet und in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung wird das Vier-Augen-Prinzip beachtet.

In der Finanzbuchhaltung wird eine eigenentwickelte Finanzsoftware eingesetzt. Die Vergabe aufgabenspezifischer Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermeiden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, Fehler zeitnah zu entdecken und zu korrigieren. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögenswerten und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem werden diese bei besonderen Ereignissen zeitnah informiert.

Konzernabschluss

Konzern-Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Abschnitt im Anhang	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €
1) Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinserträge		3 678,3	3 959,5
Zinsaufwendungen		3 344,6	3 593,6
Zinsüberschuss	26	333,7	365,9
Risikovorsorge/Förderbeitrag	27	34,5	20,7
<i>davon Zuführung Förderbeitrag</i>		81,6	74,9
<i>davon Verbrauch Förderbeitrag</i>		58,7	54,1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge/Förderbeitrag		299,2	345,2
Provisionserträge		0,2	0,3
Provisionsaufwendungen		1,9	2,5
Provisionsergebnis	28	-1,7	-2,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	29	0,0	3,1
Verwaltungsaufwendungen	30	55,2	48,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	31	-4,1	2,0
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	32	221,2	-55,7
Ergebnis aus Steuern	33	0,6	0,3
Konzernjahresüberschuss		460,0	243,8
2) Sonstiges Ergebnis			
Posten, die unter bestimmten Bedingungen in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden:			
Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	57	250,4	583,8
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden:			
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen	53	-5,8	-18,0
Sonstiges Ergebnis		244,6	565,8
3) Konzerngesamtergebnis		704,6	809,6

Informativ: Überleitungsrechnung zum Bilanzgewinn

	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €
Konzernjahresüberschuss	460,0	243,8
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen		
a) aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	48,5	21,8
b) aus den Anderen Gewinnrücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in die Gewinnrücklagen		
a) in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	88,3	60,1
b) in die Anderen Gewinnrücklagen	406,9	192,7
Bilanzgewinn	13,3	12,8

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	Abschnitt im Anhang	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €
Barreserve	36	32,5	204,4
Forderungen an Kreditinstitute	37	49 750,9	51 164,0
<i>davon Förderbeitrag</i>	39	-310,8	-291,1
Forderungen an Kunden	38	5 570,6	4 652,4
<i>davon Förderbeitrag</i>	39	-0,1	-0,1
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	40	677,3	1 210,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	41	3 236,1	7 486,4
Finanzanlagen	42	20 894,4	22 588,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	43	15,4	15,9
Sachanlagen	44	22,3	22,5
Immaterielle Vermögenswerte	45	15,9	14,9
Laufende Ertragsteueransprüche	46	1,9	1,1
Aktive latente Steuern	47	1,5	0,9
Sonstige Vermögenswerte	48	1 713,6	1 035,6
Summe Aktiva		81 932,4	88 397,5

Passiva	Abschnitt im Anhang	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	49	5 549,9	2 868,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	5 148,8	5 802,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	51	60 860,9	66 632,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	52	5 796,6	5 832,2
Rückstellungen	53	131,6	122,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	54	686,8	924,4
Passive latente Steuern	55	0,0	0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	56	563,5	3 712,9
Eigenkapital	57	3 194,3	2 502,5
<i>Gezeichnetes Kapital</i>		135,0	135,0
<i>Gewinnrücklagen</i>		2 999,5	2 552,8
<i>Neubewertungsrücklage</i>		46,5	-198,1
<i>Bilanzgewinn</i>		13,3	12,8
Summe Passiva		81 932,4	88 397,5

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Bilanzgewinn	Summe Eigenkapital
01.01.2013	135,0	2 552,8	-198,1	12,8	2 502,5
Konzernjahresüberschuss		446,7		13,3	460,0
Unrealisierte Gewinne/ Verluste aus Available for Sale-Instrumenten			250,4		250,4
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Pensionsverpflichtungen			-5,8		-5,8
Konzerngesamtergebnis	0,0	446,7	244,6	13,3	704,6
Auszahlung des Bilanzgewinns				-12,8	-12,8
31.12.2013	135,0	2 999,5	46,5	13,3	3 194,3

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Bilanzgewinn	Summe Eigenkapital
01.01.2012	135,0	2 321,8	-763,9	12,3	1 705,2
Konzernjahresüberschuss		231,0		12,8	243,8
Unrealisierte Gewinne/ Verluste aus Available for Sale-Instrumenten			583,8		583,8
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Pensionsverpflichtungen			-18,0		-18,0
Konzerngesamtergebnis	0,0	231,0	565,8	12,8	809,6
Auszahlung des Bilanzgewinns				-12,3	-12,3
31.12.2012	135,0	2 552,8	-198,1	12,8	2 502,5

Konzern-Kapitalflussrechnung

	Abschnitt im Anhang	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Konzernjahresüberschuss		460,0	243,8
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	30	4,6	2,2
Risikovorsorge/Förderbeitrag	27	33,9	20,8
Zuführung zu bzw. Auflösung von Rückstellungen	53	16,0	11,9
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen		0,2	0,0
Gewinn aus der Veräußerung von Finanzanlagen	29	0,0	-3,1
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-0,8	-0,3
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	32	-221,2	55,7
Zinsüberschuss	26	-333,7	-365,9
Zwischensumme		-41,0	-34,9
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute	37	1 382,4	198,6
Forderungen an Kunden	38	-918,3	-1 798,5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	41	4 250,3	361,2
Finanzanlagen	42	154,6	-963,9
Andere Aktiva		-145,4	-1 015,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	49	2 681,9	-239,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	-653,8	-345,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	51	-5 771,4	-1 529,5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	52	-35,6	1 569,7
Andere Passiva		-3 032,2	-179,2
Erhaltene Zinsen	26	3 673,9	3 956,7
Erhaltene Dividenden	26	4,4	2,8
Gezahlte Zinsen	26	-3 344,6	-3 593,6
Bestandsveränderungen aus Bewertung		221,2	-55,7
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1 573,6	-3 666,5
Einzahlungen aus der Rückzahlung/Veräußerung von:			
Finanzanlagen	42	3 633,3	5 281,6
Sachanlagen	44	0,8	0,0
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen	42	-2 093,6	-2 165,6
immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	44, 45	-5,9	-11,4
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		1 534,6	3 104,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	54	-120,1	0,0
Auszahlung des Bilanzgewinns gemäß § 9 LwRentBkG		-12,8	-12,3
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		-132,9	-12,3
Zahlungsmittelbestand jeweils zum 01.01.		204,4	778,6
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1 573,6	-3 666,5
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		1 534,6	3 104,6
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		-132,9	-12,3
Effekte aus Wechselkursänderungen		0,0	0,0
Zahlungsmittelbestand jeweils zum 31.12.		32,5	204,4

Die Konzern-Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands der Geschäftsjahre 2013 und 2012 aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Bilanzposition Barreserve.

Die Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit wurden nach der indirekten Methode ermittelt. Hierbei wird zunächst der Konzernjahresüberschuss um zahlungsunwirksame Bestandteile, wie z. B. Abschreibungen, Bewertungen und Zuführungen bzw. Auflösungen von Rückstellungen, bereinigt. Dieser Wert wird anschließend korrigiert um die zahlungswirksamen Veränderungen der Vermögens-

werte und Verpflichtungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind. Erhaltene und gezahlte Zinsen und Dividenden werden den Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit zugerechnet. Die Cash-Flows aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurden direkt aus dem Rechnungswesen abgeleitet.

Die Liquiditätssteuerung des Konzerns ist auf die Rentenbank konzentriert. Die pflichtgemäß nach IAS 7 erstellte Konzern-Kapitalflussrechnung hat als Indikator für die Liquiditätslage nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im zusammengefassten Lagebericht zur Liquiditätssteuerung des Konzerns verwiesen.

Konzernanhang

Grundlagen der Rechnungslegung	113
--------------------------------------	-----

Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen	113
---	-----

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	115
---	-----

(1) Allgemeine Angaben	115
(2) Schätzungen und Ermessensentscheidungen	115
(3) Konsolidierungskreis	115
(4) Konsolidierungsgrundsätze	116
(5) Finanzinstrumente	116
(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente	118
(7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	119
(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives)	120
(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten	121
(10) Währungsumrechnung	122
(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte	122
(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	122
(13) Risikovorsorge/Förderbeitrag	122
(14) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	122
(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	122
(16) Sachanlagen	122
(17) Immaterielle Vermögenswerte	123
(18) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten	123
(19) Sonstige Vermögenswerte	123
(20) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten	123
(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	123
(22) Andere Rückstellungen	124
(23) Sonstige Verbindlichkeiten	124
(24) Eigenkapital	124
(25) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	124

Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung	125
--	-----

(26) Zinsüberschuss	125
(27) Risikovorsorge/Förderbeitrag	125
(28) Provisionsergebnis	125
(29) Ergebnis aus Finanzanlagen	126
(30) Verwaltungsaufwendungen	126
(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis	127
(32) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	127
(33) Ergebnis aus Steuern	128

Segmentberichterstattung	128
--------------------------------	-----

(34) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung	128
(35) Segmente	129

Erläuterungen zur Bilanz 129

(36)	Barreserve	129
(37)	Forderungen an Kreditinstitute	130
(38)	Forderungen an Kunden	130
(39)	Risikovorsorge/Förderbeitrag im Kreditgeschäft	130
(40)	Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	130
(41)	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	131
(42)	Finanzanlagen	131
(43)	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	131
(44)	Sachanlagen	132
(45)	Immaterielle Vermögenswerte	132
(46)	Laufende Ertragsteueransprüche	133
(47)	Aktive latente Steuern	133
(48)	Sonstige Vermögenswerte	134
(49)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	134
(50)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	134
(51)	Verbriefte Verbindlichkeiten	135
(52)	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	135
(53)	Rückstellungen	135
(54)	Nachrangige Verbindlichkeiten	137
(55)	Passive latente Steuern	137
(56)	Sonstige Verbindlichkeiten	138
(57)	Eigenkapital	138

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten 139

(58)	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien	139
(59)	Finanzinstrumente der Kategorie „Designated as at Fair Value“	140
(60)	Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien	140
(61)	Angaben zum beizulegenden Zeitwert	141
(62)	Derivative Geschäfte	146

Sonstige Angaben 146

(63)	Eigenkapitalmanagement	146
(64)	Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital	146
(65)	Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte	147
(66)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	148
(67)	Anteilsbesitzliste	148
(68)	Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	149

Zusatzangaben nach HGB 151

(69)	Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer	151
(70)	Abschlussprüferhonorare	151

Grundlagen der Rechnungslegung

Der vorliegende Konzernabschluss der Rentenbank wurde in Übereinstimmung mit allen in der Europäischen Union (EU) für das Geschäftsjahr 2013 verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend gemäß § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Er basiert auf der Verordnung 1606/2002 des Europäischen Parlaments und Rates vom 19. Juli 2002 sowie den Verordnungen, mit denen die IFRS in das EU-Recht übernommen wurden. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie Interpretationen des International Financial Reporting Standards Interpretations Committee (IFRS IC) und des Standing Interpretations Committee (SIC).

Der Konzernabschluss besteht aus der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzernbilanz, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang. Ergänzend wird ein zusammengefasster Lagebericht erstellt, der den Konzernlagebericht und den Lagebericht der Landwirtschaftlichen Renten-

bank (Rentenbank) umfasst. Der Konzernabschluss sowie der zusammengefasste Lagebericht wurden vom Vorstand der Rentenbank aufgestellt. Mit Billigung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts durch den Verwaltungsrat voraussichtlich am 27.03.2014 werden diese zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Berichtswährung ist Euro. Alle Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben, wenn nicht anders erwähnt.

Die erforderlichen Informationen zu den Bonitäts-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31 bis 7.42 enthält grundsätzlich der zusammengefasste Lagebericht.

Die Offenlegungsvorschriften im Rahmen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) werden in einem besonderen Offenlegungsbericht erfüllt. Dieser verweist u. a. auf Darstellungen im Risikobericht als Teil des zusammengefassten Lageberichts sowie im Konzernanhang ab Abschnitt (63).

Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen

Nachfolgend wird pflichtgemäß auf Standards und Interpretationen bzw. deren Änderungen hingewiesen,

die von der Rentenbank im Geschäftsjahr 2013 erstmals verpflichtend anzuwenden waren.

Standard/ Interpretation	Bezeichnung	anzuwenden in der EU für Geschäftsjahre ab
IAS 1 (geändert)	Darstellung von Posten des Sonstigen Ergebnisses	1. Juli 2012
IAS 12 (geändert)	Ertragsteuern – Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte	1. Januar 2013
IAS 19 (geändert)	Leistungen an Arbeitnehmer	1. Januar 2013
IFRS 1 (geändert)	Erstmalige Anwendung <ul style="list-style-type: none"> • Ausgeprägte Hochinflation • Beseitigung der festen Zeitpunkte für Erstanwender • Darlehen der öffentlichen Hand 	1. Januar 2013
IFRS 7 (geändert)	Finanzinstrumente: Angaben – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	1. Januar 2013
IFRIC 20	Abraumkosten in der Produktionsphase eines Tagebaubergwerks	1. Januar 2013
Diverse	Jährliche Verbesserungen der IFRS (2009 – 2011)	1. Januar 2013

Die IAS 1-Änderungen hinsichtlich der Darstellung von Posten des Sonstigen Ergebnisses sind verpflichtend für Geschäftsjahre seit dem 01.07.2012 anzuwenden. Sie wirkten sich nicht auf die Höhe der im Konzernabschluss dargestellten Vermögenswerte, Verpflichtungen und Ergebnisse aus. Die im Sonstigen Ergebnis dargestellten Posten werden lediglich gruppiert in Posten, die unter bestimmten Bedingungen in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden, und in Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden.

Der überarbeitete IAS 19 ist verpflichtend für Geschäftsjahre seit dem 01.01.2013 anzuwenden. In Übereinstimmung mit den Übergangsvorschriften wurden die Änderungen des IAS 19 rückwirkend umgesetzt.

Damit entfällt die sogenannte Korridorregelung, nach der versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste erst erfasst werden, wenn diese 10 % der tatsächlichen Pensionsverpflichtung übersteigen. Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste werden zukünftig direkt bei Entstehung im Sonstigen Ergebnis respektive im Eigenkapital erfasst. Zudem fordert der neue IAS 19 zusätzliche Anhangangaben für Pensionsverpflichtungen. Diese umfassen – neben einer detaillierten Beschreibung der Versorgungszusagen – ein Fälligkeitsprofil und eine Sensitivitätsanalyse für alle wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die den Einfluss auf die Pensionsverpflichtung zeigt.

Die Anwendung des IAS 19 wirkte sich auf folgende Posten des Konzernabschlusses aus:

	31.12.2013 Mio. €	Anpassung Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Anpassung Mio. €
Konzernbilanz:				
Rückstellungen	131,0	23,7	122,4	18,5
Eigenkapital:				
Neubewertungsrücklage	46,5	-24,3	-198,1	-18,5
Konzern-Gesamtergebnisrechnung:				
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1) Gewinn- und Verlustrechnung				
Verwaltungsaufwendungen	55,2	-0,6	48,9	0,0
2) Sonstiges Ergebnis				
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:				
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Pensionsverpflichtungen	-5,8	-5,8	-18,0	-18,0

Der IFRS 13 wurde bereits im Vorjahr von der Rentbank umgesetzt. Die Auswirkungen auf die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und das Ergebnis sind im Konzernabschluss zum 31.12.2012 dargestellt.

Die übrigen erstmalig anzuwendenden Standards und Interpretationen wirkten sich nicht auf den vorliegenden Konzernabschluss aus.

Folgende Standardänderungen sind bereits veröffentlicht, aber in der EU erst für zukünftige Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden:

Standard/ Interpretation	Bezeichnung	anzuwenden in der EU für Geschäftsjahre ab
IAS 27 (geändert)	Einzelabschlüsse	1. Januar 2014
IAS 28 (geändert)	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	1. Januar 2014
IAS 32 (geändert)	Finanzinstrumente: Darstellung – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	1. Januar 2014
IAS 36 (geändert)	Angaben zum erzielbaren Betrag bei nicht-finanziellen Vermögenswerten	1. Januar 2014
IAS 39 (geändert)	Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	1. Januar 2014
IFRS 10	Konzernabschlüsse	1. Januar 2014
IFRS 11	Gemeinsame Vereinbarungen	1. Januar 2014
IFRS 12	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	1. Januar 2014

Die neuen und geänderten Standards werden sich voraussichtlich nicht auf den Konzernabschluss auswirken. Die entsprechenden Vorschriften sowie die vom

Standardsetzer zum 31.12.2013 verabschiedeten, aber von der EU noch nicht übernommenen Standards werden nicht vorzeitig angewendet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde angenommen, dass das Unternehmen fortgeführt wird. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden, sofern nicht anders vermerkt, einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt.

Dem Konzernabschluss liegen sowohl Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert als auch zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde. Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind (periodengerechte Abgrenzung). Bei Finanzinstrumenten werden direkt zuzuordnende Anschaffungsnebenkosten (z. B. Provisionen) sowie Zinsbestandteile, die einmalig gezahlt werden (z. B. Agien und Disagien, Upfront/Backend Payments bei Derivaten) nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit GuV-wirksam abgegrenzt und direkt mit dem Bilanzposten verrechnet. Anteilige Zinsen werden in dem Bilanzposten ausgewiesen, in dem das zugrunde liegende Finanzinstrument bilanziert wird.

(2) Schätzungen und Ermessensentscheidungen

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert bestimmte Schätzungen. Diese können sich wesentlich auf die Vermögens- und Ertragslage aus

wirken. Die verwendeten Schätzungen werden laufend validiert. Sie basieren – neben Erfahrungswerten aus der Vergangenheit – auch auf Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse.

Schätzungen beeinflussen wesentlich insbesondere die Ermittlung von Wertminderungen aufgrund erwarteter Zahlungsausfälle, die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente und die Berechnung von Pensionsverpflichtungen und werden deshalb im Rahmen der jeweiligen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden detailliert erläutert.

Getroffene Ermessensentscheidungen in Form von Wahlrechten werden in den jeweiligen Abschnitten beschrieben.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der Rentenbank für das Geschäftsjahr 2013 wurden neben der Bank als Konzernmuttergesellschaft die beiden Töchter LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), Frankfurt am Main, und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV), Frankfurt am Main, einbezogen. Eine detaillierte Aufstellung der von der Bank gehaltenen Anteile enthält Abschnitt (67).

Zwei Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main) mit untergeordneter Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden nicht als Tochter- bzw. assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die Anteile an diesen Unternehmen werden in den Finanzanlagen ausgewiesen. Anhand der Jahresabschlussdaten der zwei Gesellschaften ergab sich bezogen auf die Bilanzsumme des Konzerns bzw. den Konzernjahresüberschuss ein Anteil von jeweils unter 1 %. Diese Daten basieren für die Getreide-Import-Gesellschaft mbH (GiG), Frankfurt am Main, auf dem Jahresabschluss zum 31.12.2013, für die Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH (DGL), Frankfurt am Main, auf dem Jahresabschluss zum 31.12.2012. Der Jahresabschluss der Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH für das Jahr 2013 steht noch aus, wird aber voraussichtlich nur unwesentlich abweichen.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wurde unter einheitlicher Anwendung der für die Bank geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt. Konzerninterne Forderungen, Schulden und Zwischenergebnisse werden ebenso wie konzerninterne Erträge und Aufwendungen im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

Zum 31.12.2013 betrug die Bilanzsumme des handelsrechtlichen Jahresabschlusses der LRB 222,1 Mio. € (220,5 Mio. €), die der DSV 13,8 Mio. € (14,5 Mio. €).

(5) Finanzinstrumente

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst. Nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum Erfüllungstag angesetzt und Derivate zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zeitpunkt ihres Zugangs zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der in der Regel dem Kauf-/Verkaufspreis entspricht. Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen hängt von der Kategorisierung nach IAS 39 ab.

Kategorien der Finanzinstrumente

Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Held for Trading“)
- Als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten“ eingestufte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Designated as at Fair Value“)

Der Unterkategorie „Held for Trading“ sind neben allen Derivaten auch finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen zuzuordnen, die mit einer kurzfristigen Verkaufsabsicht abgeschlossen worden sind. Im Konzern sind dies ausschließlich Derivate inklusive zu trennender eingebetteter Derivate. Die Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern.

Bestimmte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen können beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet werden (Fair Value Option). Gemäß IAS 39 kommt die Fair Value Option nur unter folgenden Bedingungen in Betracht:

- Die Anwendung beseitigt oder verringert ansonsten entstehende Bewertungsinkongruenzen, oder
- die finanziellen Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen sind Teil eines Portfolios, welches auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts gesteuert wird, oder
- der finanzielle Vermögenswert oder die Verpflichtung enthalten zu trennende eingebettete Derivate.

Befinden sich finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen mit Derivaten in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung und können die restriktiven bilanziellen Vorschriften des Hedge Accountings (siehe Abschnitt (7)) nicht dauerhaft angewendet werden, so wird für die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen die Fair Value Option genutzt. Die betreffenden finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen würden ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten oder GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wohingegen die Sicherungsderivate GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden müssen. Diese drohende Bewertungsinkongruenz wird durch die Anwendung der Fair Value Option vermieden.

Die finanziellen Vermögenswerte oder Verpflichtungen der Kategorie „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden GuV-wirksam

zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen sind hierbei in der Bewertung enthalten. Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation von Agien oder Disagien werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis berücksichtigt.

Loans and Receivables

Der Kategorie „Loans and Receivables“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Nicht an einem aktiven Markt notiert
- Feste oder bestimmbare Zahlungen

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte („Held for Trading“) und solche, für die die Fair Value Option angewendet wurde
- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation der Kategorie „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, für die der Inhaber seine ursprüngliche Investition infolge anderer Gründe als einer Bonitätsverschlechterung nicht mehr nahezu vollständig wiedererlangen könnte (z. B. Indexzertifikate, deren Rückzahlung von einer Indexentwicklung abhängig ist)

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Loans and Receivables“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Posten Risikovorsorge erfasst.

Held to Maturity

Der Kategorie „Held to Maturity“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Feste oder bestimmbare Zahlungen

- Absicht und Fähigkeit, diese bis zur Endfälligkeit zu halten

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation den Kategorien „Designated as at Fair Value“ oder „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, die per Definition der Kategorie „Loans and Receivables“ zugeordnet sind

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Held to Maturity“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Available for Sale

Der Kategorie „Available for Sale“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die zu keiner der anderen aktivischen Kategorien gehören.

Die finanziellen Vermögenswerte dieser Kategorie werden GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen. Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation von Agien oder Disagien werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis berücksichtigt.

Bei Abgang oder Wertminderung werden die in der Neubewertungsrücklage kumulierten Gewinne oder Verluste in die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, und zwar in das Ergebnis aus Finanzanlagen, umgegliedert.

Nicht notierte Eigenkapitaltitel, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen bewertet. Im Konzern betrifft dies die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen.

Other Liabilities

Der Kategorie „Other Liabilities“ werden alle finanziellen Verpflichtungen zugeordnet, die nicht in der Kategorie „Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ erfasst sind.

Finanzielle Verpflichtungen der Kategorie „Other Liabilities“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen.

Überblick der im Konzern verwendeten Klassen von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte

Klasse	Bewertungskategorie
Barreserve	Loans and Receivables
Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Forderungen an Kunden	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	Loans and Receivables
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Finanzanlagen	Available for Sale Held to Maturity Designated as at Fair Value
Sonstige Vermögenswerte	Loans and Receivables
Unwiderrufliche Kreditzusagen	–

Finanzielle Verbindlichkeiten

Klasse	Bewertungskategorie
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Nachrangige Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Sonstige Verbindlichkeiten	Other Liabilities

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Gemäß IAS 39 können nicht-derivative, ursprünglich zu Handelszwecken erworbene finanzielle Vermögenswerte, für die keine kurzfristige Verkaufsabsicht mehr besteht, nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände aus der Kategorie „Held for Trading“ umgegliedert werden. Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz der Definition „Loans and Receivables“ entsprochen hätten (z. B. Schuldscheindarlehen), können aus den Kategorien „Held for Trading“ und „Available for Sale“ umgegliedert werden, wenn sie auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Available for Sale“ dürfen in die Kategorie „Held to Maturity“ umgegliedert werden, wenn sie bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können. Eine umgekehrte Umgliederung von der Kategorie „Held to Maturity“ in die Kategorie „Available for Sale“ ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion zum Bewertungsstichtag bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen.

Er wird mithilfe verschiedener Bewertungsmethoden ermittelt. Die dort einfließenden Inputparameter werden nach IFRS 13 folgenden drei Stufen (Level) zugeordnet:

- Level 1: quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verpflichtungen
- Level 2: andere beobachtbare Parameter außer den in Level 1 genannten quotierten Preisen
- Level 3: nicht beobachtbare Parameter

Für Finanzinstrumente, für die keine quotierten Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verpflichtungen vorliegen (Level 1), wird der beizulegende Zeitwert anhand folgender Bewertungsmethoden ermittelt:

- Quotierte Preise vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf aktiven Märkten (Level 2)
- Quotierte Preise identischer oder vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf Märkten, die nicht aktiv sind (Level 2)

- anerkannte Bewertungsmodelle, denen für den zu bewertenden Vermögenswert bzw. die zu bewertende Verpflichtung im Wesentlichen beobachtbare (Level 2) oder im Wesentlichen nicht beobachtbare (Level 3) Inputparameter zugrunde liegen

Quotierte Preise werden von Preisserviceagenturen bezogen. Für die Zuordnung der quotierten Preise zu den Hierarchieleveln werden die von den Dienstleistern zur Verfügung gestellten Dokumentationen und Informationen zur Preisfeststellung herangezogen. Sofern keine quotierten Preise vorliegen wird der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cash-Flow (DCF)-Methode) ermittelt.

Bei nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird zur Abzinsung die Deposit/Swap-Kurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit-Spreads herangezogen. Bei den Credit-Spreads wird nach Rating, Laufzeit, Währung und Besicherungsgrad differenziert. In den Credit-Spreads für die eigenen finanziellen Verbindlichkeiten ist die Bonität der Bundesrepublik Deutschland durch die Anstaltslast berücksichtigt. Bei der Entscheidung, aus welchen Marktdatenquellen die Credit-Spreads abgeleitet werden, bestehen Ermessensspielräume. Änderungen bei den Marktdatenquellen für die Credit-Spreads wirken sich auf die im Konzernabschluss dargestellten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente aus.

Für alle Derivate werden zur Diskontierung neben der OIS-Kurve (Overnight-Interest-Rate-Swap) zusätzlich sogenannte Basisswap-Spreads und Cross Currency-Basisswap-Spreads (CCY-Basisswap-Spreads) verwendet. Sie werden differenziert nach Laufzeit und Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen. Die Umstellung der Diskontierung von der EONIA-Swap- oder Deposit/Swap-Kurve auf die OIS-Kurve führte im Berichtsjahr zu einem einmaligen Effekt von -12,7 Mio. €, der im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen wurde.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Eine Erhöhung der eigenen Credit-Spreads führt zu Bewertungsgewinnen, da der Wert der Verbindlichkeiten sinkt. Dagegen führen sinkende Credit-Spreads zu Bewertungsverlusten, da der Wert der Verbindlichkeiten steigt. Für finanzielle Vermögenswerte ist der Effekt aus der Veränderung der Credit-Spreads umgekehrt. Steigende Credit-Spreads führen zu Bewertungsverlusten, sinkende Credit-Spreads zu Bewertungsgewinnen.

Im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen werden beim Grundgeschäft nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind. Im Konzern beschränkt sich in diesem Zusammenhang das gesicherte Risiko ausnahmslos auf das Zinsrisiko. Der zinsinduzierte beizulegende Zeitwert wird anhand der OIS-Kurve zuzüglich der konstanten geschäftsspezifischen Marge ermittelt.

Die Bewertungsprozesse, einschließlich der Festlegung der Bewertungsmethoden und der Bestimmung der Bewertungsparameter, werden im Bereich Finanzen in Abstimmung mit dem Bereich Treasury definiert. Die Ergebnisse aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert analysiert der Bereich Finanzen und berichtet an den Vorstand und die zuständigen Führungskräfte. Die Entwicklung der Bewertungsergebnisse wird täglich anhand der Veränderung der zugrunde liegenden Marktdaten plausibilisiert.

Die in den Bewertungsmodellen verwendeten Parameter werden laufend validiert. Hierzu wird z. B. der mit dem Bewertungsmodell berechnete beizulegende Zeitwert zum Abschlussstichtag eines Geschäfts mit dem Transaktionspreis verglichen.

(7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

Die Bank schließt Derivate ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken ab. Derivate werden immer GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die abgesicherten Grundgeschäfte dagegen werden zunächst zu fortgeführten Anschaffungskosten oder GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Durch die unterschiedlichen Ansätze kommt es zu entsprechenden Bewertungsinkongruenzen und damit zu Schwankungen in der GuV.

Die IFRS erlauben eine bilanzielle Abbildung dieser wirtschaftlichen Sicherungszusammenhänge im Rahmen des Hedge Accounting. Können die sehr restriktiven Anforderungen zum Hedge Accounting nicht dauerhaft erfüllt werden, ordnet die Bank die abgesicherten Grundgeschäfte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zu.

Bei den bilanziellen Sicherungszusammenhängen wird zwischen Fair Value Hedges und Cash-Flow Hedges unterschieden. Durch die geschäftspolitische Ausrichtung der Bank, Zinsrisiken im Wesentlichen über Derivate in einen variablen Zins in Euro zu transferieren, kommt bilanziell nur der Fair Value Hedge zum Einsatz.

Beim Fair Value Hedge wird im Konzern bilanziell ausschließlich das Zinsrisiko abgesichert. Die Ände-

rungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen sind, werden unabhängig von der Kategorie GuV-wirksam erfasst. Die GuV-wirksam erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate werden dadurch in hohem Maße kompensiert.

Geschäfte mit größeren Volumina werden grundsätzlich auf Einzelbasis (Mikro Hedge) abgesichert. Die im Rahmen des Förderauftrags begebenen Programmkredite werden aufgrund der geringen Volumina je Einzelgeschäft im Wesentlichen auf Portfoliobasis (Makro Hedge) abgesichert.

Bei Abschluss einer Transaktion werden die Beziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos dokumentiert. Ebenso wird sowohl zu Beginn (ex ante) als auch fortlaufend (ex ante und ex post) die Einschätzung dokumentiert, dass die Absicherung in hohem Maße effektiv ist.

Im **Mikro Hedge**-Bereich werden ein oder auch mehrere gleichartige Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten in einer Sicherungsbeziehung zusammengefasst. Zu Beginn der Sicherungsperiode wird ex ante von Effektivität ausgegangen, sofern die wesentlichen Ausstattungsmerkmale des Sicherungsderivats und des Grundgeschäfts übereinstimmen (Critical Term Match). Die Ex post-Effektivität sowie die Ex ante-Effektivität werden während der Sicherungsperiode zu den Bilanzierungstichtagen mittels einer Regressionsanalyse gemessen. Ein Sicherungszusammenhang gilt als effektiv, wenn die Steigung der durch die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft bestimmten linearen Regressionsgeraden zwischen $-0,8$ und $-1,25$ liegt. Darüber hinaus muss die Güte der Regression, gemessen mittels Bestimmtheitsmaß, einen Wert von größer oder gleich $0,8$ aufweisen. Für die halbjährlich durchgeführte Regressionsanalyse werden Daten der letzten sechs Monate herangezogen. Bei effektiven Sicherungsbeziehungen wird der Buchwert der abgesicherten Grundgeschäfte um die zinsinduzierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst und zusammen mit der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst.

Für ineffektive Sicherungsbeziehungen können die Vorschriften des Hedge Accounting für den entsprechenden Zeitraum nicht angewendet werden. Das Grundgeschäft wird für diesen Zeitraum entsprechend seiner Kategoriezuordnung bewertet. In vorangegangenen effektiven Sicherungsperioden erfasste zinsinduzierte Wertänderungen des designierten Grundgeschäfts werden unter Verwendung der Effektivitätsmethode GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung über die Restlaufzeit amortisiert.

Die im Rahmen des Fair Value Hedge auf Portfoliobasis (**Makro Hedge**) abgesicherten Grundgeschäfte werden zu Beginn jeder Sicherungsperiode auf Basis der Fälligkeit der einzelnen erwarteten Zahlungsströme einem vierteljährlichen Laufzeitband zugeordnet. Für jedes Laufzeitband werden Zinsswaps als Sicherungsinstrumente maximal in Höhe des Nominalwerts der kumuliert zugrunde liegenden Grundgeschäfte bestimmt. Die Sicherungsperiode umfasst in der Regel einen Monat. Übersteigt das Neugeschäft in einem Laufzeitband innerhalb der Sicherungsperiode ein bestimmtes Volumen, kann die Sicherungsbeziehung für dieses Laufzeitband vorzeitig beendet und neu definiert werden.

Beim Makro Hedge wird die Ex ante-Effektivität abweichend zum Mikro Hedge mittels einer Sensitivitätsanalyse bestimmt, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird. Die Ex post-Effektivität wird nach der Dollar Offset-Methode gemessen. Hier werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte zueinander in Relation gesetzt. Effektivität ist gegeben, wenn das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von -80% bis -125% liegt.

Bei effektiven Laufzeitbändern werden am Ende der Sicherungsperiode die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte zusammen mit den gegenläufigen Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst. In der Bilanz wird im Gegensatz zum Mikro Hedge Accounting nicht der Buchwert der einzelnen Grundgeschäfte angepasst. Stattdessen wird die Anpassung des Buchwerts der Grundgeschäfte in dem separaten Bilanzposten Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte ausgewiesen. Dieser wird über die Restlaufzeit der jeweiligen Laufzeitbänder GuV-wirksam gegen das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung amortisiert bzw. bei außerplanmäßiger Rückzahlung der Grundgeschäfte anteilig ausgebucht. Für ineffektive Laufzeitbänder werden zinsinduzierte Wertänderungen der Grundgeschäfte nicht erfasst.

(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives)

Als hybride Finanzinstrumente werden Geschäfte bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Hierbei sind die eingebetteten Derivate integraler Vertragsbestandteil und können nicht separat gehandelt werden.

Bestimmte eingebettete Derivate werden bilanziell als eigenständige Derivate behandelt, wenn deren wirt-

schaftliche Charakteristika und Risiken keine eindeutige und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags aufweisen. Darüber hinaus darf das strukturierte Finanzinstrument nicht bereits GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Im Konzern werden grundsätzlich alle strukturierten Produkte mit ansonsten trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet. Davon ausgenommen sind Liquiditätshilfedarlehen mit täglichem Kündigungsrecht, bei denen der Basisvertrag zur Kategorie „Loans and Receivables“ gehört.

Bei nicht trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten ist für die Bewertung des gesamten strukturierten Produkts die Kategorie des Basisvertrags maßgeblich. Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Nicht trennungspflichtige eingebettete Derivate werden zusammen mit dem Basisvertrag unter dem jeweiligen Konzernbilanzposten ausgewiesen. Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden je nach aktuellem Marktwert unter den Positiven bzw. Negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen.

(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten

Zu jedem Bilanzstichtag wird untersucht, ob es objektive Hinweise dafür gibt, dass nicht alle Zins- und Tilgungsleistungen vertragskonform erbracht werden können. Dies wird anhand folgender Kriterien beurteilt:

- Interne Bonitätseinstufung im „Non-Investment-Grade“
- Leistungsgestörte, gestundete oder restrukturierte Engagements
- Wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Geschäftspartners
- Wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Sitzlandes des Geschäftspartners

Die Festlegung der Wesentlichkeit bei der Verschlechterung der Kreditwürdigkeit und die Kriterien für die Bonitätseinstufung erfordern Ermessensentscheidungen. Die Kriterien zur Überwachung der Adressenausfallrisiken und zur Bonitätsklasseneinstufung werden detailliert im zusammengefassten Lagebericht dargestellt.

Für finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ entfällt aufgrund der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert eine gesonderte Überprüfung auf Wertminderungen, da diese

bereits im beizulegenden Zeitwert enthalten und GuV-wirksam erfasst sind.

Zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen und Finanzanlagen

In der Bank wird die Werthaltigkeit sowohl für signifikante Einzelforderungen und Wertpapiere als auch für Forderungen von betragsmäßig untergeordneter Bedeutung auf Einzelbasis beurteilt. Liegen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vor, wird die Wertberichtigung als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Die Bestimmung der erwarteten Zahlungsströme basiert auf qualifizierten Schätzungen, bei denen neben den wirtschaftlichen Verhältnissen des Geschäftspartners auch die Verwertung eventueller Sicherheiten sowie weitere Unterstützungsfaktoren, wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen, berücksichtigt werden. Diskontierungsfaktor für festverzinsliche Forderungen und Wertpapiere ist der ursprüngliche Effektivzins, für variabel verzinsliche Forderungen und Wertpapiere der aktuelle Effektivzins und für die zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen die aktuelle Markttrendite eines vergleichbaren finanziellen Vermögenswerts. Die so ermittelte Wertberichtigung wird für Forderungen in der GuV-Position Risikovorsorge/Förderbeitrag und für Wertpapiere der Kategorie „Held to Maturity“ sowie für die Beteiligungen im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Da der Konzern Kredite nahezu ausschließlich an andere Banken auslegt, werden eventuelle Verluste zeitnah identifiziert. Für das grundsätzlich bestehende Restrisiko, bereits entstandene Verluste noch nicht erkannt zu haben, wird für zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen erstmalig zum Bilanzstichtag eine Portfoliowertberichtigung auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlustes gebildet. Hierbei wird zwischen Portfolien für Kreditinstitute, Unternehmen und Staaten unterschieden. Ratingbasiert werden die Buchwerte der Portfolien mit Ausfallwahrscheinlichkeiten und Wiedereinbringungsraten gewichtet. Da es keine statistisch relevante Anzahl von Ausfällen im Konzern gibt, werden Ausfallwahrscheinlichkeiten aus externen Daten von Ratingagenturen ermittelt und die Wiedereinbringungsraten an aufsichtsrechtliche Vorgaben angelehnt. Die gegenüber dem Vorjahr geänderte Schätzung noch nicht erkannter Verluste, führte zur Bildung einer Portfoliowertberichtigung in Höhe von 11,7 Mio. €, die in der GuV-Position Risikovorsorge/Förderbeitrag erfasst wird.

Finanzanlagen der Kategorie „Available for Sale“, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Sofern bei den Finanzanlagen objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt, wird diese als Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert ermittelt. Der so berechnete Verlust wird als Korrektur der Neubewertungsrücklage im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Entfallen die Gründe für eine Wertminderung, ist für Schuldtitel eine GuV-wirksame Wertaufholung vorzunehmen.

(10) Währungsumrechnung

Monetäre Fremdwährungspositionen werden täglich zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht-monetäre, in Fremdwährung erworbene Positionen (z. B. Sachanlagen) befinden sich nicht im Bestand.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfasst. Für gesicherte Währungspositionen werden sie im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung und für offene Währungspositionen aus den Zahlungsverrechnungskonten im Sonstigen betrieblichen Ergebnis gebucht.

Aufwendungen und Erträge werden mit dem Stichtagskurs des Tages umgerechnet, an dem sie erfolgswirksam werden.

(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte

Im Konzern werden – neben den Pfandkrediten mit der Deutschen Bundesbank – besicherte Termin- und Tagesgelder bei der Eurex Clearing AG aufgenommen bzw. an die Eurex Clearing AG gegeben (siehe Abschnitt (65)).

(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Leasingverhältnisse werden unterschieden in Finanzierungsleasing und Operating-Lease. Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem rechtlichen Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, gilt dies als Finanzierungsleasing. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Lease vor.

Der Konzern tritt als Leasingnehmer auf. Die abgeschlossenen Leasingverträge sind als Operating-Lease eingestuft. Gegenstand sind technische Büroausstat-

zung und Kraftfahrzeuge. Die vom Konzern zu leistenden Leasingraten werden als Verwaltungsaufwand erfasst. Untermietverhältnisse liegen nicht vor.

(13) Risikovorsorge/Förderbeitrag

Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung beinhaltet im Wesentlichen die im Berichtsjahr zugesagten, diskontierten Förderaufwendungen für die Programmkredite und deren Verbrauch über die Restlaufzeit. Die Förderaufwendungen ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Zinssatz des jeweiligen zinsverbilligten Programmkredits und dem Refinanzierungssatz zum Zeitpunkt der Kreditzusage zuzüglich eines Verwaltungskostensatzes.

Daneben werden hier Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen auf Forderungen aufgrund von Zahlungsausfällen sowie Erträge aus abgeschriebenen Forderungen ausgewiesen.

(14) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Der Posten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte wird ausgewiesen, wenn langfristige Vermögenswerte (z. B. Immobilien) innerhalb eines Jahres veräußert werden sollen und der Verkauf höchstwahrscheinlich ist.

Der Ansatz erfolgt zum niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten. Außerplanmäßige Abschreibungen werden als Wertminderungsaufwand in den Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die als Finanzinvestition gehaltenen fremdgenutzten Immobilien dienen dazu, Mieten einzunehmen. Sie werden – analog zu den Sachanlagen – zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und eventueller kumulierter Wertminderungen bewertet. Die Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

(16) Sachanlagen

Die selbst genutzten Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden als Sachanlagen ausgewiesen.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen

und kumulierter außerplanmäßiger Wertminderungsaufwendungen bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear, für Gebäude über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahre und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis sechs Jahre. Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Geringwertige Vermögenswerte werden sofort als Aufwand erfasst.

Alle anfallenden Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten wird erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Planmäßige Abschreibungen werden linear über vier Jahre vorgenommen. Sofern dauerhafte Wertminderungen vorliegen, werden diese GuV-wirksam als außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand dargestellt.

(18) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Sachanlagen, die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und die immateriellen Vermögenswerte auf eine Wertminderung überprüft. Wenn der erzielbare Betrag unter dem Buchwert liegt, wird der Wert herabgesetzt. Der erzielbare Betrag entspricht hierbei dem Nutzungswert oder dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten, je nachdem, welcher Wert höher ist.

(19) Sonstige Vermögenswerte

Der Bilanzposten Sonstige Vermögenswerte beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte gegebene Barsicherheiten. Daneben werden hier Vermögenswerte ausgewiesen, die einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten, die dem Nominalwert entsprechen.

(20) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten

Die Steuerforderungen/-verbindlichkeiten unterteilen sich in laufende Ertragsteueransprüche/-verbindlichkeiten und in latente Steueransprüche/-verpflich-

tungen und entstehen ausschließlich bei den konsolidierten Konzerntöchtern LRB und DSV. Tatsächlich laufende Ertragsteueransprüche, die von den Steuerbehörden erstattet werden, sind mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet worden. Latente Steueransprüche und -verpflichtungen basieren auf unterschiedlichen Wertansätzen für bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und der Steuerbilanz. Darüber hinaus werden die bestehenden steuerlichen Verlustvorträge berücksichtigt. Es werden die für die Tochterunternehmen erwarteten Steuersätze angesetzt.

(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsverpflichtungen beruhen auf Direktzusagen. Sie sehen (vorgezogene) Altersrenten, Invalidenrenten, Hinterbliebenenrenten und zum Teil Gehaltsfortzahlungen im Todesfall vor. Neben den Pensionsverpflichtungen für Vorstandsmitglieder auf Basis von einzelvertraglichen Zusagen bestehen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern auf der Grundlage unterschiedlicher Versorgungsregelungen je nach Dienst Eintritt.

Die Höhe der Versorgungsleistung bestimmt sich unter Berücksichtigung der anrechnungsfähigen Dienstzeit und des ruhegeldfähigen Jahresgehalts. Nach Auszahlungsbeginn werden die Renten dynamisiert; teils steigen sie entsprechend der Tarifierhöhung, teils auf Basis eines Inflationsausgleichs und teils um einen festen Prozentsatz. Die Verpflichtung ist somit insbesondere von der Einkommens- und Inflationsentwicklung abhängig. Für Versorgungszusagen, bei denen die Sozialrente und gegebenenfalls weitere Rentenleistungen angerechnet werden, ist die Verpflichtung unmittelbar an die Entwicklung der gesetzlichen Rente gekoppelt.

Die Pensionsverpflichtungen werden ausschließlich intern refinanziert. Planvermögen besteht nicht.

Für leistungsorientierte Versorgungszusagen wird als Rückstellung der Barwert des zum Bilanzstichtag erreichten Verpflichtungsumfanges angesetzt. Den Verpflichtungsumfang ermittelt jährlich ein unabhängiger Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren.

Veränderungen der Rückstellung werden sowohl GuV-wirksam als laufender Dienstzeitaufwand und Zinsaufwand im Personalaufwand erfasst als auch GuV-neutral als versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste im Sonstigen Ergebnis im Eigenkapital. Der laufende Dienstzeitaufwand ergibt sich aus den im laufenden Dienstjahr erworbenen Leistungen. Der Zinsaufwand stellt den Barwerteffekt dar,

der sich aus der um ein Jahr verkürzten Dauer bis zur Verpflichtungserfüllung ergibt. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste entstehen durch Abweichungen zwischen tatsächlicher und erwarteter Entwicklung der Bemessungsgrundlagen bzw. der Parameter.

Der Barwert des Verpflichtungsumfangs ist von diversen Parametern abhängig, für die Annahmen und Schätzungen erforderlich sind. Deren Veränderungen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen. Ein wesentlicher Parameter ist der zur Diskontierung des Verpflichtungsumfangs herangezogene Zinssatz. Dieser orientiert sich zum jeweiligen Bilanzstichtag am Zinssatz für erstrangige Unternehmensanleihen in Euro mit Restlaufzeiten, die der Pensionsverpflichtung entsprechen.

(22) Andere Rückstellungen

Für Verpflichtungen gegenüber Dritten, die hinsichtlich Fälligkeit oder Höhe ungewiss sind, werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet. Veränderte Schätzgrößen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Rückstellungen. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern ein wesentlicher Effekt entsteht. Die Bildung und Auflösung der Rückstellungen erfolgt GuV-wirksam über die Verwaltungsaufwendungen bzw. das Sonstige betriebliche Ergebnis.

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzposten Sonstige Verbindlichkeiten umfasst im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte erhaltene Barsicherheiten. Daneben werden hier die Bewertung für die offenen Zusagen der Programmkredite sowie sonstige Verpflichtungen ausgewiesen, die einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungskosten mit Ausnahme der diskontierten Förderbeiträge für die offenen Zusagen der Programmkredite.

(24) Eigenkapital

Im Eigenkapital werden nach IFRS die Komponenten gezeichnetes Kapital, Gewinnrücklagen, Neubewertungsrücklage und Bilanzgewinn zusammengefasst.

Das gezeichnete Kapital spiegelt das eingezahlte Kapital wider. Es wurde in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht. Das gezeichnete Kapital ist

mit keinerlei Rechten verbunden. Die Gewinnrücklagen beinhalten neben der aus dem Jahresabschluss nach HGB übernommenen und nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank bestimmten Haupt- und Deckungsrücklage die anderen Gewinnrücklagen.

In der Neubewertungsrücklage werden im Wesentlichen die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste aus Pensionsverpflichtungen (siehe Abschnitt (21)) und die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ erfasst. Credit-Spread-induzierte Wertänderungen resultieren aus Änderungen der Risikoaufschläge. Die zinsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Wertpapieren in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen werden zusammen mit den Wertänderungen der dazugehörigen Sicherungsderivate im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen.

(25) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die entweder

- zu möglichen Verpflichtungen führen, deren Bestehen erst noch durch das Eintreten ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht in der Kontrolle des Unternehmens liegen, bestätigt werden muss (z. B. Bürgschaften), oder
- zu gegenwärtigen Verpflichtungen führen, bei denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie das Vermögen mindern werden bzw. bei denen der Erfüllungsbetrag nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann (z. B. unentschiedene Rechtsstreitigkeiten).

Diese Verpflichtungen werden gemäß IAS 37.27 nicht passiviert. Eventualverpflichtungen werden in Abschnitt (66) offengelegt.

Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung

(26) Zinsüberschuss	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Zinserträge aus			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	1 309,9	1 421,5	-111,6
Derivativen Finanzinstrumenten	1 772,9	1 830,6	-57,7
Finanzanlagen	591,1	704,6	-113,5
Laufende Erträge aus			
Beteiligungen	4,4	2,8	1,6
Summe Zinserträge	3 678,3	3 959,5	-281,2
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>1 774,0</i>	<i>1 850,3</i>	<i>-76,3</i>
Zinsaufwendungen für			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	239,6	291,7	-52,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 608,7	2 046,2	-437,5
Derivative Finanzinstrumente	1 476,0	1 221,4	254,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	19,4	24,7	-5,3
Sonstiges	0,9	9,6	-8,7
Summe Zinsaufwendungen	3 344,6	3 593,6	-249,0
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>543,4</i>	<i>645,2</i>	<i>-101,8</i>
Zinsüberschuss	333,7	365,9	-32,2

(27) Risikovorsorge/Förderbeitrag	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Aufwendungen für Zuführung Förderbeitrag	81,6	74,9	6,7
Erträge aus Verbrauch Förderbeitrag	58,7	54,1	4,6
Zuführung zur Portfoliowertberichtigung	11,7	0,0	11,7
Auflösung von Einzelwertberichtigungen	0,1	0,0	0,1
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	0,0	0,1	-0,1
Risikovorsorge/Förderbeitrag	34,5	20,7	13,8

Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag beinhaltet insbesondere die diskontierten zukünftigen Förderauf-

wendungen für die Programmkredite (Zuführung Förderbeitrag) und deren Verbrauch über die Restlaufzeit.

(28) Provisionsergebnis	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Provisionserträge aus			
Verwaltungskostenvergütungen	0,2	0,2	0,0
Treuhand- und Durchleitungskrediten	0,0	0,1	-0,1
Summe Provisionserträge	0,2	0,3	-0,1
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>0,2</i>	<i>0,2</i>	<i>0,0</i>
Provisionsaufwendungen für			
Depotgebühren	1,6	2,2	-0,6
Sonstiges	0,3	0,3	0,0
Summe Provisionsaufwendungen	1,9	2,5	-0,6
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>1,4</i>	<i>1,7</i>	<i>-0,3</i>
Provisionsergebnis	-1,7	-2,2	0,5

(29) Ergebnis aus Finanzanlagen	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren	0,0	3,1	-3,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	3,1	-3,1

(30) Verwaltungsaufwendungen	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Personalaufwand	32,0	31,1	0,9
Abschreibungen			
Immaterielle Vermögenswerte	3,4	0,8	2,6
<i>davon selbstentwickelte Software</i>	<i>0,1</i>	<i>0,2</i>	<i>-0,1</i>
IT-Anlagen	0,5	0,5	0,0
Wohn- und Bürogebäude	0,5	0,5	0,0
Büroeinrichtungen und Fahrzeuge	0,1	0,3	-0,2
Technische und sonstige Einrichtungen	0,1	0,1	0,0
Summe Abschreibungen	4,6	2,2	2,4
Andere Verwaltungsaufwendungen			
IT-Lizenzen, -Gebühren, -Beratung	6,4	6,8	-0,4
Softwarewartung	3,5	1,0	2,5
Öffentlichkeitsarbeit	2,2	2,1	0,1
Prüfungen, Beiträge, Spenden	1,9	1,8	0,1
Refinanzierungsmittel	1,6	1,4	0,2
Raum- und Gebäudekosten	1,2	1,0	0,2
Sonstiges	1,8	1,5	0,3
Summe andere Verwaltungsaufwendungen	18,6	15,6	3,0
Verwaltungsaufwendungen	55,2	48,9	6,3

Im Posten Sonstige Verwaltungsaufwendungen sind Leasingaufwendungen in Höhe von 137,6 Tsd. €

(83,9 Tsd. €) enthalten. Die künftigen Leasingzahlungen verteilen sich wie folgt:

	01.01. bis 31.12.2013 Tsd. €	01.01. bis 31.12.2012 Tsd. €	Änderung Tsd. €
Künftige Leasingzahlungen			
bis zu einem Jahr	98,2	76,9	21,3
über einem Jahr und bis zu fünf Jahren	196,0	95,3	100,7
mehr als fünf Jahre	0,0	0,0	0,0

Es handelt sich um Mindestleasingzahlungen (feste Leasingraten). Durch Leasingvereinbarungen auferlegte Beschränkungen lagen nicht vor. Der Konzern

war zum Jahresende an 15 (11) Leasingverträge gebunden, von denen kein Vertrag (6) eine mögliche Verlängerung von jeweils einem Jahr vorsieht.

(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Sonstige betriebliche Erträge			
Mieterträge	1,8	1,8	0,0
Auflösung Rückstellungen/Verbindlichkeiten	0,8	2,4	-1,6
Kostenerstattungen	0,3	0,5	-0,2
Übrige Erträge	0,9	0,4	0,5
Summe Sonstige betriebliche Erträge	3,8	5,1	-1,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Kapitalaufstockung Edmund Rehwinkel-Stiftung	3,0	2,0	1,0
Förderung Forschung und Innovation	3,0	0,0	3,0
Bankeigene Wohnungen	0,6	0,4	0,2
Übrige Aufwendungen	1,3	0,7	0,6
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	7,9	3,1	4,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4,1	2,0	-6,1

(32) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Fair Value-Bewertung			
Grundgeschäfte	693,7	-368,9	1062,6
Derivate	-535,0	556,5	-1091,5
Ergebnis aus Währungsbewertung	32,8	2,0	30,8
Summe Fair Value-Bewertung	191,5	189,6	1,9
Mikro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	-163,8	89,4	-253,2
Sicherungsgeschäfte	174,2	-85,9	260,1
Summe Mikro Hedge Accounting	10,4	3,5	6,9
Makro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	-327,7	438,2	-765,9
Sicherungsgeschäfte	347,0	-687,0	1034,0
Summe Makro Hedge Accounting	19,3	-248,8	268,1
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	221,2	-55,7	276,9

Derivate und Finanzinstrumente der Kategorien „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst.

Zudem fließen aus Grundgeschäften in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die aus Änderungen der OIS-Kurve resultieren, in das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ein. Nach bilanzieller Auflösung von Sicherungsbeziehungen wegen Ineffektivität werden die zuvor gebuchten zinsinduzierten

Wertänderungen der Grundgeschäfte über die Restlaufzeit amortisiert.

Im Konzern bestehen grundsätzlich keine offenen Fremdwährungspositionen. Durch die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert kommt es dennoch zu einem Ergebnis aus der Währungsumrechnung, das hier ausgewiesen wird.

Die Erträge und Aufwendungen aus der Amortisation von Agien/Disagien, Upfront-Zahlungen, Förderbeiträgen usw., die Teil der Änderungen der beizulegenden Zeitwerte sind, werden aufgrund ihres Zinscharakters im Zinsergebnis ausgewiesen.

(33) Ergebnis aus Steuern	01.01. bis 31.12.2013 Mio. €	01.01. bis 31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Latente Steuern auf Verlustvorträge	0,4	0,4	0,0
Latente Steuern auf temporäre Differenzen	0,4	-0,1	0,5
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0,2	0,0	-0,2
Ergebnis aus Steuern	0,6	0,3	0,3

Segmentberichterstattung

(34) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

IFRS 8 regelt, dass wesentliche Ergebnisse nach operativen Geschäftsfeldern und Ländern aufzugliedern sind. Die Segmente wurden vor dem Hintergrund der Organisations- und Führungsstruktur sowie der internen finanziellen Berichterstattung des Konzerns definiert. Es sind:

- **Das Fördergeschäft:**
Dieses Segment zeigt die Fördergeschäftstätigkeit und die Refinanzierung mit Ausnahme der Kapitalstockanlage. Neben den Ergebnissen der Bank sind sämtliche Ergebnisse der Tochtergesellschaften einschließlich deren Beteiligungen enthalten.
- **Die Kapitalstockanlage:**
In diesem Segment werden die Ergebnisbeiträge aus der Anlage der eigenen Mittel und der mittel- bzw. langfristigen Rückstellungen in Form von Wertpapieren, Förderkrediten und der direkten Beteiligungen der Bank dargestellt.
- **Das Treasury Management:**
In diesem Segment werden die Ergebnisse der Liquiditätssicherung und -steuerung sowie der kurzfristigen Zinssteuerung des Konzerns dargestellt. Es handelt sich um Geschäfte, die eine Zinsbindung von maximal einem Jahr aufweisen (z. B. Tages- und Termingelder, Euro Commercial Papers (ECP), Derivate).

Der Konzern wird ausschließlich aus Frankfurt am Main zentral gesteuert. Sämtliche Erträge und Aufwendungen werden an diesem Standort generiert. Somit erübrigen sich die nach IFRS 8 geforderten Angaben nach geografischen Gebieten.

Die Ergebnisse werden gemäß der margenorientierten Steuerung der Bank in der Segmentberichterstattung netto dargestellt. Segmentvermögen/-schulden bestehen gegenüber Dritten und entsprechend werden die Segmentergebnisse nur mit externen Kontrahenten erzielt. Zwischen den Segmenten werden keine internen Geschäfte abgeschlossen. Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zwischen der internen Berichterstattung und der Rechnungslegung nach IFRS. Aufgrund von fehlenden internen Geschäften und der Übereinstimmung zwischen dem internen Reporting und dem externen Rechnungswesen wird auf weitergehende Überleitungsrechnungen verzichtet.

Die Verteilung der Komponenten aus dem Zins-, Provisions- und Finanzanlageergebnis sowie dem Ergebnis aus der Fair Value- und Hedge-Bewertung erfolgt auf Einzelgeschäftsbasis. Die Verwaltungsaufwendungen, das Sonstige betriebliche Ergebnis sowie das Ergebnis aus Steuern aus den konsolidierten Tochtergesellschaften werden entweder direkt oder indirekt anhand von Schlüsseln den jeweiligen Segmenten zugeordnet. Diese Schlüssel basieren im Wesentlichen auf der Anzahl der jeweiligen Mitarbeiter, dem Ressourcenverbrauch und den sonstigen Ressourcenzuordnungen.

Segmentvermögen/-verbindlichkeiten werden analog der Ergebnisbeiträge den einzelnen Segmenten zugeordnet.

(35) Segmente

01.01. bis zum 31.12.	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Summe	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/ Förderbeitrag	184,5	194,5	118,1	114,2	31,1	57,2	333,7	365,9
Risikovorsorge/ Förderbeitrag	34,5	20,7	0,0	0,0	0,0	0,0	34,5	20,7
Provisionsergebnis	-1,7	-2,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	-1,7	-2,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1
Verwaltungsaufwendungen	42,2	37,0	8,0	7,0	5,0	4,9	55,2	48,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4,1	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-4,1	2,0
Ergebnis aus Steuern	0,6	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,3
Operatives Ergebnis	102,6	140,1	110,1	107,2	26,1	52,2	238,8	299,5
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	224,6	-53,0	0,0	0,0	-3,4	-2,7	221,2	-55,7
Konzernjahresüberschuss	327,2	87,1	110,1	107,2	22,7	49,5	460,0	243,8
31.12.	2013 Mrd. €	2012 Mrd. €	2013 Mrd. €	2012 Mrd. €	2013 Mrd. €	2012 Mrd. €	2013 Mrd. €	2012 Mrd. €
Segmentvermögen	71,3	75,5	3,7	3,1	6,9	9,8	81,9	88,4
Segmentschulden (inkl. Eigenkapital)	70,3	76,1	3,7	3,1	7,9	9,2	81,9	88,4

Es wurden – wie im Vorjahr – keine Zinserträge aus Geschäften mit einem einzelnen Geschäftspartner generiert, deren Anteil 10 % oder mehr am gesamten Zinsertrag betrug.

Erläuterungen zur Bilanz

(36) Barreserve	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Kassenbestand	0,1	0,2	-0,1
Guthaben bei Zentralnotenbanken	32,4	204,2	-171,8
Summe	32,5	204,4	-171,9

Bei den Guthaben bei Zentralnotenbanken handelte es sich – wie im Vorjahr – um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(37) Forderungen an Kreditinstitute

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Täglich fällig	304,4	808,4	-504,0
Termingelder	1 536,2	3 718,3	-2 182,1
Offenmarktgeschäfte	0,0	800,1	-800,1
Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen	14 301,7	15 689,6	-1 387,9
Programmkredite	33 307,1	29 661,1	3 646,0
<i>davon Förderbeitrag</i>	-310,8	-291,1	-19,7
Globalrefinanzierungsdarlehen	201,6	385,9	-184,3
Sonstige	99,9	100,6	-0,7
Summe	49 750,9	51 164,0	-1 413,1
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>45 410,7</i>	<i>42 320,8</i>	<i>3 089,9</i>

(38) Forderungen an Kunden

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Täglich fällig	0,1	0,2	-0,1
Mittel- und langfristige Kredite	0,1	0,2	-0,1
Schuldscheindarlehen	5 232,0	4 241,3	990,7
<i>davon Kommunalkredite</i>	<i>5 198,2</i>	<i>4 189,7</i>	<i>1 008,5</i>
Programmkredite	336,9	409,1	-72,2
<i>davon Förderbeitrag</i>	<i>-0,1</i>	<i>-0,1</i>	<i>0,0</i>
Sonstige	1,5	1,6	-0,1
Summe	5 570,6	4 652,4	918,2
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>3 526,0</i>	<i>4 232,4</i>	<i>-706,4</i>

(39) Risikovorsorge/Förderbeitrag im Kreditgeschäft

	Förderbeitrag		Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigung	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Bestand zum 01.01.	308,1	287,3	0,1	0,1	0,0	0,0
Zuführungen	81,6	74,9	0,0	0,0	11,7	0,0
Verbrauch	58,7	54,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Bestand zum 31.12.	331,0	308,1	0,0	0,1	11,7	0,0
davon für						
Forderungen an Kreditinstitute	310,8	291,1	0,0	0,0	11,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0
Kreditzusagen	20,1	16,9	0,0	0,0	0,6	0,0
Summe	331,0	308,1	0,0	0,1	11,7	0,0

(40) Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Zinsinduzierte Wertänderungen aus Krediten im Makro Hedge Accounting	677,3	1 210,7	-533,4
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>671,9</i>	<i>1 198,9</i>	<i>-527,0</i>

(41) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliedern sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Absicherung für:			
Grundgeschäfte im Hedge Accounting (Fair Value Hedge)	1 159,2	1 531,8	-372,6
Grundgeschäfte Designated as at Fair Value	2 059,1	5 900,1	-3 841,0
Sonstige Grundgeschäfte	17,8	54,5	-36,7
Summe	3 236,1	7 486,4	-4 250,3
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>2 493,6</i>	<i>5 652,6</i>	<i>-3 159,0</i>

Derivate zur Absicherung von sonstigen Grundgeschäften resultieren im Wesentlichen aus Sicherungsbeziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting ineffektiv waren.

(42) Finanzanlagen

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Anleihen und Schuldverschreibungen	20 775,2	22 469,7	-1 694,5
Beteiligungen	118,8	118,8	0,0
Sonstige Finanzanlagen	0,4	0,2	0,2
Summe	20 894,4	22 588,7	-1 694,3
<i>davon:</i>			
<i>nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>17 645,0</i>	<i>18 574,4</i>	<i>-929,4</i>
<i>beleihbar</i>	<i>19 474,0</i>	<i>21 192,1</i>	<i>-1 718,1</i>

Die Beteiligungen wurden gemäß IAS 39.46 (c) mit den Anschaffungskosten angesetzt, da sowohl quotierte Preise als auch sonstige Bewertungsinformationen fehlten. Abschreibungen waren zum 31.12.2013 nicht erforderlich.

(43) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Posten Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien enthält eine komplett fremd vermietete Immobilie. Die voraussichtliche Nutzungsdauer wurde auf 33 Jahre geschätzt.

Es gab keine Beschränkungen, die eine Veräußerung dieser Immobilie beeinträchtigen würden.

Der Impairmenttest nach IAS 36 für die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie ergab keinen Abschreibungsbedarf, da keine dauerhafte Wertminderung vorlag.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie entwickelte sich wie folgt:

	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.	19,8	19,7
Zugänge	0,0	0,1
Abgänge	0,0	0,0
Abschreibungen kumuliert	4,4	3,9
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,5</i>	<i>0,5</i>
Buchwert per 31.12.	15,4	15,9

Der beizulegende Zeitwert der Immobilie betrug rund 18,8 Mio. € (rund 18,5 Mio. €). Er wurde nach dem Ertragswertverfahren unter Einbeziehung eines unabhängigen Gutachtens bestimmt.

In den Sonstigen betrieblichen Erträgen wurden Mieteinnahmen in Höhe von 0,9 Mio. € (0,9 Mio. €) ausgewiesen. Der Immobilie direkt zurechenbare Ausgaben

von 10,0 Tsd. € (7,3 Tsd. €) sowie die Grundsteuer von 35,9 Tsd. € (35,9 Tsd. €) wurden unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

(44) Sachanlagen

Unter den Grundstücken und Gebäuden wird das eigengenutzte Bürogebäude in der Hochstraße 2, Frankfurt am Main, ausgewiesen. Des Weiteren be-

sitzt die Bank Mitarbeiterwohnungen, die gemäß IAS 40.9 (c) nicht zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zählen, sondern den Vorschriften des IAS 16 unterliegen und damit den Sachanlagen zugeordnet wurden.

Das Sachanlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Summe	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Anschaftungs-/ Herstellungskosten per 01.01.	23,1	23,1	10,3	9,6	33,4	32,7
Zugänge	0,0	0,0	1,5	1,3	1,5	1,3
Abgänge	0,0	0,0	1,3	0,6	1,3	0,6
Abschreibungen kumuliert	0,1	0,1	9,5	9,1	9,6	9,2
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,7</i>	<i>0,9</i>	<i>0,7</i>	<i>0,9</i>
Wertminderungen kumuliert	1,7	1,7	0,0	0,0	1,7	1,7
<i>Wertminderungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>
Buchwert per 31.12.	21,3	21,3	1,0	1,2	22,3	22,5

Die Werthaltigkeit der Grundstücke wurde anhand aktueller Bodenrichtwerte überprüft. Es gab für 2013 – wie im Vorjahr – keinen Wertberichtigungsbedarf.

(45) Immaterielle Vermögenswerte

Im Konzern wird bei den Immateriellen Vermögenswerten in erworbene und selbst entwickelte Software unterschieden.

Die Abschreibungen werden unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Ein Wertberichtigungsbedarf gemäß IAS 36 lag – wie im Vorjahr – nicht vor.

Die Immateriellen Vermögenswerte entwickelten sich wie folgt:

	Erworbene Software		Selbstentwickelte Software		Summe	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Anschaftungs-/ Herstellungskosten per 01.01.	16,2	7,4	8,3	10,4	24,5	17,8
Zugänge	4,4	9,6	0,0	0,5	4,4	10,1
Abgänge	0,2	0,8	2,8	2,6	3,0	3,4
Abschreibungen kumuliert	5,1	2,0	4,9	7,6	10,0	9,6
<i>Abschreibungen</i>	<i>3,3</i>	<i>0,6</i>	<i>0,1</i>	<i>0,2</i>	<i>3,4</i>	<i>0,8</i>
Buchwert per 31.12.	15,3	14,2	0,6	0,7	15,9	14,9

(46) Laufende Ertragsteueransprüche

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Erstattungsansprüche	1,5	0,6	0,9
Ertragsteueransprüche	0,4	0,5	-0,1
Summe	1,9	1,1	0,8

Die Erstattungsansprüche an das Finanzamt resultieren aus Geschäftsvorgängen, in denen Kapitalertragsteuer erhoben wurde. Darüber hinaus ergaben sich

Laufende Ertragsteueransprüche aus der Verrechnung der Vorauszahlungen mit dem voraussichtlichen Ergebnis aus dem Steuerbescheid.

(47) Aktive latente Steuern

Im Konzern sind die konsolidierten Tochtergesellschaften steuerpflichtig. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Zur Ermittlung der latenten Steuern wurden generell ein Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszu-

schlag) von 15,8 % (15,8 %) und ein einheitlicher Gewerbesteuersatz von 16,1 % (16,1 %) verwendet.

Aktive latente Steuern ergeben sich aus den bestehenden Verlustvorträgen im Konzern und aus temporären Differenzen zwischen IFRS- und Steuerbilanz.

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Aktive latente Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen	1,3	0,9	0,4
temporären Differenzen	0,2	0,0	0,2
Summe	1,5	0,9	0,6

Im Konzern bestanden nach den aktuellen Steuerbescheiden zum 31.12.2012 steuerliche Verlustvorträge bei der DSV in Höhe von 51,3 Mio. € (50,5 Mio. €). Davon entfielen 26,7 Mio. € (26,3 Mio. €) auf die Körperschaftsteuer und 24,6 Mio. € (24,2 Mio. €) auf die Gewerbesteuer. Die Verlustvorträge der DSV stammen im Wesentlichen aus Wertberichtigungen, die in den vorangegangenen Geschäftsjahren vorgenommen worden sind.

Bei der LRB betragen die steuerlichen Verlustvorträge 73,1 Mio. € (73,0 Mio. €), die sich mit 68,8 Mio. € (67,7 Mio. €) aus der Körperschaftsteuer und mit 4,3 Mio. € (5,3 Mio. €) aus der Gewerbesteuer zusammensetzen. Die Verlustvorträge der LRB sind im Wesentlichen aus der Abschreibung von Beteiligungen bis zum Geschäftsjahr 1999 entstanden.

Für die Ermittlung der latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge wurde bei der DSV auf einen Planungshorizont von 20 Jahren (Basis 01.01.2006) zur Abwicklung ihrer Pensionsverpflichtungen und den Durchschnittsgewinn der letzten Jahre abgestellt. Auf Basis in Zukunft erwarteter negativer Ergebnisse wurden keine latenten Steuern auf die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer gebildet.

Der Planungshorizont der LRB wurde aufgrund der Planungsunsicherheiten ihrer Einkünfte, die im Wesentlichen auf Dividendenzahlungen basieren, auf fünf Jahre festgelegt.

Auf die Differenz im Ausweis der Pensionsrückstellungen zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz in Höhe von -0,5 Mio. € (0,5 Mio. €) wurde eine aktive latente Steuer von 162,2 Tsd. € (passive latente Steuer von 172,0 Tsd. €) gebildet.

	31. 12. 2012 Mio. €	Verbrauch Mio. €	Zuführung Mio. €	31. 12. 2013 Mio. €
DSV				
Körperschaftsteuer	0,0	0,0	0,1	0,1
Gewerbsteuer	0,0	0,0	0,1	0,1
Summe DSV	0,0	0,0	0,2	0,2
LRB				
Körperschaftsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewerbsteuer	0,9	0,2	0,6	1,3
Summe LRB	0,9	0,2	0,6	1,3
Summe	0,9	0,2	0,8	1,5

(48) Sonstige Vermögenswerte

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management (täglich fällig)	1 711,3	1 033,5	677,8
Periodenabgrenzung	1,4	1,2	0,2
Sonstiges	0,9	0,9	0,0
Summe	1 713,6	1 035,6	678,0

(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Täglich fällig	0,0	1,0	-1,0
Termingelder	1 404,0	204,0	1 200,0
Offenmarktgeschäfte	1 750,0	0,0	1 750,0
Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1 136,6	1 405,4	-268,8
Globaldarlehen	1 259,3	1 257,6	1,7
Summe	5 549,9	2 868,0	2 681,9
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>2 279,2</i>	<i>2 274,1</i>	<i>5,1</i>

(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Täglich fällig	104,7	67,6	37,1
Termingelder	303,5	39,4	264,1
Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	4 679,1	5 592,9	-913,8
Loan Agreements	36,8	47,4	-10,6
Sonstige	24,7	55,3	-30,6
Summe	5 148,8	5 802,6	-653,8
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>4 705,7</i>	<i>4 977,9</i>	<i>-272,2</i>

(51) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Medium Term Notes	46 256,8	48 946,3	-2 689,5
Globalanleihen	10 632,7	12 432,6	-1 799,9
Euro Commercial Papers	3 912,5	5 190,7	-1 278,2
Inhaberschuldverschreibungen	58,9	61,6	-2,7
Rentenbankbriefe	0,0	1,1	-1,1
Summe	60 860,9	66 632,3	-5 771,4
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>48 628,4</i>	<i>50 732,9</i>	<i>-2 104,5</i>

(52) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliederten sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Absicherung für:			
Grundgeschäfte im Hedge Accounting (Fair Value Hedge)	3 487,5	4 296,9	-809,4
Grundgeschäfte Designated as at Fair Value	2 188,9	940,8	1 248,1
Sonstige Grundgeschäfte	120,2	594,5	-474,3
Summe	5 796,6	5 832,2	-35,6
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>4 730,6</i>	<i>4 678,1</i>	<i>52,5</i>

Derivate zur Absicherung von sonstigen Grundgeschäften resultieren im Wesentlichen aus Sicherungs-

beziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting ineffektiv waren.

(53) Rückstellungen

	31. 12. 2012 Mio. €	Verbrauch Mio. €	Auflösung Mio. €	Zuweisung Mio. €	31. 12. 2013 Mio. €
Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	110,0	5,6	0,1	12,2	116,5
Andere Rückstellungen	12,4	1,2	0,3	4,2	15,1
Summe	122,4	6,8	0,4	16,4	131,6

a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Entwicklung der Pensionsverpflichtungen sowie die in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfassten Beträge zeigt folgende Aufstellung:

	2013 Mio. €	2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 01.01.	110,0	91,3	18,7
Laufender Dienstzeitaufwand	2,3	1,7	0,6
Zinsaufwand	3,6	4,1	-0,5
Entgeltumwandlung	0,4	0,5	-0,1
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus der Änderung			
demografischer Annahmen	3,4	0,1	3,3
finanzieller Annahmen	2,4	17,9	-15,5
Pensionsleistungen	-5,6	-5,6	0,0
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31.12.	116,5	110,0	6,5

Der laufende Dienstzeitaufwand und der Zinsaufwand sind als Verwaltungsaufwendungen erfasst, die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste in der Neubewertungsrücklage.

Von den Pensionsrückstellungen waren 111,0 Mio. € (104,6 Mio. €) nach mehr als zwölf Monaten fällig.

Die Pensionsverpflichtungen wurden im Wesentlichen unter folgenden versicherungsmathematischen Annahmen berechnet:

	31. 12. 2013	31. 12. 2012
Rechnungszins	3,25%	3,40%
Einkommenstrend		
Tariferhöhung	2,25%	2,25%
Karrieretrend bis Alter 45	1,00%	1,00%
Rententrend	2,00%	2,00%
Inflationsrate	2,00%	2,00%
Fluktuationsrate	2,00%	2,00%

Die Sensitivitätsanalyse zeigt, wie sich Änderungen der wesentlichen Bewertungsannahmen auf die Pensionsverpflichtung zum 31.12.2013 ausgewirkt hätten:

Bewertungsparameter	Sensitivität	Auswirkung auf
		Pensionsverpflichtung
		31. 12. 2013
		Mio. €
Rechnungszins	0,50%	-7,6
	-0,50%	8,5
Gehaltstrend	0,50%	7,5
	-0,50%	-6,8
Inflationsrate/Rententrend	0,25%	1,2
	-0,25%	-1,2
Lebenserwartung	+ 1 Jahr	6,4
	-1 Jahr	-6,5

Das Fälligkeitsprofil zeigt, welche Zahlungsströme mit der Pensionsverpflichtung wahrscheinlich verbunden sein werden:

	31. 12. 2013	31. 12. 2012
	Mio. €	Mio. €
Erwartete Leistungszahlungen im Geschäftsjahr		
2014	5,6	5,4
2015	5,6	5,4
2016	5,7	5,5
2017	5,8	5,6
2018	5,9	5,7
2019 bis 2023 (2022)	29,5	22,8
Durchschnittliche zahlungsgewichtete Restlaufzeit (Duration)	15 Jahre	15 Jahre

b) Andere Rückstellungen

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Beteiligungsabwicklung	5,9	6,5	-0,6
Förderung der Landwirtschaft	6,0	3,0	3,0
Sonstige Rückstellungen	3,2	2,9	0,3
Summe	15,1	12,4	2,7

Die Rückstellungen für Beteiligungsabwicklung betreffen die von der Rentenbank vertraglich übernommene Verpflichtung zur Deckung von Pensionszahlungen der in Abwicklung befindlichen Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main. Die Bank hat sich zusammen mit den anderen Gesellschaftern der DGL verpflichtet, anteilige Deckungsbeiträge zu leisten, um die Zahlungsfähigkeit der DGL bis zu deren voraussichtlicher Abwicklung in rund 50 Jahren sicherzustellen.

Bei den Rückstellungen für die Förderung der Landwirtschaft handelt es sich um noch nicht vergebene Mittel aus dem Förderungsfonds und dem Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen gebildet für eventuelle Zahlungen wegen Jubiläen, dem Vorruhestand und Prozesskosten.

(54) Nachrangige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Medium Term Notes	512,7	698,8	-186,1
Loan Agreements	108,9	157,8	-48,9
Schuldscheindarlehen	65,2	67,8	-2,6
Summe	686,8	924,4	-237,6
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>681,9</i>	<i>792,2</i>	<i>-110,3</i>

(55) Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern aus temporären Differenzen zwischen IFRS- und Steuerbilanz wurden zum 31.12.2013 aufgelöst.

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Temporäre Differenzen	0,0	0,2	-0,2
Summe	0,0	0,2	-0,2

	31. 12. 2012 Tsd. €	Auflösung Tsd. €	Zuführung Tsd. €	31. 12. 2013 Tsd. €
DSV				
Körperschaftsteuer	85,3	85,3	0,0	0,0
Gewerbsteuer	86,7	86,7	0,0	0,0
Summe	172,0	172,0	0,0	0,0

(56) Sonstige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management (täglich fällig)	524,8	3 669,7	-3 144,9
Diskontierte Förderbeiträge	20,1	16,9	3,2
Rechnungsabgrenzungsposten	9,7	16,2	-6,5
Abzugrenzende Schulden	5,5	5,7	-0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	3,4	4,4	-1,0
Summe	563,5	3 712,9	-3 149,4

Die Bank hat Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen (Credit Support Annex) erhalten. Diese werden kontrahentenbezogen aus den positiven Marktwerten unter Berücksichtigung der vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge ermittelt.

Die diskontierten Förderbeiträge betreffen die Zinsunterdeckungen und Verwaltungskostenpauschalen von zugesagten, aber noch nicht ausgezahlten Programmkrediten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind die barwertig erhaltenen Vorauszahlungen von Zinsverbilligungen

dargestellt. Diese Zinsverbilligungen verringern die Zinskosten und werden von Bundesländern im Rahmen der Investitionsförderprogramme geleistet. Die Bank gibt sie in Verbindung mit ihren Förderkrediten an die Landwirtschaft weiter.

Die abzugrenzenden Schulden beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Abschlussvergütungen.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten waren als größter Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 1,2 Mio. € (1,3 Mio. €) enthalten.

(57) Eigenkapital

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen			
Hauptrücklage	858,2	769,9	88,3
Deckungsrücklage	67,4	115,9	-48,5
Andere Gewinnrücklagen	2 073,9	1 667,0	406,9
Summe Gewinnrücklagen	2 999,5	2 552,8	446,7
Neubewertungsrücklage			
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Available for Sale-Instrumenten	70,8	-179,6	250,4
Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste aus Pensionsverpflichtungen	-24,3	-18,5	-5,8
Summe Neubewertungsrücklage	46,5	-198,1	244,6
Bilanzgewinn	13,3	12,8	0,5
Summe	3 194,3	2 502,5	691,8

Die Haupt- und Deckungsrücklage nach dem LwRent-BkG werden aus dem Jahresabschluss der Bank in den Konzern übergeleitet. Der verbleibende Konzernjah-

resüberschuss wurde unter Anrechnung des auszuschüttenden Bilanzgewinns in den anderen Gewinnrücklagen berücksichtigt.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(58) Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien

31.12.2013	Loans and Receivables Mio. €	Available for Sale Mio. €	Held to Maturity Mio. €	Held for Trading Mio. €	Designa- ted as at Fair Value Mio. €	Summe Mio. €
Guthaben Zentralnotenbanken	32,4					32,4
Forderungen an Kreditinstitute	41 142,7				8 608,2	49 750,9
Forderungen an Kunden	5 269,5				301,1	5 570,6
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	677,3					677,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten				3 236,1		3 236,1
Finanzanlagen		13 148,1	3 018,0		4 728,3	20 894,4
Sonstige Vermögenswerte	1 711,3					1 711,3
Summe Aktiva	48 833,2	13 148,1	3 018,0	3 236,1	13 637,6	81 873,0

			Other Liabilities Mio. €	Held for Trading Mio. €	Designa- ted as at Fair Value Mio. €	Summe Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			1 071,9		4 478,0	5 549,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			3 423,0		1 725,8	5 148,8
Verbriefte Verbindlichkeiten			20 894,1		39 966,8	60 860,9
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten				5 796,6		5 796,6
Nachrangige Verbindlichkeiten			65,2		621,6	686,8
Sonstige Verbindlichkeiten			525,0			525,0
Summe Passiva			25 979,2	5 796,6	46 792,2	78 568,0

31.12.2012	Loans and Receivables Mio. €	Available for Sale Mio. €	Held to Maturity Mio. €	Held for Trading Mio. €	Designa- ted as at Fair Value Mio. €	Summe Mio. €
Guthaben Zentralnotenbanken	204,2					204,2
Forderungen an Kreditinstitute	38 364,7				12 799,3	51 164,0
Forderungen an Kunden	4 299,8				352,6	4 652,4
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 210,7					1 210,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten				7 486,4		7 486,4
Finanzanlagen		14 240,7	2 422,5		5 925,5	22 588,7
Sonstige Vermögenswerte	1 033,5					1 033,5
Summe Aktiva	45 112,9	14 240,7	2 422,5	7 486,4	19 077,4	88 339,9

			Other Liabilities Mio. €	Held for Trading Mio. €	Designa- ted as at Fair Value Mio. €	Summe Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			1 336,0		1 532,0	2 868,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			4 234,8		1 567,8	5 802,6
Verbriefte Verbindlichkeiten			18 859,9		47 772,4	66 632,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten				5 832,2		5 832,2
Nachrangige Verbindlichkeiten			67,8		856,6	924,4
Sonstige Verbindlichkeiten			3 669,9			3 669,9
Summe Passiva			28 168,4	5 832,2	51 728,8	85 729,4

(59) Finanzinstrumente der Kategorie „Designated as at Fair Value“

	Forderungen		Finanzanlagen		Verbindlichkeiten	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
maximales Ausfallrisiko zum 31.12.	8 909,3	13 151,9	4 728,3	5 925,5	-	-
Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Änderungen beim Ausfallrisiko						
- in der Berichtsperiode	0,9	-3,2	-0,6	-5,5	0,0	0,0
- kumuliert	-0,7	-55,7	-4,5	-91,9	0,0	0,0

Die ausfallrisikobedingten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als der Betrag der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts bestimmt, der nicht auf marktpreisrisikobedingte Änderungen zurückzuführen ist. Das bedeutet, dass diese Größe auf Basis der Bewertungseffekte aus Änderungen der Bonitätseinstufung von Geschäftspartnern bzw. der eigenen Bonität ermittelt wird.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten enthielt in der Berichtsperiode sowie in den Vorjahren nur marktbedingte Änderungen. Das Bonitätsrating der Bank und damit der Verbindlichkeiten blieb im Jahr 2013 – ebenso wie in den Vorjahren – unverändert.

	Verbindlichkeiten		
	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Buchwert	42 864,6	50 844,3	-7 979,7
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	42 668,2	49 701,4	-7 033,2
Differenz	-196,4	-1 142,9	946,5
davon:			
Kapitalisierung zukünftig fälliger Zinsen	-962,1	-1 052,5	90,4

Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglich vereinbarter Rückzahlung bei Fälligkeit resultiert – neben der Bewertung zum beizulegenden

Zeitwert – aus der Kapitalisierung zukünftig fälliger Zinsen, insbesondere bei Null-Kupon-Anleihen.

(60) Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien

	Gewinn- und Verlustrechnung				Sonstiges Ergebnis	
	Ergebnis aus Finanzanlagen		Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung		Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Held for Trading	0,0	0,0	-58,8	-211,0	0,0	0,0
Designated as at Fair Value	0,0	0,0	1 003,3	-356,8	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	-864,4	736,2	0,0	0,0
Available for Sale	0,0	3,1	-385,2	275,0	248,3	575,3
Held to Maturity	0,0	0,0	0,0	0,0	2,1	8,5
Other Liabilities	0,0	0,0	526,3	-499,1	0,0	0,0
Summe	0,0	3,1	221,2	-55,7	250,4	583,8

(61) Angaben zum beizulegenden Zeitwert

Finanzinstrumente mit Bilanzansatz zum beizulegenden Zeitwert zeigen die folgenden Übersichten:

31.12.2013	Beizulegender Zeitwert Mio. €	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. €	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. €	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	8 608,2	0,0	4 899,5	3 708,7
Forderungen an Kunden	301,1	0,0	299,5	1,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3 236,1	0,0	3 236,1	0,0
Finanzanlagen	17 757,6	11 069,2	6 639,2	49,2
Summe Aktiva	29 903,0	11 069,2	15 074,3	3 759,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4 478,0	0,0	4 478,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 725,8	0,0	467,8	1 258,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	39 966,8	19 671,3	20 139,1	156,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5 796,6	0,0	5 796,6	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	621,6	0,0	0,0	621,6
Summe Passiva	52 588,8	19 671,3	30 881,5	2 036,0

Die Forderungen an Kreditinstitute in Level 3 betreffen im Wesentlichen die zinsverbilligten Programmkredite.

31.12.2012	Beizulegender Zeitwert Mio. €	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. €	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. €	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	12 799,3	0,0	4 518,4	8 280,9
Forderungen an Kunden	352,6	0,0	0,0	352,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 486,4	0,0	7 486,4	0,0
Finanzanlagen	20 047,4	15 520,1	4 417,1	110,2
Summe Aktiva	40 685,7	15 520,1	16 421,9	8 743,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 532,0	0,0	1 532,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 567,8	0,0	290,6	1 277,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	47 772,4	31 551,4	16 104,0	117,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5 832,2	0,0	5 832,2	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	856,6	0,0	0,0	856,6
Summe Passiva	57 561,0	31 551,4	23 758,8	2 250,8

In Buchwerten zum 31.12.2013 wurden zwischen den Leveln 1 und 2 übertragen:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €
Übertragungen von Level 1 nach Level 2		
Finanzanlagen	3 500,0	2 977,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 761,8	6 759,1
Übertragungen von Level 2 nach Level 1		
Finanzanlagen	0,0	507,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	1 625,9

Die Übertragungen wurden vorgenommen, da quotierte Preise auf aktiven Märkten vorlagen bzw. weggefallen sind.

Überleitungsrechnung für die Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert in Level 3:

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Beizulegender Zeitwert zum 01.01.	8 280,9	0,0	352,6	0,0	110,2	0,0
Übertragungen in Level 3	0,0	8 217,7	0,0	353,4	16,6	90,7
Übertragungen aus Level 3	3 058,5	0,0	299,3	0,0	0,0	0,0
Gewinne und Verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung im Sonstigen Ergebnis	-28,0	48,6	-1,7	-1,1	-4,2	-2,1
Käufe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	20,5
Verkäufe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Fälligkeiten	1 478,1	0,0	50,0	0,0	72,7	0,0
Veränderung Zinsabgrenzung	-7,6	14,6	0,0	0,3	-0,6	1,0
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	3 708,7	8 280,9	1,6	352,6	49,2	110,2
Unrealisierte Gewinne und Verluste in der GuV aus den Vermögenswerten zum 31.12.	-25,5	48,6	-1,4	-1,1	-4,3	-2,1

Die Übertragungen aus Level 3 für die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erfolgten für Schuld-scheindarlehen und Namenspapiere. Für diese Finanzinstrumente basierte der Credit-Spread im Vorjahr im

Wesentlichen auf nicht beobachtbaren Inputparametern. Diese konnten im Geschäftsjahr 2013 durch entsprechend beobachtbare Marktparameter ersetzt werden.

	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten		Nachrangige Verbindlichkeiten	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Beizulegender Zeitwert zum 01.01.	1 277,2	0,0	117,0	0,0	856,6	0,0
Übertragungen in Level 3	0,0	940,8	178,7	125,5	0,0	844,6
Übertragungen aus Level 3	0,0	0,0	117,0	0,0	0,0	0,0
Gewinne und Verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung im Sonstigen Ergebnis	-44,6	-323,7	22,1	11,7	111,9	-6,6
Neuemissionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Fälligkeiten	63,8	0,0	0,0	0,0	120,4	0,0
Veränderung Zinsabgrenzung	0,0	12,7	-0,2	3,2	-2,7	5,4
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	1 258,0	1 277,2	156,4	117,0	621,6	856,6
Unrealisierte Gewinne und Verluste in der GuV aus den Verbindlichkeiten zum 31.12.	-42,4	-323,7	22,1	11,7	107,8	-6,6

Übertragungen werden unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt des Ereignisses, das die Übertragung verursacht hat, immer zu Beginn der Berichtsperiode erfasst.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte in Level 3 wurden folgende unbeobachtbare Bewertungsparameter verwendet:

31.12.2013	Beizulegender Zeitwert Mio. €	Bewertungsmethode	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungsparameter	Bandbreite (gewichteter Durchschnitt) in BP	Sensitivität +40BP Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	3 708,7	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Programmkredite mit Rückzahlungsstruktur	-5 bis 36 (4,3)	-44,8
Forderungen an Kunden	1,6	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Schuldscheindarlehen von Unternehmen	17 bis 1293 (0,4)	0,0
Finanzanlagen	49,2	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Anleihen mit Gewährträgerhaftung	-6 bis 5 (-3)	-0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 258,0	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in EUR für Restlaufzeiten > 9 Jahre	-2 bis 28 (14)	97,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	156,4	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in NOK	4 bis 7 (4,7)	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	621,6	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für nachrangige Emissionen	0 bis 48 (15,2)	26,1

31.12.2012	Beizulegender Zeitwert	Bewertungs- methode	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungsparameter	Bandbreite (gewichteter Durchschnitt)	Sensitivität +40BP
	Mio. €			in BP	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	8 280,9	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	-79 bis 1 293 (13,4)	-101,4
Forderungen an Kunden	352,6	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	1 bis 6 846 (31,9)	-3,6
Finanzanlagen	110,2	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Anleihen mit Gewährträgerhaftung	-1 bis 5 (3,3)	-0,6
			Creditspread für von ausländischen Regierun- gen garantierte Anleihen	-26 (-26)	-0,1
			Credit-Spread für ungesicherte Anleihen mit BBB-Rating	322 (322)	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 277,2	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in EUR für Restlauf- zeiten > 9 Jahre	6 bis 26 (17)	115,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	117,0	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in BRL	20 (20)	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	856,6	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für nachrangige Emissionen	2 bis 45 (24,1)	34,1

Angabe des beizulegenden Zeitwerts im Anhang:

Bei allen Finanzinstrumenten, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, wird dem beizulegenden Zeitwert der Buchwert gegenübergestellt.

	31.12.2013			31.12.2012		
	Beizulegen- der Zeitwert Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €	Beizulegen- der Zeitwert Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €
Barreserve	32,4	32,4	0,0	204,2	204,2	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	41 819,5	41 142,7	676,8	39 985,6	38 364,7	1 620,9
Forderungen an Kunden	5 319,2	5 269,5	49,7	4 386,5	4 299,8	86,7
Portfoliobewertung						
Bilanzgeschäfte	677,3	677,3	0,0	1 210,7	1 210,7	0,0
Finanzanlagen	3 124,1	3 018,0	106,1	2 552,1	2 422,5	129,6
Summe Aktiva	50 972,5	50 139,9	832,6	48 339,1	46 501,9	1 837,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 117,3	1 071,9	45,4	1 399,5	1 336,0	63,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 469,4	3 423,0	46,4	4 390,7	4 234,8	155,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 051,1	20 894,1	157,0	19 005,7	18 859,9	145,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	63,7	65,2	-1,5	67,0	67,8	-0,8
Summe Passiva	25 701,5	25 454,2	247,3	24 862,9	24 498,5	364,4

In den Finanzanlagen sind Beteiligungen an zwei Banken und mehreren Unternehmen mit Buchwerten von insgesamt 118,8 Mio. € (118,8 Mio. €) enthalten. Für diese Beteiligungen ließ sich der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermitteln. Die Beteiligungen werden nicht auf einem aktiven Markt gehandelt,

sodass keine quotierten Preise zur Verfügung stehen. Auch eine Modellbewertung ist nicht möglich, da die zukünftigen Zahlungsströme nicht verlässlich geschätzt werden können. Es ist nicht beabsichtigt, diese Beteiligungen zu veräußern.

Die im Anhang angegebenen beizulegenden Zeitwerte waren folgenden Hierarchieleveln zugeordnet:

31.12.2013	Beizulegender Zeitwert Mio. €	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. €	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. €	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	41 819,5	0,0	11 413,4	30 406,1
Forderungen an Kunden	5 319,2	0,0	4 946,4	372,8
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	677,3	0,0	677,3	0,0
Finanzanlagen	3 124,1	1 519,5	1 604,6	0,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	18,8	0,0	0,0	18,8
Summe Aktiva	50 958,9	1 519,5	18 641,7	30 797,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 117,3	0,0	1 086,8	30,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 469,4	0,0	2 277,6	1 191,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 051,1	17 814,5	3 236,6	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	63,7	0,0	0,0	63,7
Summe Passiva	25 701,5	17 814,5	6 601,0	1 286,0

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden in Level 3 betreffen im Wesentlichen die zinsverbilligten Programmkredite.

31.12.2012	Beizulegender Zeitwert Mio. €	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. €	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. €	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	39 985,6	0,0	0,0	39 985,6
Forderungen an Kunden	4 386,5	0,0	0,0	4 386,5
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 210,7	0,0	1 210,7	0,0
Finanzanlagen	2 552,1	2 065,6	486,5	0,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	18,5	0,0	0,0	18,5
Summe Aktiva	48 153,4	2 065,6	1 697,2	44 390,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 399,5	0,0	1 367,4	32,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 390,7	0,0	3 171,8	1 218,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	19 005,7	17 868,7	1 137,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	67,0	0,0	0,0	67,0
Summe Passiva	24 862,9	17 868,7	5 676,2	1 318,0

(62) Derivative Geschäfte

Aufteilung nach Risiken:

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsrisiken	91 070,6	89 243,6	1 921,5	2 816,0	3 775,0	5 008,2
Währungsrisiken	40 292,8	48 700,0	1 310,5	4 667,1	2 021,6	824,0
Aktien- und sonstige Preisrisiken	30,0	30,0	4,1	3,3	0,0	0,0
Summe	131 393,4	137 973,6	3 236,1	7 486,4	5 796,6	5 832,2

Aufteilung nach Kontrahenten:

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Banken in der OECD	119 186,7	126 349,7	2 852,9	6 638,0	5 352,1	5 293,1
Nichtbanken in der OECD	10 437,5	9 565,1	381,7	846,3	294,7	317,3
Öffentliche Stellen in der OECD	1 769,2	2 058,8	1,5	2,1	149,8	221,8
Summe	131 393,4	137 973,6	3 236,1	7 486,4	5 796,6	5 832,2

Sonstige Angaben

(63) Eigenkapitalmanagement

Über die Anlage des Eigenkapitals im Segment „Kapitalstockanlage“ entscheidet der Vorstand. Von zentraler Bedeutung sind dabei die prognostizierten Zinsentwicklungen als auch Fälligkeitsstrukturen.

(64) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Gemäß IAS 1.135 ist im Konzernabschluss über die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel zu berichten.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns wurden nach den Vorschriften der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß dem im § 10a Abs. 7 KWG verankerten Wahlrecht wurde dabei nicht der nach den IFRS aufgestellte Konzernabschluss zugrunde gelegt. Die Eigenmittel wurden gemäß § 64h Abs. 4 KWG nach dem Aggregationsverfahren auf Basis der nach HGB aufgestellten Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften ermittelt. Somit bestehen in den folgenden ausgewiesenen Posten Abweichungen sowohl zum Konzernabschluss nach IFRS als auch zum Jahresabschluss nach HGB. Beim Aggregationsverfahren werden die Eigenmittel der einbezogenen Gesellschaften nicht konsolidiert, sondern unter Abzug der Beteiligungsbuchwerte addiert. Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital (haftendes Eigenkapital) zusammen.

Die Zusammensetzung der aggregierten Eigenmittel zum 31.12.2013 auf Basis der HGB-Werte ist folgender Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Gezeichnetes Kapital	176	176	0
Offene Rücklagen	920	882	38
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2 175	1 884	291
Immaterielle Vermögensgegenstände	-18	-15	-3
Verlustvortrag	-13	-13	0
Kernkapital	3 240	2 914	326
Nachrangige Verbindlichkeiten	623	765	-142
Übrige Bestandteile	100	79	21
Ergänzungskapital	723	844	-121
Haftendes Eigenkapital	3 963	3 758	205
Drittangmittel	0	0	0
<i>davon genutzte Drittangmittel</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Summe Eigenmittel	3 963	3 758	205

Gemäß Solvabilitätsverordnung darf die Kernkapitalquote 4 % und die Gesamtkapitalquote 8 % nicht unterschreiten.

Zum Berichtstag ergaben sich für die Institutsgruppe folgende Kennziffern:

	31.12.2013 %	31.12.2012 %
Kernkapitalquote gemäß SolvV	23,9	21,9
Gesamtkapitalquote gemäß SolvV	29,3	28,2

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im Berichtsjahr – ebenso wie im Vorjahr – jederzeit eingehalten.

(65) Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte

Das Derivategeschäft wird im Konzern von der Bank ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken getätigt und beschränkt sich auf Geschäftspartner im EU-/OECD-Raum. Die Bank hat mit allen solchen Kontrahenten Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch werden die über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehenden positiven Marktwerte aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro besichert. Anderer-

seits verpflichtet sich die Bank bei negativem Marktwert Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die gestellten und erhaltenen Sicherheiten werden täglich mit EONIA verzinst, die Zinsen monatlich gezahlt.

Die positiven und negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten werden nicht gemäß IAS 32.42 bilanziell saldiert, sondern brutto ausgewiesen.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €
Brutto-Buchwert	3 236,1	7 486,4	5 796,6	5 832,2
Barsicherheiten aus Collateral Management	524,8	3 669,7	1 711,3	1 033,5

Für gedeckte Schuldverschreibungen in Höhe von 1 342,6 Mio. € (2 347,9 Mio. €) waren folgende Vermögenswerte als Sicherheiten in die Deckungsregister eingetragen:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	4 960,0	6 718,5	-1 758,5
Forderungen an Kunden	572,4	627,4	-55,0

Zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft bestanden zum Bilanzstichtag frei verfügbare Refinanzierungsfazilitäten in Höhe von insgesamt nominal 20169 Mio. € (24104 Mio. €). Zum 31.12.2013 hatte die Bank besicherte Termingelder in Höhe von 800 Mio. € (0 Mio. €) aufgenommen. Ende 2013 waren Wertpapiere mit einem Nominalwert von 1750 Mio. € im Rahmen eines Offenmarktgeschäfts mit der Deutschen Bundesbank dort kreditiert.

Zum 31.12.2013 bestanden Forderungen aus Geldgeschäften in Höhe von 1,1 Mrd. € (2,5 Mrd. €) gegenüber der Eurex Clearing AG. Hierfür hatte die Bank Wertpapiere mit einem Nominalwert von 1,1 Mrd. € (2,5 Mrd. €) als Sicherheit erhalten. Im Rahmen der Besicherungsvereinbarung hinterlegte die Bank Wertpapiere mit einem Nominalwert von 0,4 Mrd. € (1,5 Mrd. €) als Initial Margin.

(66) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	Änderung Mio. €
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2,0	3,0	-1,0
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	115,2	496,2	-381,0
Summe	117,2	499,2	-382,0

Die Eventualverbindlichkeiten beinhalten ausschließlich Ausfallbürgschaften für zinsverbilligte Kredite. Hierfür bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand zugunsten der Bank, die die Ausfallbürgschaften zu 100 % absichern. Mit der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften ist nicht zu rechnen.

Die anderen Verpflichtungen enthalten unwiderrufliche Kreditzusagen aus dem Kreditbereich. Diese Zusagen werden voraussichtlich im Jahr 2014 in Anspruch genommen.

(67) Anteilsbesitzliste

	Gezeichnetes Kapital		Anteil am Kapital		Einbezug in den Konzernabschluss	
	31. 12. 2013 Mio. €	31. 12. 2012 Mio. €	31. 12. 2013 %	31. 12. 2012 %	31. 12. 2013	31. 12. 2012
LR-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt	28,6	28,6	100,0	100,0	ja	ja
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt	17,9	17,9	100,0	100,0	ja	ja
Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt	7,7	7,7	100,0	100,0	nein	nein
Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt	8,7	8,7	25,1	25,1	nein	nein
LAND-DATA Beteiligungs GmbH, Hannover	0,8	0,8	10,9	10,9	nein	nein
LAND-DATA GmbH, Hannover	1,0	1,0	10,9	10,9	nein	nein
Landgesellschaft Mecklenburg- Vorpommern mbH, Leezen	10,2	10,2	9,8	9,8	nein	nein
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	0,8	0,8	6,3	6,3	nein	nein
Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH, Magdeburg	9,2	9,2	5,6	5,6	nein	nein
DZ BANK AG Deutsche Zentral- Genossenschaftsbank, Frankfurt	3 160,1	3 160,1	3,4	3,4	nein	nein
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	27,5	27,5	3,2	3,2	nein	nein

Die Anteile der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, wurden aufgrund von Wesentlichkeitsaspekten nicht in den Konzern-

abschluss einbezogen. Die restlichen Gesellschaften werden weder beherrscht noch kann ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die aktuell verfügbaren Finanzinformationen nach HGB der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH,

Frankfurt am Main, als assoziiertes Unternehmen stellen sich zusammenfassend wie folgt dar:

	31. 12. 2012	31. 12. 2011
	Tsd. €	Tsd. €
Vermögenswerte	21 554,1	22 588,1
Schulden	13 936,7	14 807,2
Jahresfehlbetrag	-0,2	-0,2

(68) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Nach den Vorschriften des IAS 24 sind die Geschäfte zwischen nahestehenden Personen und dem Konzern der Rentenbank darzustellen. Als nahestehende Personen gelten die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats, das Bundesministerium für Ernährung

und Landwirtschaft sowie die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen und die nicht at equity-bewerteten assoziierten Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main).

Folgende Geschäfte wurden mit nahestehenden Personen und Unternehmen getätigt:

	Vorstand		Tochterunternehmen		Assoziierte Unternehmen	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Einlagen	172,4	289,6	472,2	9 160,5	437,6	430,5

Die genannten Einlagen sind unbesichert, variabel verzinst, täglich fällig und entsprechen den allgemein gültigen Konditionen für Mitarbeiter der Rentenbank. Kredit- und Wertpapiergeschäfte wurden nicht getätigt.

Für die von der Rentenbank vertraglich übernommene Verpflichtung zur Deckung von Pensionszahlungen der in Abwicklung befindlichen Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, bestanden Rückstellungen von 5,9 Mio. € (6,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr hat die Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (GiG) dem Konzern ein Darlehen in Höhe von 8,5 Mio. € gewährt. Hierfür wurden 6,6 Tsd. € an Zinszahlungen geleistet. Zwischen der GiG und dem Konzern besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Daraus flossen Erträge in Höhe von 90,3 Tsd. € (89,4 Tsd. €) zu. Für Revisionsleistungen des Konzerns entstand bei der GiG in 2013 ein Aufwand von 7,5 Tsd. € (4,5 Tsd. €). Aus Pensionsunterdeckungsverpflichtungen hatte die GiG für 2013 einen Anspruch von 108,8 Tsd. € (54,9 Tsd. €) gegenüber dem Konzern. Auf Grundlage eines Ergebnisabführungsvertrags hat der Konzern den Jahresfehlbetrag der GiG in Höhe von 70,0 Tsd. € (62,7 Tsd. €) übernommen.

Auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags zahlte die Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, im Jahr 2013 24,6 Tsd. € (24,6 Tsd. €) an die Rentenbank.

Es wurden keine Geschäfte mit Verwaltungsratsmitgliedern abgeschlossen.

Die Bank untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Aufsichtsbehörde), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen trifft. Die Aufsichtsbehörde trägt dafür Sorge, dass der Geschäftsbetrieb der Bank mit dem öffentlichen Interesse insbesondere an der Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sowie mit den Gesetzen und der Satzung in Einklang steht.

Wesentliche Geschäftsvorfälle mit der Aufsichtsbehörde oder mit Unternehmen, die ebenfalls unter der Kontrolle oder dem maßgeblichen Einfluss der Aufsichtsbehörde stehen, wurden im Jahr 2013 – ebenso wie im Vorjahr – nicht getätigt.

Für die einzelnen Mitglieder des Vorstands wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2013 festgesetzt:

	Fixe Bezüge		Variable Bezüge		Sonstige Bezüge		Gesamtbezüge	
	2013 Tsd. €	2012 Tsd. €	2013 Tsd. €	2012 Tsd. €	2013 Tsd. €	2012 Tsd. €	2013 Tsd. €	2012 Tsd. €
Hans Bernhardt	510,0	510,0	245,0	235,0	37,0	35,9	792,0	780,9
Dr. Horst Reinhardt	510,0	510,0	245,0	235,0	24,7	24,6	779,7	769,6
Summe	1 020,0	1 020,0	490,0	470,0	61,7	60,5	1 571,7	1 550,5

Die Bezüge sind ausschließlich kurzfristige Leistungen, die spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres gezahlt werden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands beliefen sich zum 31.12.2013 auf 6438,6 Tsd. € (5792,3 Tsd. €). Der Personalaufwandsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen der Mitglieder des Vorstands betrug im Jahr 2013 421,6 Tsd. € (292,9 Tsd. €).

Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands sowie früheren Geschäftsführern und ihren Hinterbliebenen bestanden zum 31.12.2013 Pensions- und andere Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 18 122,2 Tsd. € (17 700,5 Tsd. €). An laufenden Versorgungsleistungen

und anderen Bezügen sind 1 247,9 Tsd. € (1 219,6 Tsd. €) gezahlt worden.

Gemäß der Vergütungsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten der Vorsitzende des Verwaltungsrats 30,0 Tsd. € (30,0 Tsd. €), sein Stellvertreter 20,0 Tsd. € (20,0 Tsd. €) und alle weiteren Verwaltungsratsmitglieder jeweils 10,0 Tsd. € (10,0 Tsd. €) jährliche Grundvergütung. Hinzu kommen je Ausschussmitgliedschaft 2,0 Tsd. € (2,0 Tsd. €) bzw. für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden 4,0 Tsd. € (4,0 Tsd. €).

Für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr erhielten die Verwaltungsratsmitglieder insgesamt 298,1 Tsd. € (295,1 Tsd. €) inklusive Umsatzsteuer.

In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge (jeweils ohne Umsatzsteuer) aufgelistet:

	Mitgliedschaft		Vergütung	
	2013	2012	2013 Tsd. €	2012 Tsd. €
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender bis 07.11.2013)	01.01. – 07.11.	01.01. – 31.12.	43,4	44,0
Joachim Rukwied (Vorsitzender ab 08.11.2013)	01.01. – 31.12.	29.06. – 31.12.	16,7	5,6
Ilse Aigner*	01.01. – 30.09.	01.01. – 31.12.	16,5	22,0
Dr. Hans-Peter Friedrich*	01.10. – 31.12.	–	5,0	–
Dr. Hermann Onko Aeikens	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	10,0	10,0
Dr. Helmut Born	01.01. – 30.09.	01.01. – 31.12.	10,5	14,0
Georg Fahrenschon	01.01. – 31.12.	05.07. – 31.12.	12,0	5,6
Udo Folgart	08.11. – 31.12.	–	2,0	–
Heinrich Haasis	–	01.01. – 04.07.	–	7,0
Dr. Robert Habeck	01.01. – 31.12.	14.06. – 31.12.	10,0	5,4
Dr. Werner Hildenbrand	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	10,0	10,0
Werner Hilse	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	12,0
Ulrike Höfken	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	10,0	10,0
Wolfgang Kirsch	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	14,0
Dr. Robert Kloos	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	14,0
Bernhard Krüsken	01.10. – 31.12.	–	3,2	–
Franz-Josef Möllers	–	01.01. – 28.06.	–	6,0
Klaus-Peter Müller	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	16,0	16,0
Manfred Nüssel	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	12,0
Dr. Juliane Rumpf**	–	01.01. – 13.06.	–	4,6
Harald Schaum	27.12. – 31.12.	–	–	–
Brigitte Scherb	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	12,0
Norbert Schindler	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	10,6
Dr. Klaus Stein	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	14,0
Klaus WieseHügel	01.01. – 30.09.	01.01. – 31.12.	9,0	12,0
Gesamtvergütung			264,3	260,8

* direkte Spende an den Förderverein Caritas Kinderdorf Irschenberg

** oder Vertreter

Zusatzangaben nach HGB

(69) Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	männlich		weiblich		Summe	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Vollzeitbeschäftigte	132	129	80	81	212	210
Teilzeitbeschäftigte	5	4	39	36	44	40
Summe	137	133	119	117	256	250

(70) Abschlussprüferhonorare

	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	233,3	308,0
Andere Bestätigungsleistungen	83,6	68,7
Sonstige Leistungen	39,4	4,0

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wurde abgegeben und ist auf der Internetseite der Rentenbank öffentlich zugänglich.

Frankfurt am Main, den 4. März 2014

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf ein-

schließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2014

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie

die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 4. März 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard
Wirtschaftsprüfer

Liebermann
Wirtschaftsprüfer

Organe (Stand 01. März 2014)

Vorstand

Dr. Horst Reinhardt (Sprecher), Dipl.-Volkswirt, MBA
Hans Bernhardt, Dipl.-Kaufmann

Verwaltungsrat

Vorsitzender:

Joachim Rukwied
Präsident des Deutschen Bauernverbands e. V., Berlin
(ab 08.11.2013)

Gerd Sonnleitner
Ehrenpräsident des Deutschen Bauernverbands e. V., Berlin
(bis 07.11.2013)

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Christian Schmidt MdB
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
(ab 17.02.2014)

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
(01.10.2013 bis 17.02.2014)

Ilse Aigner MdB
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz, Berlin (bis 30.09.2013)

Vertreter des Deutschen Bauernverbands e.V.:

Udo Folgart
Präsident des Landesbauernverbands Brandenburg e. V.,
Teltow/Ruhlsdorf (ab 08.11.2013)

Werner Hilse
Präsident des Landvolk Niedersachsen-Landesbauernverbands e. V.,
Hannover

Bernhard Krüsken
Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e. V., Berlin
(ab 01.10.2013)

Brigitte Scherb
Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbands e. V., Berlin

Norbert Schindler MdB
Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz
Süd e.V., Berlin

Dr. Helmut Born
Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e. V., Berlin
(bis 30.09.2013)

Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.:

Manfred Nüssel
Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands e.V., Berlin

Vertreter der Ernährungswirtschaft:

Dr. Werner Hildenbrand
Stv. Vorsitzender des Vorstands der Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Berlin

Landwirtschaftsminister der Länder:

Bayern:
Helmut Brunner
Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München
(ab 01.01.2014)

Rheinland-Pfalz:
Ulrike Höfken
Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung,
Weinbau und Forsten, Mainz (bis 31.12.2013)

Brandenburg:

Jörg Vogelsänger

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft, Potsdam
(ab 01.01.2014)

Sachsen-Anhalt:

Dr. Hermann Onko Aeikens

Minister für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt,
Magdeburg (bis 31.12.2013)

Bremen:

Prof. Matthias Stauch

Staatsrat beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Bremen
(ab 01.01.2014)

Schleswig-Holstein:

Dr. Robert Habeck

Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel (bis 31.12.2013)

Vertreter der Gewerkschaften:

Harald Schaum

Stv. Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt,
Frankfurt am Main (ab 27.12.2013)

Klaus Wiesehügel

Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt,
Frankfurt am Main (bis 30.09.2013)

Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft:

Dr. Robert Kloos

Staatssekretär, Berlin

Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:

Dr. Klaus Stein

Ministerialdirigent, Berlin

Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:

Georg Fahrenschon

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e. V.,
Berlin

Klaus-Peter Müller

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG,
Frankfurt am Main

Wolfgang Kirsch

Vorsitzender des Vorstands der DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

Anstaltsversammlung

Vom Land Baden-Württemberg berufen:

Gerd Hockenberger

Ehrenpräsident des Landesbauernverbands
in Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Werner Räßle

Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen
Hauptverbands e. V., Freiburg

Vom Freistaat Bayern berufen:

Werner Reihl

Arzberg-Bergnersreuth

Jürgen Ströbel

Rügland

Von den Ländern Berlin und Brandenburg berufen:

Jürgen Ebel
Oberkrämer-Vehlefan

Karsten Jennerjahn
Präsident des Bauernbunds Brandenburg e.V., Schrepkow

Bernhard Groß
Landesbauernverband Brandenburg e.V., Tauche

Von der Freien Hansestadt Bremen berufen:

Hermann Sündermann
Präsident der Landwirtschaftskammer Bremen, Bremen

Von der Freien und Hansestadt Hamburg berufen:

Heinz Behrmann
Präsident des Bauernverbands Hamburg e.V., Hamburg

Vom Land Hessen berufen:

Jürgen Mertz
Präsident des Hessischen Gärtnereiverbands e.V., Hadamar

Friedhelm Schneider
Präsident des Hessischen Bauernverbands e.V., Friedrichsdorf

Vom Land Mecklenburg-Vorpommern berufen:

Harald Nitschke
Geschäftsführer der Raminer Agrar GmbH, Ramin

Rainer Tietböhl
Präsident des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Neubrandenburg

Vom Land Niedersachsen berufen:

Heinz Korte
Vizepräsident des Landvolk Niedersachsen-
Landesbauernverbands e.V., Bremervörde

Helmut Meyer
Vizepräsident des Landvolk Niedersachsen-
Landesbauernverbands e.V., Betheln

Vom Land Nordrhein-Westfalen berufen:

Johannes Frizen
Präsident der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen,
Alfter

Friedrich Ostendorff MdB
Landwirt, Bergkamen

Vom Land Rheinland-Pfalz berufen:

Leonhard Blum
Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Nassau e.V.,
Niederbettingen

Michael Prinz zu Salm-Salm
Schloss Wallhausen

Vom Saarland berufen:

Klaus Fontaine
Präsident des Bauernverbands Saar e.V., Saarwellingen

Vom Freistaat Sachsen berufen:

Gerhard Förster

Vizepräsident des Sächsischen Landesbauernverbands e.V.,
Dresden

Roland Freiherr von Fritsch

Präsident des Verbands der privaten Landwirte
und Grundeigentümer Sachsen e.V. – VDL, Rackwitz

Vom Land Sachsen-Anhalt berufen:

Jochen Dettmer

Vorstandsmitglied des Bauernbunds Sachsen-Anhalt e.V.,
Belsdorf

Torsten Wagner

Vorstandsmitglied des Landesbauernverbands Sachsen-Anhalt e.V.,
Sangerhausen

Vom Land Schleswig-Holstein berufen:

Christoph Freiherr von Fürstenberg

Nehnten

Werner Schwarz

Präsident des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbands, Rethwisch

Vom Freistaat Thüringen berufen:

Sigmar Arnoldt

Thüringer Bauernverband e.V., Erfurt

Joachim Lissner

Landesverband Gartenbau Thüringen e.V., Erfurt

Treuhänder

Dr. Theodor Seegers

Ministerialdirektor
Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft, Berlin

Stellvertreter:

Dr. Karl Wessels

Ministerialrat
Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft, Berlin

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31. Dezember 2013 sind durch die KPMG AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht wurden zum 31. Dezember 2013 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die KPMG AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –, Berlin, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von den Prüfungsergebnissen zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive des ergänzenden zusammengefassten Lageberichts sowie den Geschäftsbericht 2013 für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss mit dem zusammen-

gefassten Lagebericht 2013 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend den zusammengefassten Lagebericht 2013.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, 48 510 808,63 € entnommen und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von 53 000 000 € werden 39 750 000 € der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den verbleibenden Bilanzgewinn von 13 250 000 € in der Weise zu verwenden, dass 6 625 000 € dem Zweckvermögen des Bundes zugeführt werden und 6 625 000 € dem Förderungsfonds zufließen.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Frankfurt am Main, den 27. März 2014

DER VERWALTUNGSRAT
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK



Der Vorsitzende
Joachim Rukwied

Glossar

Adressenausfallrisiko: Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen nicht oder nur teilweise nachkommt. Es wird zwischen Kreditausfall-, Wiedereindeckungs- und Settlementrisiko unterschieden.

Adresslimite: Intern festgelegte Grenzen für die je Kontrahent möglichen Engagements.

Aktiver Markt: Ein aktiver Markt liegt vor, wenn für ein Finanzinstrument Preise von Börsen, Brokern, Maklern, Industriegruppen, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig verfügbar sind und tatsächlich und regelmäßig Markttransaktionen zu diesen Preisen stattfinden.

Amortisation: Prozess, in dem anfängliche Aufwendungen für eine Investition durch hieraus entstehende zukünftige Erträge gedeckt werden. Für Finanzinstrumente bezieht sich die Amortisation auf eine periodengerechte Abgrenzung von einmaligen Aufwendungen oder Erträgen über die Laufzeit des jeweiligen Geschäfts.

Annuitätendarlehen: Darlehen, das der Kreditnehmer durch gleich bleibende Jahresleistungen (Annuitäten) zurückzahlt, wobei im Zeitablauf der Zinsanteil abnimmt und der Tilgungsanteil entsprechend zunimmt.

Anschaffungskosten: Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand einzeln zugeordnet werden können. Für Finanzinstrumente entsprechen die Anschaffungskosten dem Kaufpreis.

Anstaltslast: Rechtliche Verpflichtung des Anstalts-trägers, eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit den für die Funktionsfähigkeit notwendigen Mitteln auszustatten.

Asset Backed Securities (ABS): Ein forderungsbesichertes Wertpapier (ABS) ist ein verzinsliches Wertpapier, das Zahlungsansprüche gegen eine Zweckgesellschaft zum Gegenstand hat, wobei die Zweckgesellschaft die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen meist mehrerer Gläubiger verwendet und zu einem Wertpapier verbrieft. Forderungsverkäufer in einer solchen Transaktion sind in der Regel Banken, die so Teile ihrer Kreditforderungen handelbar machen, um sich wieder Liquidität zu verschaffen.

Assets/Liabilities at Fair Value through Profit and Loss (A/LFVTP&L): Bilanzielle Bewertungskategorie mit den Unterkategorien „Held for Trading“ und „Designated as at Fair Value“. Es wird auf die Definitionen der Unterkategorien verwiesen.

Available for Sale (AFS): „Available for Sale“ ist eine bilanzielle Bewertungskategorie nach IFRS. Die Kategorie „Available for Sale“ enthält alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der anderen aktivistischen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Die Ergebnisschwankungen aus der Bewertung der hier zugeordneten finanziellen Vermögenswerte werden in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen, die eine Teilkomponente des Eigenkapitals darstellt.

Backtesting: Überprüfung der Qualität von Modellen bzw. der Gültigkeit von Szenarioannahmen. Das Backtesting erfolgt stichtagsbezogen unter Verwendung von historischen Daten.

Barwertsensitivität: Die Barwertsensitivität ist die Veränderung des Barwertes (Fair Value) aufgrund von geänderten Marktparametern (z. B. Zins- oder Spreadänderungen).

Basispunkte (BP): Hundertster Teil eines Prozentpunktes. 1 BP entspricht 0,01 Prozentpunkten.

Beizulegender Zeitwert (Fair Value): Der Preis, der aus objektiver Sicht im Rahmen einer auf einem definierten Markt vorgenommenen Transaktion für einen Vermögenswert erzielbar wäre bzw. zur Tilgung einer Schuld bezahlt werden müsste. Der Fair Value ist somit aus Perspektive eines Marktteilnehmers zu bestimmen, der nur auf öffentlich zugängliche Daten zu seiner Preisfindung zurückgreifen kann.

Bemerkenswerte Engagements: Engagements, die aufgrund ihrer negativen wirtschaftlichen Entwicklung oder sonstiger Erkenntnisse nach Einschätzung der Rentenbank unter besonderer Beobachtung stehen sollten (interne Watch List). Hierzu zählen insbesondere auch Problemkredite sowie Engagements mit latenten Risiken.

Bestimmtheitsmaß: Ein statistisches Maß, mit dem die Güte einer Regression gemessen wird. Das Bestimmtheitsmaß kann Werte zwischen 0 (kein linearer Zusammenhang) und 1 (perfekter linearer Zusammenhang) annehmen. Im Konzern findet das Bestimmtheitsmaß Verwendung bei der Effektivitätsmessung im Rahmen des Hedge Accounting.

Bewertungsrisiko: Potenzieller Verlust, der bei angenommenen Parameteränderungen in den bilanzierten Ergebnissen nach IFRS ausgewiesen würde. Realisiert wird dieser erst, wenn die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird oder der Kontra-

hent ausfällt. Auf der Passivseite ist dies insgesamt ausgeschlossen, da es kein realistisches Szenario gibt, in dem die Rentenbank Verbindlichkeiten zurückkaufen müsste.

Bilanzgeschäfte: Bilanzgeschäfte umfassen originäre Kreditgeschäfte (z. B. Darlehensforderungen und Schuldscheindarlehen) und Wertpapier- bzw. Emissionsgeschäfte (z. B. Anleihen und Schuldverschreibungen). Derivate zählen nicht zu den Bilanzgeschäften.

Blanko-Kreditportfolio: Das Blanko-Kreditportfolio umfasst den Teil des Gesamtportfolios, der auf ungedeckte bzw. unbesicherte Geschäfte entfällt.

Bonitätsklassen: Ordnungssystem zur Einstufung der Güte von Geschäftspartnern. Nach einem internen Verfahren werden diese 20 Bonitätsklassen zugeordnet, wobei AAA die beste Bonitätsklasse darstellt. In BB+ bis B werden mit latenten Risiken behaftete und in CCC bis C Geschäfte mit erhöhten latenten Risiken berücksichtigt. Problemkredite bzw. tatsächlich ausgefallene Engagements sind in DDD bis D enthalten.

Collateralized Debt Obligation (CDO): CDO ist ein Überbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities) und strukturierten Kreditprodukten gehören. CDOs bestehen aus einem Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren. Das Ausfallrisiko steigt mit sinkendem Rating aufgrund der nachrangigen Bedienung im Fall eines Ausfalls.

Continuous Linked Settlement (CLS): CLS ist ein privatwirtschaftliches, globales System zur Abwicklung und Verrechnung von Devisenhandelstransaktionen (z. B. Währungsswaps). Mit der Entwicklung des CLS-Systems reagierte der Bankensektor auf die Forderung der Zentralbanken der Zehnergruppe (G 10, Group of Ten), Maßnahmen zur Reduzierung des „Erfüllungsrisikos im Devisenhandel“ zu ergreifen. Das System basiert auf dem Verfahren „Zahlung gegen Zahlung“. Dadurch wird sichergestellt, dass ein Devisengeschäft (z. B. Währungsswap) nur dann abgewickelt wird, wenn die aus diesem Geschäft resultierenden zwei Zahlungen in unterschiedlichen Währungen gleichzeitig ausgeführt werden können. Die zentrale Abwicklung bei der CLS Bank erfordert eine entsprechende Systeminfrastruktur. CLS sieht unterschiedliche Teilnahmemöglichkeiten vor. Sogenannte Settlement Member (SM) nehmen an CLS direkt teil und regulieren eigene Transaktionen sowie Transaktionen von sogenannten Third Parties wie der Rentenbank. Third Parties haben keinen direkten Zugang zur CLS-Bank. Sie bedienen sich zur Abwicklung ihrer Transaktionen über CLS eines SM, mit dem sie in Vertragsbeziehung stehen.

Control and Risk Self Assessments (CRSA): Methode zur Identifizierung von operationellen Risiken (Risikoreignisse), um gegebenenfalls präventiv Gegenmaßnahmen einzuleiten. CRSA können dezentral mittels Befragungstechniken oder mittels Workshops durchgeführt werden. Die Rentenbank hat sich für Workshops entschieden.

CP (Commercial Paper): Inhaberschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von weniger als zwei Jahren, die im Rahmen eines nicht befristeten Programms bis zu einem vereinbarten Gesamtvolumen revolving emittiert werden können. CPs werden in der Regel als abgezinsten Papiere begeben.

Credit-Spread: Siehe Definition zu „Spreadrisiko (Credit-Spread)“.

Credit Support Annex (CSA): Vereinbarungen über die Hinterlegung von Sicherheiten, um Risiken aufgrund von Marktwertschwankungen bei Derivategeschäften auszugleichen. Die Bank hat mit allen Derivatepartnern einen CSA abgeschlossen. In diesen Fällen wird der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen ausschließlich in Euro besichert. Andererseits verpflichtet sich die Bank, bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem vereinbarten Frei- und Mindesttransferbetrag liegen.

Deposit/Swap-Kurve: Die Deposit/Swap-Kurve setzt sich bis zu einem Jahr aus den Zinssätzen für unbesicherte Termingelder in Euro im Interbankengeschäft und ab zwei Jahren aus verschiedenen Swapsätzen zusammen. Die Rentenbank nutzt entsprechende am Markt quotierte Deposit-/Swapsätze für die Bewertungskurve.

Derivate: Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswerts abgeleitet (z. B. Zinssatz, Wechselkurs).

Designated as at Fair Value: Bilanzielle Bewertungskategorie für finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten, für die die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

Eingebettetes Derivat (Embedded Derivative): Derivativer Bestandteil eines strukturierten Finanzinstruments, das auf einen nicht derivativen Basisvertrag aufbaut. Hierbei stellt das eingebettete Derivat einen integralen Vertragsbestandteil dar und kann nicht separat gehandelt werden.

EONIA (Euro Overnight Index Average): Von der Europäischen Zentralbank offiziell berechneter

Tagesgeldzinssatz für den Euro. Er setzt sich aus dem gewichteten Durchschnitt derjenigen Zinssätze zusammen, die eine Gruppe größerer Institute im Euro-Währungsgebiet auf dem Interbankenmarkt für unbesicherte Übernachtkontrakte effektiv abgeschlossen hat. Die am Markt quotierten Sätze für EONIA Swaps werden in der Rentenbank als Bewertungskurve für EONIA Swaps bis 12 Monate verwendet.

EONIA-Swap-Kurve: Zinsstrukturkurve für EONIA-Swaps. EONIA-Swaps sind Zinsswaps, bei denen zwei Geschäftspartner feste Zinszahlungen gegen EONIA tauschen.

Extrem Szenarien: Simulationen zur Einschätzung von Adressenausfallrisiken unter extremsten Annahmen. Ergänzend zu den Stressszenarien werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für Adressenausfallrisiken Extremszenarien simuliert, deren Eintrittswahrscheinlichkeit dem eines „Liquidationsansatzes“ entspricht und deren Ergebnisse daher nicht in der Risikotragfähigkeitsrechnung nach dem „Going Concern-Ansatz“ zu berücksichtigen sind. Hier stehen die kritische Reflektion der Ergebnisse und die Ableitung möglichen Handlungsbedarfs (beispielsweise eine noch intensivere Risikoüberwachung oder Limitreduzierungen) im Vordergrund.

Fair Value (Barwert): Siehe Definition zu „Beizulegender Zeitwert (Fair Value)“.

Fair Value Hedge: Bilanzielle Abbildung einer Absicherung des Risikos einer Fair Value-Änderung von Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten mit Hilfe eines Swaps. Beim Fair Value Hedge werden die Wertänderungen des abgesicherten Bilanzgeschäfts und die des Sicherungsgeschäfts weitestgehend kompensiert.

Fair Value Option: Ermöglicht, Bilanzgeschäfte unter IFRS zum Fair Value zu bewerten. Die Bewertungsschwankungen spiegeln sich dann in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) wider. Wenn die Bilanzgeschäfte durch Derivate gesichert sind, wird die Fair Value Option teilweise ausgeübt, damit die Schwankungen, die durch die verpflichtende Fair Value-Bewertung der Derivate entstehen, in der GuV weitestgehend kompensiert werden.

Finanzinstrumente: Vertragliche Vereinbarung, die bei dem einen Unternehmen einen finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen eine finanzielle Verbindlichkeit oder ein Eigenkapitalinstrument darstellt.

Förderdividende: Die Förderdividende beinhaltet die zur Verbilligung der im Berichtsjahr vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn, der hälftig an den Förderungsfonds sowie

das Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank ausgeschüttet wird, sowie sonstige Förderleistungen des Berichtsjahrs, z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung.

Fördergeschäft: Alle Förderkredite und verbrieften Fördergeschäfte.

Förderkredite: Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Zudem umfasst das Förderkreditgeschäft alle Schuldverschreibungen, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese werden gemeinhin üblicherweise als Namensschuldverschreibung bezeichnet.

Fortgeführte Anschaffungskosten: Anschaffungskosten abzüglich Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation sowie abzüglich etwaiger Minderung für Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit.

Fristentransformation: Fristentransformation entsteht, wenn die Fälligkeiten bei der Mittelbeschaffung und Mittelanlage nicht identisch sind. Daneben kann ein Fristentransformationsergebnis entstehen, wenn die Laufzeit von Mittelbeschaffung und Mittelanlage identisch sind, jedoch nicht die Zinsbindung. Werden z. B. langfristige finanzielle Vermögensgegenstände durch kurzfristige Geldmarktinstrumente refinanziert, spricht man von positiver Fristentransformation. Da die Zinssätze für langlaufende Geschäfte oder längere Zinsbindungen meistens höher sind als die für kurzlaufende, kann bei positiver Fristentransformation ein Zinsüberschuss erzielt werden. Sollten die Zinssätze für kurzlaufende Geschäfte oder kurze Zinsbindungen höher sein als die ursprünglich vereinbarten Zinssätze für langlaufende Geschäfte, kommt es bei positiver Fristentransformation zu einem Verlust im Zinsergebnis. Außerdem besteht bei unterschiedlichen Fälligkeiten zwischen Mittelbeschaffung und Mittelanlage ein erhöhtes Liquiditätsrisiko, falls der Zugang zum Geldmarkt nur noch schwer möglich oder nicht mehr vorhanden ist.

Garantie: Diese Form der Gewährleistung stellt im Bankgeschäft ein wichtiges Sicherungsmittel dar, welches insbesondere im internationalen Geschäft die Bürgschaft ersetzt. Sie ist im BGB nicht geregelt. Die Bestimmungen über die Bürgschaft können nicht analog angewandt werden. Bei einer Garantie verpflichtet sich der Garant einseitig im formfreien Garantievertrag, entweder für einen künftigen Schaden/Verlust ohne Rücksicht auf Verschulden einzustehen oder die Haftung für einen bestimmten wirtschaftlichen Erfolg zu übernehmen. Der garantierte Erfolg kann auch darin bestehen, dass die Bank als Gläubigerin einer Kreditforderung den Kredit-

betrag vom Schuldner zurückerhält. Es handelt sich um eine abstrakte Haftung, die selbständig neben der Hauptschuld übernommen wird, selbst wenn letztere aus Rechtsgründen nicht (mehr) besteht. Der Garant hat im Falle der Gewährleistung den Gläubiger so zu stellen, als ob der garantierte Erfolg eingetreten oder der Schaden nicht entstanden wäre.

Gedekte Inhaberschuldverschreibungen: Die Inhaberschuldverschreibung ist ein Wertpapier, das eine Forderung gegen einen Emittenten – meist eine Bank – verbrieft und im Hinblick auf seine Übertragung als Inhaberpapier ausgestellt ist, in welchem der Besitzer der Urkunde nicht namentlich benannt wird. Zu unterscheiden sind gedeckte und ungedeckte Bankschuldverschreibungen. Bei den ersteren bestehen Deckungsmassen (in der Hauptsache gebildet aus Hypotheken und Kommunalanleihen), aus denen die Schuldverschreibungsgläubiger im Konkursfall vorrangig befriedigt werden. Dies sind die Hypothekendarlehen, Schiffspfandbriefe und Kommunalanleihen (Realkreditinstitute). Die ungedeckten Bankschuldverschreibungen gewähren kein Befriedigungsvorrecht.

Gesamtkreditportfolio: Alle Förderkredite, verbrieften Fördergeschäfte, Geld- und Derivategeschäfte sowie strategische Beteiligungen, die die Rentenbank eingegangen ist. Dem Gesamtkreditportfolio werden auch extern zugesagte Linien zugerechnet.

Gewährleistungen: Von der gesetzlich vorgeschriebenen Gewährleistung ist die Garantie zu unterscheiden; diese ist insofern freiwillig, als es keine gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe eines Garantieversprechens gibt. Der Sprachgebrauch macht häufig keinen Unterschied zwischen der gesetzlichen Gewährleistungspflicht und einer zusätzlichen freiwillig angebotenen vertraglichen Garantie, während es sich juristisch um unterschiedliche Rechte bzw. Verpflichtungen handelt. Im juristischen Sinn definiert eine Garantie die vertraglich vereinbarte Verpflichtung eines Garanten, während die Gewährleistung direkt aus dem Gesetz abzuleiten ist.

Globalanleihe (Global Bond): Anleihe, die aufgrund ihrer Registrierung bei der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) nicht nur außerhalb der USA, sondern auch in den Vereinigten Staaten platziert werden kann.

Hedge Accounting: Vorschriften zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsbeziehungen. Für den in der Rentenbank angewendeten Fair Value Hedge wird auf die entsprechende Definition verwiesen.

Held for Trading (HfT): Bilanzielle Bewertungskategorie für Derivate und Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden.

Held to Maturity (HtM): Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann.

Inhaberschuldverschreibung: Wertpapier, in dem der Berechtigte nicht namentlich genannt ist, da der Schuldner jedem Inhaber zur Leistung verpflichtet ist.

International Financial Reporting Standards (IFRS): Internationale Rechnungslegungsvorschriften, die die Rentenbank aufgrund der Kapitalmarktorientierung und der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses anwenden muss.

Kapitalflussrechnung: Darstellung der Veränderung des Zahlungsmittelbestandes innerhalb eines Geschäftsjahres aufgeteilt nach der operativen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Kapitalkonsolidierung: Verrechnung der Beteiligungswerte des Mutterunternehmens mit dem auf diese Anteile entfallenden anteiligen Eigenkapitalbetrag des einzubeziehenden Unternehmens, so dass im Konzernabschluss weder das Eigenkapital der Töchter noch der zugehörige Beteiligungswert der Mutter enthalten sind.

Kategorisierung: Einteilung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in unterschiedliche bilanzielle Kategorien zur Erst- und Folgebewertung.

KEV-Verfahren (Kreditforderungen – Einreichung und Verwaltung): Verfahren der Deutschen Bundesbank, um Geschäftspartnern die Möglichkeit zu bieten, Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten zu nutzen (siehe auch Refinanzierungsfazilität).

Korrelation: Maß für die gegenseitige Abhängigkeit im Zeitablauf von zwei Variablen (Risikofaktoren). Die Risikofaktoren verändern sich im Falle positiver Korrelation gleichläufig, im Falle negativer Korrelation gegenläufig. Existiert zwischen zwei Variablen kein Zusammenhang, so ist die Korrelation gleich Null. Zum Beispiel werden in der Value at Risk-Analyse die Korrelationen zwischen der EONIA-Swap- und der Deposit-Kurve berechnet und verwendet.

Kreditausfallrisiko: Potenzieller Verlust aufgrund von Zahlungsausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Kreditausfallrisiko subsumiert den potenziellen Verlust durch den Ausfall von Kontrahenten, Emittenten, Ländern und Branchen.

Kreditrisikostategie: Jährlich von der Rentenbank erstellte Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken. Die Kreditrisikostategie wird vom Vorstand beschlossen und dem vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss zur Kenntnis gegeben.

Länderkreditlimit: Grenze für die je Land mit ausländischen Banken und Staaten möglichen Geschäfte. Auf das Länderkreditlimit werden die Inanspruchnahmen aus den Bereichen Förderkredite, verbrieftes Fördergeschäft und Derivate angerechnet. Zur Begrenzung von Risikokonzentrationen auf Länderebene ist eine Obergrenze für Länderkreditlimite eingerichtet. Die länderspezifische Obergrenze wird in Abhängigkeit von Bonität und volkswirtschaftlichen Kennzahlen ermittelt und liegt maximal bei 7 Mrd. €.

Ländertransferlimit: Grenze, bis zu der je Land Geldbeträge von einem Land in ein anderes transferiert werden können. Auf das Ländertransferlimit werden Inanspruchnahmen aus Geldgeschäften und Währungsswaps angerechnet. Limite werden nur für Staaten außerhalb der EU eingerichtet.

Latente Steuern: Zukünftig zahlungswirksame Ertragsteuern, die aus bilanziellen Differenzen zwischen steuer- und handelsrechtlich ermitteltem Steueraufwand resultieren.

Limitäquivalenzbetrag (LÄB): Grenze für Konzentrationsrisiken auf Ebene der Kreditnehmereinheit. Im Rahmen der Kreditrisikostategie ist eine einheitliche Obergrenze von 650 Mio. € je Konzern festgelegt. Der LÄB wird ermittelt, indem sämtliche eingeräumten Limite mit einem Gewichtungssatz je Besicherung der Geschäftsart (beispielsweise Programmkredite, Pfandbrief, staatsgarantierte Geschäfte, blanko) multipliziert und über alle Geschäftspartner eines Konzerns summiert werden.

Liquiditätspuffer nach MaRisk: Zur Überbrückung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs von mindestens einer Woche und zur Deckung des zusätzlichen erforderlichen Refinanzierungsbedarfs aus Stressszenarien ist die Rentenbank verpflichtet, ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven („Liquide Aktiva MaRisk“ für eine Woche) vorzuhalten. Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs von mindestens einem Monat unter Beachtung institutsindividueller Liquiditätsszenarien müssen hinreichende, nachhaltige Reserven (z. B. zentralbankfähige Wertpapiere) vorhanden sein („Liquide Aktiva MaRisk“ für einen Monat).

Liquidity Coverage Ratio (LCR): Liquiditätskennziffer, die sicherstellen soll, dass die Banken in ausreichendem Maße über hochliquide Aktiva verfügen, um ein akutes Stressszenario von einem Monat zu überstehen.

Loans and Receivables (LaR): Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind.

Marktpreisrisiko: Potenzieller Verlust aus sich verändernden Marktparameter (-daten). Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread- und anderen Marktpreisrisiken. Letztere, wie z. B. Fremdwährungsrisiken, sind nur in sehr geringem Umfang relevant.

MTN (Medium Term Notes): Inhaberschuldverschreibungen, die unter einem Emissionsprogramm begeben werden. MTN können in einer Vielzahl von Währungen und Strukturen sowie mit unterschiedlichen Laufzeiten unter einheitlicher Dokumentation begeben werden.

Namenspfandbriefe: Unter dem Begriff Namenspfandbriefe werden gedeckte Schuldverschreibungen verstanden, die einen bestimmten Gläubiger als Berechtigten ausweisen. Zugunsten dieser Gläubiger werden Hypothekenspfandbriefe und Öffentliche Namenspfandbriefe ausgestellt oder abgetreten, die ihrerseits durch den Anforderungen des Pfandbriefgesetzes entsprechende Hypotheken oder Kommunaldarlehen gedeckt sein müssen. Es handelt sich um sog. Rektapapiere, für die § 952 BGB bestimmt, dass das Eigentum an den Schuldurkunden stets dem Gläubiger der Forderung zusteht. Der Besitz des Namenspapiers hat – anders als bei Inhaberpapieren – keine eigenständige Legitimationsfunktion. Das Eigentum an einem Namenspapier geht nicht mit Übergabe, sondern mit Forderungsabtretung kraft Gesetzes auf den Zessionar über. Das Recht am Papier folgt hier dem Recht aus dem Papier.

Namenschuldverschreibung: Schuldverschreibung, die auf eine bestimmte Person lautet. Der Schuldner hat direkt an den Benannten zu leisten.

Net Stable Funding Ratio (NSFR): Liquiditätskennziffer, die sicherstellen soll, dass die Institute auch auf längere Sicht über ausreichend stabile Refinanzierungsquellen verfügen. Das Verhältnis aus verfügbaren stabilen Refinanzierungsmitteln zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungen muss mindestens 100 % betragen.

Neubewertungsrücklage: Unterposten des Eigenkapitals, in dem Marktwertänderungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ erfolgsneutral erfasst werden.

Operationelles Risiko: Risiko aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen auch

Rechtsrisiken, Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht enthalten sind jedoch unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

OTC (Over the Counter): Finanzielle Transaktionen zwischen Finanzmarkt-Teilnehmern, die nicht über die Börse abgewickelt werden.

Other Liabilities (OtL): Kategorie für finanzielle Verbindlichkeiten, für die nicht die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

Pfanddepot: Das Pfanddepot der Rentenbank enthält alle an die Deutsche Bundesbank verpfändeten sowie die als Sicherheit übereigneten Wertpapiere. Im Rahmen von freien Refinanzierungsfazilitäten bei der Deutschen Bundesbank kann in dieser Höhe Liquidität beschafft werden.

Prozesslandkarte: Veranschaulichung der Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den Geschäftsprozessen. Die Risikoprozesslandkarte strukturiert die Geschäftsprozesse in drei Ebenen: Steuerungs-, Ausführungs- und Unterstützungsprozesse. Ausführungsprozesse dienen der primären Wertschöpfung. Steuerungsprozesse haben übergreifende und strategische Bedeutung. Unterstützungsprozesse stellen benötigte Ressourcen bereit.

Rating: Bonitätsbeurteilung von Finanzpapieren und ihren Emittenten sowie von Unternehmen. Ratings werden entweder intern durch eigene Analysen oder extern durch unabhängige Bewertungsagenturen ermittelt.

Refinanzierungsfazilitäten: Allgemein, die von einer Bank ihren Kunden eingeräumte Möglichkeit, innerhalb festgelegter Bedingungen, kurzfristig Kredite gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten in Anspruch zu nehmen. Der Begriff wird besonders im Zusammenhang mit Zentralbankfazilitäten verwendet, die Zentralbanken den Geschäftsbanken einräumen, indem sie für diese z. B. Über-Nacht-Liquidität bereitstellen. Refinanzierungsfazilitäten bestehen bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite). Darüber können sich Banken bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) refinanzieren.

Refinanzierungspotenzial: Das freie Refinanzierungspotenzial ist eine Liquiditätsreserve, die taggleich mit Sicherheit zur Verfügung steht. Refinanzierungspotenzial besteht bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite und Sicherungsabtretung nach KEV-Verfahren) und der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft).

Regulierungsrisiko: Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt. Zusätzlich besteht das Risiko, dass regulatorische Anforderungen unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiko: Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken.

Risiko-Exposure: Entspricht dem im Rahmen des Standardszenarios des Risikotragfähigkeitskonzepts für Adressenausfallrisiken unterstellten Verlusts bei Eintritt des Ausfallereignisses. Das Risiko-Exposure ist von Höhe und Geschäftsart des Engagements (Limitanspruchnahme) zum Stichtag und den produktspezifischen Wiedereinbringungsraten abhängig.

Risikogerechtes Zinssystem (RGZS): Mit dem „Risikogerechten Zinssystem“ werden die Kreditnehmer von Förderkrediten in Abhängigkeit von der Bonität und der Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten von den Hausbanken in Preisklassen mit maximalen Zinssätzen eingruppiert. Damit setzen die deutschen Förderbanken die Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II) um.

Risikotoleranz: Diese wird von der Rentenbank als die intern eingerichteten Risikolimits für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und Liquiditätsrisiken interpretiert.

Schuldscheindarlehen: Das Schuldscheindarlehen ist eine langfristige Finanzierungsform, die durch eine besondere Urkunde (dem Schuldschein oder der Schuldurkunde gem. § 607 BGB und § 344 HGB) unterlegt wird. Der Schuldschein ist jedoch nur eine Beweisurkunde und kein Wertpapier. Die Übertragung dieses erfolgt nach Schuldrecht, d. h. durch Abtretung. In großen Abschnitten sind Schuldscheindarlehen am Kapitalmarkt handelbar.

Settlementrisiko (Vorleistungsrisiko): Potenzieller Verlust, der entsteht, wenn die eigene Leistung erbracht wird, die Gegenleistung bzw. die Lieferung aber nicht erfolgt. Das Settlementrisiko ist Teil des Adressenausfallrisikos.

Spreadrisiko (Basisswap-Spread): Der Basisswap-Spread entspricht dem Preis für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung. Bei Geschäftsabschluss ist der Basis-Spread ein Teil der erzielten Marge.

Spreadrisiko (CCY-Basisswap-Spread): Beim Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen werden im Swapmarkt zusätzliche Aufwände/Erträge – die sogenannten

Cross Currency (CCY)-Basisswap-Spreads – berücksichtigt. Die Höhe der Spreads ist abhängig von der Währung, der Laufzeit des Swapgeschäfts und davon, ob die Währungsseite des Swaps aktivisch oder passivisch ist. Der Spread wird bei der Abzinsung der Währungsseite des Swaps berücksichtigt. Die Änderungen im Spread wirken sich auf die Bewertung und den Barwert des Swaps aus.

Spreadrisiko (Credit-Spread): Bei Abschluss eines Geschäfts (ausgenommen Derivate) wird eine risiko-adäquate Marge in Form eines Credit-Spreads auf die Deposit/Swap-Kurve kalkuliert. Der Credit-Spread in Euro und Fremdwährung enthält somit eine Vielzahl von Einzelkomponenten, wie z. B. die Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), die zugrunde liegenden Sicherheiten, die Marktliquidität, möglicherweise auch Marktspreads für den Tausch von Fremdwährungszahlungsströmen in Euro, die Staatsanleihespreads des entsprechenden Sitzlandes oder den Einfluss von Arbitragestrategien.

Spreadrisiko (EONIA- und Deposit-Sätze): Dieses Spreadrisiko beschreibt die Bewertungsrisiken aus einer Ausweitung der Risikoaufschläge im Interbankenmarkt. Die EONIA-Sätze dienen dazu, die Preise von EONIA-Swaps und kurzlaufenden EUR-Zinsswaps festzustellen. Mit Hilfe von Deposit-Sätzen werden Interbankkredite und -einlagen bewertet. Spreadveränderungen zwischen den EONIA- und den Deposit-Sätzen wirken sich abhängig von der Positionierung direkt auf die Barwertermittlung aus.

Spreadrisiko (Marktpreisrisiko): Die Darstellung der Spreadrisiken aufgrund von Änderungen der CCY-Basisswap-Spreads, Basisswap-Spreads, OIS-Deposit-Spreads sowie Credit-Spreads soll Verlustpotenziale aufzeigen, die realisiert werden müssten, falls die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird oder ein Kontrahent ausfallen würde. Auf der Passivseite ist dies insgesamt ausgeschlossen, da es kein realistisches Szenario gibt, in dem die Rentenbank Verbindlichkeiten zurückkaufen müsste. Auch ohne Durchbrechung der Haltestrategie müssen Bewertungseffekte aus Spreadveränderungen in der IFRS Gewinn- und Verlustrechnung bzw. der Neubewertungsrücklage ausgewiesen werden.

Swaps: Finanzinstrumente, bei denen der Austausch von Zahlungsströmen über einen festgelegten Zeitraum vereinbart wird.

Szenarioanalysen: Zur Berechnung einer möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden die zugrunde liegenden Risikofaktoren einer Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen. Es werden für Adressenausfall-, Marktpreis-,

operationelle und Liquiditätsrisiken Standard- und Stressszenarien analysiert.

VaR (Value at Risk): Risikomaß zur Prognose des maximalen Verlusts in Euro aufgrund von Markteffekten, bei denen historische Marktdaten mit einer vorgegebenen Haltedauer von zehn Tagen und einer Prognosegüte von 99 % verwendet werden. Beim prognostizierten Verlust wird eine Normalverteilung angenommen.

Verbrieftes Fördergeschäft: Das verbrieftes Fördergeschäft entspricht Schuldverschreibungen, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind. Allgemeingebäulich werden diese Schuldverschreibungen auch als Inhaberschuldverschreibungen oder Wertpapiere bezeichnet. Zum verbrieften Fördergeschäft gehören keine ABS-Strukturen.

Verbrieftes Verbindlichkeiten: Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind.

Volatilität: Maß für die Schwankung einer Variablen in einem vorgegebenen Zeitraum. Man unterscheidet zwischen impliziten und historischen Volatilitäten. Während erstere sich aus aktuellen Optionspreisen bestimmen, leiten sich historische Volatilitäten aus Zeitreihen der Basiswerte ab. Eine historische Zinsvolatilität zeigt z. B., wie stark die Zinsen in der Vergangenheit über eine bestimmte Periode schwankten. Die Zinsvolatilität wird neben der Optionspreisberechnung u. a. im Value at Risk Model angewendet.

Wiedereindeckungsrisiko: Potenzieller zusätzlicher Aufwand, der bei Neuabschluss aufgrund eines ausgefallenen Geschäfts entsteht. Er entspricht der Höhe des positiven Marktwerts des Geschäfts. Das Wiedereindeckungsrisiko ist Teil des Adressenausfallrisikos.

Zinsänderungsrisiko: Der Barwert von zinstragenden Finanzinstrumenten hängt u. a. vom Marktzins ab. Steigt der Marktzins, vermindert sich der Barwert, was bei einem Vermögensgegenstand zu einem Bewertungsverlust und bei einer Verbindlichkeit zu einem Bewertungsgewinn führt. Sinkende Marktzinsen führen zu steigenden Barwerten, die sich bei Vermögenswerten in Bewertungsgewinnen und bei Verbindlichkeiten in Bewertungsverlusten widerspiegeln. Die Rentenbank bestimmt regelmäßig die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs und simuliert mit Hilfe von Zinsänderungsszenarien mögliche Auswirkungen auf die Barwerte.

Dieser Geschäftsbericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich ggf. als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

Landwirtschaftliche Rentenbank
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0
Telefax 069 2107-6444
office@rentenbank.de
www.rentenbank.de

Produktion:
Ariel Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Fotos:
Robert Lichtenberg

Gestaltung:
Rottmar/Peter/Lang

Dieser Geschäftsbericht wurde CO₂-neutral produziert. Das Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. Beides ist entsprechend zertifiziert.

